

Bayern

SPD

JETZT IST ALLES DRIN !

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht.

Programmmentwurf zur Landtagswahl 2013

1	Programmmentwurf Landtagswahl 2013	
2	Stand: 18.02.2013	
3		
4	Inhalt	
5	Finanz- und Haushaltspolitik: Grundlage für soziale Gerechtigkeit.....	2
6	Wirtschaftspolitik: Starke Wirtschaft – gute Arbeit – nachhaltige Entwicklung.....	10
7	Arbeitsmarkt: Einsatz für gute Arbeit und gerechte Löhne	18
8	Sozialpolitik: So geht soziale Gerechtigkeit.....	25
9	Bildungspolitik: Das ist gerecht	30
10	Hochschulen, Wissenschaft und Forschung: Hohe Qualität erhalten, sozialer gestalten	36
11	Infrastrukturpolitik: Für unsere Heimat, für unseren Wohlstand, für unsere Wirtschaft.....	42
12	Ländlicher Raum: Aktive Politik für ländliche Räume in Bayern.....	48
13	Kommunalpolitik: Starke Kommunen für ein starkes Bayern	53
14	Umwelt- und Energiepolitik der Zukunft: Ökologisch und wirtschaftlich.....	60
15	Landwirtschaft, Ernährung und Wald: Ohne Bauern stirbt das Land	66
16	Verbraucherschutz in Bayern: Aufklären und ausweiten.....	73
17	Digitale Gesellschaftspolitik: Gesellschaft im Wandel.....	75
18	Kultur und Medien: Tradition und Innovation gehen Hand in Hand	80
19	Innen- und Rechtspolitik, Rechtsextremismus: Auf einer starken Verfassung aufbauen	85
20	Vertriebenenpolitik: Erbe bewahren, Brücken bauen.....	91
21	Gleichstellungspolitik ist Querschnittsaufgabe	92
22	Queere Lebensweisen: Bayern ist vielfältig und bunt.....	97
23	Jugendpolitik: Besser fördern, aktiv gestalten.....	99
24	Integrationspolitik: Mittendrin statt parallel.....	105
25	Religionsgemeinschaften und Freie Wohlfahrtspflege: Säulen der Gesellschaft.....	111
26	Gesundheitspolitik und Pflege: Gute Versorgung flächendeckend	112
27	Inklusion: „Nichts über uns ohne uns“	116
28	Sportpolitik: Politik für das Sportland Bayern.....	121
29	Europapolitik: Denn Bayern ist mittendrin.....	125

30

31

1 **Finanz- und Haushaltspolitik**
2 **Grundlage für soziale Gerechtigkeit**

3
4
5 **Der sozialdemokratische Beitrag zur Wirtschafts- und Finanzsituation in Bayern**

6
7 Bayern steht bei den finanzpolitischen Eckdaten im bundesweiten Vergleich gut da. Die aktuellen
8 Steuereinnahmen, die Pro-Kopf-Verschuldung und der Anteil für Zinszahlungen im Staatshaushalt
9 sind ein Spiegelbild positiver wirtschaftlicher Entwicklungen in Bayern.

10
11 Das ist zunächst das Verdienst der Arbeiter- und der Unternehmerschaft in Bayern, aber auch von
12 Gewerkschaften und Betriebsräten, die beim wirtschaftlichen Einbruch von 2008 bis 2010 für
13 sinnvolle betriebliche Übergangslösungen gesorgt haben.

14
15 Wir sagen klar und selbstbewusst: Die gute Entwicklung der Wirtschaft und der staatlichen
16 Einnahmen in Bayern ist nicht vorrangig der Verdienst der bisherigen Staatsregierung, sondern in
17 gleichem Maße auch Ergebnis starker sozialdemokratischer Politik. Und das können wir auch
18 belegen.

19
20 **Erfolgreiche sozialdemokratische Wirtschaftspolitik in den Kommunen**

21
22 Es ist auch und vor allem das Ergebnis erfolgreicher kommunaler Wirtschaftspolitik unter langjähriger
23 politischer Verantwortung von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Bestes Beispiel ist das
24 seit Jahrzehnten sozialdemokratisch regierte Kraftzentrum München mit seiner hohen Wirtschafts-
25 und Steuerkraft, das einen Beitrag von 43 Prozent der gesamten Steuereinnahmen in Bayern leistet.

26
27 **Weg aus der Finanzkrise war sozialdemokratisch**

28
29 Es ist auch das Ergebnis sozialdemokratischer Politik, die dafür gesorgt hat, dass Bayern nach
30 2008/2009 aus dem durch die Finanzmarktkrise verursachten tiefsten wirtschaftlichen Einbruch der
31 Nachkriegszeit so schnell und stark wieder herausgekommen ist. Verbunden ist dies mit den
32 Sozialdemokraten Peer Steinbrück, der mit solider Finanzpolitik für Vertrauen in die Sicherheit der
33 Sparereinlagen sorgte, mit Frank-Walter Steinmeier, der ein erfolgreiches Konjunkturprogramm
34 initiierte und mit Olaf Scholz, der mit seiner Kurzarbeiterregelung erfolgreich in den
35 Arbeitsplatzhalt und nicht in Arbeitslosigkeit investiert hat.

36
37 **SPD Garant für europafreundliche Politik, die unserer Wirtschaft nutzt**

38
39 Und schließlich hat Bayern diese Entwicklung auch dem Euro zu verdanken. Mit einer Exportquote
40 des verarbeitenden Gewerbes von 51 Prozent wird hier mehr als jeder zweite Euro im Export
41 erwirtschaftet. Deshalb gefährdet der über lange Zeit widersprüchliche und unklare Kurs der CSU, die
42 auf der einen Seite in Berlin und Brüssel die Euro-Rettungsmaßnahmen beschließt, aber in Bayern die
43 eigene Regierungspolitik permanent in Frage stellt, die wirtschaftlichen Interessen Bayerns, der
44 bayerischen Unternehmen und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bayern. Wir
45 Sozialdemokraten sagen klar: Bayern hat das größte wirtschaftliche Eigeninteresse, die Turbulenzen
46 in der Euro-Zone zu lösen statt sie verantwortungslos anzufachen.

1 **Unsere Aufgabe: Die Schere zwischen Arm und Reich in Bayern schließen**

2

3 Die Gesamtentwicklung der bayerischen Wirtschaft und der bayerischen Steuerkraft darf aber nicht
4 darüber hinwegtäuschen, dass es Kehrseiten der vermeintlich so glänzenden Medaillen in Bayern
5 gibt: Denn die wirtschaftliche Schere zwischen Arm und Reich geht auch und gerade in Bayern immer
6 stärker auseinander.

7

8 **Die wirtschaftliche Schere zwischen den Regionen in Bayern**

9

10 Die Ungleichheit der wirtschaftlichen Leistungsstärke zwischen den bayerischen Regionen wächst
11 ständig. Die CSU hat es in ihrer jahrzehntelangen Regierungszeit zugelassen, dass die wirtschaftliche
12 Schere zwischen den bayerischen Regierungsbezirken viel stärker auseinander geht als etwa
13 zwischen Bayern und Berlin. Das Bruttoinlandsprodukt von Oberfranken liegt mit 83,9 Prozent unter
14 dem Bayerndurchschnitt, Oberbayern mit 119,7 Prozent darüber (2009).

15

16 **Die Schere zwischen Arm und Reich**

17

18 Die soziale Kluft, vor allem die Schere zwischen Arm und Reich sowohl beim Einkommen wie auch
19 beim Vermögen, vergrößert sich auch in Bayern. Der Entwurf für den vierten Armuts- und
20 Reichtumsbericht der Bundesregierung muss ein Warnsignal sein. Das private Nettovermögen hat
21 sich nach den Regierungsangaben allein zwischen 2007 und 2012 um 1,4 Billionen Euro auf zehn
22 Billionen Euro erhöht, davon liegen 50 Prozent bei den reichsten zehn Prozent. Im Gegensatz dazu: 40
23 Prozent der Vollzeitbeschäftigten mussten in der gleichen Zeit Verluste beim Einkommen
24 hinnehmen.

25

26 **Die Schere bei den Arbeitsverhältnissen**

27

28 Unsichere und schlecht bezahlte Arbeit hat auch in Bayern zugenommen. Jeder fünfte
29 Vollzeitbeschäftigte arbeitet inzwischen im Niedriglohnbereich. Die Zahl der Minijobber,
30 Leiharbeiter, Werkvertragsarbeitnehmer und befristet Beschäftigten steigt. CSU und FDP verweigern
31 sich einem flächendeckenden Mindestlohn und einem bayerischen Vergabegesetz. Sie
32 subventionieren unsoziale Arbeitgeber zulasten der soliden Unternehmer, der
33 Sozialversicherungssysteme und der öffentlichen Haushalte.

34

35 **Die Schere bei der Altersarmut**

36

37 Im wohlhabenden Bayern gibt es vergleichsweise mehr arme alte Menschen als anderswo. Jeder
38 Fünfte über 65 Jahren ist durch Altersarmut gefährdet, der Anteil der armutsgefährdeten
39 alleinstehenden Frauen liegt sogar bei 28,3 Prozent. Stark armutsgefährdet sind auch
40 alleinerziehende Frauen sowie Migrantinnen und Migranten. Rasches politisches Handeln ist
41 gefordert. Aber seit über einem Jahr ignoriert die Staatsregierung die Vorschläge der von ihr selbst
42 eingesetzten Kommission zur Bekämpfung von Armut.

43

44 **Die Schere der Bildungsungerechtigkeit**

45

46 In Bayern ist die soziale und regionale Herkunft maßgeblich für den schulischen und beruflichen
47 Erfolg – mehr als in jedem anderen Bundesland. Das ist ein Skandal. Die bayerische Bildungspolitik
48 zementiert soziale Ungleichheiten, anstatt sie zu beheben. Die von der CSU eingeführten
49 Studiengebühren waren und sind unsozial und ungerecht.

50

1 **Nur soziale Stabilität sorgt für wirtschaftlichen Erfolg**

2

3 Deshalb sieht eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung ihre zentrale finanzpolitische
4 Aufgabe darin, diese Schere zwischen Arm und Reich wieder zu schließen. Denn uns ist klar:
5 Wohlstand, positive wirtschaftliche Entwicklung und letztlich auch nachhaltige Staatseinnahmen in
6 Bayern können wir nur dann erreichen, wenn wir nicht nur in die Zukunftsherausforderungen
7 Bildung, Forschung, Infrastruktur und Energiewende investieren, sondern zugleich für mehr soziale
8 Stabilität in Bayern sorgen. Dies geschieht durch

9

10 ... Wiederherstellung einer gerechten Vermögens- und Einkommensentwicklung.

11

12 ... mehr Bildungsgerechtigkeit in ganz Bayern.

13

14 ... die Korrektur von Fehlentwicklungen im Arbeitsrecht

15

16 ... und durch die konsequente Bekämpfung von Armut.

17

18 **Kluft zwischen armen und reichen Regionen schließen**

19

20 Wir wollen und müssen die Kluft zwischen armen und reichen Regionen und Kommunen in Bayern
21 wieder schließen, insbesondere bei der Regional- und Strukturpolitik und bei der Finanzausstattung
22 der Kommunen. Wenn hier notwendige Investitionen versäumt werden, wird die Reparatur später
23 umso teurer. Deswegen ist eine Politik des sozialen Ausgleiches auch finanzpolitisch sinnvoll. Was
24 wir jetzt in die soziale Vorsorge investieren, kommt als Rendite für die Menschen in Bayern, aber
25 auch für den öffentlichen Haushalt doppelt zurück.

26

27 **Von Landesbank bis Digitalfunk: Finanzpolitische Erblasten der CSU bewältigen**

28

29 Zur finanzpolitischen Bilanz der bisherigen Staatsregierung gehören gravierende politische
30 Fehlentscheidungen, Versäumnisse und Entwicklungen, die den Staatshaushalt des Freistaates auf
31 Jahre belasten und finanzielle Spielräume einengen.

32

33 **Regierung hat bayerische Schulden verdoppelt**

34

35 Die CSU-geführte Staatsregierung hat die Schulden des Freistaates in den letzten 15 Jahren
36 verdoppelt: 1996 waren es 16,3 Milliarden, 2011 bereits 32,6 Milliarden Euro. In die Amtszeit von Horst
37 Seehofer fallen alleine zehn Milliarden neuer Schulden. Trotz Steuermehreinnahmen von 6,3
38 Milliarden Euro in den Jahren 2010 bis 2012 wurde die Verschuldung nicht nennenswert gesenkt.
39 Auch die 49 Privatsierungen von bayerischem Volksvermögen in Höhe von 7,3 Milliarden Euro seit
40 1993 haben den Anstieg der Schulden nicht gestoppt. Die CSU hat bayerisches Tafelsilber
41 verscherbelt – und trotzdem Schulden gemacht wie nie zuvor.

42

43 **CSU-Landesbankdebakel größtes Haushaltsrisiko**

44

45 Das von der CSU zu verantwortende Landesbank-Debakel ist das größte bayerische Haushaltsrisiko.
46 Allein die jährlichen Zinsbelastungen für die Zehn-Milliarden-Euro-Stütze belaufen sich auf über 350
47 Millionen Euro. Davon könnten beispielsweise 7.000 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer eingestellt
48 werden. Leider sind die Fehler nicht ausgestanden. Weitere Risiken wie die Garantie für US-
49 Immobilienpapiere, die Rückzahlung von Krediten an die Hypo Group Alpe Adria und ausländische
50 Bankbeteiligungen belaufen sich auf mehrere Milliarden Euro. Die SPD kämpft für lückenlose

1 Aufklärung, Heranziehung der politisch Verantwortlichen und Wiedergutmachung des Schadens.

2

3 **150 Millionen Euro teure CSU-Fehler bei der Landesstiftung**

4

5 Bei der Bayerischen Landesstiftung haben nach Einschätzung des Obersten Rechnungshofes
6 Fehleinschätzungen, Kompetenzgerangel und zögerliche Entscheidungen zu einem dreistelligen
7 Millionen-Verlust von etwa 150 Millionen Euro geführt.

8

9 **Kostenexplosion beim Digitalfunk**

10

11 Eine dramatische Kostenexplosion gibt es bei der Einführung des Digitalfunks in Bayern. Die
12 erwarteten Kosten sind innerhalb kürzester Zeit um 150 Millionen Euro auf 1,07 Milliarden Euro (also
13 um 16,6 Prozent) gestiegen. Bei den polizeilichen Leitstellen steigen die Kosten um 115 Prozent, bei
14 den Betriebsstellen geht es um 241 Prozent nach oben, bei den sonstigen Betriebskosten um 128
15 Prozent. Mittlerweile untersucht der Rechnungshof die Fehleinschätzungen und Planungsmängel,
16 die einzig die Staatsregierung zu verantworten hat.

17

18 **Für geordnete Verhältnisse sorgen und Schattenhaushalte abschaffen**

19

20 Deswegen wird eine zentrale Aufgabe einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung sein,
21 diese finanziellen Erblasten zu bewältigen und für geordnete Verhältnisse zu sorgen. Wir werden
22 Schattenhaushalte abschaffen, Wahrheit und Klarheit in den bayerischen Staatshaushalt bringen
23 und die Schieflage der Projekte beseitigen. Insbesondere brauchen wir einen Erblasten-Tilgungsfond
24 für die Folgen des Landesbankdebakels, damit die Verantwortlichkeit klar wird.

25

26 **Solide Finanzen mit sozialdemokratischer Handschrift**

27

28 Wir bekennen uns klar zur Notwendigkeit solider öffentlicher Haushalte in Bayern. Damit der Staat
29 handlungsfähig bleibt, muss Finanzpolitik die Einnahmen im Lot und die Ausgaben im Griff haben.
30 Wenn wir dies nicht tun, wird die staatliche Leistungsfähigkeit deutlich abnehmen oder aber wir
31 laufen in eine immer größere werdenden Verschuldung hinein – ob nun offen oder versteckt. Beides
32 wollen wir nicht und werden daher unsere Finanzpolitik, aber auch alle politischen Projekte und
33 Forderungen, stets darauf hin überprüfen, was finanzierbar ist und was nicht.

34

35 **Mehr Gerechtigkeit und soziale Ausgewogenheit**

36

37 Haushaltskonsolidierung muss aber immer die soziale Gerechtigkeit im Blick haben. Deshalb wird
38 eine sozialdemokratisch geführte Staatsregierung sowohl bei den Einnahmen als auch auf der
39 Ausgabenseite für mehr Gerechtigkeit und soziale Ausgewogenheit sorgen.

40

41 Die Vorgabe ausgeglichener Haushalte, wie sie das Grundgesetz vorschreibt und wie wir sie in der
42 bayerischen Landespolitik seit langem vertreten, ist keine Rechtfertigung für unsoziale Politik. Wir
43 lehnen eine Politik, die unter dem Vorwand von Haushaltskonsolidierung und Schuldenabbau eine
44 unsoziale Verteilungs- und Steuersenkungspolitik oder Sozial- und Bildungsabbau betreibt,
45 entschieden ab. Deshalb wollen wir eine Schuldenregel in die Bayerische Verfassung aufnehmen, die
46 auch die die Einnahmeseite, die Sicherung des öffentlichen Investitionsbedarfs und der
47 Sozialaufgaben bei der Haushaltsgestaltung zwingend in den Blick nimmt.

48

49

50

1 **Finanzpolitische Ehrlichkeit statt Täuschung, Tricks und Hütchenspiele**

2

3 Wir stehen für finanzpolitische Ehrlichkeit, während die CSU-Staatsregierung auf Finanztricks und
4 Täuschungsmanöver setzt. Das gilt insbesondere für die substanzlose und aus der Luft gegriffene
5 Behauptung, die Schulden des Freistaates in den nächsten 18 (!) Jahren abzubauen.

6

7 **Die Wahrheit über den Schuldenabbau à la CSU**

8

9 Wahr ist: Die Staatsregierung hat erst 2010 die Verschuldung des Freistaates um zehn Milliarden
10 Euro und damit um 44 Prozent erhöht, um das Finanzdebakel bei der Landesbank auszugleichen.
11 Wahr ist: Die von der gegenwärtigen Regierungskoalition vorgenommene Schuldentilgung für 2012
12 und 2013 ist ein finanzielles Hütchenspiel. Sie wird ausschließlich finanziert aus der Zerschlagung des
13 bewährten Vorsorgesystems für die Pensionsverpflichtung des Freistaates Bayern. Etwa drei
14 Milliarden Euro finanzielle Verpflichtungen werden damit einfach in die Zukunft verschoben. Im
15 Ergebnis: Alte Schulden werden mit neuen Schulden bezahlt.

16

17 **Die Schulden von morgen und übermorgen**

18

19 Und wahr ist auch: Durch den Verzicht auf den notwendigen Gebäude- und Straßenunterhalt, auf
20 Erhaltungsinvestitionen und die längst überfälligen Sanierungen von Universitäten,
21 Polizeiinspektionen und Schulen steigen die versteckten Schulden des Freistaates an. Diese Art von
22 Finanztricksereien werden wir beenden. Wir werden beim Abbau von bayerischen Staatsschulden
23 dafür sorgen, dass auch die versteckte Verschuldung abgebaut wird. Dabei ist uns vor ein Anliegen,
24 auch die kommunale Verschuldung abzubauen und nicht nur einseitig wie bisher auf den
25 Staatshaushalt zu schauen. Wenn notwendige Investitionen, Instandhaltungen und
26 Zukunftsvorsorge versäumt werden, wird die Reparatur später umso teuer. Deshalb wollen wir eine
27 Politik, die rechtzeitig investiert und Vorsorge trifft. Wir werden deshalb für einen rechtzeitigen
28 Unterhalt bei Gebäuden und Straßen sorgen, damit der Freistaat keine Kostenlawine zu Lasten der
29 Bürgerinnen und Bürger vor sich herschiebt. Diese von CSU und zuletzt auch FDP zu verantwortende
30 Lawine ist jetzt bereits groß genug, wir werden sie abbauen statt weiter anschwellen zu lassen.

31

32 **Unser finanzpolitischer Dreiklang: Zukunft und Gerechtigkeit im Blick, Ausgaben im Griff,
33 Einnahmen im Lot**

34

35 Wir werden die Finanzpolitik in Bayern nicht nur solider fortführen, sondern auch wieder auf
36 gerechte und transparente Beine stellen sowie Fehlentscheidungen und Versäumnisse korrigieren.
37 Unsere Politik der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte setzt auf die Kombination von
38 Zukunftsinvestitionen, auf sparsamen Umgang mit Haushaltsmitteln und auf
39 Einnahmeverbesserungen. Deshalb bauen wir auf einen Dreiklang in der Finanzpolitik: Zukunft und
40 Gerechtigkeit im Blick, die Ausgaben im Griff und die Einnahmen im Lot.

41

42 **Zukunft und Gerechtigkeit im Blick**

43

44 Wir sagen offen und ehrlich: Nicht alles was wünschenswert ist, ist auch finanzierbar. Deshalb
45 werden wir bei unseren finanzpolitischen Schwerpunkten vor allem erst einmal Zukunft und
46 Gerechtigkeit im Blick haben. Diese Schwerpunkte sind für uns

47

48 ... Investitionen in Bildungsgerechtigkeit, Ganztagschulen und Kinderbetreuung.

49

50 ... Investitionen in Forschung, Infrastruktur und die Energiewende.

1 ... die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den Regionen Bayerns.

2
3 ... die Stärkung der Handlungsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden.

4
5 ... das Gewährleisten von gerechten Lohn- und Einkommensverhältnissen.

6
7 ... die Bekämpfung von Erwerbs- und Altersarmut.

8
9 **Die Ausgaben im Griff**

10
11 Bei der Konsolidierung auf der Ausgabenseite legen wir besonderes Augenmerk auf

12
13 **... ehrliche Aufgabenüberprüfung:**

14
15 Eine SPD-geführte Staatsregierung wird sich der Verpflichtung stellen, ständig zu überprüfen, wie die
16 staatlichen Aufgaben effektiver und effizienter erledigt werden können. Anders als die
17 Staatsregierung bisher werden wir dabei auch die Staatskanzlei und die Ministerien im Blick haben.

18
19 **... die konsequente Bekämpfung von Verschwendung:**

20
21 Bei der Ausstattung der Ministerien und der Staatskanzlei, der Ausstattung für ehemalige
22 Ministerpräsidenten sowie den Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit werden wir gegenüber der
23 jetzigen Staatsregierung wieder mehr Kostenbewusstsein und Sparsamkeit in den Vordergrund
24 stellen.

25
26 **... den Verzicht auf unnötige Projekte und besseres Controlling staatlicher Projekte:**

27
28 Ein großes Potential für Einsparungen liegt in der besseren Planung und effizienteren
29 Kostenkontrolle staatlicher Projekte, wie beim Digitalfunk. Das zeigen auch die jährlichen
30 Rechnungshofberichte. Wir werden auch Projekte auf den Prüfstand stellen, die bei hohen Kosten
31 einen niedrigen volkswirtschaftlichen Nutzen und negative ökologische Auswirkungen haben, wie
32 die Fortsetzung des Donausausbaus.

33
34 **... die Verlagerung von Verantwortung auf die mittlere und untere staatliche Ebene:**

35
36 Dem CSU-Verständnis von staatlichem Zentralismus bis ins jede Detail setzen wir mehr
37 Eigenständigkeit für die mittlere und untere staatliche Ebene und für die Kommunen entgegen. Wir
38 sind uns sicher: Mehr dezentrale Haushaltsverantwortung für Behörden und Einrichtungen des
39 Freistaates schafft Kostenbewusstsein und Effizienz.

40
41 **...Subventionen auf dem Prüfstand:**

42
43 Einsparungen sind durch den Verzicht und die Rücknahme von unsozialen Klientel-Geschenken und
44 unberechtigten Privilegien zu realisieren. Überholte Subventionen stellen wir auf den Prüfstand,
45 wenn damit falsche soziale, ökonomische und insbesondere ökologische Anreize gesetzt werden, wie
46 beim Hotelsteuerprivileg, beim Flugbenzin oder bei Immobilien-Aktiengesellschaften.

47
48
49
50

1 **... die Bekämpfung der Methode „Gewinne privatisieren, Lasten sozialisieren“:**

2
3 Die Verweigerung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns durch Schwarz-Gelb führt zum
4 Beispiel zur staatlichen Subvention von Dumpinglöhnen. Durch den Mindestlohn wären hier jährlich
5 elf Milliarden Euro bei Gesamtstaat und Sozialversicherungen für eine soziale und ökonomisch
6 unsinnige Subvention einzusparen. Wir werden die Kosten von Kommunen reduzieren und die
7 Einnahmen auch des Freistaates verbessern, in dem wir Lohndumping bei öffentlicher
8 Auftragsvergabe durch ein Vergabegesetz unterbinden.

9
10 **Einnahmen im Lot**

11
12 Für zukunftsfähige Haushalte und für die Konsolidierung auf der Einnahmeseite ist die Sicherung
13 einer soliden staatlichen Einnahmehasis unverzichtbar. Für uns Sozialdemokratinnen und
14 Sozialdemokraten ist klar, dass

15
16 **... starke Schultern mehr tragen müssen als schwache:**

17
18 Deshalb setzen wir uns insbesondere für eine Vermögenssteuer, die Einführung der
19 Finanztransaktionssteuer und die Anpassung des Spitzensteuersatzes auf 49 Prozent, des
20 Abgeltungssteuersatzes auf 30 Prozent und die Reform der Erbschaftssteuer ein. Die
21 Mehreinnahmen werden wir zielgerichtet dafür verwenden, die Bildungsgerechtigkeit in Bayern zu
22 verbessern, die Studiengebühren abzuschaffen, mehr Ganztagschulen einzurichten und
23 Betreuungsangebote für Kinder zu verbessern.

24
25 **... wir gerade in Bayern mehr Steuergerechtigkeit brauchen als bisher:**

26
27 Wir können und müssen in Bayern selbst mehr tun für die Herstellung von Steuergerechtigkeit. Wir
28 werden sofort für eine bessere Ausstattung der Bayerischen Steuerverwaltung sorgen. Wir werden
29 hierzu mindestens 1.000 zusätzliche Betriebs-, Steuer- und Umsatzsteuersonderprüferinnen und -
30 prüfer einstellen, damit wir endlich einen gerechten Steuervollzug in Bayern bekommen und der
31 Ehrliche nicht länger der Dumme ist. Hinzu kommt ein konsequenter Kampf gegen
32 Steuerhinterziehung –auch durch den Ankauf von Daten über Steuerhinterziehung, die Verbesserung
33 der Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität und Schwarzarbeit durch personelle Aufstockungen
34 und Schwerpunktstaatsanwaltschaften sowie die Verbesserung der Kooperation zwischen den
35 Behörden sowie Bund und Land.

36
37 **Finanzpolitik für starke und leistungsfähige Kommunen**

38
39 Die BayernSPD steht für starke und leistungsfähige Kommunen. Neben der Verbreiterung der
40 Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer setzen wir auf mehr finanzielle Autonomie der Städte und
41 Gemeinden in Bayern. Wir wollen den kommunalen Finanzausgleich verbessern, insbesondere um
42 die dramatische Finanzlage vieler Kommunen in strukturschwachen Gebieten abzumildern und
43 ländliche Räume besser zu berücksichtigen. Wir werden die Kürzung der bayerischen Mittel bei der
44 Städtebauförderung zurücknehmen.

45
46 Auch Bayerns Kommunen müssen beim Schuldenabbau mit einbezogen werden, weshalb die
47 kommunalen Schulden mit in eine umfassende Bestandsaufnahme der Schulden des Freistaates
48 einfließen sollen. Wenn nur Staatsschulden getilgt werden, besteht die Gefahr, dass die Schulden in
49 die kommunalen Haushalte verlagert werden. Deshalb werden wir beim Schuldenabbau des Staates

1 gewährleisten, dass über einen kommunalen Entschuldungsfonds auch die Kommunen ihre
2 Verschuldung reduzieren können.

3

4 **Länderfinanzausgleich und Finanzföderalismus**

5

6 Eine SPD-geführte Staatsregierung wird, anders als die CSU, geradlinig bayerische Interessen
7 vertreten, ohne jemals zu vergessen, dass der Erfolg unseres Gemeinwesens auf sozialem Ausgleich
8 beruht. Wir bekennen uns deshalb ausdrücklich zum Länderfinanzausgleich mit dem Ziel, möglichst
9 gleiche Lebensbedingungen überall in der Bundesrepublik zu schaffen. Wirtschaftlich starke Länder
10 wie Bayern müssen ihren solidarischen Beitrag zur Stärkung der derzeit wirtschaftlich schwächeren
11 Länder leisten.

12

13 **Finanzausgleich auch innerhalb Bayerns nicht vergessen**

14

15 Eine SPD-geführte Staatsregierung wird, anders als die CSU, geradlinig für einen sozialen und
16 finanziellen Ausgleich innerhalb Bayerns und im Bund eintreten, ohne jemals zu vergessen, dass
17 Solidarität und Selbsthilfe zwei Kehrseiten ein und derselben Medaille sind und dass ein vernünftiger
18 Ausgleich zwischen Geben und Nehmen erfolgen muss.

19

20 **CSU-Klage gegen Finanzausgleich ist Klage gegen sich selbst**

21

22 Die Zahlungen Bayerns im aktuellen bis 2019 festgelegten Länderfinanzausgleich sind zu hoch, der
23 Beitrag muss reduziert werden und die Anreize für Geber- wie Nehmerländer, die Einnahmen zu
24 verbessern, muss größer werden. Das war und ist die Position der SPD-Landtagsfraktion. In Bayern
25 verantwortlich für den heutigen Finanzausgleich ist der ehemalige CSU-Vorsitzende und Bayerische
26 Ministerpräsident Edmund Stoiber, der ihn am 26. Juni 2001 vor dem Landtag als großen Durchbruch
27 für Bayern gefeiert hat. Horst Seehofer, Ilse Aigner, Peter Ramsauer und alle anderen CSU-
28 Bundestagsabgeordneten stimmten am 5. Juli 2001 im Bundestag zu. Deswegen ist die Klage vor dem
29 Bundesverfassungsgericht eine Selbstbezeichnung der CSU und soll von der eigenen Verantwortung
30 ablenken.

31

32 Eine SPD-geführte Staatsregierung wird unmittelbar nach der Landtagswahl Verhandlungen mit den
33 anderen Bundesländern aufnehmen, mit dem Ziel, den Länderfinanzausgleich zu modernisieren und
34 die Belastungen Bayerns zu reduzieren, ohne die Solidarität aufzukündigen.

35 Wir werden uns dabei auch auf eine **Föderalismusreform III** drängen, die die Bund-Länder-

36 Beziehungen und hier insbesondere den Solidarpakt, die Gemeindeverkehrs- und

37 Hochschulfinanzierung sowie die Aufteilung der Mehrwertsteuereinnahmen zwischen Bund und

38 Ländern auf neue und stabile Füße stellt, das Kooperationsverbot bei der Bildung aufhebt und die

39 Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern bei der Steuerverwaltung grundlegend verbessert.

1 **Wirtschaftspolitik**

2 **Starke Wirtschaft – gute Arbeit – nachhaltige Entwicklung**

3
4 Ziele sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik sind Vollbeschäftigung, sichere Beschäftigung zu guten
5 und fairen Bedingungen, gerechte Teilhabe und Teilnahme an den Entscheidungen in Unternehmen
6 und an der Verteilung der wirtschaftlichen Ergebnisse. Hierzu gehören für uns insbesondere
7 Mitbestimmung und Tarifautonomie. Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik folgt dem Grundsatz
8 der Nachhaltigkeit, um die Entwicklungsgrundlagen der gegenwärtigen und zukünftigen
9 Generationen zu sichern.

10
11 Innovation und Gute Arbeit bilden wesentliche Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung und ein
12 starke Wirtschaft. Eine starke Wirtschaft mit hoher Innovationskraft wird sich nur nachhaltig
13 entwickeln, wenn motivierte und gute ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter
14 qualitativ hochwertigen Arbeitsbedingungen hierzu ihren Beitrag leisten können. Wir wollen diese
15 Handlungsfelder unter Einbeziehung von Gewerkschaften, Betriebsräten, kommunalen und
16 regionalen Gebietskörperschaften, Umweltverbänden sowie Sozial- und Wohlfahrtsverbänden
17 ausgestalten und uns nicht allein auf die Kooperation mit Unternehmen, Kammern und
18 Wirtschaftsverbänden beschränken. Zukunftsorientierung und Beteiligungsorientierung gehören für
19 uns in der Wirtschaftspolitik zusammen.

20
21 **Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung**

22
23 **... ein Vergabe- und Tariftreugesetz erlassen, das alle Auftragsvergaben des Freistaates Bayern an**
24 **die Einhaltung von Tarifverträgen bindet.**

25
26 **... einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn unterstützen und sich für gleichen Lohn für**
27 **gleiche Arbeit in der Leiharbeit einsetzen.**

28
29 **... die Energiewende nachhaltig gestalten, statt unkoordiniertes Stückwerk zu produzieren wie dies**
30 **aktuell geschieht.**

31
32 **... Handwerk, Mittelstand und traditionelle Branchen stärken und nicht auf einseitige Konzentration**
33 **und exportorientierte „Leuchtturmprojekte“ setzen.**

34
35 **... die Infrastruktur für Forschung und Bildung stärken und hier insbesondere die Zukunftsfelder wie**
36 **beispielsweise Klimawandel und demografische Entwicklung fördern, anstatt an alten Strukturen**
37 **festzuhalten.**

38
39 **... mit Blick auf die Automobilindustrie eine Landesinitiative für Mobilität starten, die sich mit**
40 **künftigen Anforderungen an Mobilität befasst.**

41
42 **... die Regionen stärken, damit überall gleichwertige Lebensverhältnisse möglich sind.**

43

44

45 **Nachhaltigkeit ist keine leere Floskel**

46 Ziele sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik sind Vollbeschäftigung, sichere Beschäftigung zu guten
47 und fairen Bedingungen, gerechte Teilhabe und Teilnahme an den Entscheidungen in Unternehmen
48 und an der Verteilung der wirtschaftlichen Ergebnisse. Diese Ziele sind für uns Leitmotiv unseres
49 wirtschaftspolitischen Handelns zur Sicherstellung gesellschaftlichen Wohlstandes und einer

1 bedürfnisgerechten Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen. Zentral sind für uns auch
2 Mitbestimmung und Tarifautonomie. Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik folgt dem Grundsatz
3 der Nachhaltigkeit, um die Entwicklungsgrundlagen der gegenwärtigen und zukünftigen
4 Generationen zu sichern.

5
6 Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik folgt dem Grundsatz der Nachhaltigkeit. Wir wollen
7 gleichermaßen die Entwicklungsgrundlagen der gegenwärtigen und zukünftigen Generationen
8 erhalten und verbessern. Dies ist nur auf der Basis eines qualitativ orientierten Wachstums möglich,
9 das durch Innovation, Ressourcenschonung und -effizienz, soziale Verantwortung und Gerechtigkeit
10 sowie Gute Arbeit geprägt ist. Wir setzen hierbei auf die Effizienzpotenziale von Märkten, halten aber
11 staatliche Regulierung zur Setzung von Rahmenbedingungen und Förderung von spezifischen
12 Wachstumszielen für unverzichtbar. Zu diesen erforderlichen Rahmenbedingungen zählen für uns
13 auch die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die Mitbestimmung und die
14 Tarifautonomie.

15 16 **Wirtschaftspolitik ist überall**

17
18 Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik versteht sich bewusst nicht als verengte Ressortaufgabe. Zur
19 Erreichung unserer grundsätzlichen Ziele verfolgen wir einen übergreifenden Ansatz der
20 Verknüpfung von Bildungs-, Hochschul-, Forschungs-, Sozial-, Arbeitsmarkt-, Umwelt- sowie
21 Steuerpolitik. Dieser übergreifende Ansatz beinhaltet auch eine Verbindung von Zielen und Handeln
22 zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Die Anforderungen der Energiewende veranschaulichen
23 diese Notwendigkeit deutlich.

24 25 **Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik ist demokratisch**

26
27 Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik ist eingebunden in einen Prozess demokratischer Teilhabe,
28 den wir auch institutionalisieren wollen. Dies schließt ausdrücklich Gewerkschaften, Betriebsräte,
29 Organisationen der Zivilgesellschaft wie beispielsweise Umweltverbände, Wohlfahrts- und
30 Sozialverbände, sowie regionale Gebietskörperschaften mit ein. Wir suchen den konstruktiven Dialog
31 mit Betrieben, Unternehmen, Wirtschaftsverbänden und Kammern und setzen auf eine Kooperation
32 im Sinne nachhaltiger Entwicklung, die dem hohen Stellenwert unternehmerischer Leistung als Teil
33 einer nachhaltigen Entwicklung gerecht wird.

34 35 **Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik in Bayern steht für**

36
37 ... Beteiligungsorientierung durch die Einbeziehung von Gewerkschaften, Betriebsräten, kommunalen
38 und regionalen Gebietskörperschaften sowie Umweltorganisationen und Sozial- und
39 Wohlfahrtsverbänden. Wir gehen damit über die Kooperation mit Wirtschaftsverbänden, Kammern
40 und Unternehmen hinaus.

41
42 ... Arbeitsorientierung zur Gestaltung Guter Arbeit bei der Bewältigung des strukturellen Wandels.

43
44 ... Bildungs-, Forschungs- und Wissenschaftsorientierung zur Gestaltung der Innovation und hierfür
45 erforderlicher Kompetenzen.

46
47 ... Regionalorientierung zur Gestaltung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Bayern.

48
49 ... Mittelstandsorientierung zur Sicherung und Stärkung wesentlicher Grundlagen für innovative
50 Wertschöpfung und Beschäftigung .

1 **Die Grundlagen: Gute Arbeit und Innovation**

2

3 Innovationen und Gute Arbeit bilden wesentliche Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung und
4 eine starke Wirtschaft. Hierfür sind eine qualitative hochwertige Bildung und Ausbildung sowie eine
5 leistungsfähige Wissenschafts- und Forschungsinfrastruktur entscheidende Faktoren, um
6 hochwertige Innovationen zu sichern. Bayern kann hier auf große Stärken aufbauen. Dies gilt vor
7 allem für die Kreativität und das Engagement von Unternehmen und Arbeitnehmerinnen und
8 Arbeitnehmern.

9

10 **Innovations- und Forschungsförderung nicht nur für Leuchttürme**

11

12 Die Innovations- und Forschungsförderung darf allerdings in der Zukunft nicht auf exportorientierte
13 Leuchttürme konzentriert bleiben. Es gilt auch „alte Branchen“ einzubeziehen wie beispielsweise die
14 Glasindustrie, Porzellanindustrie oder auch Gießereien, die für Wertschöpfungsketten und
15 nachhaltige Innovationen unverzichtbar sind.

16

17 Die Ausrichtung und Organisation der Forschung an den Hochschulen muss deshalb die
18 Innovationserfordernisse dieser Branchen mit berücksichtigen und Zugangsbarrieren für
19 mittelständische Unternehmen beseitigen. Zusätzlich müssen übergreifende Herausforderungen
20 stärker in den Fokus von Hochschulforschung rücken. Dies betrifft vor allem den Klimawandel, die
21 Energiewende, die Gestaltung von Arbeitsorganisation und -bedingungen, den demografischen
22 Wandel sowie die Gleichstellung der Geschlechter.

23

24 **Bayern fällt zurück**

25

26 Innovation und Forschung bleiben eine zentrale Zukunftsaufgabe. Dies gilt umso mehr, als der Anteil
27 der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen am Bruttoinlandprodukt in Bayern mit knapp drei
28 Prozent deutlich hinter andere Bundesländer zurückgefallen ist. In Bayern stagniert dieser Anteil seit
29 den 90er Jahren. Das gefährdet Zukunftschancen. Wir wollen hier durch eine effektivere Forschungs-
30 und Technologieförderung umsteuern.

31

32 **Ohne gute Arbeit keine Entwicklung**

33

34 Gute Arbeit sehen wir als Voraussetzung und Ziel für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung.
35 Wir brauchen neue Ansätze – auch bei der Gestaltung von Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen.
36 Besonderes Augenmerk richten wir auf die Auseinanderentwicklung der sozialen Qualität von Arbeit.
37 Die Zunahme unsicherer Beschäftigungsverhältnisse sowie ein wachsender Niedriglohnssektor stehen
38 unserem Leitbild von Guter Arbeit entgegen. Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik steht für die
39 Wertschätzung von Arbeit als Grundlage für gesellschaftlichen Wohlstand und soziale Teilhabe. Wir
40 wissen: Eine starke Wirtschaft mit hoher Innovationskraft wird sich nur nachhaltig entwickeln, wenn
41 motivierte und gut ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter qualitativ
42 hochwertigen Arbeitsbedingungen hierzu ihren Beitrag leisten können.

43

44 **Ja zum Mindestlohn, Ja zur Mitbestimmung**

45

46 Deshalb befürworten wir einen gesetzlichen Mindestlohn, das Prinzip des „gleichen Lohns für gleiche
47 Arbeit“ in der Leiharbeit sowie die Mitbestimmung und die Beteiligung der Arbeitnehmer. Wir treten
48 für die tarifliche Bindung von Arbeitsverhältnissen ein, die eine materielle Teilhabe an der
49 Entwicklung von Produktivität und Wachstum gewährleistet. Ein wesentlicher Schritt hierzu wird ein
50 Bayerisches Vergabe- und Tariftreuegesetz sein, mit dem wir die Vergabe öffentlicher Aufträge des

1 Freistaates Bayern an die Einhaltung tariflicher Normen binden werden. Damit wollen wir
2 gleichzeitig wesentliche Voraussetzungen dafür schaffen, die zweifellos vorhandene
3 Geschlechterdiskriminierung von Frauen zu beseitigen. Unser Leitbild von Arbeit umfasst eine
4 gerechte Teilung von Entwicklungschancen und Verantwortung im Beruf und in der Familie für
5 Frauen und Männer. Dies ist die Voraussetzung für eine wirkliche Wahlfreiheit.

7 **Familienfreundliche Arbeitswelt verhindert Fachkräftemangel**

8
9 Vor dem Hintergrund von Fachkräftemangel und demografischem Wandel liegt es im Eigeninteresse
10 der Wirtschaft, eine familienfreundliche Arbeitswelt zu schaffen und damit die Attraktivität des
11 eigenen Unternehmens zu steigern. Eine familienfreundliche Flexibilisierung von Arbeitszeit und
12 Arbeitsort sowie familienunterstützende Dienstleistungen verschaffen den Unternehmen letztlich
13 einen ökonomischen
14 Nutzen.

15
16 Denn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nimmt neben Gehaltsfragen inzwischen eine zentrale
17 Stellung bei der Wahl des Arbeitgebers ein. Zudem ergeben sich für die Unternehmen vielfältige
18 Wettbewerbsvorteile: Sie sparen Kosten durch eine geringere Mitarbeiterfluktuation und profitieren
19 durch eine höhere Mitarbeiterbindung länger vom Know-How der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

21 **Pflegefreundliche Arbeitswelt**

22
23 Wir fordern die bayerische Wirtschaft auf, sich bei personalpolitischen Entscheidungen an den
24 unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern zu orientieren. Ebenso
25 müssen familiäre Verpflichtungen ihrer Beschäftigten stärker berücksichtigt werden. Ein
26 partnerschaftliches Miteinander bei der Übernahme familiärer Aufgaben betrifft auch Angebote für
27 Pflegebedürftige und für pflegende Angehörige. Wie bei der Kinderbetreuung kommt es auch dabei
28 maßgeblich auf familienfreundliche Arbeitsverhältnisse an. Den Unternehmen kommt hier eine
29 besondere Verantwortung zu. Es liegt in ihrer Verantwortung, Arbeitsbedingungen zu schaffen, die
30 ein ausgewogenes Miteinander von Beruf und Familie ermöglichen und Aufstiegschancen,
31 insbesondere von Frauen, gewährleisten.

33 **Die 15 konkreten Schritte des sozialdemokratischen Wegs – unsere Projekte**

34
35 Wir wissen um die verschiedenen wirtschaftlichen Qualitäten Bayerns, etwa in den Bereichen der
36 Chemie, der Elektronik und Elektrik, des Maschinenbaus, der Textilindustrie und
37 Automatisierungstechnik und vieler mehr. In der vielfältigen bayerischen Wirtschaftslandschaft ist es
38 wichtig, konkrete Antworten zu haben, die auf die jeweiligen Felder zugeschnitten sind:

40 **1: Energiewende nachhaltig gestalten und vorantreiben**

41
42 Die Energiewende benötigt eine klare Zielsetzung und Beschleunigung. Hierbei gilt der Grundsatz: So
43 viel Dezentralität wie möglich und so viel Zentralität wie nötig. Der Energiewende fehlen im Bund
44 wie im Freistaat Bayern eine geordnete strukturierte Koordination und ein planerischer Rahmen. Wir
45 werden einen abgestimmten Masterplan entwickeln, der die notwendigen Verknüpfungen zwischen
46 den Kommunen, dem Land und dem Bund beinhaltet.

47
48 Hierbei werden wir die hohen Potenziale von dezentralen Versorgungsstrukturen nutzen und
49 gleichzeitig eine ausreichende Breitstellung von Kapazitäten für die Grundlastversorgung sichern.

1 Darüber hinaus bleiben die Erhöhung der Energieeffizienz, die energetische Gebäudesanierung sowie
2 die Einsparung von Energie zentrale Bestandteile der Energiewende.

3
4 Hierzu werden wir spezifische Förderprogramme mit Hilfe der staatlichen Banken initiieren.
5 Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit sind unsere Zielgrößen für die
6 Energiewende. Eine sozial gerechte Verteilung der finanziellen Belastungen ist für uns eine
7 unverzichtbare Anforderung der Energiewende.

8
9 Wir werden die Energiewende ebenfalls als Katalysator für innovative Wertschöpfung in Industrie,
10 Handwerk und Dienstleistungen nutzen. Wir sind davon überzeugt: Die mit der Energiewende
11 verbundenen Technologien und Innovationen schaffen eine nachhaltige Basis für Wertschöpfung
12 und Beschäftigung mit hohem Wachstumspotenzial.

14 **2: Forschung stärken**

15
16 Wir werden die Forschungspolitik im Dialog von Wissenschaft, Staat und Wirtschaft durch die klare
17 Benennung künftiger Förderschwerpunkte weiter entwickeln. Unser Ziel ist es, die Vernetzung von
18 Wissenschaft und Unternehmen – insbesondere für den Mittelstand – zu verbessern und hierfür die
19 Hochschulinfrastruktur in den Regionen zu ergänzen. Dabei wollen wir das Ungleichgewicht der
20 Verteilung von Forschungs- und Entwicklungskapazitäten in den Regionen abbauen. Ein weiterer
21 Bestandteil der Weiterentwicklung ist die Verankerung übergreifender Schwerpunkte der Forschung
22 zum Klimawandel, zum demografischen Wandel, zur Energiewende, zur Gleichstellung und zur
23 Zukunft der Arbeit.

25 **3: Fachkräftebedarf decken, Potenziale entwickeln, Lebenschancen sichern**

26
27 Die Alterung der Gesellschaft stellt uns vor die Herausforderung, auch in der Zukunft den Bedarf an
28 Fachkräften zu sichern. Deshalb steht fest: Wir können und dürfen uns nicht mehr länger leisten,
29 junge Menschen im Bildungssystem scheitern oder unter ihren tatsächlichen Möglichkeiten zu
30 lassen. Das System der dualen Berufsausbildung ist hierfür ein wesentlicher Baustein, der
31 Jugendlichen einen zukunftsorientierten Einstieg in das Erwerbsleben bietet und gleichzeitig die
32 erforderlichen Fachqualifikationen und Kompetenzen für die Unternehmen sichert. Deshalb halten
33 wir am Berufskonzept des dualen Systems fest.

34
35 Durch eine neue Bildungspolitik, zum Beispiel durch die Einführung der Gemeinschaftsschule und die
36 Stärkung der individuellen Förderung der Kinder, wollen wir die Zahl der Schulabbrecher deutlich
37 reduzieren. Wir werden akademische und berufliche Ausbildung nicht gegeneinander ausspielen,
38 sondern nicht nur die Studiengebühren abschaffen, sondern auch für eine Entlastung im Sektor der
39 beruflichen Aus- und Weiterbildung, insbesondere bei der Meisterprüfung, sorgen. Unser Ziel: Soziale
40 und wirtschaftliche Barrieren für bessere Bildungsabschlüsse überall dort abbauen, wo sie
41 Durchlässigkeit und Aufstieg entgegenstehen. Durch eine Verbesserung der Studienbedingungen
42 wollen wir eine Reduzierung der Studienabbrüche erreichen.

43
44 Ein Umdenken ist aber auch im Umgang mit älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern
45 gefordert. Die Entwicklung von alterns- und altersgerechten Arbeitsbedingungen und
46 Berufsverläufen ist als Antwort auf den demografischen Wandel dringend erforderlich. Hierzu gehört
47 die kontinuierliche Weiterqualifikation während des gesamten Arbeitslebens. Wir werden die
48 Infrastruktur für berufsbegleitendes Lernen ausbauen und auch den Weiterbildungsauftrag der
49 Hochschulen hierfür nutzen. Zusätzlich benötigt Bayern nicht nur verstärkte Anstrengungen zur

1 Förderung von Zuwanderung, sondern auch die Entwicklung einer Kultur, die Zuwanderung wünscht
2 und willkommen heißt.

3

4: Gleichstellung vorantreiben – Frauen in Führungspositionen

5

6 Die Gleichstellung von Frauen im Beruf hängt von vielen Bedingungen ab. Sie wird wirksam durch die
7 Steigerung des Anteils von Frauen in Führungspositionen gefördert. Deshalb befürworten wir eine
8 Mindestquote von Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten von 40 Prozent. Sowohl im öffentlichen
9 Dienst als auch bei den Gesellschaften, an denen der Freistaat beteiligt ist, wirken wir auf die
10 Erfüllung der 40-Prozent-Quote hin. Der Freistaat Bayern muss seiner Vorbildfunktion gerecht
11 werden und im öffentlichen Dienst endlich mehr Frauen in Führungsverantwortung bringen.

12

13 5: Stärkung von Handwerk und Mittelstand

14

15 Handwerk und Mittelstand sind tragende Säulen der bayerischen Wirtschaft, die für ein dichtes Netz
16 von Arbeits- und Ausbildungsplätzen sorgen und für wirtschaftliche Entwicklungschancen in den
17 Regionen stehen. Wir werden die einzelbetriebliche Beratung mittelständischer Unternehmen
18 ausbauen und Kooperationen sowie Netzwerke fördern. Gemeinsam und ergänzend zu den
19 Angeboten der Kammern werden wir Unternehmen bei der Verbesserung der Organisation, dem
20 Zugang zur Finanzierung, der Anpassung von Unternehmensstrategien und Geschäftsmodellen an
21 veränderte Märkte sowie Qualifizierung der Arbeitnehmer und dem Zugang zu
22 Forschungseinrichtungen unterstützen.

23

24 6: Existenzgründungen fördern

25

26 Wir werden Existenzgründungen gezielt fördern und die Bereitstellung von Wagniskapital für junge
27 Unternehmen verbessern. Hierzu werden wir eine einmalige Anschubfinanzierung für einen neu zu
28 errichtenden Wagniskapitalfonds bereitstellen, der von öffentlichen-rechtlichen und
29 genossenschaftlichen Banken getragen wird. Zusätzlich werden die Fördermöglichkeiten der LfA-
30 Förderbank Bayern und der KfW Mittelstandbank gebündelt und potenziellen Kreditnehmern
31 gemeinsam angeboten.

32

33 7: Umbau der Landesbank zur Landesentwicklungs- und Mittelstandsbank

34

35 Wir wollen die Bayerische Landesbank (BayernLB) nach dem Vorbild der Kreditanstalt für
36 Wiederaufbau zu einer Bank für die Landesentwicklung und dem Mittelstand umbauen. In
37 Zusammenarbeit mit den Sparkassen wollen wir insbesondere für den Mittelstand den Zugang zu
38 Finanzierungen für Investitionen erleichtern. Die Bayerische Landesbank braucht wieder einen klaren
39 Auftrag als Finanzdienstleister für mittelständische Unternehmen und Kommunen. Eine
40 Privatisierung der BayernLB lehnen wir deshalb ab.

41

42 8 : Die Automobilindustrie der Zukunft gestalten

43

44 Die Automobilindustrie in Bayern ist stark, steht aber auch vor schwer wiegenden
45 Herausforderungen. Deshalb werden wir eine Landesagentur für Elektromobilität einrichten und in
46 eine Landesinitiative für Mobilität folgende Handlungsfelder einbeziehen: Anforderungen an
47 nachhaltige Mobilität, Auswirkungen technologischer Veränderungen auf die Arbeit und die
48 Arbeitsbedingungen in der Automobil- und der Zulieferindustrie, Veränderungen von
49 Wertschöpfungsketten, Infrastruktur sowie die erforderliche Vernetzung der Verkehrsträger.

50

9: Neue Chancen für traditionelle Industrien

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49

Traditionelle Industrien wie zum Beispiel Glas, Porzellan, Textil und Gießereien sind wesentliche Innovations- und Beschäftigungsträger für die bayerischen Regionen. Deshalb werden wir diese Branchen verstärkt in die Industrie- und Strukturpolitik einbeziehen, um deren Entwicklungspotenzial zu stärken. Wir setzen uns hiermit bewusst von einer Konzentration auf vermeintliche Leuchttürme ab, für die die Politik der gegenwärtigen Staatsregierung steht.

10: Wachstumschancen der Sozialwirtschaft fördern und nutzen

Die Sozial- und Gesundheitswirtschaft gehört zu den am stärksten wachsenden Branchen in Bayern. Wir werden durch einen bedarfsgerechten Ausbau von Betreuung, Pflege und Gesundheitsversorgung die Innovations- und Beschäftigungschancen dieser Branche nutzen und gleichzeitig die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Blick haben. Zusätzlich sehen wir auch Entwicklungspotenzial für technische und organisatorische Innovationen – zum Beispiel eine verbesserte Zusammenarbeit von ambulanten und stationären Versorgungseinrichtungen oder technische Hilfsmittel zur Unterstützung in der Pflege. Die Sozial- und Gesundheitswirtschaft wird somit zu einem Handlungsfeld der bayerischen Wirtschaftspolitik mit wachsender Bedeutung, das auch zur Verbesserung der Lebensqualität beiträgt.

11: Die Kultur- und Kreativwirtschaft ausbauen

Die Kultur- und Kreativwirtschaft bietet in Bayern hohe Wachstumspotenziale. Sie hat einen besonderen Stellenwert für die Lebensqualität, bietet attraktive Arbeitsbedingungen und ist damit Innovations- und Wachstumsträgerin, die zu Unrecht vernachlässigt und unterschätzt wird. Deshalb werden wir die öffentlich-kulturelle Infrastruktur in allen Regionen Bayerns kontinuierlich und verlässlich fördern, sowie die Ausbildungs- und Wissenschafts- und Forschungsstruktur für die Kultur- und Kreativwirtschaft stärken.

12: Regionen stärken und gleichwertige Lebensverhältnisse entwickeln

Das Ungleichgewicht zwischen den bayerischen Regionen muss in das Zentrum der Landesentwicklungsplanung gerückt werden. Wir werden die Landesplanung als Staatsaufgabe gesetzlich festschreiben und ein neues Landesentwicklungsprogramm vorlegen. Gerechtigkeit hat auch eine räumliche Dimension. Deshalb lehnen wir die von der gegenwärtigen Staatsregierung zu verantwortende Konzentration auf die Metropolen ab. Wir werden die Verlagerung von Gestaltungsmöglichkeiten auf die Regionen vornehmen und Regionalbudgets zur unbürokratischen und maßgeschneiderten Wirtschaftsförderung schaffen.

13: Nah- und Regionalverkehr ausbauen

Der Nah- und Regionalverkehr in Bayern benötigt dringend einen Ausbau. Hierzu zählen zum einen viel zu lange aufgeschobene Großprojekte wie beispielsweise die Erschließung des „Chemiedreiecks“, als auch leistungsfähigere und zuverlässigere Verbindungen. Hierzu werden wir offensiv an die Deutsche Bahn AG sowie die weiteren Anbieter herantreten, um diese zu einer Verbesserung dieser Verbindungen zu bewegen

14: Standorte und Lebensqualität durch soziale Infrastruktur sichern – Kommunale Unternehmen stärken

1 Eine gut ausgebaute soziale Infrastruktur ist ein notwendiger Bestandteil nachhaltiger Entwicklung.
2 Sie fördert wirtschaftliche Wachstumschancen und soziale Teilhabemöglichkeiten. Einen besonderen
3 Stellenwert haben hierbei Kinderbetreuung, Altenpflege, Bildung und Schule,
4 Gesundheitsversorgung, Kultur, Sport und verfügbarer, bezahlbarer Wohnraum. Kommunale
5 Unternehmen haben in diesem Zusammenhang mit ihrem Auftrag zur Daseinsvorsorge einen hohen
6 Stellenwert. Deshalb wollen wir sie stärken und wo es möglich ist bestehende Einschränkungen bei
7 Vergabeverfahren und zugelassenen Tätigkeitsfeldern sowie Unternehmensstrukturen beseitigen.

8

9 **15: Tourismus**

10

11 Der Tourismus in Bayern stellt mit seinem Potenzial einen bedeutenden Faktor der wirtschaftlichen
12 Entwicklung, der auf positive Wachstumschancen blicken kann. Dies ist vor allem auf steigende
13 Trends zum „Urlaub in Deutschland“ sowie zum Gesundheitstourismus zurückzuführen, die beide
14 durch den demografischen Wandel gefördert werden. Dieser Wandel erfordert eine
15 zukunftsorientierte Tourismusstrategie für Bayern, die Schwerpunkte räumlich und inhaltlich
16 koordiniert, um auf veränderte Bedürfnisse eingehen und die touristischen Angebote anpassen zu
17 können. Darüber hinaus müssen touristische Infrastruktur und Angebote umweltverträglich
18 gestaltet werden. Naturräume dürfen nicht rücksichtslos der touristischen Nutzung zugänglich
19 gemacht werden. Auch hier ist Nachhaltigkeit oberstes Gebot. Eine sozialdemokratisch geführte
20 Staatsregierung wird deshalb endlich eine nachhaltige Tourismusstrategie entwickeln, die
21 Wachstumschancen nutzt und ökologischen Erfordernissen Rechnung trägt.

1 **Arbeitsmarkt und Arbeitnehmerfragen**
2 **Einsatz für Gute Arbeit und gerechte Löhne**

3 Eine gerechte Ordnung auf dem Arbeitsmarkt ist die entscheidende Grundlage für ein Land, das nur
4 mit guten Produkten und Produktionsverfahren sowie hoch qualifizierten Arbeitnehmerinnen und
5 Arbeitnehmern im Wettbewerb erfolgreich ist. Wir wollen nicht Arbeit um jeden Preis, sondern gute
6 Arbeitsbedingungen und Arbeit, die gerecht entlohnt wird.

7
8 Auch in Bayern arbeiten viele Menschen im Niedriglohnbereich. Die Zahl der Beschäftigten in
9 Leiharbeit und mit Schein-Werkverträgen, in befristeten und geringfügigen Arbeitsverhältnissen
10 steigt zu Lasten unbefristeter und sozial abgesicherter Normalarbeit. Scheinpraktikanten wird ihre
11 gerechte Vergütung vorenthalten.

12
13 **Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung**

14
15 **... Initiativen der SPD-Bundestagsfraktion unterstützen und eigene Bundesratsinitiativen einbringen,**
16 **um bundesweite Regelungen für gute Arbeit durchzusetzen. Bayern wird dann nicht mehr Bremser**
17 **auf diesem politischen Feld sein, sondern Antreiber.**

18
19 **... ein Bayerisches Mindestlohngesetz einführen, um den Beschäftigten des Landes, der Kommunen**
20 **und der sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts gerechte Löhne zu zahlen.**

21
22 **... die Mitbestimmungsrechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausbauen.**

23
24 **... den Datenschutz am Arbeitsplatz sicherstellen.**

25
26 **... junge arbeitslose Eltern besonders unterstützen.**

27
28 **... einen Sozialen Arbeitsmarkt aufbauen, um Langzeitarbeitslose wieder in Arbeit zu bringen.**

29
30 **... auch Menschen mit Behinderungen eine Perspektive auf dem regulären Arbeitsmarkt geben.**

31
32 **... dem Fachkräftebedarf in Bayern vor allem durch bessere Bildung und Ausbildung sowie die**
33 **Nutzung der Potentiale der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entgegenreten.**

34
35 **... einen Weiterbildungspakt für Bayern anstoßen und das lebenslange Lernen stärker fördern.**

36
37 **... die Berufsorientierung bereits in der Schule verstärken und dann auch dafür sorgen, dass alle**
38 **Jugendlichen einen Ausbildungsplatz bekommen.**

39
40 **... eine Fachkräfteoffensive für den Pflege- und Erziehungsbereich starten.**

41
42 **... die UN-Behindertenrechtskonvention auch und gerade in der Arbeitswelt umsetzen.**

43
44
45
46
47
48
49

1 **Bundesratsinitiativen für „Gute Arbeit“**

2

3 Bayern sitzt im Bremserhäuschen, wenn es um bundesweite Regelungen für „Gute Arbeit“ geht. Das
4 werden wir ändern, indem wir Bundesratsinitiativen einbringen

5

6 ... für einen gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro.

7

8 ... zur Stärkung des Tarifvertragssystems und der Tarifbindung.

9

10 ... für gleichen Lohn für gleiche Arbeit – zwischen Mann und Frau genauso wie zwischen Leiharbeiter
11 und Stammebelegschaft.

12

13 ... zur Abschaffung der Möglichkeit der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen.

14

15 ... mit der Zielsetzung der Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen.

16

17 ... zum Schutz von Praktikantinnen und Praktikanten. Sie sollen etwas lernen und dürfen nicht als
18 billige Arbeitnehmer zweiter Klasse behandelt werden.

19

20 ... für eine Neugestaltung der geringfügigen Beschäftigung. Außerdem müssen bestehende Rechte
21 für Minijobber bekannter und besser durchgesetzt werden, damit zum Beispiel Lohnfortzahlung im
22 Krankheitsfall, Recht auf Aufstockung der Arbeitszeit etc. wirklich gewährt und Minijobs nicht zur
23 Armutsfalle werden.

24

25 ... für ein Entgeltgleichheitsgesetz, das die strukturelle Lohnbenachteiligung von Frauen beendet.

26

27 ... für eine Mindestquote von 40 Prozent für jedes Geschlecht bei der Besetzung von Vorständen und
28 Aufsichtsräten.

29

30 **Freistaat muss guter Arbeitgeber werden**

31

32 Bei guter Arbeit muss der Freistaat aber auch mit gutem Beispiel voran gehen. Daher müssen im
33 staatlichen Bereich Niedriglöhne sofort beseitigt werden. Nach dem Vorbild Bremens wollen wir ein
34 Bayerisches Mindestlohngesetz einführen für die Beschäftigten des Landes, der Kommunen und der
35 sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts. Das Gesetz soll auch Anwendung in
36 Bereichen finden, in denen das Land als Auftraggeber handelt oder in denen Fördermittel und
37 Zuwendungen vergeben werden. Eine Landesmindestlohnkommission, in der die
38 Spitzenorganisationen der Tarifparteien vertreten sein sollen, soll den Mindestlohn jährlich
39 überprüfen und wenn nötig anpassen. Mit einem Vergabegesetz werden wir sicherstellen, dass
40 öffentliche Aufträge des Landes und der Kommunen nur an Unternehmen vergeben werden, die
41 ihren Beschäftigten Tariflöhne zahlen.

42

43 Wir werden dafür sorgen, dass im Zuständigkeitsbereich des Freistaats Bayern Frauen bei
44 Beförderungen gleichziehen und die Lohndiskriminierung beendet wird.

45

46 **Befristungen und Leiharbeit nur als Ausnahme**

47

48 Befristete Beschäftigungsverhältnisse dürfen im öffentlichen Dienst nur die Ausnahme sein. Die
49 Umwidmung regulärer Stellen in solche für – formal freiberuflich tätige – Honorarkräfte ist ebenso

1 zu beenden. In landeseigenen Unternehmen sowie in den Behörden des Freistaats muss in der Regel
2 auf den Einsatz von Leiharbeit verzichtet werden.

3
4 Wir wollen eine umfangreiche Novellierung des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes
5 vornehmen, uns dabei am Betriebsverfassungsgesetz orientieren und dabei auch die
6 Mitbestimmungsrechte der Personalräte ausbauen und an das Betriebsverfassungsgesetz anpassen.
7 Wir streben die Rückkehr der Tarifgemeinschaft der Länder in die öffentliche Tarifgemeinschaft an.

8 9 **Datenschutz am Arbeitsplatz sicherstellen**

10
11 Zahlreiche Datenschutzskandale in der Wirtschaft zeigen, dass uns die moderne Informations- und
12 Kommunikationsgesellschaft auch im Arbeitsleben vor neue Herausforderungen stellt. Der
13 verantwortungsbewusste Umgang mit sensiblen Daten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern
14 muss in der betrieblichen Praxis immer sichergestellt sein. Wir werden dafür sorgen, dass das
15 Bayerische Landesamt für Datenschutzaufsicht ein effektiver Ansprechpartner der
16 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist.

17
18 Sogenannte Whistleblower, also Beschäftigte, die auf Missstände in ihrem Betrieb hinweisen,
19 müssen vor Sanktionen geschützt sein. Für Beschäftigte des Freistaats werden wir deswegen ein
20 effektives Beschwerdemanagement einführen.

21 22 **Arbeit statt Arbeitslosigkeit**

23
24 Die Arbeitsmarktzahlen im Bund und auch in Bayern sind günstig. Es muss dennoch unser Ziel
25 bleiben, die noch vorhandene Arbeitslosigkeit abzubauen. Gerade Langzeitarbeitslosen fällt der
26 Wiedereinstieg schwer. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat die aktive Arbeitsmarktpolitik in
27 Milliardenhöhe gekürzt. Diese Kürzungen sind ein großer Fehler, können durch den Freistaat
28 finanziell aber nicht ausgeglichen werden.

29
30 Wir wollen aber trotzdem im Rahmen der Möglichkeiten eines Bundeslandes Schwerpunkte – unter
31 Einsatz von Mittel des Europäischen Sozialfonds und eigenen Mitteln – setzen.

32 33 **Junge arbeitslose Eltern besonders unterstützen**

34
35 Junge arbeitslose Eltern wollen wir in den Fokus unserer Bemühungen rücken. Ihnen muss geholfen
36 werden, eine Berufsausbildung abzuschließen und für ihre Familie sorgen zu können.
37 Teilzeitausbildungsangebote und „Familiencoaches“ werden hier weiterhelfen. Wir werden Eltern
38 helfen, nach Erziehungspausen wieder in den Beruf einzusteigen. Es geht hier aber auch um
39 Alphabetisierungskurse und den Spracherwerb bei Migrantinnen und Migranten.

40 41 **Sozialen Arbeitsmarkt aufbauen**

42
43 Für diejenigen, die ohne Unterstützung keine Chance auf Integration in den ersten Arbeitsmarkt
44 haben, wollen wir einen sozialen Arbeitsmarkt mit öffentlich geförderter Beschäftigung aufbauen
45 und zusätzliche Beschäftigungsverhältnisse anbieten. Denn trotz guter Konjunktur sind in Bayern
46 rund 63.000 Menschen (Stand: September 2012) langzeitarbeitslos. Örtliche Gremien, an denen
47 Gewerkschaften, Kammern und andere arbeitsmarktpolitische Akteure beteiligt sind, sollen über
48 diese Beschäftigungsangebote entscheiden.

49

1 Zur dauerhaften Finanzierung des Sozialen Arbeitsmarktes durch den Bund wird Bayern die Chancen
2 und Risiken des Passiv-Aktiv-Transfers, die Vor- und Nachteile eines eigenen Budgets im
3 Eingliederungstitel und alternative Möglichkeiten prüfen und hierzu Bundesratsinitiativen starten.
4

5 **Fachkräftebedarf in Bayern sichern**

6
7 Zwar kann von einem allgemeinen Fachkräftemangel derzeit nicht gesprochen werden. Allerdings
8 existieren bei einzelnen Berufen und in einigen Teilen Bayerns gravierende Engpässe. Mittel- und
9 langfristig wird sich die demografische Entwicklung auf den Arbeitsmarkt auswirken. Das Potenzial
10 an Arbeitskräften wird in den kommenden Jahren schrumpfen. Im selben Zeitraum wird der Bedarf
11 an qualifizierten Arbeitskräften spürbar ansteigen.

12
13 Fachkräftemangel ist eine schwere Hypothek für die Zukunft: Denn Investoren gehen dorthin, wo
14 Menschen gut ausgebildet sind und wo zukünftige wirtschaftliche Expansion nahe liegt.
15 Fachkräftemangel heißt, dass die wirtschaftlichen Möglichkeiten eines Landes nicht ausgeschöpft
16 werden.

17
18 Die Handlungsfelder sind für uns klar: Wir müssen die Zahl der Schulabgängerinnen und
19 Schulabgänger ohne Abschlüsse reduzieren und die Übergänge in den Beruf verbessern,
20 Ausbildungs- oder Studienabbrüche deutlich verringern, Erwerbspartizipation und Lebensarbeitszeit
21 von Menschen über 55 erhöhen, Erwerbspartizipation und Arbeitszeitvolumen von Frauen steigern
22 sowie Qualifizierung und Weiterbildung vorantreiben.

23 24 **Qualifizierung und Weiterbildung vorantreiben**

25
26 Mit Kammern und Gewerkschaften werden wir eine Kampagne durchführen, um insbesondere kleine
27 und mittlere Unternehmen für die anstehenden Herausforderungen stärker zu sensibilisieren und
28 die Notwendigkeit lebenslangen Lernens aufzuzeigen.

29
30 Wir werden den Aufbau öffentlicher Bildungs- und Weiterbildungsberatung unterstützen, die es
31 jedem Interessierten ermöglicht, lebenslanges Lernen zu realisieren. Wir wollen zudem einen
32 „Weiterbildungspakt“ für Bayern etablieren. Zentral ist für uns, vernetzte und bezahlbare
33 Weiterbildungsangebote für alle Bevölkerungsgruppen sicherzustellen.

34
35 Wir werden deshalb für Bayern eine bezahlte Bildungsfreistellung von drei Arbeitstagen pro Jahr
36 einführen. Für die Träger der Bildungseinrichtungen des „lebenslangen Lernens“ werden wir eine
37 verlässliche und bedarfsgerechte Finanzierung durch Landeszuschüsse sicherstellen. Wir werden die
38 Volkshochschulen daher besser finanziell fördern.

39 40 **Weiterbildung auch an den Hochschulen**

41
42 Nach der gesetzlichen Öffnung der Hochschullandschaft für beruflich Qualifizierte ohne Abitur ist es
43 unsere Aufgabe, diesen Menschen die Aufnahme eines Studiums auch in der Praxis zu erleichtern.
44 Dazu benötigen wir Beratungs- und Unterstützungsangebote an den Hochschulen und eine bessere
45 Anerkennung von Leistungen der beruflichen Bildungsgänge. Wir möchten, dass Hochschulen sich
46 stärker in die Aufgabe der Weiterqualifizierung einbringen.

1 **Mit dem Bachelor auf den Arbeitsmarkt**

2

3 Studierende sollen mit einem Bachelorabschluss echte Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhalten –
4 aber auch das Studium in der Masterphase fortsetzen können. Für uns gilt: Ein erfolgreich
5 abgeschlossenes Bachelorstudium schafft das Recht zur Aufnahme eines Masterstudiums.

6

7 **Berufsorientierung in der Schule**

8

9 Ein verändertes Schulsystem gibt mehr Schülerinnen und Schülern bessere Chancen. Wir werden die
10 Zahl der Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher kontinuierlich reduzieren. Wir wollen erreichen,
11 dass keiner die Schule ohne gefestigte und nachhaltige Lese-, Schreib- und Rechenkompetenzen
12 verlässt. Der Übergang von der Schule in den Beruf sollte frühzeitig in unseren Schulen vorbereitet
13 werden. Berufsorientierung muss zur schulischen Allgemeinbildung gehören – unabhängig von der
14 Schulform. Schulsozialarbeit kann einen Teil dieser Arbeit übernehmen. Schülerinnen und Schüler
15 brauchen schon während der Schulzeit Einblicke in die Berufspraxis, damit der
16 Berufsfindungsprozess erfolgreich unterstützt und begleitet werden kann. Sozialpädagoginnen und
17 Sozialpädagogen können die Schülerinnen und Schüler bei Fragen rund um die Berufswahl sowie bei
18 der Vermittlung von Praktikums- und Ausbildungsplätzen unterstützen. Auch an den
19 berufsbildenden Schulen werden wir die Schulsozialarbeit ausbauen, um die Abbruchquote zu
20 reduzieren.

21

22 **Berufliche Ausbildung für alle**

23

24 Alle Jugendlichen haben das Recht auf eine berufliche Ausbildung mit anerkanntem Berufsabschluss.
25 Wir werden über den Bund eine Ausbildungsgarantie sicherstellen, die sich nicht nur auf
26 Schulabgängerinnen und Schulabgänger, sondern auch auf Altbewerberinnen und Altbewerber
27 bezieht. Junge Menschen sollen möglichst ohne Warteschleifen in eine berufliche Erstausbildung
28 kommen. Wir werden daher den Übergang von der Schule in die Ausbildung klarer strukturieren –
29 mit regionalen Übergangsmanagements und einer stärkeren sozialpädagogischen Begleitung.

30

31 **Ausbildende Unternehmen unterstützen**

32

33 Wir fordern die Wirtschaft auf, ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen bereitzustellen
34 und damit ihrer Verantwortung für die Sicherung des Fachkräftebedarfs sowie für die soziale
35 Integration der jungen Menschen in die Berufswelt gerecht zu werden.

36

37 Wir wollen kleine und mittlere Unternehmen, die im Verbund mit anderen Unternehmen oder einer
38 überbetrieblichen Ausbildungsstätte ausbilden, organisatorisch und finanziell unterstützen.

39

40 **Soziale und wirtschaftliche Barrieren abbauen**

41

42 Wer Meister werden will, ist großen finanziellen Belastungen ausgesetzt. Wir werden akademische
43 und berufliche Ausbildung nicht gegeneinander ausspielen, sondern nicht nur die Studiengebühren
44 abschaffen, sondern auch für eine Entlastung bei der beruflichen Aus- und Weiterbildung,
45 insbesondere bei der Meisterprüfung, sorgen. Unser Ziel: soziale und wirtschaftliche Barrieren für
46 bessere Bildungsabschlüsse überall dort abbauen, wo sie Durchlässigkeit und Aufstieg
47 entgegenstehen.

48

49

50

1 **Gute Arbeitsbedingungen in allen Lebensphasen**

2

3 Wir wollen die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer ermöglichen.
4 Deshalb werden wir die Infrastruktur für die Betreuung und Bildung von Kindern weiter ausbauen.
5 Wir werden besonders den Ausbau qualitativer Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder unter
6 drei Jahren und des Angebots an Ganztagschulen forcieren. Wir müssen aber auch daran arbeiten,
7 dass mehr Kinderbetreuungseinrichtungen beispielsweise für Beschäftigte mit Schichtarbeitszeiten
8 zur Verfügung stehen. Es kann nicht sein, dass eine alleinerziehende Verkäuferin mit Arbeitszeiten in
9 den Abendstunden und am Wochenende nicht berufstätig sein kann, weil sie keine Möglichkeit für
10 eine Kinderbetreuung hat.

11

12 Wir wissen: Vor allem familiengerechte, flexible Arbeitszeiten helfen bei der Vereinbarkeit von
13 Familie und Beruf. Hier muss die Politik eingreifen. Ebenso bei der altersgerechten Gestaltung von
14 Arbeitsbedingungen und beim Gesundheitsmanagement, damit nicht nur junge Menschen, sondern
15 auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über 60 in ihrem Beruf arbeiten können.

16

17 **Fachkräfteoffensive für den Pflege- und Erziehungsbereich**

18

19 Wir werden den Fachkräftenachwuchs in der Pflege durch die Bewerbung der Pflegeberufe und die
20 Bereitstellung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen in der Altenpflege sichern. Die erhebliche
21 Steigerung der Schülerinnen- und Schülerzahlen an den Altenpflegeschulen ist eine Voraussetzung
22 dafür, dass es gelingt, den Fachkräftemangel in der Altenpflege zu beseitigen. Dafür muss die
23 Ausbildung für alle Pflegeberufe gebührenfrei sein.

24

25 **Inklusion in der Arbeitswelt**

26

27 Inklusion ist in der Arbeitsmarktpolitik ein wichtiges Thema. Wir wollen und werden auch Menschen
28 mit Behinderungen eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt geben. Dies erfolgt vor allem in enger
29 Kooperation mit den Partnern aus den Werkstätten. Ziel ist es aber, dass Menschen mit
30 Behinderungen nicht nur in Werkstätten arbeiten, sondern von allen Arbeitgeberinnen und
31 Arbeitgebern die Chance erhalten, in jedes Unternehmen eingegliedert zu sein und dort gute Arbeit
32 zu leisten.

33

34 **Auf dem Weg zu einem inklusiven Bayern**

35

36 Der Freistaat muss gesellschaftliche Teilhabe auch dann garantieren, wenn körperliche, seelische
37 oder lernbedingte Beeinträchtigungen vorhanden sind. Inklusion und Barrierefreiheit stehen im
38 Mittelpunkt unseres Handelns. Vorurteile und bestehende Benachteiligungen wollen wir konsequent
39 abbauen und schließlich beseitigen. Durch die Einführung eines „**Disability Mainstreamings**“ werden
40 wir Bayern zum Vorreiter in der Politik für behinderte Menschen in Deutschland machen.

41

42 **Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention**

43

44 Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention hat für uns Priorität. Der entsprechende
45 Aktionsplan für Bayern ist derzeit jedoch unzureichend und muss dringend um konkrete Vorgaben,
46 Maßnahmen und Ziele ergänzt werden. Diese Weiterentwicklung werden wir partnerschaftlich mit
47 den Betroffenen sowie den beteiligten Verbänden und Organisationen organisieren.

48

49 Barrierefreiheit umfasst nicht nur bauliche Maßnahmen, sondern auch den vollen Zugang zur
50 sozialen und wirtschaftlichen Umwelt, also gleichberechtigte Teilhabe an Bildung, Arbeit, Kultur,

Programmentwurf Landtagswahl 2013: JETZT IST ALLES DRIN! Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht.

- 1 Sport, Zugang zu Medien und Kommunikationswegen und vieles mehr. Sie bedeutet aber auch
- 2 Barrierefreiheit im Denken aller beteiligten Akteuren und Gesellschaftsgruppen. Hieran wollen wir
- 3 arbeiten.
- 4

1 **Sozialpolitik**

2 **So geht soziale Gerechtigkeit**

3

4 Soziale Gerechtigkeit ist das zentrale Thema der Gegenwart und der Zukunft. Soziale Gerechtigkeit
5 sorgt für sozialen Frieden. Soziale Gerechtigkeit ist Wertefundament der zivilisierten Gesellschaft
6 und bayerischer Verfassungsauftrag. Nicht zuletzt ist die soziale Gerechtigkeit eine Frage der
7 Solidarität zwischen den Menschen. Es geht um den Zusammenhalt zwischen Jüngeren und Älteren,
8 Reicheren und Ärmeren, zwischen den Regionen eines Landes. Es ist und bleibt deshalb Auftrag der
9 Sozialdemokratie seit nunmehr 150 Jahren, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen.

10

11 Gerecht ist, wenn alle Menschen die Chance haben, ihr Leben eigenverantwortlich gestalten zu
12 können, wenn sie an der Gesellschaft teilhaben können, wenn sie von ihrer Arbeit anständig leben
13 können. Gerecht ist auch, wenn alle gleiche Bildungschancen haben. Gerade in einem wohlhabenden
14 und erfolgreichen Land wie Bayern dürfen wir nicht zulassen, dass sich die Schere zwischen Arm und
15 Reich immer weiter öffnet. Die deutschen Bischöfe haben das so formuliert: „Heute fährt für manche
16 Gruppen der Fahrstuhl nach wie vor nach oben, während andere schon auf den unteren Etagen
17 aussteigen müssen“. Das wollen wir ändern und uns für mehr Chancen- und Teilhabegerechtigkeit
18 einsetzen.

19

20 **Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung**

21

22 **... einen Pakt für Familien schließen, von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf über eine**
23 **Kindergrundsicherung bis hin zu familienunterstützenden Instrumenten auf dem Arbeitsmarkt.**

24

25 **... eine gesetzliche Grundsicherung für alle Kinder einführen, um Kinderarmut zu verhindern.**

26

27 **... das Betreuungsgeld wieder abschaffen.**

28

29 **... mittelfristig dafür sorgen, dass die Bildung in Kindertagesstätten wie die Schulbildung gänzlich**
30 **gebührenfrei gestellt wird. Ab 2013 wird als erster Schritt ein gebührenfreies Kindergartenjahr**
31 **finanziert.**

32

33 **... für die Kindertageseinrichtungen bessere Rahmenbedingungen schaffen und Personal**
34 **insbesondere durch mehr Personal.**

35

36 **... neue Wohnformen für Ältere fördern, damit diese möglichst lange selbstbestimmt in den eigenen**
37 **vier Wänden leben können.**

38

39 **... für eine Weiterentwicklung der Rentenversicherung zu einer paritätisch finanzierten und**
40 **armutsfesten Versicherung mit einer solidarischen Beitragspflicht für alle kämpfen.**

41

42 **... die Unterfinanzierung der vielen Selbsthilfegruppen beenden.**

43

43 **Vorsorgender Sozialstaat**

44

45 Ganz im Sinne nachhaltiger Politik ist es unbedingt notwendig, einen Schwerpunkt auf Vorsorge zu
46 legen. Ein vorsorgender Sozialstaat setzt Leistungsbereitschaft und Selbstverantwortlichkeit voraus.
47 Jeder trägt grundsätzlich Verantwortung für sein eigenes Leben und für seine individuelle
48 Lebensgestaltung. Der vorsorgende Sozialstaat kümmert sich verlässlich um diejenigen, die noch
49 nicht oder nicht mehr für sich selbst sorgen können.

50

1 Der vorsorgende Sozialstaat ist auf die Solidarität aller angewiesen. Wir akzeptieren nicht, dass sich
2 gerade die leistungsfähigsten und einkommensstärksten Mitglieder der Gesellschaft zunehmend der
3 Solidargemeinschaft entziehen. Wir wollen die Solidarität der Stärkeren mit den Schwächeren
4 stärken. Wir werden nicht zulassen, dass gerade in einem wohlhabenden Land wie Bayern die Armut
5 weiter wächst. Und schon gar nicht die Armut von Kindern. Es ist weder gerecht noch akzeptabel,
6 dass die Mietkosten in Ballungszentren in immer stärkerem Maße die Existenz der Menschen
7 gefährden. Eine chancengleiche Gesellschaft zu erreichen, wie dies auch von der deutschen
8 Bischofskonferenz in ihrem Papier „**Chancengerechte Gesellschaft – Leitbild für eine freiheitliche**
9 **Ordnung**“ formuliert wird, ist Ziel unserer Sozialpolitik.

11 **Pakt für Familien und Kinder in Bayern**

13 Wir werden in Bayern zusammen mit den Verbänden und Kommunen einen Pakt für Familien und
14 Kinder schließen. Familien brauchen die beste Unterstützung in ihren unterschiedlichen
15 Lebenssituationen. Wir werden deshalb für die Familien beste Rahmenbedingungen schaffen,
16 beginnend bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf über eine Kindergrundsicherung bis hin zu
17 familienunterstützenden Instrumenten auf dem Arbeitsmarkt. Eine qualitativ hochwertige Bildung
18 und Betreuung legt den Grundstein für das Leben unserer Kinder und eröffnet ihnen gleiche
19 Chancen.

21 **Kinderarmut verhindern**

23 Um Kinderarmut zu verhindern, werden wir eine gesetzliche Grundsicherung für alle Kinder
24 einführen. Familien mit niedrigerem Einkommen sollen besser gefördert werden. Deswegen
25 unterstützen wir alle Bemühungen, ein nach Einkommen gestaffeltes und somit faires Kindergeld
26 einzuführen. Dies ist ein erster Schritt hin zu einer Kindergrundsicherung. Wir werden nicht weiter
27 hinnehmen, dass Familien oder Alleinerziehende, die arbeiten, aufgrund des Bedarfes ihrer Kinder
28 Sozialhilfe beantragen müssen.

30 **Kitas zu Familienzentren weiterentwickeln**

32 In ganz Bayern werden wir Kindertagesstätten zu niederschwelligen, integrierten und wohnortnahen
33 Familienzentren weiterentwickeln, die Kinder und junge Erwachsene in ihrer Entwicklung fördern
34 und Familien bei der Bewältigung des täglichen Lebens unterstützen. Familienzentren sind Orte der
35 Begegnung zwischen Jung und Alt und vereinen Betreuung, Erziehungshilfe, Bildungsangebote,
36 Krisenintervention und Beratung unter einem Dach.

38 **Betreuungsgeld abschaffen, Solidarbeitrag einführen**

40 Das von der derzeitigen Bundesregierung beschlossene Betreuungsgeld lehnen wir ab. Das
41 steuerfinanzierte Betreuungsgeld ist eine sozial ungerechte Umverteilung von unten nach oben. Wir
42 werden uns dafür einsetzen, dass die Finanzmittel, die für das Betreuungsgeld bereitgestellt sind, in
43 die Vereinbarkeit von Familie und Beruf investiert werden. Wir werden in Bayern ein
44 bedarfsgerechtes Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen schaffen, damit Eltern endlich
45 Wahlfreiheit erhalten. Außerdem unterstützen wir die Einführung eines Solidarbeitrages aller
46 Menschen zur Finanzierung der Infrastruktur für Bildung und Betreuung. Ein solcher Solidarbeitrag
47 kann etwa über die Anhebung des Spitzensteuersatzes oder über die Einführung einer
48 Vermögenssteuer realisiert werden.

1 **Gebührenfreie Bildung als Ziel**

2

3 Wir betrachten die Zeit vor der Schule als Bildungszeit. Bildungs- und Erziehungsziele auf
4 wissenschaftlicher Grundlage werden wir in Bayern gesetzlich verankern. Den Rechtsanspruch auf
5 Bildung und Betreuung wollen wir stufenweise um einen Ganztagsanspruch einschließlich der
6 sogenannten Randzeiten erweitern. Gerechtigkeit bedeutet, dass jedes Kind unabhängig vom
7 Geldbeutel der Eltern Zugang zu kindgerechter Bildung auch vor der Schule hat. Wir werden deshalb
8 mittelfristig dafür sorgen, dass die Bildung in Kindertagesstätten wie die Schulbildung gänzlich
9 gebührenfrei gestellt wird. Ab 2013 wird als erster Schritt ein gebührenfreies Kindergartenjahr
10 finanziert.

11

12 **Beste Rahmenbedingungen für die Kindertageseinrichtungen**

13

14 Wir werden in Bayern durch eine Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und
15 Betreuungsgesetzes für bessere Rahmenbedingungen in den Kindertageseinrichtungen sorgen.

16

17 Der Anstellungsschlüssel wird schrittweise auf 1 zu 10 und dann auf 1 zu 8 gesenkt. Für unter
18 dreijährige Kinder und für Kinder mit besonderem Bedarf wird die Zahl der Fachkräfte erhöht. Wir
19 werden die Elternrechte in den Kindertageseinrichtungen stärken. Eine Initiative zur Steigerung der
20 Attraktivität der Fachberufe in den Kinderbetreuungseinrichtungen gehört zu den ersten
21 Maßnahmen einer von der SPD geführten Landesregierung in Bayern ab 2013.

22

23 **Seniorenmitwirkungsgesetz für Bayern**

24

25 Wir werden ältere Menschen stärker in die Gesellschaft einbeziehen und beteiligen. Deshalb werden
26 wir ein Seniorenmitwirkungsgesetz für Bayern einbringen. Wir werden das Miteinander von Jung
27 und Alt fördern und ehrenamtliche Initiativen im Rahmen von „Lokalen Generationenbündnissen“
28 anregen, die vor Ort die Lebensbedingungen verbessern. Wir werden die Kompetenzen und
29 Fähigkeiten älterer Menschen so lange wie möglich erhalten und mehr als bisher nutzen.

30

31 **Seniorinnen und Senioren in der Arbeitswelt stärken**

32

33 Wir brauchen alters- und altengerechte Arbeitsplätze, betriebliche Präventions- und
34 Rehabilitationsangebote sowie bedarfsgerechte und geeignete Weiterbildungsangebote für ältere
35 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Durch flexibilisierte Arbeitszeiten, Job-Rotation, Arbeitszeitkonten
36 und ähnliche Maßnahmen können betriebliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die die
37 Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch im fortgeschrittenen Alter
38 berücksichtigen. Wir unterstützen das von der SPD im Bundestag durchgesetzte Programm
39 „Perspektive 50plus – Beschäftigungspakte für Ältere in den Regionen“ und werden uns für eine
40 Fortführung einsetzen. Außerdem schlagen wir einen „Runden Tisch ältere Arbeitnehmer und
41 Arbeitnehmerinnen in Bayern“ vor, an dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer teilnehmen sollen.

42

43 **Neue Wohnformen für Ältere**

44

45 Ältere Menschen haben grundsätzlich keine anderen Wohnbedürfnisse als jüngere. Allerdings
46 steigen mit zunehmendem Alter die Anforderungen an die bauliche und technische Ausstattung der
47 Wohnung sowie an die Infrastruktur des Umfeldes. Wir werden in Bayern neue innovative
48 Wohnformen wie zum Beispiel Hausgemeinschaften und selbstbestimmte Wohnformen im Alter
49 stärker unterstützen und ausbauen. Die Barrierefreiheit ist für ältere Menschen von großer
50 Bedeutung. Dies gilt auch für den öffentlichen Personennah- und -fernverkehr, die Gleiszugänge und

1 Bahnhöfe. Mit einem Förderprogramm „Barrierefreies Bayern“ werden wir die Kommunen Schritt für
2 Schritt bei den notwendigen Investitionen unterstützen. Außerdem werden wir
3 Bundesratsinitiativen starten, die massiven Kürzungen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“
4 sowie die Streichung der Bundesmittel für das Programm „Altersgerecht umbauen“ zurückzunehmen
5 und die Mehrgenerationenhäuser weiter zu unterstützen.

6

7 **Verlässliche, solidarische Rente**

8

9 Voraussetzung für ein gutes Leben im Alter ist die materielle Absicherung. Wir werden uns für eine
10 Weiterentwicklung der Rentenversicherung zu einer paritätisch finanzierten und armutsfesten
11 Versicherung mit einer solidarischen Beitragspflicht für alle Bürgerinnen und Bürger einsetzen.
12 Damit können wir die Rentenversicherung trotz der älter werdenden Gesellschaft nachhaltig auf ein
13 solides finanzielles Fundament stellen und zugleich für auskömmliche Renten sorgen.

14

15 Das Rentenniveau darf nicht unter das derzeitige Niveau von 50 Prozent absinken. Die armutsfeste
16 Lebensstandardsicherung muss das Hauptziel der Gesetzlichen Rentenversicherung sein und vor der
17 Förderung privater Vorsorge – die sich nicht alle leisten können – Vorrang haben. Private Vorsorge
18 kann nur eine freiwillige Ergänzung, darf aber nicht der Ersatz für die gesetzliche Rente sein. Am
19 bewährten Umlageverfahren, mit dem die Erwerbstätigen und Arbeitgeber die Renten solidarisch
20 finanzieren, werden wir nicht rütteln. Zugunsten der Beitragsatzstabilität müssen wir vorsorgen
21 und sprechen uns dafür aus, in der Gesetzlichen Rentenversicherung einen Demografie-Fonds
22 einzurichten.

23

24 **Flexibles Renteneintrittsalter**

25

26 Wir werden uns für ein flexibles und individuell organisiertes Renteneintrittsalter einsetzen, das sich
27 an der Erwerbsbiographie orientiert. Dazu werden wir uns auf Bundesebene für die Teilrente ab 60
28 Jahren sowie einen abschlagsfreien Renteneintritt nach 45 Versicherungsjahren einsetzen. Anstelle
29 der an viele Bedingungen geknüpften Zuschussrente für wenige, unterstützen wir die
30 **steuerfinanzierte Solidarrente** für langjährig Versicherte, um Altersarmut zu vermeiden. Wir werden
31 auch dafür Sorge tragen, dass Ausfall- oder Beitragsminderungszeiten wegen Kindererziehung,
32 Pflege, Freiwilligendienst, oder Arbeitslosigkeit bei der Rentenberechnung stärker berücksichtigt
33 werden. Wir schlagen vor, die gesetzlichen Abschläge bei der Erwerbsunfähigkeitsrente ganz
34 abzuschaffen, da Erwerbsunfähigkeit nicht auf einer freiwilligen Entscheidung der Betroffenen
35 beruht.

36

37 **Ehrenamt ist unverzichtbar**

38

39 Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt sind unverzichtbar für die Gesellschaft. Das Ehrenamt
40 darf allerdings nicht missbraucht werden, Sparmaßnahmen des Staates auszugleichen. In Bayern
41 engagieren sich etwa 36 Prozent der Bevölkerung, also rund 3,8 Millionen Menschen, ehrenamtlich.
42 Ohne deren Engagement wären viele soziale Aktivitäten nicht mehr möglich. Das verdient Respekt
43 und Anerkennung.

44

45 Wir werden in Bayern das Ehrenamt weiter fördern, für die Erstattung von Auslagen sorgen und uns
46 für eine bessere Berücksichtigung der ehrenamtlichen Tätigkeit bei der Steuer einsetzen. Außerdem
47 schlagen wir eine angemessene Berücksichtigung der ehrenamtlichen Arbeit bei der
48 Rentenberechnung vor. Ehrenamtlichkeit ist für uns hier freiwilliges, unentgeltliches Engagement
49 von durchschnittlich fünf Stunden pro Woche, bei Projektarbeit 250 Stunden im Jahr.

50

1 **Selbsthilfe stärken**

2

3 Die gegenseitige Unterstützung, der Austausch und das Helfen in Selbsthilfegruppen stärken den
4 Einzelnen. Selbsthilfe kann auch dazu beitragen, unabhängige Informationen zu erhalten,
5 Selbsthilfegruppen können zu Lobbyisten in eigener Sache werden und damit wichtige Impulse für
6 das Gesamtsystem geben.

7

8 Die BayernSPD unterstützt daher die Selbsthilfe. Wir werden die bisherige Unterfinanzierung der
9 Selbsthilfe in Bayern beenden und die Förderung auf den Bundesschnitt anheben, die ergänzende
10 Förderung der Selbsthilfekontaktstellen analog zu anderen Bundesländern einführen und die
11 Förderung für die Selbsthilfekoordination entsprechend der gewachsenen Inanspruchnahme
12 dynamisieren. Die Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von
13 Selbsthilfegruppen (NAKOS) muss künftig auch wieder durch das Bundesfamilienministerium
14 gefördert werden.

1 **Bildungspolitik**

2 **Das ist gerecht!**

3 Bildung ist ein Menschenrecht und daher eines der höchsten Güter unserer Gesellschaft. Unser
4 Verständnis von guter und hochwertiger Bildung ist ganzheitlich und versteht Lernen als
5 lebensbegleitenden Prozess: moderne Bildungspolitik muss daher die Bildungslaufbahn jedes
6 Einzelnen von Anfang an und ein Leben lang begleiten. Das Bildungsangebot der Zukunft muss ein
7 schlüssiges Gesamtkonzept sein, das sowohl gut als auch gerecht ist. Unser Ziel ist es, allen
8 Menschen gleiche Bildungschancen zu ermöglichen und niemanden auf dem Weg des Lernens
9 zurückzulassen. Bildung ist der Schlüssel zu einer demokratischen Teilhabe aller Menschen an der
10 Gesellschaft und befähigt sie zu einer aktiven Mitgestaltung.

11

12 Wir wollen Schule neu denken und ein Schulsystem, in dem Leistung gefördert und Chancenvielfalt
13 ermöglicht wird. Bildungsgerechtigkeit zu verwirklichen heißt Bildungserfolg unabhängig von
14 Herkunft, finanziellem Hintergrund und Bildungsstatus der Eltern zu garantieren.

15

16 Bei allen Maßnahmen geht es nicht um eine kompromisslose Abkehr von allem Bestehenden,
17 sondern darum, passgenaue Alternativen für eine starke Bildungszukunft unserer jungen Menschen
18 zu schaffen.

19

20 **Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung**

21

22 **... bessere Rahmenbedingungen für Lehrkräfte und Schulen schaffen.**

23

24 **... individuelle Förderung als zentrale Aufgabe begreifen.**

25

26 **... Längeres gemeinsames Lernen als zusätzliches Angebot ermöglichen.**

27

28 **... den Schulen mehr Selbstverantwortung geben.**

29

30 **... ein Recht auf einen guten Ganztagschulplatz verankern.**

31

32 **... mit der Gemeinschaftsschule den ländlichen Raum stärken.**

33

34 **... berufliche Bildung als starke Säule neben dem Studium ausbauen.**

35

36 **... lebensbegleitendes Lernen durch verpflichtenden Bildungsurlaub sichern.**

37

38

39

40 **Für eine gerechte Bildung – mit mehr Qualität in die Zukunft**

41

42 In Bayerns Schulen und Bildungseinrichtungen wird täglich hervorragende Arbeit geleistet – und das
43 oft unter ungünstigen Rahmen- und Arbeitsbedingungen. Dies verdanken wir einer engagiert
44 arbeitenden Lehrerschaft, unseren Schulleiterinnen und Schulleitern sowie Erzieherinnen und
45 Erziehern. Die Schülerinnen und Schüler, unterstützt durch ihre Eltern, bringen in nationalen und
46 internationalen Vergleichsarbeiten hervorragende Ergebnisse. Alle Schularten, von der Grundschule

1 über Mittel-, Realschule, Wirtschaftsschulen, Gymnasium bis zu den beruflichen Schulen und den
2 Förderzentren tragen zu den anerkannt guten Ergebnissen ihren Anteil bei.

3

4 **Talente bleiben auf der Strecke**

5

6 Zur Wahrheit gehört aber auch, dass das bayerische Schulsystem hoch selektiv ist und viele Talente
7 auf der Strecke bleiben. Gute Bildung hat das Ziel, jedes einzelne Potenzial zu entfalten. Um diesem
8 Anspruch gerecht zu werden, lassen wir uns nicht mehr auf eine Bildungspolitik der Korrekturen und
9 Reparaturmaßnahmen ein, sondern haben den Mut, uns die Qualitätsfrage immer wieder aufs Neue
10 zu stellen. Wir müssen alte Strukturen an neuen Erkenntnissen und Wissenschaftsstandards
11 überprüfen und an diesen neu ausrichten. Dieser Mut ist Bayern in den letzten Jahrzehnten
12 abhanden gekommen.

13

14 **Niemand darf zurück bleiben**

15

16 Wir wollen Schule neu denken und in einer ehrlichen Diskussion gemeinsam mit allen
17 gesellschaftlich relevanten Kräften die Zukunftsfrage Bildung neu stellen. Am Ende des Weges steht
18 ein Schulsystem, in dem niemand zurück bleibt, Leistung gefördert und Chancenvielfalt ermöglicht
19 wird. Bildungsgerechtigkeit zu verwirklichen heißt Bildungserfolg unabhängig von Herkunft,
20 finanziellem Hintergrund und Bildungsstatus der Eltern zu garantieren. Noch immer haben Kinder
21 von Akademikerinnen und Akademikern eine fast siebenmal höhere Wahrscheinlichkeit, an ein
22 Gymnasium zu wechseln. Noch immer ist ein guter Schulabschluss oftmals Ergebnis teurer
23 Nachhilfe. Noch immer bleiben Kinder aus Zuwandererfamilien auf der Strecke. Gute Bildungspolitik
24 muss alle Qualitätsstandards und Schulabschlüsse wohnortnah ermöglichen, lange Schulwege
25 vermeiden und regionale Schulmodelle zulassen, um gleiche Chancen in Stadt und Land zu schaffen.

26

27 **Kinder in den Mittelpunkt stellen**

28

29 Wir werden Schule zu einem Ort des Lernens machen, der gleichzeitig Lebensraum und ein Ort für
30 Inspiration und Kreativität ist. Das leisten nur starke Schulen, die personell sowohl mit Lehrkräften
31 als auch mit zusätzlichem pädagogischem Fachpersonal wie Sozial- und Heilpädagogen gut
32 aufgestellt sind. Gemeinsames Anliegen aller muss es sein, das Kind in den Mittelpunkt zu stellen
33 und im Team intensiv zusammenzuwirken. Schulen müssen sich auf klare Rahmenbedingungen
34 durch die Politik verlassen können. Dazu gehört auch, dass ausreichend Personal eine gesicherte
35 Unterrichtsversorgung gewährleistet und kleine Klassen ermöglicht.

36

37 **Beste Rahmenbedingungen für Lehrkräfte und Schulen**

38

39 Lehrkräfte brauchen unser Vertrauen und Unterstützung. Wir werden dafür sorgen, dass sie durch
40 die Zusammenarbeit in Lehrerteams Synergien nutzen und dafür auch ausreichend Zeit und
41 Ausstattung bekommen. Entscheidend für uns ist eine zeitgemäße Fortbildung und professionelle
42 Begleitung der Lehrkräfte und des pädagogischen Personals. Für eine Schule, die längeres
43 gemeinsames Lernen ohne Aussieben der Schwächeren, aber auch die Teilhabe von Kindern mit und
44 ohne Handicaps ermöglicht, brauchen wir eine neue Lehrerbildung. Wir wollen die Lehrerbildung neu
45 ausrichten und die Anforderungen an eine moderne Schule in den Blick nehmen.

46

47 Unabhängig von seinem späteren Einsatzgebiet braucht jede zukünftige Lehrkraft ein profundes
48 pädagogisches Grundgerüst, das mit Blick auf die Umsetzung der Inklusion auch Kenntnisse über
49 Förderpädagogik beinhaltet. Dabei darf die fachwissenschaftliche Ausbildung nicht zu kurz kommen.
50 Im Rahmen des Bologna-Prozesses wird auch die Lehrerbildung grundlegend reformiert. Wir gehen

1 von der Gleichwertigkeit der Lehrämter aus, sodass der Grundsatz gelten muss: kein Lehramt ohne
2 Masterabschluss. Für uns ist eine intensive Verzahnung von Praxis und Studium von großer
3 Bedeutung.

4

5 **Individuelle Förderung als zentrale Aufgabe**

6

7 Im Mittelpunkt einer guten Schule steht stets das Kind selbst. Die Bildungsangebote müssen sich an
8 den Bedürfnissen des Einzelnen orientieren und die Kinder und Jugendlichen zu Lernerfolgen führen.
9 Aus der Lern- und Gehirnforschung wissen wir, dass nur selbstgesteuertes und selbstaktives Lernen
10 zu wirklich nachhaltigen Ergebnissen führt. Dabei geht es nicht darum, Wissen in der Wiedergabe
11 von möglichst vielen Fakten zu verstehen, sondern Wissen zu vernetzen und vielfältige Kompetenzen
12 zu erlernen. So bringen wir echte individuelle Förderung ins System und werden jedem einzelnen
13 Kind gerecht.

14

15 **Längeres gemeinsames Lernen als zusätzliches Angebot**

16

17 Gute Bildungspolitik ist nie abgeschlossen, sondern entwickelt sich immer weiter unter
18 Berücksichtigung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse. Neben den bewährten Schulangeboten
19 müssen neue Wege ermöglicht werden. Längeres gemeinsames Lernen in Gemeinschaftsschulen
20 wird daher durch unsere Initiativen auch in Bayern eine Chance erhalten.

21

22 Pädagogische und organisatorische Weiterentwicklung ist grundsätzlich Aufgabe aller Schularten. So
23 werden sich Realschulen und berufliche Oberschulen gemeinsam zu einer starken Säule neben dem
24 Gymnasium positionieren. Mittelschulen und Wirtschaftsschulen werden bei diesem Prozess aktiv
25 mit einbezogen. Jede Schulart kann und soll in der vielfältigen bayerischen Schullandschaft einen
26 zukunftsweisenden Platz einnehmen.

27

28 **Nachbesserungsbedarf beim achtjährigen Gymnasium**

29

30 Nach der überstürzten Einführung des achtjährigen Gymnasiums sehen wir gerade beim bayerischen
31 Gymnasium Nachbesserungsbedarf: In Verbindung mit einer pädagogischen Ausrichtung hin zu
32 selbstaktiven Lernformen, einer Reduzierung der Pflichtstundenzahl in der Unter- und Mittelstufe
33 und einem raschen Ausbau des Ganztagsangebots entlasten wir die Schülerinnen und Schüler. Durch
34 eine Flexibilisierung der gymnasialen Oberstufe schaffen wir ein Gymnasium der zwei
35 Geschwindigkeiten und damit ein Wahlrecht für eine acht- oder neunjährige Schulzeit.

36

37 **Neue Wege gehen**

38

39 Aber auch Schulen, die andere Wege gehen wollen, brauchen unsere Unterstützung. Wir werden
40 daher Anreize für pädagogische Neuausrichtungen schaffen. Wir werden es allen Schulen
41 ermöglichen, sich auf Antrag zu Gemeinschaftsschulen weiterzuentwickeln, damit vor Ort ein neues
42 strukturelles und pädagogisches Angebot entstehen kann. Dafür werden wir das Schulgesetz so
43 anpassen, dass regionale Schulmodelle und längeres gemeinsames Lernen auch an kleinen
44 ländlichen Schulstandorten ermöglicht werden können. Leistungsstarke und pädagogisch
45 hochwertige Schulen sind unser Leitbild für eine Schule der Zukunft.

46

47 **Schule in demokratischer Eigenverantwortung**

48

49 Dreh- und Angelpunkt für Unterrichtsqualität ist die Schule selbst. Sie muss mehr Verantwortung,
50 aber auch mehr Entscheidungsrecht bekommen. Dazu braucht sie auch die nötigen Strukturen und

1 Ressourcen. Eine herausragende Rolle spielt dabei die Schulleitung. Schulleiterinnen und Schulleiter
2 brauchen für ihre Aufgaben entsprechende Leitungszeit und professionelle Ausbildung. Alle Schulen
3 werden von uns endlich mit einer ausreichenden Zahl von Verwaltungskräften ausgestattet. Eine
4 Verlagerung der Verantwortlichkeiten auf die Einzelschule verlangt auch eine Neuorganisation der
5 staatlichen Schulaufsicht. Dabei kann die erfolgreiche Struktur der Ministerialbeauftragten als
6 Bindeglied zwischen Kultusministerium und Schule als Beispiel dienen.

7
8 Eine eigenverantwortliche Schule ist aber auch auf eine starke Mitbestimmungskultur angewiesen.
9 Wichtige Entscheidungen können und dürfen nur in einem demokratischen Abstimmungsprozess
10 getroffen werden, bei dem die Schülerinnen und Schüler altersgemäß aktiv beteiligt werden und
11 Eltern wie auch Lehrkräfte stark eingebunden sind. Demokratie muss gelebt werden. Werte wie
12 Gerechtigkeit, Toleranz und Geschlechtergleichheit müssen mit Leben gefüllt werden.

13 14 **Vielfalt als Chance**

15
16 Die Vielfalt der jungen Menschen als Chance betrachten: das muss Grundlage des pädagogischen
17 Handelns in der Schule der Zukunft sein. Kinder aus Zuwandererfamilien sind eine Bereicherung und
18 erfordern unsere größtmögliche Aufmerksamkeit. Da Schulerfolg von den Sprachkenntnissen
19 erheblich abhängt, sorgen wir dafür, dass sie bestmöglich beim Erwerb der deutschen Sprache
20 unterstützt werden.

21
22 Bayern muss die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ernst nehmen und
23 schnellstmöglich inklusive Bildungseinrichtungen schaffen. Kinder und Jugendliche mit körperlichen
24 oder geistigen Handicaps sind somit künftig ganz normale Mitglieder unserer Schulgemeinschaften.
25 Voraussetzung dafür ist aber, alle Schulen für diese Herausforderung fit zu machen und mit den
26 notwendigen Ressourcen auszustatten. Integration und Inklusion müssen feste Bestandteile an
27 unseren allgemeinen und beruflichen Schulen werden.

28 29 **Gute Ganztagschulen**

30
31 Jedes Kind muss das Recht auf einen gebundenen Ganztagsplatz erhalten. Eine gute Ganztagschule
32 ist mehr als eine Nachmittagsbetreuung. Sie organisiert verbindlich Lern- und Übungszeiten, aber
33 auch Arbeitsgemeinschaften und Freizeitangebote über den ganzen Schultag verteilt, sodass
34 Schülerinnen und Schüler ausreichend Zeit und Raum für ganzheitliche Bildung und
35 Persönlichkeitsentwicklung bekommen.

36
37 Eine qualitativ hochwertige Ganztagschule braucht einen abwechslungsreichen Tagesablauf und
38 individuelle Fördermöglichkeiten für die Kinder. Experten von außen bereichern das Schulleben.
39 Lokale Einrichtungen wie gemeindliche Jugendarbeit und Vereine verschiedener Prägungen müssen
40 eingebunden werden. Die Ganztagschule endet hausaufgabenfrei in der Regel um 16 Uhr. Dann
41 bleibt ausreichend Zeit, den persönlichen Interessen nachzugehen oder sich in örtlichen Vereinen
42 und in der Jugendarbeit zu engagieren. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu
43 gewährleisten, muss in Zusammenarbeit mit den Kommunen ein Betreuungsangebot auch nach 16
44 Uhr und in den Ferienzeiten ermöglicht werden.

45
46 Wir wissen: Guter Ganztag kostet. Wir werden daher den Schulen zusätzliche Lehrerstunden geben,
47 damit ein abwechslungsreiches Unterrichts- und Lernangebot auf hohem Niveau bis in den
48 Nachmittag hinein angeboten werden kann. Ganztagschulen brauchen zudem für zusätzliches
49 Personal auch ausreichende Finanzmittel. Damit die Kommunen die Anpassung der Schulräume an

1 die Anforderungen eines guten Ganztags ermöglichen können, werden wir gezielte
2 Förderprogramme auflegen.

3

4 **Schule im ländlichen Raum**

5

6 Die demografische Veränderungen und eine zunehmende „Landflucht“ machen es wichtiger denn je,
7 die ländlichen Regionen attraktiv für junge Familien zu halten, indem wir auch kleine Schulstandorte
8 auf dem Land sichern. Wir wollen flächendeckend ein wohnortnahes Bildungsangebot mit hohen
9 Qualitätsstandards sichern. Denn ein attraktives Schulangebot ist ein wichtiger Standortfaktor für
10 jede Gemeinde. Dabei erhalten die Kommunen ein Mitspracherecht bei der Gestaltung regionaler
11 Bildungslandschaften. Vor allem Mittelschul-Standorte sollen sich zu Gemeinschaftsschulen weiter
12 entwickeln können und durch alle Schulabschlüsse wieder attraktiver werden. Gemeinschaftsschulen
13 wird es aber nur dort geben, wo Kommune und Schulfamilie diese beantragen. Damit vorhandene
14 Schulangebote nicht gefährdet werden, werden wir für jeden Landkreis einen eigenen Bildungsplan
15 erstellen.

16

17 **Berufliche Bildung als starke Säule**

18

19 Jedes Jahr entscheiden sich mehr als die Hälfte der Jugendlichen nach Ende der Schulzeit für eine
20 berufliche Ausbildung. Die duale Ausbildung ist ein über die deutschen Grenzen hinaus gefragtes
21 Bildungsmodell. Wir werden deshalb alles tun, über diesen bewährten Weg den zunehmenden
22 Fachkräftebedarf zu sichern.

23

24 Sorge bereitet uns einerseits die immer noch zu hohe Zahl von Schulabgängerinnen und -abgängern
25 ohne Abschluss und mit mangelnder Ausbildungsfähigkeit, andererseits die teilweise enorm
26 gestiegenen Anforderungen der Betriebe. Zu viele junge Menschen müssen derzeit in
27 Übergangssystemen auf den Einstieg in das Berufsleben vorbereitet werden. Die dafür notwendigen
28 Mittel müssen besser in die allgemeine und berufliche Schulzeit investiert werden, um direkte
29 Einstiege in die Ausbildungsberufe zu ermöglichen. Sozialpädagogische Unterstützungsmaßnahmen
30 müssen bei Bedarf die Übergänge von Schule und Beruf begleiten. Wir werden daher eine breite
31 Qualifikationsbündelung bei der Ausbildung sicherstellen, die zum beruflichen Handeln befähigt, die
32 Grundlagen für selbstständiges Weiterlernen schafft und vielseitige Vermittlungs- und
33 Arbeitsmarktchancen eröffnet. Ausbildungen mit kürzerer Ausbildungsdauer müssen auf das
34 Notwendigste beschränkt bleiben und dienen allenfalls dem Einstieg in die berufliche Ausbildung.

35

36 **Zuwanderer besser fördern, Geschlechtertrennung überwinden**

37

38 Menschen mit Zuwanderungshintergrund bedürfen unserer besonderen Aufmerksamkeit und
39 gezielte Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Chancen. Beruflich qualifizierten Zuwanderern müssen
40 wir den Zugang zu den Hochschulen erleichtern und die in der beruflichen Ausbildung erworbenen
41 Qualifikationen auf ein Hochschulstudium anrechnen. Die geschlechtsspezifische Trennung bei der
42 Ausbildung müssen wir mit geeigneten Maßnahmen überwinden.

43

44 **Berufsschulen stärken**

45

46 Im Rahmen der dualen Ausbildung hat der Staat eine große Verantwortung, die Berufsschulen
47 handlungsfähig zu erhalten und für eine gute Personalausstattung zu sorgen. Dazu gehört, die
48 Angebote der Doppelqualifizierung durch Berufsschule und Fachhochschulreife an allen
49 Berufsschulstandorten auszubauen und auch, die Lehrtätigkeit für externe Meisterinnen und Meister
50 attraktiv zu halten, damit die Nähe zur realen Wirtschaft garantiert ist. Die Berufsschulen müssen zu

1 starken Partnern für allgemeinbildende Schulen, aber auch für die Weiterqualifizierung und den
2 Bereich des lebensbegleitenden Lernens zu vielseitigen Kompetenzzentren werden.

4 **Lebensbegleitendes Lernen**

5
6 Bildungspolitik ist nicht nur Schulpolitik. Schon von Anfang an müssen wir dafür sorgen, dass alle
7 Kinder Zugang zu Bildung bekommen. Ebenso müssen wir ein starkes Bildungsangebot nach der
8 Schule bereitstellen. Die Bedeutung der Bildung nach der Schule wird immer größer. Die Förderung
9 individueller Kompetenzen und Lebenserfahrungen, die soziale Integration und die politische
10 Partizipation – kurz: der Erhalt der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bis ins hohe Lebensalter – ist
11 eine zentrale Aufgabe der Zukunft.

12
13 Bildung ist ein Menschenrecht. Für uns gilt das dann aber auch für die Bildung nach der Schule und
14 Ausbildung. Die Umsetzung des Prinzips des lebensbegleitenden Lernens geschieht derzeit nicht
15 systematisch und ist dem Einzelnen überlassen. Bayern wird dieser wachsenden Bedeutung nicht
16 ausreichend gerecht. Wir werden die Erwachsenenbildung auf die persönlichen, beruflichen und
17 gesellschaftlichen Bedürfnissen der Lernenden abstimmen. Erwachsenenbildung beinhaltet damit
18 alle Formen organisierten Lernens nach der Schule, in den gleichrangigen und gleichwertigen
19 Bereichen der allgemeinen, politischen, kulturellen und beruflichen Weiterbildung.

21 **Erwachsenenbildung aufwerten**

22
23 Wir werden die Teilnahme und die Abschlüsse an den Angeboten des lebensbegleitenden Lernens
24 durch einen staatlich anerkannten und zertifizierten Weiterbildungspass dokumentieren und die
25 Angebote der Erwachsenenbildung in den Zentren für Aus-, Fort- und Weiterbildung als
26 Grundversorgung definieren und verbindlich mit öffentlichen Mitteln finanzieren. Zur
27 Grundversorgung gehören unter anderem Angebote der politischen Bildung, Angebote zum Ausbau
28 und Erwerb von Schlüsselqualifikationen wie Sprach-, Kultur- und Medienkompetenzen, Arbeits- und
29 berufsbezogene Weiterbildung.

30
31 Wir werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in allen Altersstufen einen bedarfsgerechten
32 **individuellen Freistellungsanspruch** einräumen und schulabschlussbezogene Maßnahmen des
33 lebensbegleitenden Lernens im Sinne einer „zweiten Chance“ staatlich finanzieren. Die
34 Mitbestimmung in Betrieben und Verwaltung beim Thema Qualifizierung werden wir ausbauen, die
35 Finanzierung der Fort- und Weiterbildung organisieren und dabei sicherstellen, dass die
36 Unternehmen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden. Wir werden ein umfassendes
37 Beratungsangebot im Sinne einer Bildungsberatung für lebensbegleitendes Lernen schaffen, das
38 Erwachsenen-BAföG ausbauen, um den Zugang zu Bildung ein Leben lang zu ermöglichen.

40 **Weiterbildungsgesetz soll den Menschen dienen**

41
42 Wir werden ein Weiterbildungsgesetz einbringen. Dieses Gesetz ersetzt das
43 Erwachsenenbildungsförderungsgesetz und hat folgendes Grundprinzip: Erwachsenenbildung dient
44 dem Menschen, seinen persönlichen, beruflichen und gesellschaftlichen Bedürfnissen.
45 Erwachsenenbildung beinhaltet damit alle Formen organisierten Lernens nach der Schule, in den
46 gleichrangigen und gleichwertigen Bereichen der allgemeinen, politischen, kulturellen und
47 beruflichen Weiterbildung.

1 **Hochschulen, Wissenschaft und Forschung**

2 **Hohe Qualität erhalten, sozial gestalten**

3

4 Wissenschaftliche Bildung und die Qualität der Forschung unserer Hochschulen sind Motoren der
5 gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung unseres Landes. Nur mit
6 hervorragenden Ausbildungsbedingungen für alle Studierenden sind an unseren Hochschulen
7 wissenschaftliche Spitzenleistungen möglich.

8

9 Ziel unserer Hochschulpolitik ist, möglichst viele junge Menschen zu einem erfolgreichen Studium zu
10 führen.

11

12 **Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung**

13

14 **... einen chancengleichen, gebührenfreien Zugang zum Hochschulstudium ermöglichen.**

15

16 **... die bestehenden sozialen und wirtschaftlichen Barrieren für ein Studium abbauen.**

17

18 **... die Hochschulen besser ausstatten und das Personal aufstocken.**

19

20 **... die demokratische Gestaltung der Hochschulen vorantreiben, die verfasste Studierendenschaft
21 einführen und die Selbstverwaltung stärken.**

22

23 **... die nicht umgesetzten Ziele der Bologna-Reform anpacken: Mobilität und Sozialverträglichkeit
24 erhöhen, Verschulung senken.**

25

26 **... den Anteil weiblicher Wissenschaftlerinnen mit gezielten Fördermaßnahmen und einer Quote
27 erhöhen.**

28

29 **... die Arbeitsbedingungen der Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen verbessern.**

30

31 **... Menschen mit Behinderung ein barrierefreies Studium ermöglichen.**

32

33

34

35

36 **Studiengebühren abschaffen**

37

38 Wir werden die Studiengebühren abschaffen. Die wegfallenden Beträge werden aus dem
39 Staatshaushalt in vollem Umfang kompensiert. Die Studierenden sind, wie bisher, in die
40 Entscheidungsfindung einzubeziehen.

41

42 Die Einführung der Studienbeiträge war ein Einstieg in die Privatisierung und Ökonomisierung
43 unseres Bildungssystems. Studiengebühren verstärken die **soziale Selektion beim Hochschulzugang**.
44 In Bayern entscheiden immer noch die soziale Herkunft und der Geldbeutel der Eltern darüber, wer
45 ein Hochschulstudium aufnimmt. Ziel der Hochschulpolitik muss sein, jungen Menschen aus allen
46 gesellschaftlichen Schichten eine fundierte Ausbildung zu ermöglichen. Deshalb, und weil die
47 Finanzierung von Hochschulen und die Vermittlung von Bildung und Wissenschaft an den
48 Hochschulen Aufgaben des Staates sind, lehnen wir Studiengebühren ab.

49

50

1 **Hochschulen besser ausstatten**

2

3 Die Hochschulen in Bayern sind chronisch unterfinanziert. Der Sanierungsstau beläuft sich
4 inzwischen auf fünf Milliarden Euro. Wir werden die Sanierung der maroden Hochschulbauten
5 angehen und ein Hochschul-Investitionsprogramm auflegen.

6

7 Hochschulen werden mit langfristig garantierten, höheren Mitteln ausgestattet. Mehr Sachmittel,
8 Personal und die Verbesserung der Situation der Hochschulbibliotheken sind dringend notwendig,
9 um für die Studierenden eine qualitativ hochwertige Hochschulausbildung zu gewährleisten.

10

11 **Autonomie und Mitbestimmung stärken**

12

13 Zentrales Anliegen bei einem weiteren Ausbau der Autonomie von Hochschulen ist es, die Effizienz
14 der Hochschulen zu stärken und gleichzeitig die demokratische Teilhabe zu fördern. Die mit der
15 Eigenständigkeit der Hochschulen verbundene – bisher durch den Landtag vertretene –
16 demokratische Legitimation muss durch eine innere Demokratisierung der Hochschulen ergänzt
17 werden. Der Staat wird aus seiner Verantwortung für die Wissenschafts- und Bildungspolitik jedoch
18 nicht entlassen.

19

20 Wir werden die Autonomie der Hochschulen stärken, indem wir verbindliche Zielvereinbarungen
21 zwischen dem Ministerium und den Hochschulen abschließen. Diese Rahmenvorgaben werden an
22 die Stelle der bisherigen detaillierten, tief in die tägliche operative Leitung der Hochschulen
23 eingreifenden Vorgaben des Ministeriums treten. Hochschulräte bzw. Kuratorien begleiten die
24 Umsetzung. Diese treffen – anders als bisher – keine operativen Entscheidungen, sondern sollen
25 vielmehr die Gesellschaft als Ganzes repräsentieren.

26

27 **Demokratische Kontrolle der Hochschulleitung**

28

29 Professionelle Leitungsstrukturen erfordern an den Hochschulen umfassende Kontroll-, Mitwirkungs-
30 und Mitbestimmungsrechte aller am Wissenschaftsprozess beteiligter Personen und Gruppen. Wenn
31 es um Hochschulpolitik und -entwicklung geht, dann dürfen nicht alleine finanzielle Aspekte die
32 Richtung bestimmen. Was an den Hochschulen passiert, muss offen und unter Mitwirkung der
33 Gesellschaft diskutiert werden. Und am Ende dieser Prozesse müssen nachvollziehbare,
34 demokratische Entscheidungsverfahren stehen.

35

36 **Viertelparität einführen, Mittelbau stärken**

37

38 Das Satzungsrecht der Hochschulen wird von uns gestärkt. Professorinnen und Professoren,
39 Mittelbau, nicht-wissenschaftliche Angestellte und Studierende sollen die Geschicke der
40 Hochschulen von den Departments bis zum Senat viertelparitätisch besetzt bestimmen. Alle Ämter
41 werden von diesen vier Gruppen frei gewählt. Künftig wird die Hochschulleitung nicht mehr alleine
42 über die Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten bestimmen.

43

44 Ein Konvent der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird
45 verpflichtend eingerichtet, um die Position des Mittelbaus zu stärken und diesem mehr
46 Mitspracherechte einzuräumen.

47

48

49

50

1 **Verfasste Studierendenschaft einführen**

2

3 Bayern ist das letzte Bundesland, das in seinem Hochschulgesetz keine Verpflichtung zu einer selbst
4 verwalteten Studierendenvertretung vorsieht. Die studentische Interessensvertretung in Bayern ist
5 dadurch im Vergleich zu anderen Bundesländern um wesentliche Punkte beschnitten.

6

7 Wir werden die **verfasste Studierendenschaft** mit umfassender Satzungs- und Finanzhoheit und
8 politischem Mandat wieder einführen. Die Studierendenschaften werden Körperschaften des
9 öffentlichen Rechts. Nur dann können die Studierenden ihre Rechte und Pflichten als Bürgerinnen
10 und Bürger auch an der Hochschule wahrnehmen. Erst wenn die Studierenden selber darüber
11 entscheiden, wie sie sich organisieren und für was sie ihre Mittel ausgeben wollen, kann von einer
12 wirklichen Vertretung gesprochen werden. Und nur mit einer verfassten Studierendenschaft stehen
13 auch genügend Mittel zur Verfügung, um das studentische Leben wirklich mitgestalten zu können.

14

15 **Lehre quantitativ und qualitativ ausbauen**

16

17 Wir werden die Lehre stärken. Die Studierenden brauchen nicht nur profilierte Forscherinnen und
18 Forscher, sondern auch exzellente Lehrende. Wir setzen uns dafür ein, dass gute Lehre schrittweise
19 guter Forschung gleichgestellt wird. Die Lehrkompetenz muss ein entscheidendes
20 Berufungskriterium werden.

21

22 Wir werden die Lehre quantitativ und qualitativ ausbauen. Die Einführung der Bachelor/Master-
23 Studiengänge sowie der Anstieg der Studierendenzahlen werden nur bewältigt, wenn der
24 akademische Nachwuchs stärker gefördert und die Weiterqualifizierung der wissenschaftlichen
25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verstärkt wird. Die bayerischen Hochschulen brauchen ein
26 Nachwuchsförderungsprogramm, um sicherzustellen, dass mit dem Ansteigen der
27 Studierendenzahlen in allen Fachrichtungen genügend qualifizierte Wissenschaftlerinnen und
28 Wissenschaftler für Neueinstellungen bzw. Wiederbesetzungen von Professorinnen- und
29 Professorenstellen zur Verfügung stehen. Wir werden auch für eine fundierte didaktische Ausbildung
30 in der Lehre sorgen. Die Lehramtsausbildung erhält einen größeren Praxisbezug und eine bessere
31 Verzahnung von Praxis und Studium.

32

33 **Studieren auch ohne Abitur**

34

35 Wir werden auch Modelle fördern, die Studienangebote für Menschen bereithalten, die mitten im
36 Berufsleben stehen und keine klassische Hochschulzugangsberechtigung haben. Das setzt vor allem
37 einen Lernprozess und kulturellen Wandel an den Hochschulen voraus, die sich noch zu stark
38 abschotten gegen Studieninteressierte ohne klassische Hochschulzugangsberechtigung. Die nach
39 wie vor traditionelle, starre Trennung zwischen beruflicher und akademischer Bildung werden wir
40 überwinden. Wechsel zwischen beiden Bildungsbereichen sollen künftig selbstverständlich sein.

41

42 **Hohe Qualität für alle und überall**

43

44 Leistungsorientierung und Chancengleichheit schließen sich nicht aus, sondern bedingen einander.
45 Ziel unserer Hochschulpolitik ist es, hervorragende Ausbildungsbedingungen in der Breite für alle
46 Studierenden und damit auch die Basis für wissenschaftliche Spitzenleistungen überall in Bayern zu
47 schaffen. Soll Bayern auch in Zukunft erfolgreich sein, muss es der Vielfalt der Begabungen und
48 Interessen gerechter werden. Voraussetzung dafür ist ein chancengleicher Zugang zum
49 Hochschulstudium, ohne soziale und wirtschaftliche Barrieren. Wir werden dafür sorgen.

50

1 Eine hohe Qualität von Lehre und Forschung über alle Standorte in Bayern hinweg ist unser Ziel.
2 Profildarstellung darf nicht zu Lasten der Studierenden gehen. Das Studium an verschiedenen
3 Standorten muss von vergleichbarer Qualität bleiben.

4

5 **Bologna umsetzen, Studium studierbar machen**

6

7 Die Beteiligung Deutschlands am **Bologna-Prozess** war ein richtiger Schritt. Die Schaffung eines
8 europäischen Hochschulraums ist ein wesentliches Element der europäischen Integration. Die Ziele
9 des Bologna-Prozesses unterstützen wir. Diese Ziele sind jedoch noch nicht erreicht, es besteht
10 vielmehr Korrekturbedarf in vielen Bereichen. Wir werden daher die Reform der Reform in
11 Kooperation mit den Hochschulen in Form von Zielvereinbarungen angehen. Wir werden

12

13 ... die innereuropäische Mobilität erhöhen.

14

15 ... die Verschulung auf ein erträgliches Maß reduzieren.

16

17 ... die Vergleichbarkeit von Studienabschlüssen herstellen.

18

19 ... auf die Verringerung der Abbruchquoten hinarbeiten.

20

21 ... für die Sozialverträglichkeit des Studiums sorgen, denn es muss auch in Zukunft möglich sein,
22 neben dem Studium zu jobben oder Kinder zu haben.

23

24 ... die Bildungsdimension des Studiums stärken.

25

26 ... die Weiterbildungsangebote ausbauen und lebenslanges Lernen ermöglichen.

27

28 Entgegen der ursprünglichen Zielsetzung ist es für Studierende heute schwerer und nicht etwa
29 leichter geworden, im Ausland zu studieren. Diesen Trend wollen wir in Kooperation mit den
30 Hochschulen umkehren. Das Projekt der Europäischen Integration verlangt nach mehr Austausch und
31 mehr europäische Internationalität im Bildungsbereich. Der Zugang zu Master-Studiengängen wird
32 daher geöffnet, das Angebot entsprechend ausgeweitet und besser auf die Bachelor-Programme
33 abgestimmt. Für uns gilt: Ein erfolgreich abgeschlossenes Bachelorstudium schafft das Recht zur
34 Aufnahme eines Masterstudiums.

35

36 **Gleichstellung an den Hochschulen fördern**

37

38 Frauen sind in der Wissenschaft unterrepräsentiert. Im Verlauf einer wissenschaftlichen Karriere –
39 vom Studium über die Promotion und **Juniorprofessur** oder Habilitation bis zur Professur – nimmt
40 der Frauenanteil kontinuierlich ab. Das hat nichts mit Leistung oder wissenschaftlicher Qualifikation
41 zu tun. Die vielfältigen Ursachen reichen von Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Familie und
42 Karriere über durchsetzungsstarke Männernetzwerke bis zu unsicheren Beschäftigungsverhältnissen.

43

44 Solange Frauen auch in den Kollegialorganen und anderen Gremien der Universität
45 unterrepräsentiert sind, gehören aktive Frauenfördermaßnahmen auch in Form von verbindlichen
46 Zielquoten zu den notwendigen Instrumenten. Um diesen Missstand zu beseitigen, erstellt jede
47 Hochschule künftig ein Gleichstellungskonzept. Und wir sorgen dafür, dass dieses auch umgesetzt
48 wird.

49

1 Unser Ziel ist es, den Frauenanteil in der Wissenschaft – insbesondere ihren Anteil an den
2 Professuren – deutlich zu erhöhen. Dazu wollen wir mit den Hochschulen und
3 Forschungseinrichtungen verbindliche Ziele festlegen und über entsprechende Kriterien bei der
4 Programmfinanzierung Anreize setzen. Zur Steigerung des Frauenanteils werden wir Quoten
5 einführen.

6

7 **Studium ohne Barrieren schaffen**

8

9 Die bayerischen Hochschulen müssen nach dem Hochschulgesetz dafür Sorge tragen, dass
10 Studierende mit Behinderungen und chronischen Krankheiten in ihrem Studium nicht benachteiligt
11 werden und die Angebote der Hochschulen möglichst ohne fremde Hilfe in Anspruch nehmen
12 können. Ein barrierefreies Studium ist für die Studierenden an den Hochschulen jedoch nicht
13 möglich. Chancengleichheit für Menschen mit Behinderungen schließt ganz wesentlich die Teilhabe
14 an Bildung und Studium als Voraussetzung für eine umfassende gesellschaftliche Integration ein.
15 Hochschulgebäude müssen für alle zugänglich werden. Es braucht unterschiedliche
16 Unterstützungsangebote, ausreichend Personal, barrierefreie, zentral gelegene Wohnheimplätze und
17 unbürokratische Unterstützung aus einer Hand. Auch Prüfungen müssen barrierefrei gestaltet und
18 den Bedürfnissen der Studierenden mit Behinderung angepasst werden.

19

20 **Soziale Infrastruktur stärken**

21

22 Die soziale Infrastruktur, die zumeist von den lokalen **Studentenwerken** bereitgestellt wird, ist
23 wichtiger Bestandteil eines guten Studiums. In den letzten zwölf Jahren sind die Zuschüsse für die
24 bayerischen Studentenwerke um 50 Prozent gekürzt worden. Wohnheimplätze, Mensen und
25 Cafeterien, psychologische und andere Beratungsangebote müssen mit der steigenden Zahl von
26 Studienplätzen mithalten. Vor allem bei der Zahl der Wohnheimplätze ist in den nächsten Jahren ein
27 hoher, wenn auch regional sehr unterschiedlicher Bedarf absehbar, dem das Angebot gerecht werden
28 muss.

29

30 **Studieren mit Kind erleichtern**

31

32 Trotz unterschiedlicher Maßnahmen ist die Familienförderung an vielen Hochschulen noch
33 unzureichend. Wir werden dafür sorgen, dass die bisherigen Rahmenbedingungen so verbessert
34 werden, dass sich mehr Studierende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für ein Kind
35 entscheiden können. Wir brauchen mehr besser ausgebildete Frauen. Diese Maßnahme ist hierfür
36 ein wichtiger Baustein.

37

38 Auch bei der Gestaltung von Studiengängen müssen die Bedürfnisse von Studierenden mit Kindern
39 berücksichtigt werden. Eine flexiblere Studienplanung, zum Beispiel durch **Teilzeitstudiengänge**,
40 muss möglich sein. Kinderbetreuungsplätze in Einrichtungen, deren Öffnungszeiten an die
41 Hochschulpräsenzzeiten angepasst sind, müssen an allen Hochschulen ausgebaut werden.

42

43 **Gute Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft**

44

45 Der akademische Mittelbau, zu dem Dozentinnen und Dozenten, Assistentinnen und Assistenten
46 sowie wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gezählt werden, erfüllt im Bereich Lehre
47 und Forschung bis zu 80 Prozent aller anfallenden Aufgaben. Um die Lehre an bayerischen
48 Hochschulen qualitativ und quantitativ zu verbessern, müssen diese Stellen ausgebaut werden.

49

1 Gleichzeitig werden wir die Arbeitsbedingungen im Mittelbau verbessern: So werden wir eine
2 Mindestbefristung für Verträge nach dem **Wissenschaftszeitvertragsgesetz** von zwei Jahren
3 festschreiben. Wir werden die Rechtsstellung der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und
4 Mitarbeiter mit Blick auf ihre eigenständige Forschungs- und Lehrtätigkeit stärken und sicherstellen,
5 dass der Erwerb von Qualifikationen wie Promotion und Habilitation und das eigenständige
6 Publizieren in der vertraglich vereinbarten Arbeitszeit erfolgen kann.

7
8 Wir werden der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts folgend klarstellen, dass Lehrkräfte für
9 besondere Aufgaben nicht unter das Wissenschaftszeitvertragsgesetz fallen und daher grundsätzlich
10 unbefristet zu beschäftigen sind. Für wissenschaftliche und studentische Hilfskräfte streben wir eine
11 Aufnahme in den Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst der Länder (TVL) an, hilfsweise einen
12 eigenständigen Tarifvertrag.

13
14 Wir werden die Attraktivität der Wissenschaft als Beruf weiter steigern. Ein wesentliches Ziel ist es,
15 verlässliche Karrierewege in der Wissenschaft zu schaffen. Den Wissenschaftlerinnen und
16 Wissenschaftlern muss durch gute und verlässliche Rahmenbedingungen wissenschaftliches
17 Arbeiten auch tatsächlich ermöglicht werden.

18
19 Wir werden die Juniorprofessur weiterentwickeln und bei erfolgreicher Evaluation früher als bislang
20 den nahtlosen Übergang in eine Professur als Dauerstellung (tenure) eröffnen.

21
22 Die starre Pensionierungsgrenze wird aufgehoben und durch flexible Modelle ersetzt.

23 24 **Forschung ausbauen, Kooperationen verbessern**

25
26 Das hohe Niveau der Forschung an bayerischen Universitäten soll bewahrt und ausgebaut werden.
27 Wir bekennen uns klar zur Grundlagenforschung an den Hochschulen. Gleichzeitig streben wir eine
28 engere Kooperation außeruniversitärer und universitärer Forschung an, ohne die institutionelle
29 Selbständigkeit der außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Frage zu stellen. Die für die
30 Universitäten charakteristische enge Verknüpfung von Forschung und Lehre muss unbedingt
31 erhalten bleiben. Der sich abzeichnende Trend zur Entkoppelung von Forschung und Lehre an den
32 Universitäten geht am Ende zu Lasten der Studierenden. Wir werden ihn stoppen.

33 34 **Hochschullandschaft ausbauen, Vernetzung stärken**

35
36 Angewandte Forschung spielt an den **Hochschulen für angewandte Wissenschaften** eine
37 zunehmende Rolle. Bei einem weiteren Ausbau der Hochschullandschaft liegt ein besonderes
38 Gewicht auf den Hochschulen für angewandte Wissenschaften. Fächern mit ausgeprägten
39 Schwerpunkten in angewandter Forschung muss das Promotionsrecht eingeräumt werden.

40
41 An vielen Standorten besteht eine Kooperation von Universitäten und Hochschulen für angewandte
42 Wissenschaften. Die Zusammenarbeit soll ausgebaut werden. Gemeinsame Graduiertenkollegs oder
43 Forschergruppen werden gefördert.

44
45 Die in den vergangenen Jahren entstandenen standortübergreifenden **Forschungsverbünde** sind ein
46 Erfolg. Dieser Weg ist weiter und offensiver zu beschreiten. Weitere Verbünde haben vorrangig das
47 Ziel, das starke Übergewicht der Gesundheits-, Ingenieur- und Naturwissenschaften zu korrigieren,
48 indem die Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften verstärkte Anreize erhalten, Verbünde zu
49 schließen.

1 **Infrastrukturpolitik**

2 **Für unsere Heimat, für unseren Wohlstand, für unsere Wirtschaft**

3 Bayern ist ein modernes Industrie- und Dienstleistungsland sowie Drehkreuz des europäischen
4 Personen- und Güterverkehrs. Gut ausgebaute Verkehrswege erschließen Räume, eröffnen Märkte
5 und gewähren Mobilität. Deshalb brauchen wir in Bayern eine leistungsfähige Infrastruktur, um
6 unseren Lebensstandard zu sichern und auch künftig wirtschaftlich erfolgreich zu sein.

7
8 Wir werden daher insbesondere den ländlichen Raum besser vernetzen und an die Ballungszentren
9 anschließen. Dafür brauchen wir neben einem attraktiven Öffentlichen Nahverkehr auch eine gute
10 Breitbandinfrastruktur. Unser Ziel sind 50 MBit in jedem Betrieb und Haushalt bis 2020 und 100 MBit
11 flächendeckend bis 2030.

12
13 Wir nehmen die Menschen und ihre Befürchtungen ernst und planen nicht gegen sie, sondern mit
14 ihnen. Unsere Planungen stellen wir von Anfang an ökologisch und ökonomisch auf den Prüfstand.
15 Zusammen mit den Partnern vor Ort setzen wir nur wirklich sinnvolle Projekte um. Das alles setzt ein
16 neues Denken bei allen Akteuren voraus. Daran wollen wir arbeiten.

17
18 **Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung**

19
20 **... nur nach objektiven Kriterien entscheiden, welche Projekte wir zuerst realisieren.**

21
22 **... auf Großvorhaben verzichten, die unökonomisch und unökologisch sind.**

23
24 **... die Donau sanft schiffbar machen, aber den staustufengestützten Ausbau ablehnen.**

25
26 **.. gerade bei Großprojekten die Bürgerinnen und Bürger, die kommunalen Unternehmen, Kammern
27 sowie Umweltverbände rechtzeitig und umfassend an der Planung beteiligen. Das erhöht die
28 Akzeptanz der Vorhaben, die so schneller und günstiger realisiert werden können.**

29
30 **... für die Schiene eine „Ausbauoffensive Nah- und Regionalverkehr 2020“ starten.**

31
32 **... bei Verkehrsprojekten dem Lärmschutz und der Barrierefreiheit oberste Priorität einräumen.**

33
34 **... mit dem Sonderprogramm „Barrierefreies Bayern“ bis 2023 mindestens 200 Millionen Euro
35 bereitstellen.**

36
37 **... den Grundsatz Ausbau vor Neubau beherzigen sowie dem Schutz der Menschen und der Umwelt
38 vor jeglichen Emissionen Vorrang geben.**

39
40 **... eine LKW-Maut auf allen Bundes-, Staats- und Kommunalstraßen anstoßen.**

41
42 **... die PKW-Maut ablehnen, da sie vor allem die Pendlerinnen und Pendler im ländlichen Raum trifft
43 und nachweislich keine ökologische Lenkungswirkung besitzt.**

44
45
46
47
48
49

1 **Bürgerbeteiligung stärken**

2

3 Gerade bei Großprojekten werden wir die betroffenen Bürgerinnen und Bürgern, die kommunalen
4 Entscheidungsträger, die beteiligten Unternehmen, die Kammern sowie die Naturschutz- und
5 Umweltverbänden frühzeitig an den Planungen beteiligen. Fachgespräche, Bürgerkonferenzen,
6 Planungsdialoge oder Bürgergutachten werden dabei helfen. Wir sind uns sicher: Dies erhöht die
7 Akzeptanz von Infrastrukturprojekten und ermöglicht eine schnellere Realisierung. Darüber hinaus
8 kann es zu wirtschaftlich günstigeren Lösungen kommen, weil Alternativen frühzeitig diskutiert,
9 Streitigkeiten schon im Vorfeld aus dem Weg geräumt und kostspielige Mehrplanungen vermieden
10 werden. Dazu brauchen wir aber auch auf Kommunal- und Landesebene Bürger- und
11 Volksentscheide.

12

13 Darüber hinaus werden wir Bürgerbeteiligung auch dann zulassen, wenn sie bayernweit relevante
14 Infrastrukturprojekte betreffen. Die Kosten der Bürgerbeteiligung sind dabei fester Bestandteil der
15 Planung.

16

17 Wir streben an, dass die Rechte der Bürgerinnen und Bürgern von Bürgeranwälten moderiert werden.
18 Denn wir planen mit den Menschen, nicht gegen sie.

19

20 **Infrastruktur ist Grundlage von Stadt- und regionaler Entwicklung**

21

22 Für uns ist Infrastrukturpolitik staatliche Daseinsvorsorge. Dabei muss Infrastruktur neu gebaut,
23 ausgebaut und erhalten, sowie ihr Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger sinnvoll gestaltet werden.

24

25 Wir treffen infrastrukturpolitische Entscheidungen nach dem verfassungsgemäßen Grundsatz,
26 gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern herzustellen – auf dem Land und in der Stadt, im Norden
27 und Süden, Osten und Westen. Der Wohnort darf keinen Nachteil für Arbeit, Alltag und Freizeit
28 darstellen. Mindeststandards der Erreichbarkeit müssen wir überall, auch im ländlichen Raum,
29 gewährleisten.

30

31 **Erhalt vor Neubau**

32

33 Wir entscheiden nach objektiven Kriterien, welche Projekte zuerst angegangen werden.
34 Ausschlaggebend sind Faktoren wie Bedarf, Verkehrsaufkommen, Nutzen und
35 Umweltverträglichkeit. Die finanziellen Mittel, die uns für Infrastruktur zur Verfügung stehen, sind
36 begrenzt und daher effektiv einzusetzen. Es gilt der Grundsatz: Erhalt vor Neubau. Wir verzichten auf
37 überflüssige Großprojekte, die ökonomisch unsinnig und ökologisch schädlich sind.

38

39 **Planung aus einem Guss**

40

41 Wir fordern zusammen mit der BundesSPD eine neue Bundesverkehrswegeplanung, die sich nicht an
42 einem Länderschlüssel orientiert, sondern an Bedarf und Wichtigkeit: 80 Prozent des Budgets
43 werden für überregional wichtige Projekte, 20 Prozent regional gebunden.

44

45 Wir werden eine Verkehrspolitik „aus einem Guss“ erarbeiten. Wir müssen die Kompetenzen in den
46 Ministerien bündeln und eindeutige Zuständigkeiten schaffen, die eine zielgerichtete
47 Infrastrukturpolitik ermöglichen.

48

49

50

1 **Für barrierefreie und nachhaltige Mobilität**

2

3 Wir wollen eine barrierefreie Beförderung für alle gewährleisten – und zwar über die gesamte
4 Reisekette. Die Erneuerung der Infrastruktur spielt dabei eine wichtige Rolle. Doch auch bei
5 Fahrzeugneubeschaffungen muss ausnahmslos für Barrierefreiheit gesorgt werden. Die Kürzung der
6 Landesfördersätze bis zu 50 Prozent für Busneubeschaffungen korrigieren wir und bringen sie auf
7 den alten Stand. Mit einem Sonderprogramm „Barrierefreies Bayern“ werden wir in den kommenden
8 zehn Jahren mindestens 200 Millionen Euro für die rund 1.000 bayerischen Bahnhöfe bereitstellen.

9

10 **Alternative Antriebstechniken machen mobil**

11

12 Damit wir Mobilität langfristig sichern, brauchen wir hoch effiziente Fahrzeuge, die mit alternativen
13 Energien betrieben werden. Deshalb werden wir Modellprojekte für Elektro- und Hybridautos in
14 Bayern stärken und so die Abhängigkeit von Erdöl sowie den CO₂-Ausstoß, lokale
15 Schadstoffemissionen und Lärm reduzieren.

16

17 **Verkehrsinfrastruktur in Bayern voranbringen**

18

19 Wir müssen mehr Menschen und mehr Güter auf die umweltfreundliche Schiene bringen. Um einen
20 attraktiven Personennah- und Fernverkehr zu bieten, sowie das prognostizierte steigende
21 Güterverkehrsaufkommen zu bewältigen, braucht es gut ausgebaute, zuverlässige und
22 leistungsfähige Schienennetze. Deshalb werden wir eine „Ausbauoffensive Nah- und
23 Regionalverkehr 2020“ initiieren. Dabei hat der Lärmschutz oberste Priorität.

24

25 Wir wollen den Ausbau für den notwendigen Zulauf zum von Österreich und Italien geplanten
26 Brennerbasistunnel zwischen München und Rosenheim sowie insbesondere zwischen Rosenheim
27 und Kiefersfelden weiter vorantreiben. Dabei setzen wir uns für den bestmöglichen Lärmschutz für
28 die Anwohner ein.

29

30 Wir setzen uns für den Ausbau und die Elektrifizierung der Strecke München – Mühldorf – Freilassing
31 ein, denn aufgrund der prognostizierten erheblichen Steigerung des Güterverkehrs im bayerischen
32 Chemiedreieck ist dessen Anbindung an das nationale und internationale Schienennetz von
33 wesentlicher Bedeutung.

34

35 Die Elektrifizierung der Franken-Sachsen-Magistrale ist für die Metropolregion Nürnberg wichtig und
36 dringend notwendig. Außerdem brauchen wir eine Verbesserung der Schienenverbindung Nürnberg
37 – Prag / Dresden. Die Elektrifizierung zwischen Hof und Regensburg ist unerlässlich, um die
38 bestehenden Kapazitätsengpässe zu bewältigen.

39

40 Der weitere Aus- und Neubau des Verkehrsprojekts 8.1 Deutsche Einheit Schiene hat in allen
41 Abschnitten höchste Priorität: Wir brauchen eine leistungsstarke und schnelle Verbindung zwischen
42 der Landeshauptstadt München und der Bundeshauptstadt Berlin. Dabei spielt auch der
43 Güterzugtunnel Fürth eine wichtige Rolle.

44

45 Die 2. Stammstrecke in München ist das Herzstück eines zukunftsfähigen Nahverkehrs in München
46 und ganz Südbayern. Sie ermöglicht einen dringend notwendigen Netzausbau, gerade auch der S-
47 Bahn-Außenäste, Taktverdichtungen und verbesserte Pünktlichkeit. Der Erdinger Ringschluss mit
48 Walpertskirchner Spange und Neufahrner Kurve ist notwendig, um den steigenden Verkehr im
49 Flughafenumland aufzufangen. Wir treten für eine umsteigefreie Anbindung des Flughafens
50 München an den Schienenfernverkehr sowie für eine Flughafenanbindung Mühldorf – Salzburg ein.

Programmwurf Landtagswahl 2013: JETZT IST ALLES DRIN! Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht.

1 Für die Großräume Nürnberg-Fürth-Erlangen und Augsburg wollen wir eine Stadt-Umland-Bahn bzw.
2 einen S-Bahn-ähnlichen Verkehr umsetzen.

3
4 Auf der Aus- und Neubaustrecke Stuttgart – Ulm – Augsburg erhöhen wir die Geschwindigkeit und
5 bauen ein drittes Gleis zwischen Neu-Ulm und Neuoffingen.

6
7 Viele bayerische Eisenbahnbrücken sind in einem maroden Zustand. Ihre Finanzierung wollen wir im
8 Bundeshaushalt sicherstellen.

9
10 Bis 2015 werden etwa die Hälfte aller Zugkilometer im bayerischen Schienennetz öffentlich
11 ausgeschrieben und dann im Wettbewerb gefahren. Bis 2023 sollen alle Leistungen im Wettbewerb
12 vergeben sein. Der ausgehandelte Branchentarifvertrag in der Bahnbranche wird von uns als
13 repräsentativer Tarifvertrag für die Ausschreibungen im SPNV in Bayern zu Grunde gelegt.

14 **Straßen: Ausbau vor Neubau**

15
16
17 Autobahnen sind wichtige Verkehrsadern für den Verkehr in Bayern. Für uns gilt auch hier: Ausbau
18 vor Neubau sowie der Schutz der Menschen und der Umwelt vor Emissionen jeglicher Art haben
19 Priorität.

20
21 Den 173 Kilometer langen Abschnitt der A3 zwischen Aschaffenburg und Nürnberg, einen der
22 wichtigsten Verkehrswege Nordbayerns, wollen wir sechsstreifig ausbauen.

23
24 Die A 6 Heilbronn-Nürnberg ist für den grenzüberschreitenden Verkehr nach Osteuropa sehr wichtig.
25 Deshalb sind wir für den sechsstreifigen Ausbau des 88 Kilometer langen Abschnitts zwischen der
26 Landesgrenze Baden-Württemberg/Bayern und Nürnberg.

27
28 Ein sechsspuriger (+2) Ausbau der A 8 auf der überlasteten Achse Ulm – Augsburg (– München) muss
29 zügig umgesetzt werden. Darüber hinaus wollen wir einen moderaten, der Umwelt angepassten
30 Ausbau bis zur Grenze nach Österreich.

31
32 Wir bekennen uns zum geplanten Bau der A94. Sie gewährleistet die Anbindung des Chemiedreiecks
33 an den Flughafen München sowie an das überregionale Autobahnnetz. Wir sehen sowohl die
34 Mobilitätsvorteile für die Region als auch die Bedenken vieler Anwohner und wollen uns im Rahmen
35 des rechtlich Möglichen für eine weitgehende Entlastung der Betroffenen einsetzen.

36
37 Auf den Bundesstraßen besteht insbesondere bei den Strecken nach Ostdeutschland und Osteuropa
38 dringender Handlungsbedarf.

39
40 Die bayerischen Staatsstraßen sind zum Sanierungsfall verkommen. Wir treten für eine verstetigte
41 Mittelausstattung im Staatshaushalt ein. Auch hier folgen wir dem Grundsatz: Erhalt vor Neubau.

42
43 Für die bayerischen Ortsumfahrungen plädieren wir für ein Sonderprogramm auf Bundesebene mit
44 einer Aufstellung der Dringlichkeit nach objektiven Kriterien.

45
46 Wir lehnen Gigaliner, also bis zu 25 Meter lange und 40 Tonnen schwere LKW, auf Bayerns Straßen
47 ab. Diese widersprechen unserer Überzeugung, den Güterverkehr von der Straße soweit möglich auf
48 die Schiene zu verlagern.

49

50

1 **Starker Öffentlicher Personennahverkehr**

2

3 Wir wollen die bayerischen Dörfer, Märkte und kleineren Städte an die Ballungszentren anschließen
4 und den ländlichen Raum besser vernetzen. Dafür brauchen wir einen stark ausgebauten, attraktiven
5 Öffentlichen Nahverkehr zu erschwinglichen Preisen.

6

7 Unser Ziel ist die Stadt der kurzen Wege: Jeder muss sich schnell und unkompliziert bewegen können
8 – egal ob Pendler, Familien, Schüler oder Senioren. Dafür wollen wir neben Bus und Bahn auch mehr
9 öffentliche Fahrräder, elektrische PKW, Carsharing und Mitfahrgelegenheiten bereitstellen.

10

11 Wir bekennen uns zu den Flughäfen Nürnberg und München. Das Ergebnis des Bürgerentscheids zur
12 3. Start- und Landebahn erkennen wir ausdrücklich an. Die Subventionen für Regionalflughäfen
13 müssen wir grundsätzlich überdenken.

14

15 Die Zahl der Güter- und Personenschiffe auf dem Main-Donau-Kanal wächst stetig. Wir wollen die
16 Donau sanft schiffbar machen, lehnen ihren staustufengestützten Ausbau aber ab.

17

18 Aus Umwelt-, Gesundheits-, Tourismus-, und Lärmschutzgründen wollen wir das Fahrradfahren
19 weiter fördern. Wir werden die Kilometerzahl der ausgebauten Fahrradwege in der Stadt und auf
20 dem Land spürbar erhöhen. Von einer fahrradfreundlichen Gestaltung der Straßen, beispielsweise
21 durch Radspuren an großen Straßen oder reduzierter Geschwindigkeit in Ortschaften, profitieren
22 letztlich alle Verkehrsteilnehmenden. Für das Radwegenetz an Staatsstraßen schaffen wir einen
23 eigenen Haushaltstitel. Die Schnittstellen zum Öffentlichen Verkehr haben wir im Blick.

24

25 **Die Kommunikationsinfrastruktur voranbringen**

26

27 Funktionierende Breitbandinfrastruktur, mobil und stationär, bedeutet Teilhabe an Wirtschaft,
28 Gesellschaft und Kultur und ist damit längst sowohl Teil der Daseinsvorsorge als auch ein wichtiger
29 Standortfaktor – gerade im ländlichen Raum. Eine für alle Haushalte und Betriebe verfügbare
30 Breitbandinfrastruktur ist zentrale Voraussetzung für eine moderne Wirtschaft, Bildungslandschaft,
31 Gesundheitsversorgung und für gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern.

32

33 **Breitbandausbau auf internationales Niveau bringen**

34

35 Wir werden den Breitbandausbau bayernweit auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau
36 bringen und die Digitale Agenda der EU erfüllen. Unser Ziel sind 50 MBit in jedem Gewerbebetrieb
37 und Haushalt bis 2020 und 100 MBit flächendeckend bis 2030. Wir unterstützen die BundesSPD, die
38 eine flächendeckende und technologie neutrale Versorgung als Universaldienst gesetzlich verankern
39 will.

40

41 Wir werden öffentliche WLAN-Hotspots an zentralen öffentlichen Plätzen bereitstellen, setzen uns
42 gleichzeitig auf Bundesebene gegen die sogenannte Störerhaftung ein und ermöglichen damit
43 innovative Konzepte der mobilen Internetanbindung.

44

45 **Ausbau der Kommunikationsinfrastruktur in staatlicher Verantwortung**

46

47 Wir werden mit Hilfe einer Entwicklungsgesellschaft, an der neben dem Staat auch Kommunen,
48 Anbieter und Netzbetreiber beteiligt sind, den Ausbau der Kommunikationsinfrastruktur in
49 staatliche Verantwortung übernehmen und so die Kommunen unterstützen. Wir setzen uns für eine
50 Versorgungsstudie ein, so dass eine störungstolerante Abdeckung mit einem hohen Durchsatz

1 bayernweit ermöglicht wird. Auch werden wir die Einsatzhemmnisse beim Mobilfunkstandard LTE im
2 grenznahen Raum beseitigen.

3

4 **Finanzierung**

5

6 Der Wirtschaftsstandort Bayerns, vernünftiges Wachstum und gut bezahlte Arbeitsplätze hängen an
7 den richtigen Investitionsentscheidungen. Dabei geht es nicht nur um Investitionen in Forschung und
8 Bildung. Ebenso wichtig sind die Investitionen in die Infrastruktur. Insbesondere die
9 Verkehrsinfrastruktur wird aber seit Jahren auf Verschleiß gefahren.

10

11 Wir bayerischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unterstützen den Beschluss „Fortschritt
12 und Gerechtigkeit“ der BundesSPD. Nur durch mehr Steuereinnahmen werden solche
13 Zukunftsinvestitionsprogramme seriös und dauerhaft finanziert. Für Bayern würden – durch die
14 Umsetzung des SPD-Bundesprogramms – allein aus der Wiedereinführung der Vermögensteuer und
15 der Reform der Erbschaftsteuer mehr als 1,5 Milliarden Euro Mehreinnahmen pro Jahr resultieren.
16 Geld, das dringend für die kommunale und staatliche Infrastruktur gebraucht wird.

17

18 **LKW- statt PKW-Maut**

19

20 Die Verkehrsinfrastruktur erfordert aber mehr: Es müssen diejenigen an den Kosten angemessen
21 beteiligt werden, die die Infrastruktur am meisten abnutzen. Ein LKW nutzt eine Straße bis zu 60.000
22 Mal stärker ab als ein PKW. Wir treten deshalb für eine Ausweitung der LKW-Maut auf alle
23 Bundesstraßen und mittelfristig auch auf Staats- und Kommunalstraßen ein. Daraus können mehrere
24 Milliarden Euro jährlich für Bund, Länder und Gemeinden für den Erhalt der Verkehrsinfrastruktur
25 gewonnen werden.

26

27 Gleichzeitig ist dies das wirkungsvollste Mittel, um Mautausweichverkehr zu bekämpfen und die
28 Hauptverursacher von Straßen- und Brückenschäden zur Kasse zu bitten. Die Einnahmen (max. 16
29 Cent/km) kommen der Infrastruktur in Form von Investitionen zugute. Außerdem sind 15 Prozent der
30 Einnahmen zweckgebunden in den Ausbau der transeuropäischen Verkehrsnetze zu investieren.

31

32 Wir lehnen die Einführung einer PKW-Maut als Vignette ab. Sie trifft insbesondere die Pendlerinnen
33 und Pendler im ländlichen Raum und hat zudem keine ökologische Lenkungswirkung. Ebenso lehnt
34 die BayernSPD Pläne aus dem schwarz-gelben Lager ab, Infrastrukturfinanzierung über
35 Privatsierungen und PPP-Projekte zu organisieren.

1 **Ländlicher Raum**

2 **Aktive Politik für ländliche Räume in Bayern**

3 Der ländliche Raum in Bayern erstreckt sich über 85 Prozent der Landesfläche und ist für 60 Prozent
4 der bayerischen Bevölkerung erlebte Heimat. Die Stärke des ländlichen Raumes sind seine Menschen
5 und ihr sozialer Zusammenhalt. Das ehrenamtliche Engagement für die Mitbürger und die Umwelt,
6 sei es in Vereinen und Verbänden, in der Feuerwehr, beim Roten Kreuz, bei Elterninitiativen, in
7 Kirchen oder bei der Brauchtums-Pflege, ist hoch.

8
9 Diese hohe Lebensqualität möchten wir erhalten und steigern, damit wir den Verfassungsauftrag
10 nach Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Bayern endlich umsetzen können –
11 besonders und gerade unter den Herausforderungen des demografischen Wandels und der
12 Globalisierung.

13
14 Uns ist bewusst: Den „einen ländlichen Raum“ gibt es nicht. Vielmehr existiert ein breites Spektrum
15 an vielfältigen ländlichen Regionen, die sehr unterschiedliche Lebens- und Wirtschaftsbedingungen
16 repräsentieren. So entwickeln sich Stadtumlandregionen immer mehr zu dichtbesiedelten Gebieten
17 mit raschem Bevölkerungszuwachs und wirtschaftlichem Aufschwung, Dabei werden meist enorme
18 Flächen verbraucht und das ursprüngliche Landschaftsbild zerstört.

19
20 Im Unterschied dazu sehen sich vor allem die Regionen Nordost- und Südostbayerns, die nicht selten
21 landschaftlich äußerst reizvoll sind, mit Herausforderungen wie Abwanderung und wirtschaftlicher
22 Strukturschwäche konfrontiert.

23
24 **Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung**

25
26 **... individuelle Lösungen für unterschiedliche Herausforderungen erarbeiten, um somit mehr**
27 **Möglichkeiten zur Eigenverantwortung für die Regionen zu ermöglichen.**

28
29 **... eine regionale Strukturpolitik anstoßen, die statt Leuchtturmpolitik die Stärkung regionaler**
30 **Entwicklungskerne vorantreibt.**

31
32 **... für schnelle Netze für den ländlichen Raum sorgen: Schnelles Internet für alle Haushalte.**

33
34 **... die Energiewende als Chance für die ländlichen Regionen nutzen und so die regionale**
35 **Wertschöpfung optimieren.**

36
37 **... die Grundversorgung im ländlichen Raum mit wohnortnaher Bildung, Sozialeinrichtungen,**
38 **Gesundheitsversorgung und Einkaufsmöglichkeiten sicherstellen.**

39
40 **... einen Entschuldungspakt für die Kommunen im ländlichen Raum auf den Weg bringen.**

41
42
43
44 **Individuelle Lösungen für unterschiedliche Herausforderungen**

45
46 Zwischen den städtischen Regionen und den strukturschwachen Gebieten, insbesondere in
47 Nordostbayern, bleibt die Schere bei den wichtigen Wirtschaftskennzahlen weiterhin weit geöffnet.
48 In keinem anderen Bundesland ist der Unterschied zwischen starken und schwachen Regionen so
49 groß. Die Politik für den ländlichen Raum erstreckt sich aktuell unkoordiniert über diverse Ministerien

1 wie Landwirtschafts-, Wirtschafts-, Kultus-, Sozial- und Umweltministerium, mit der Folge, dass in
2 der CSU/FDP-Staatsregierung meistens jede/r und im Zweifelsfall niemand zuständig ist.

3 4 **Bündelung der Zuständigkeiten**

5
6 Wir werden mit einer Bündelung der Zuständigkeiten in einer Hand koordiniertes und effektives
7 Handeln sicherstellen. Wir stehen zur **Subsidiarität** und werden die **regionale Wertschöpfung**
8 steigern helfen, damit das erwirtschaftete Geld auch in der Region verbleibt und dort wieder
9 investiert wird.

10 11 **Stärkung der Eigenverantwortlichkeit**

12
13 Wir werden den Regionen mehr Möglichkeiten zur Eigenverantwortung auch im finanziellen Bereich
14 geben. Ein erster Schritt kann dabei die Schaffung von Regionalbudgets auf der Ebene der regionalen
15 Planungsverbände sein. Mit diesen Geldern können dann Regionalmanagement und
16 Regionalmarketing verwirklicht werden.

17 18 **Land im Gleichgewicht als Ziel**

19
20 Dem Abwanderungsproblem der peripheren Regionen Bayerns steht der Zuwanderungsdruck in die
21 Metropolen gegenüber. Während in Nordostbayern Kindergarten und Schulen geschlossen werden,
22 stehen Kommunen in den Speckgürteln der großen Städte sowie in den Metropolen selbst vor
23 großen Herausforderungen beim Bau neuer Bildungs- und Verkehrsinfrastruktur.

24
25 Dies führt auf beiden Seiten zu langen Wegen für kurze Kinderbeine und Einschränkung von
26 Lebensqualität, insbesondere für junge Familien und ältere Menschen, die in der Mobilität
27 eingeschränkt sind. Die Staatsregierung lässt die Kommunen mit dieser Problematik seit Jahrzehnten
28 alleine, schaut der Entwicklung tatenlos zu und hat nichts zu bieten außer Sonntagsreden und
29 Worthülsen in Landesentwicklungsprogrammen.

30
31 Wir bekennen uns zu einer Politik für ein Land Bayern im Gleichgewicht. Stadt und Land stehen in
32 einer Verantwortungspartnerschaft. Wir setzen auf eine Wirtschaftspolitik, die die
33 strukturschwachen Räume nachhaltig stärkt und mit einer vor Ort individuell abgestimmten
34 Entwicklungsstrategie Stadt und Land gemeinsam stark macht für die Zukunft.

35 36 **Regionale Strukturpolitik**

37
38 Regionale Strukturpolitik bewegt sich im Spannungsfeld der Bereiche Industrie-, Technologie-,
39 Innovationspolitik sowie Regional- und Infrastrukturpolitik und Regionalplanung und ist eng mit der
40 Wirtschaftspolitik verknüpft. Sie dient den Zielen

41
42 ... Wachstum, mit gleichen Chancen in allen Landesteilen,

43
44 ... Stabilität, also der gleichmäßigen Entwicklung eines Wirtschaftsraums,

45
46 ... Ausgleich, also der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse im gesamten Staatsraum, und

47
48 ... Nachhaltigkeit, also der Befriedigung der heutigen Bedürfnisse in einer Weise, die zukünftige
49 Lebensgrundlagen nicht beeinträchtigt.

1 Die Staatsregierung hat mit ihrem ausschließlichen Fokus auf Wachstum, **Cluster**, Metropolen,
2 **Leuchtturmprojekten** und mit dem Prinzip des „Starken stärken“ sowie der Vernachlässigung von
3 Ausgleich und aktiver Industriepolitik die Ungleichentwicklung der Regionen noch verstärkt.
4

5 **Arbeitsplätze kommen zu den Menschen und nicht umgekehrt**

6
7 Oberstes Ziel einer SPD-geführten Staatsregierung ist die Schaffung gleichwertiger
8 Lebensbedingungen in ganz Bayern. Sie setzt auf die gut ausgebildeten Bürgerinnen und Bürger in
9 ganz Bayern. Sie schafft die Grundlagen, dass Arbeitsplätze zu den Menschen kommen und nicht
10 umgekehrt. Im ländlichen Raum ist es die Innovationskraft gerade der kleinen und mittleren
11 Unternehmen, die wir mit gezielten Maßnahmen unterstützen werden. Denn wir haben erkannt: sie
12 sind der Motor der Entwicklung vor Ort, hier muss staatliche Förderung ansetzen.
13

14 **Risikokapital für Firmengründungen erleichtern**

15
16 Wir werden die Bedingungen zur Erlangung von Risikokapital für Firmengründungen erleichtern, die
17 bürokratischen Belastungen für kleine und mittlere Unternehmen verringern, die **LfA Bayern** als
18 staatliche Förderbank stärken, die Bagatellgrenzen bei Förderprogrammen zur Unterstützung von
19 Mittelstandsunternehmen und Handwerksbetrieben im ländlichen Raum von 500.000 Euro auf
20 40.000 Euro senken, sowie Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen von kleinen und mittleren
21 Unternehmen steuerlich fördern. Wir werden die CSU-Politik der einzelnen Leuchttürme beenden
22 und eine Politik mit vielen über ganz Bayern verteilten Lichterketten auf den Weg bringen.
23

24 **Tourismus als Wirtschaftsmotor**

25
26 Der Tourismus hat eine besondere wirtschaftliche Bedeutung im ländlichen Raum. Gerade in
27 strukturschwachen Gebieten übernimmt er mangels Alternativen die Funktion der Leitbranche.
28 Tourismusförderung ist damit regionale Wirtschaftsförderung im Sinne der Schaffung gleichwertiger
29 Lebensverhältnisse. Deshalb werden wir diesem Bereich besonderes Augenmerk schenken und vor
30 allem die Qualitätsinitiativen der Branche tatkräftig unterstützen.
31

32 **Schnelle Netze für den ländlichen Raum**

33
34 Der Anschluss an schnelles Internet ist heute wichtiger Standortfaktor für Unternehmen und
35 entscheidender Bestandteil gleichwertiger Lebensbedingungen. Ein guter Breitbandanschluss
36 bedeutet Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, barrierefreien Zugang zu Informationen, neue
37 Möglichkeiten der Kommunikation und ist damit Teil der Daseinsvorsorge.
38

39 Ohne schnelles Internet werden ganze Regionen und die dort wohnenden Menschen abgehängt.
40 Gerade im ländlichen Raum wird schnelles Internet immer wichtiger, um die Herausforderungen des
41 demografischen Wandels und damit die Folgen der vielerorts sinkenden Einwohnerzahlen zu
42 bewältigen. Denn weniger Menschen bedeuten weniger Infrastruktur. Stichworte sind hier
43

44 ... „**e-health**“, also Gesundheitsversorgung mit Hilfe digitaler Übertragung von Befunden,
45 Röntgenbildern und vielen mehr.
46

47 ... „**e-government**“, also Kommunikation mit den nicht mehr wohnortnahvorhandenen Behörden per
48 Internet.
49

50 ... „**e-learning**“, also Ausbau Internet-gestützter Lehr- und Lernformen.

1 ... „e-commerce“, also Kaufen per Internet, wenn es den Supermarkt um die Ecke nicht mehr gibt.

3 **Energiewende als Chance für die ländlichen Regionen**

5 Heimische Biomasse statt Heizöl aus Nordafrika, Abwärme aus Biogasanlagen statt Erdgas aus
6 Russland, eigener Windstrom statt unberechenbarer Atomkraft: das bringt nicht nur den
7 Klimaschutz voran, sondern auch die regionale Wertschöpfung – gerade in den ländlichen Regionen.
8 Der wirtschaftliche Impuls wäre enorm und könnte gerade für strukturschwache Gebiete einen
9 Aufschwung durch die Energiewende initiieren. Laut einer aktuellen Studie beträgt die mögliche
10 Wertschöpfung durch erneuerbare Energie allein in den beiden Planungsregionen Oberfranken-Ost
11 und Oberpfalz-Nord 300 bis 500 Millionen Euro jährlich. Wer also die Energiewende torpediert, der
12 torpediert auch die wirtschaftliche Entwicklung auf dem Land.

14 **Kommunen bei der Energiewende unterstützen**

16 Für die Kommunen gilt es, die Energiewende selbst aktiv zu gestalten und die Energieversorgung
17 wieder als Teil der Daseinsvorsorge und damit als eigene Aufgabe zu begreifen. Zur Optimierung der
18 Wertschöpfung ist es außerdem wichtig, dass nicht nur Anlagen in der Region errichtet, sondern
19 auch mit Kapital aus der Region betrieben werden. Anlagen in Bürgerhand stellen im Zusammenspiel
20 mit **kommunalen Erzeugungsanlagen** die beste Lösung dar. Dies steigert auch die Akzeptanz für den
21 Ausbau erneuerbarer Energie ganz allgemein. Schließlich kommt es darauf an, die in der Region
22 erzeugte Energie auch direkt an Abnehmer aus der Region zu verkaufen und so regionale
23 Wirtschaftskreisläufe zu schaffen. Ziel muss es sein, den Umstieg auf erneuerbare Energie so zu
24 gestalten, dass die Region davon optimal profitiert.

26 **Grundversorgung im ländlichen Raum sicherstellen**

28 Wir werden sicherstellen, dass die Bürgerinnen und Bürger auch in unserer Region weiterhin
29 kostengünstig mit dem Bus zum Arzt, zur Schule und zum Einkaufen fahren können. Wir werden
30 einen Demografie-Faktor (höhere Pro-Kopf-Zuweisungen bei stark sinkenden Einwohnerzahlen) bei
31 den **ÖPNV-Zuweisungen** einführen, weil die Durchführung eines gut funktionierenden ÖPNVs bei
32 sinkenden Einwohnerzahlen und sinkenden Schülerzahlen bislang nur sehr schwer zu gewährleisten
33 ist. Ein eingeschränkter ÖPNV verschärft aber den Abwanderungsdruck in den ländlichen Regionen.
34 Hier sind innovative Lösungen gefragt sowie ehrenamtliches Engagement. Wir werden gemeinsam
35 mit den Kommunen individuelle Lösungen entwickeln.

37 Die Aufrechterhaltung der Gesundheitsversorgung und der Pflege im ländlichen Raum bedarf
38 angesichts der Bevölkerungsentwicklung und der Wanderungstendenzen besonderer
39 Anstrengungen. Wir schauen hier nicht weg sondern stellen uns dieser Aufgabe.

41 **Erhalt wohnortnaher Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen**

43 Junge Familien entscheiden ihre Wohnortwahl nach dem Vorhandensein von Arbeitsplätzen,
44 Schulen, Kultur, Ärzten und Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Eine gute Kinderbetreuung kann
45 darüber entscheiden, ob eine Gemeinde ihre jungen Bürger hält oder nicht. Wir werden daher die
46 **Landkindergartenregelung** so verbessern, dass auch kleine, hochqualitative
47 Betreuungseinrichtungen unterhalten werden können und die Kommunen dabei finanziell
48 ausreichend unterstützt werden. Wir werden den Erhalt wohnortnaher
49 Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen als Selbstverpflichtung im
50 Landesentwicklungsprogramm belassen und nicht, wie von der Staatsregierung geplant, streichen.

1 **Schulen als Standortfaktor**

2

3 Gute Bildung, wohnortnahe Schulen, Ärzte und Sozialeinrichtungen in jeder Kommune sind ein
4 wichtiger Standortfaktor. Das dreigliedrige Schulsystem in Bayern hat jedoch zur Auflösung von
5 hunderten Schulstandorten insbesondere in strukturschwachen, dünnbesiedelten Gebieten geführt.
6 Wo keine Schule mehr ist, da entleeren sich früher oder später Ortskerne, Wirtshäuser schließen,
7 Pfarreien werden zusammengelegt.

8

9 Neue Unternehmen werden sich nur dort ansiedeln, wo es gut ausgebildete Arbeitskräfte gibt und
10 wo Mitarbeiter ein gutes Bildungsangebot für ihre Kinder erwarten können. Das Bildungsangebot
11 gerade im ländlichen Raum wird durch unser Konzept der regionalen Gemeinschaftsschulen, in
12 denen alle Schulabschlüsse angeboten werden, deutlich verbessert.

13

14 Wir werden das Angebot von guten Ganztagschulen bedarfsgerecht ausbauen, um durch mehr
15 Fördermöglichkeit die Bildungschancen der einzelnen Schuler und die Vereinbarkeit von Familie und
16 Beruf verbessern.

17

18 Wir werden die kommunalen Gebietskörperschaften mit mehr Zuständigkeiten bei der Erstellung
19 einer verbindlichen und passgenauen Bildungs- und Schulplanung ausstatten. Dazu wird in jeder
20 Region ein Bildungsplan erstellt, der laufend fortgeschrieben wird.

21

22 **Hochschulnetz enger knüpfen**

23

24 Wir werden das Netz der Hochschulen für angewandte Wissenschaften im ländlichen Raum als
25 Kristallisationspunkte für Nachwuchsgewinnung von qualifizierten Arbeitskräften und für
26 regionale Innovationsimpulse stärken. Die Anzahl der Studienplätze werden wir bedarfsgerecht
27 ausbauen und den Technologietransfer von Hochschulen und kleinen und mittelständischen
28 Betrieben fördern.

29

30 **Entschuldungspakt für die Kommunen im ländlichen Raum**

31

32 Defizite in der Regional- und Strukturpolitik haben in Bayern dazu geführt, dass gerade im ländlichen
33 Raum viele finanzschwache und ohne eigenes Fehlverhalten hoch verschuldete Gemeinden aus
34 eigener Kraft weder die erforderlichen Investitionen in Infrastruktur und Daseinsvorsorge, noch die
35 Sicherung und Stabilisierung ihrer Haushalte leisten können. Nicht nur der Freistaat muss sich
36 entschulden, sondern auch die Kommunen. Wir werden einen Entschuldungspakt mit den
37 Kommunen schließen und sie nicht im Regen stehen lassen wie die bisherige Staatsregierung.

1 **Kommunalpolitik**

2 **Starke Kommunen für ein starkes Bayern**

3 Städte, Gemeinden und Kreise sind die Heimat der Menschen. Sie sind der Ort, an dem Politik
4 hautnah erlebt wird. Viele bayrische Kommunen werden von Sozialdemokratinnen und
5 Sozialdemokraten regiert. Wir kennen die Probleme vor Ort und zeigen dort täglich, dass wir regieren
6 können.

7
8 Gesellschaftlicher Zusammenhalt und soziale Gerechtigkeit sind die Leitlinien unserer Politik für die
9 Kommunen und mit den Kommunen. Wir wollen soziale Ungleichheiten abbauen und soziale
10 Integration ermöglichen. Nur eine solidarische Kommune, in der Jung und Alt, Alteingesessene und
11 Neubürgerinnen und -bürger, Familien, Alleinerziehende, Alleinstehende oder Menschen mit
12 Behinderung die gleichen Chancen haben, ist eine lebenswerte Kommune.

13
14 Wir wissen: Die Stärkung der finanziellen Basis der Kommunen ist die Grundlage für die Sicherung
15 der Lebensqualität und die Teilhabe von allen Bevölkerungsschichten. Wir werden durch eine
16 Ergänzung der Bayrischen Verfassung eine angemessene Finanzausstattung für unsere Kommunen
17 gewährleisten und gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Regionen Bayerns schaffen. Hierbei
18 lassen wir die Städte und Gemeinden nicht alleine.

19 **Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung**

20
21
22 **... die kommunale Selbstverwaltung stärken, das Subsidiaritätsprinzip achten und das**
23 **Konnexitätsprinzip „Wer bestellt, muss auch bezahlen“ konsequent umsetzen.**

24
25 **... die Gewerbesteuer als zentrale Einnahmebasis der Kommunen stabilisieren und ihre**
26 **Bemessungsgrundlage verbreitern sowie einen kommunalen Entschuldungsfonds auflegen.**

27
28 **... die bewährte, zuverlässige und bezahlbare Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit**
29 **kommunalen Dienstleistungen gegen schwarz-gelbe Privatisierungsbestrebungen verteidigen.**

30
31 **... ein wohnortnahes Angebot an sozialer Infrastruktur sicherstellen und die finanzielle Ausstattung**
32 **des bewährten Programms „Soziale Stadt“ wieder anheben.**

33
34 **... den Wohnungsbau durch eine deutliche Erhöhung der Landesmittel ankurbeln, das**
35 **Genossenschaftswesen stärken und den Mietanstieg bremsen.**

36
37 **... zur Sicherung einer nachhaltigen Mobilität dem Öffentlichen Personennahverkehr, der Bahn und**
38 **dem Radverkehr den Vorrang vor dem Individualverkehr einräumen.**

39
40 **... einen Dialog zur Verbesserung der regionalen Zusammenarbeit einleiten.**

41
42 **... die Arbeit der Bezirke und Bezirkstage als dritte kommunale Ebene stärken.**

43 44 **Kommunale Selbstverwaltung stärken**

45 Kommunen sind von den Gesetzgebungen auf Europäischer, Bundes- und Landesebene unmittelbar
46 betroffen, ohne in die Gesetzgebungsprozesse ausreichend mit eingebunden zu sein. Eine SPD-
47 geführte Staatsregierung wird den Städten und Gemeinden ein echter Partner sein und sie frühzeitig
48 in für sie bedeutsame Gesetzgebungsvorhaben einbeziehen.
49

1 Wir stärken die kommunale Selbstverwaltung und achten das Subsidiaritätsprinzip, wonach
2 Kommunen eigenverantwortlich die sie betreffenden Aufgaben wahrnehmen. Denn unsere
3 Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker kennen die Probleme vor Ort am Besten.
4

5 **Prinzip „Wer bestellt, muss auch bezahlen“ konsequent umsetzen**

6
7 Wir werden auch dafür sorgen, dass viele unnötige gesetzliche und administrative Gängelungen der
8 Kommunen durch den Freistaat beendet werden und die Kommunen mehr Freiheiten bei der
9 Erfüllung ihrer Aufgaben und der Umsetzung staatlicher Förderprogramme bekommen. Das
10 Konnexitätsprinzip „Wer bestellt, muss auch bezahlen“ werden wir konsequent umsetzen.
11

12 **Finanzpolitik für starke und leistungsfähige Kommunen**

13
14 Die BayernSPD steht für starke und leistungsfähige Kommunen. Voraussetzung hierfür ist eine
15 Finanzausstattung, die allen Kommunen einen angemessenen Standard an kommunaler
16 Daseinsvorsorge ermöglicht. Hier steht der Freistaat besonders in der Pflicht, denn er ist an allen
17 wichtigen Steuergesetzen über den Bundesrat beteiligt und er ist verantwortlich für einen gerechten
18 kommunalen Finanzausgleich in Bayern. Beim kommunalen Finanzausgleich gibt es noch sehr viel zu
19 tun, um den berechtigten Forderungen der Kommunalen Spitzenverbände in Bayern zu entsprechen.
20

21 **Kommunalen Anteil am Steueraufkommen erhöhen**

22
23 Die wichtigsten Forderungen der Kommunen in Bayern dokumentieren, dass in den
24 Regierungsjahren der CSU viele finanzpolitischen Hausaufgaben unerledigt geblieben sind: Der
25 kommunale Anteil am allgemeinen Steuerverbund muss schrittweise von bisher 12,75 Prozent auf 15
26 Prozent erhöht werden. Bayern ist hier bei den großen Flächenländern im alten Bundesgebiet bisher
27 das unrühmliche Schlusslicht.
28

29 Der kommunale Anteil am Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund beträgt nur 51 Prozent, obwohl er
30 früher schon bei 65 Prozent lag. Auch hier werden wir den Ansatz schrittweise erhöhen, vor allem die
31 Ausgaben für den Bauunterhalt und den ÖPNV.
32

33 **Struktur- und finanzschwachen Gemeinden helfen**

34
35 Den Ansatz für Bedarfszuweisungen an die Kommunen werden wir über die bisher 100 Millionen
36 Euro hinaus auf 150 Millionen Euro erhöhen, um Struktur- und damit auch finanzschwachen
37 Gemeinden wirksamer helfen zu können. Zudem werden wir für diese Gemeinden
38 Sonderstrukturhilfen außerhalb des Kommunalen Finanzausgleichs einführen.
39

40 Die Erstattungen des Landes für Ausgaben, die bei der Erfüllung staatlicher Aufgaben durch die
41 Kommunen entstehen, müssen die Ausgaben der Gemeinden vollständig abdecken. Das klingt
42 selbstverständlich, ist es aber leider nicht. Wir werden daher eine komplette Übernahme der
43 Ausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund anstreben.
44 Wir werden ebenso sicherstellen, dass die Mittel des Bundes vollständig an die Kommunen
45 weitergeleitet werden.
46

47 **Investitionen auf hohem Niveau halten**

48
49 Wir unterstützen die Neuordnung der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen durch
50 ein Bundesleistungsgesetz mit einer vollständigen Kostenübernahme durch den Bund.

1 Die investiven staatlichen Zuwendungen für Krankenhäuser, Schulen, Kindertagesstätten,
2 Straßenbau und Bauunterhalt müssen auch in konjunkturellen Abschwungphasen auf hohem
3 Niveau gehalten werden.

4

5 **Entlastung des Freistaats auf Kosten der Kommunen beenden**

6

7 Auch eine SPD-geführte Staatsregierung wird diesen über lange Jahre aufgebauten Reformbedarf
8 nicht auf einmal erfüllen können, sondern Schritt für Schritt. Diesen Weg wollen wir aber konsequent
9 beschreiten: Wir werden die bisherige Politik beenden, bei der sich der Freistaat Bayern allzu häufig
10 auf Kosten seiner Kommunen finanziell entlastet hat. Wir werden endlich für ein faires Verhältnis
11 zwischen Staat und Kommunen sorgen. Dazu gehört für uns auch die klare Zusage, dass mit der
12 Übertragung neuer Aufgaben auf die Kommunen die erforderlichen finanziellen Mittel bereit gestellt
13 werden müssen.

14

15 **Schuldenabbau für Kommunen, Gewerbesteuer ausbauen**

16

17 Bayerns Kommunen müssen beim Schuldenabbau mit einbezogen werden, weshalb die
18 kommunalen Schulden mit in eine umfassende Bestandsaufnahme der Schulden des Freistaats
19 einfließen müssen. Wenn nur Staatsschulden getilgt werden, besteht die Gefahr, dass die Schulden
20 in die kommunalen Haushalte verlagert werden. Deshalb werden wir beim Schuldenabbau des
21 Staates gewährleisten, dass über einen kommunalen Entschuldungsfonds auch die Kommunen ihre
22 Verschuldung reduzieren können. Die zentrale Einnahmehasis vieler Kommunen, die Gewerbesteuer,
23 muss durch die Einbeziehung der Freiberufler ergänzt, verbreitert und stabilisiert werden.

24

25 **Kommunalen Finanzausgleich fair gestalten**

26

27 Die Auswirkungen des Fiskalpakts und der Schuldenobergrenze dürfen nicht dazu führen, dass der
28 Freistaat sich in konjunkturell schlechten Zeiten an den Kommunen „schadlos“ hält, zum Beispiel
29 durch eine Verschlechterung beim Kommunalen Finanzausgleich. Die SPD in Bayern wird die
30 ausreichende Finanzkraft der bayerischen Gemeinden gemäß dieser Positionen stets im Auge
31 behalten und dafür kämpfen.

32

33 **Preiswerte Versorgung mit kommunalen Dienstleistungen**

34

35 Mit der kommunalen Daseinsvorsorge stellen Städte und Gemeinden die wirtschaftliche
36 Grundversorgung der Bürgerinnen und Bürger sicher. Dazu zählt die Versorgung mit Energie und
37 Wasser, dazu gehört die Infrastruktur für Nahverkehr und Wohnen sowie das Gesundheits- und
38 Rettungswesen. Und dazu gehört auch die Entsorgung von Abwasser und Abfall. In vielen
39 Kommunen erledigen kommunale Stadt- und Gemeindewerke die Aufgaben der Ver- und
40 Entsorgung. Sie tun dies zuverlässig, preiswert und bürgernah. Die Bürgerinnen und Bürger wissen
41 das zu schätzen: Nach einer Erhebung des Verbands Kommunaler Unternehmen aus dem Jahr 2009
42 genießen Stadtwerke mit 81 Prozent das höchste Vertrauen in der Bevölkerung. Das hängt nicht nur
43 mit der Qualität der Leistung zusammen, sondern auch damit, dass Bürgerinnen und Bürger in
44 kommunalen Unternehmen Einfluss ausüben können. Von Bedeutung ist auch, dass kommunale
45 Unternehmen nicht dem **Prinzip des Shareholder-Value** verpflichtet sind sondern statt
46 Gewinnmaximierung das Gemeinwohl im Auge haben. Wir wissen: Die kommunalpolitische
47 Verantwortung ist ein Garant für eine sichere, preiswerte und bürgernahe Daseinsvorsorge.

48

49

50

1 **Kommunale Daseinsvorsorge gefährdet**

2

3 Diese Daseinsvorsorge in kommunalpolitischer Verantwortung ist gefährdet. Neoliberale Kräfte
4 wollen die Aufgaben der Daseinsvorsorge dem Markt und einem unbeschränkten Wettbewerb
5 überlassen. Die preiswerte und sichere Ver- und Entsorgung wird damit bedroht. Eine SPD-geführte
6 Staatsregierung wird sich diesen Kräften heftig widersetzen. Die Daseinsvorsorge muss Teil der
7 kommunalen Selbstverwaltung bleiben, die Rahmenbedingungen zum Schutz der kommunalen
8 Selbstverwaltung werden daher von uns ausgebaut und verbessert.

9

10 Eine SPD-geführte Staatsregierung wird

11

12 ... dafür einstehen, dass die einzelnen Länder in der EU über die Daseinsvorsorge weiterhin selbst
13 entscheiden können, um die Verantwortlichkeit der Kommunen zu erhalten.

14

15 ... darauf drängen, dass die EU den im Vertrag von Lissabon begonnenen Prozess der Anerkennung
16 der kommunalen Selbstverwaltung fortsetzt und den Handlungsspielraum der Kommunen
17 vergrößert.

18

19 ... sich dafür einsetzen, dass die EU das Beihilfeverbot im Bereich der Daseinsvorsorge weiter lockert.

20

21 ... das kommunale Wirtschaftsrecht ändern, um die Zusammenarbeit mehrerer Kommunen zur
22 Förderung der Energiewende zu ermöglichen. Denn in Zeiten der dezentralen und regenerativen
23 Energieversorgung ist die Beschränkung der Zuständigkeit der Kommunen auf das jeweilige
24 Gemeindegebiet überholt.

25

26 ... eine Privatisierung des Trinkwassers entschieden ablehnen.

27

28 **Nur eine solidarische Kommune ist eine lebenswerte Kommune**

29

30 Wir werden die bewährte soziale Infrastruktur vor Ort aufrecht erhalten und weiterhin für ein breites
31 Angebot an wohnortnahen Einrichtungen sorgen, das der Vielfalt der unterschiedlichen
32 Lebenswirklichkeiten entspricht. Gerade in einer älter werdenden Gesellschaft ist die Sicherung eines
33 qualitätvollen Netzes an sozialen Angeboten sowie Einrichtungen der Gesundheitsversorgung
34 unverzichtbar. Neue Formen des Miteinanders werden wir fördern, da sie einen wertvollen Beitrag
35 zur solidarischen Kommune leisten. Hierzu gehören **Mehrgenerationenprojekte** und Formen des
36 betreuten Wohnens genauso wie Nachbarschaftshilfe und bürgerschaftliches Engagement.

37

38 **Wohnen muss für alle bezahlbar bleiben**

39

40 Das Recht auf eine angemessene Wohnung hat in Bayern Verfassungsrang. Wir wollen diesen
41 Anspruch ernst nehmen und dafür sorgen, dass alle Bevölkerungsschichten in Bayern Zugang zu
42 bezahlbarem Wohnraum haben. Gerade in den Wachstumsregionen, aber auch in den
43 Tourismusgebieten, verschärft sich der Wohnraummangel zusehends. Immer mehr
44 Durchschnittsverdiener, vor allem aber junge Familien, finden nur noch schwer bezahlbaren
45 Wohnraum. Wir werden hier gegensteuern und nicht zulassen, dass die Mieten in den
46 Ballungsräumen zum Armutsrisiko werden.

47

48

49

50

1 **Sozialen Wohnungsbau steigern**

2

3 Durch die **Förderalismusreform I** wurde die soziale Wohnraumförderung ausschließlich den Ländern
4 überlassen. Wir werden im Freistaat die Zukunft der sozialen Wohnraumversorgung sicher stellen.
5 Wir werden die Mittel für den sozialen Wohnungsbau verstetigen und auf Regionen mit
6 Wohnraummangel konzentrieren. Deshalb werden wir die Landesmittel zur Wohnraumförderung in
7 Ballungsräumen massiv erhöhen und uns dafür einsetzen, dass die Abschreibungsmöglichkeiten für
8 Bauherren verbessert werden. Jungen Familien soll die Bildung von Wohneigentum erleichtert
9 werden.

10

11 **Wohnungsbaugenossenschaften stärken**

12

13 Als Partner für unsere Wohnungspolitik werden wir verstärkt öffentliche
14 Wohnungsbaunternehmen und Genossenschaften unterstützen. Wir werden hierzu das
15 Genossenschaftswesen wiederbeleben und stärken. Denn Genossenschaften verbinden
16 demokratische Selbstverwaltung mit unternehmerischer Initiative, Selbsthilfe und sozialer
17 Orientierung. Gerade im Wohnungsbau leisten sie einen wertvollen Beitrag zur Sicherung und
18 Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Der Auf- und Ausbau von Wohnungsbaugenossenschaften wird
19 von uns durch die Aufnahme in das bayerische Wohnraumförderungsgesetz künftig verstärkt
20 gefördert. Mit Baugrund und günstigen Darlehen wollen wir Genossenschaften und kommunale
21 Wohnungsbaugesellschaften unterstützen.

22

23 **Mietanstieg bremsen und Zweckentfremdung von Wohnraum verhindern**

24

25 Seit Jahren verweigert die schwarz-gelbe Staatsregierung die Schaffung der nötigen Rechtsgrundlage
26 für Kommunen zum Erlass eines generellen Umwandlungsverbots von Miet- in
27 Eigentumswohnungen in **Erhaltungssatzungsgebieten**. Damit geht Jahr für Jahr bezahlbarer
28 Wohnraum verloren. Eine SPD-geführte Staatsregierung wird unverzüglich diese Rechtsgrundlage
29 schaffen, damit in Kommunen mit Wohnraummangel Luxussanierungen verhindert werden und die
30 angestammten Mieterinnen und Mieter in ihren Wohnungen bleiben können.

31

32 **Mietanstieg begrenzen**

33

34 Für diese Kommunen werden wir ebenso sicher stellen, dass die bewährte Politik des
35 Zweckentfremdungsverbots – der Umwandlung von Wohnraum in Büros – weitergeführt wird.
36 Die von der schwarz-gelben Bundesregierung beschlossene Absenkung der Kappungsgrenze für
37 zulässige Mieterhöhungen bei bestehenden Mietverträgen auf 15 Prozent reicht nicht aus. Wir setzen
38 uns für eine Begrenzung der Neuvermietungsmieten auf zehn Prozent über der ortsüblichen
39 Vergleichsmiete ein, für eine Neuberechnung des Mietspiegels mit stärkerer Berücksichtigung der
40 Bestandsmieten und vor allem für eine Absenkung der umlagefähigen Kosten bei
41 Modernisierungsmaßnahmen auf höchstens neun Prozent pro Jahr.

42

43 **Soziale und nachhaltige Stadtentwicklung**

44

45 Siedlungsdruck, Gewerbeflächenentwicklung und Verkehrswegebau nehmen immer mehr Flächen in
46 Anspruch. Wir hingegen werden eine ressourcenschonende und umweltgerechte Stadtentwicklung
47 durch flächensparende Baulandausweisung, kompakte Bauweise und eine Stadt der kurzen Wege
48 auf den Weg bringen. Eine ideale Stadtentwicklung orientiert sich entlang der Strecken des
49 Öffentlichen Personennahverkehrs. Somit verbinden wir mehr Lebensqualität mit einer sicheren
50 Mobilität für alle und der Erreichbarkeit von allen notwendigen Einrichtungen der Grundversorgung.

1 **Städtebauförderung erhöhen statt kürzen**

2
3 Wir unterstützen nachdrücklich die Forderung der SPD-Bundestagsfraktion an die schwarz-gelbe
4 Bundesregierung, die Kürzung der Mittel für die Städtebauförderung zurückzunehmen. Stattdessen
5 werden wir auf Bundesebene die Mittel auf 700 Millionen Euro jährlich anheben und insbesondere
6 auch die Mittel für das Programm Soziale Stadt wieder erhöhen. Gerade das Programm Soziale Stadt
7 leistet einen wertvollen Beitrag zur Stabilisierung von Stadtteilen, die besonderer Unterstützung
8 bedürfen.

9
10 **Mobilität für alle**

11
12 Wir begrüßen die Initiative der SPD-Bundestagsfraktion zu einem Investitionspakt für die
13 kommunale Verkehrsinfrastruktur. Wir setzen uns für die Verlängerung des
14 **Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes** ein und werden dafür sorgen, dass die Finanzierung
15 dringend notwendiger Verkehrsinfrastruktur weiterhin gesichert ist. Dabei gilt für uns der Vorrang
16 der Schiene vor der Straße. Neben dem Neu- und Ausbau von Verkehrswegen werden wir auch
17 Investitionen in den Erhalt und die Sanierung von Schienen- und Straßennetz unterstützen. Für eine
18 umweltgerechte und nachhaltige Mobilität hat für uns der Ausbau des Rad- und Fußwegenetzes in
19 den Städten und Gemeinden eine besondere Bedeutung.

20
21 **Stärkung der regionalen Zusammenarbeit**

22
23 Bayern steht vor großen Herausforderungen in der Regionalentwicklung. Demographischer Wandel,
24 Energiewende, die Bewältigung von Siedlungsdruck und zunehmende Verkehrsströme in
25 Wachstumsregionen erfordern differenzierte regionale Strategien und übergeordnete
26 Steuerungsmöglichkeiten. Dem stehen Abwanderungstendenzen aus ländlichen Räumen gegenüber,
27 die nicht minder Probleme aufwerfen.

28
29 Die heutigen regionalen Planungsverbände können diese Aufgaben ohne grundlegende Reform nicht
30 mehr bewältigen. Wir werden daher einen Dialog beginnen und gemeinsam mit den
31 Verantwortlichen auf kommunaler und regionaler Ebene Überlegungen zu einer Stärkung der
32 regionalen Zusammenarbeit entwickeln. Hierzu gehören eine Überprüfung des räumlichen
33 Zuschnitts der Planungsregionen, eine Erweiterung von Kompetenzen und
34 Planungsinstrumentarium sowie eine Stärkung der Organisationskraft.

35
36 **Bezirke als dritte kommunale Ebene stärken**

37
38 Die Wiedereinrichtung demokratisch verfasster Bezirke als dritte Ebene der kommunalen
39 Selbstverwaltung war eine Forderung der BayernSPD nach dem Zweiten Weltkrieg. Wir stehen auch
40 weiterhin zu den Bezirken und zur Tätigkeit unserer Bezirkstage als Bindeglied zwischen Verwaltung
41 und Bürger.

42
43 Wir fordern weiterhin ein Bezirkswahlrecht für EU-Bürgerinnen und Bürger. Bisher können sich
44 Bürger aus EU-Staaten zwar an Kommunalwahlen beteiligen. Ein Bezirkswahlrecht ist ihnen aber
45 verwehrt. Wir wollen die Bezirke als dritte kommunale Ebene wahlrechtlich der kommunalen
46 Familien gleichstellen.

47
48 Die Bezirke leisten gute Arbeit für eine moderne, humane und dezentrale psychiatrische Versorgung
49 im Freistaat. Diese gilt es auszubauen. Die Bezirke sind als Träger der überörtlichen Sozialhilfe
50 zuständig für die Hilfe bei Pflegebedürftigkeit und die Eingliederung für Menschen mit

Programmentwurf Landtagswahl 2013: JETZT IST ALLES DRIN! Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht.

- 1 Behinderungen. Wir unterstützen die Zusammenführung der Hilfen für Menschen mit
- 2 Behinderungen in einer Hand und die Übernahme der Kosten durch den Bund in einem neuen
- 3 **Bundesleistungsgesetz**. Dies darf jedoch nicht zur Absenkung von bestehenden Leistungsstandards
- 4 führen. Bestrebungen zur Privatisierung von Einrichtungen des Bezirks lehnen wir entschieden ab.
- 5

1 **Umwelt- und Energiepolitik der Zukunft:**

2 **Ökologisch und wirtschaftlich**

3

4 Auf Initiative der BayernSPD wurde im Jahre 1984 der Umwelt- und Naturschutz in die Bayerische
5 Verfassung aufgenommen. Diesem Verfassungsartikel und dem Auftrag der bayerischen
6 Bevölkerung, die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten und zu schützen, ist die BayernSPD
7 auch in Zukunft verpflichtet.

8

9 **Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung**

10

11 **... dafür sorgen, dass Bayern zur gentechnikfreien Zone wird.**

12

13 **... Bayerns Trinkwasserversorgung vor dem Zugriff privater Investoren schützen.**

14

15 **... die Feinstaubbelastung in vielen Städten reduzieren.**

16

17 **... dafür sorgen, dass in Bayern die viel zu geringen Klimaschutzziele erhöht werden.**

18

19 **... Bahn und ÖPNV dabei unterstützen, ihre Flotten auf umweltschonende Antriebe umzustellen.**

20

21 **... bis 2050 die Stromproduktion zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien bestreiten.**

22

23 **... den Atom-Ausstieg beibehalten.**

24

25 **... die dezentrale Energieversorgung vorantreiben und die Macht der großen Stromkonzerne
26 brechen, unrentable Gasgroßkraftwerke lehnen wir daher ab.**

27

28 **... Tiefenbohrungen nur eingeschränkt zulassen und stets eine Umweltverträglichkeitsprüfung
29 verlangen.**

30

31 **... die Menschen in die Planungen neuer Projekte besser als bisher mit einbeziehen.**

32

33 **... dafür sorgen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in Genossenschaften und kommunalen
34 Gesellschaften wirtschaftlich an der neuen Energiepolitik beteiligen können.**

35

36 **... die effiziente energetische Sanierung von öffentlichen und privaten Gebäuden, um Energie
37 einzusparen.**

38

39 **... die Förderung von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen sowie die Forschung hierzu, um die
40 Wärmeenergie wirtschaftlich und effizient zu nutzen.**

41

42 **...dafür sorgen, dass Energie bezahlbar bleibt. Auch wird sie ausreichende Beratungsangebote für
43 sozial schwache Haushalte und Austauschprogramme energieintensiver Geräte einführen.**

44

45

46 **Gentechnikfreie Produkte für Bayern**

47

48 Gentechnisch veränderte Organismen auf unseren Äckern und Feldern bergen unkalkulierbare
49 Risiken für unsere Umwelt und unsere Heimat. Deshalb haben auch die Menschen in Bayern einen
50 Anspruch auf Gentechnikfreiheit. Wir werden aus diesem Grund den Beitritt Bayerns zum

1 „Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen“ unverzüglich umsetzen. In dem Netzwerk
2 haben bisher zehn Europäische Regionen Ziele und Aufgaben sowie das Bekenntnis zur
3 Gentechnikfreiheit festgeschrieben.
4

5 **Gutes Trinkwasser für Bayern**

6
7 Dank unserer kommunalen Daseinsvorsorge ist das bayerische Trinkwasser gut. Wir schützen
8 Bayerns Trink- und Abwasserversorgung vor dem Zugriff privater Investoren. Außerdem werden wir
9 das Mischen verschiedener Brunnen und Quellen verhindern, wenn es der Verharmlosung von
10 erhöhten Eintragswerten aus Mineraldünger, tierischen Fäkalien, Pflanzenschutzmitteln,
11 Chemikalien oder Arzneimittel dienen soll.
12

13 **Saubere Luft für Bayern**

14
15 Durch Feinstaub entstehen Belastungen des menschlichen Immunsystems. Als BayernSPD setzen wir
16 auf die verstärkte Nutzung des ÖPNV zur Feinstaubminderung. Wir halten darüber hinaus an den
17 Maßnahmen fest, die insbesondere die größeren Städte zur Feinstaubvermeidung eingeführt haben
18 wie Rußpartikel-Filter für PKWs, LKW-Durchfahrtsverbote und Umweltzonen. Zusätzlich werden wir
19 den Ausbau der Elektromobilität vorantreiben. Die Umstellung des kleinen Lieferverkehrs auf
20 alternative Antriebe wie E-Mobilität bzw. Hybridantriebe wird zu erheblichen Einsparungen beim
21 Feinstaubausstoß führen.
22

23 **Klimaschutz: Bayern braucht ein Klimaschutzgesetz**

24
25 Die Welt-Klimakonferenz in Doha im November 2012 hat gezeigt, dass das Ziel, die Erderwärmung
26 nur auf 2 Grad zu begrenzen, bei dem derzeitigen CO₂-Ausstoß nicht erreichbar ist. Es ist allerhöchste
27 Zeit zu handeln. Die in diesem Zusammenhang viel diskutierte Technologie des **CCS/CCR** ist
28 besonders in Hinblick auf die Prüfung der Dichtigkeit der unterirdischen CO₂-Lagestätten und
29 mögliche Auswirkungen auf Gewässer nicht in großen Maßstab erprobt. Für die BayernSPD kommt
30 eine Nutzung dieser Technologie im Freistaat daher nicht in Betracht.
31

32 Wir werden dafür sorgen, dass Bayern in den kommenden Jahren nicht hinter den Klimaschutzzielen
33 der anderen Bundesländer zurückbleibt. Das Klimaschutzziel der Bayerischen Staatsregierung, bis
34 2020 die jährlichen CO₂-Emissionen auf unter 6 Tonnen je Einwohner zu senken, ist uns zu wenig!
35 Wir bekennen uns zu den europäischen und deutschen Klimaschutzzielen und werden diese für
36 Bayern verschärfen und durch ein Klimaschutzgesetz absichern.
37

38 **Klimafreundliche Mobilität**

39
40 Laut Umweltbundesamt wurden im Jahr 2010 18,7 Prozent des deutschen CO₂-Ausstoßes durch den
41 Straßenverkehr verursacht. Eine klimafreundliche Mobilität ist unser Ziel, um klimaschädliche
42 Emissionen weiter zu reduzieren. Deshalb unterstützen wir die Unternehmen des ÖPNV sowie die
43 Bahn beim Betrieb von Flotten mit umweltschonenden Antrieben und bei ihrem Angebot von
44 sozialverträglichen Tarifen.
45

46 Für den motorisierten Verkehr setzen wir auf drei Säulen: Forschung und Entwicklung sowie
47 Investitionen in neue alternative Antriebe, Optimierung der bestehenden Konzepte sowie die
48 Integration der Verkehrsträger.
49

1 Bei neuen alternativen Antrieben wird die E-Mobilität eine bedeutende Rolle spielen. Trotzdem
2 dürfen weitere Anstrengungen zur Optimierung bestehender Konzepte sowie zur Verbreitung bereits
3 entwickelter Antriebsarten wie beispielsweise Erdgas nicht unterbleiben, sondern müssen ein fester
4 Bestandteil klimafreundlicher Mobilität sein. Biokraftstoffe der zweiten Generation können diese
5 Strategie sinnvoll ergänzen.

6
7 Darüber hinaus werden wir die Organisation logistischer Ströme durch Güterverteilzentren auch im
8 Interesse des Klimaschutzes verbessern.

9 10 **100 Prozent Öko-Strom bis 2050**

11
12 Uran, Öl, Kohle und Erdgas sind fossile Ressourcen und gehen zur Neige. Knappe Güter sind teuer.
13 Anstatt dem Wandel hinterherzulaufen, gestalten wir ihn bereits seit Jahren nachhaltig mit.
14 Bahnbrechend für den Erfolg der erneuerbaren Energien war die Einführung des Erneuerbare-
15 Energien-Gesetzes, das von der rot-grünen Bundesregierung 2000 auf den Weg gebracht wurde.
16 Heute gilt es, dieses erfolgreiche Gesetz stetig an die technischen Fortschritte und den Ausbau der
17 Erneuerbaren Energien anzupassen, bis diese eigenständig die zentrale Säule der Stromversorgung
18 bilden. Ziel ist es, bis 2050 eine 100 prozentige Versorgung mit Erneuerbaren Energien zu
19 gewährleisten. Dieses Umdenken sorgt langfristig für eine soziale und bezahlbare Energie!

20 21 **Energiepolitik als Querschnittsaufgabe**

22
23 Energiepolitik berührt praktisch alle Lebensbereiche, die Struktur von Wirtschaft und Arbeit,
24 Mobilität und Wohnen. Die BayernSPD sieht es daher als eine zentrale Aufgabe an, diese Bereiche im
25 Rahmen der Energiewende für die Menschen sinnvoll miteinander zu verbinden. Diese integrative
26 Energiepolitik gehört für uns zum Kernbestand der ökologischen und sozialen Erneuerung unserer
27 Marktwirtschaft. Wir wollen, dass es den Menschen trotz knapper werdenden Ressourcen gut geht.
28 Die Energiewende schafft und sichert Ausbildung und Arbeitsplätze gerade auch in den ländlichen
29 Regionen. Wir sorgen dafür, dass die Wertschöpfung vor Ort stattfindet.

30 31 **Klares Bekenntnis zu einer umfassenden Energiewende**

32
33 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben in unserer Regierungsverantwortung den
34 Ausstieg aus der Atomenergie durchgesetzt. Diese Energiewende entgegen den Interessen der
35 Atomlobby war und ist aus ethischen Gründen ebenso richtig wie wirtschaftlich, sozial und
36 ökologisch vernünftig. Wir standen und stehen auch in Zukunft zu unserem klaren Bekenntnis gegen
37 Atomkraft.

38 39 **Endlagersuche für Atommüll klar definieren**

40
41 Bei der ungelösten Frage zur Entsorgung des Atommülls setzt sich die BayernSPD für den sofortigen
42 Beginn eines kritischen Standortauswahlverfahrens für ein Endlager unter breiter Beteiligung von
43 Wissenschaftlern und auch der Bevölkerung vor Ort ein. Als Vorbild könnte das Suchverfahren nach
44 einem Endlager in der Schweiz dienen. Dort hatten die Behörden vorab klare Sicherheitskriterien
45 definiert, die den Maßstab setzen, an dem alle infrage kommenden Standorte gemessen werden. Die
46 Bürgerinnen und Bürger haben volle Einsicht, selbst für Betroffene aus Nachbarländern ist das
47 Verfahren offen.

48
49 Durch ein solches Standortauswahlverfahren können am besten sowohl Transparenz und
50 Nachvollziehbarkeit für die Öffentlichkeit als auch der Schutz künftiger Generationen vor den

1 Gefahren radioaktiver Abfälle sichergestellt werden. In Gorleben hingegen wurde zuerst der Standort
2 bestimmt und dann erst die Sicherheitsanforderungen festgelegt.

3

4 **Unser Dreiklang: Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien**

5

6 Für die BayernSPD bildet der Dreiklang der Energiewende mit Energieeinsparung, Energieeffizienz
7 und erneuerbaren Energien die Grundlage. In Bayern ist die Energiewende auf Landesebene leider
8 bislang nicht über die Konzeptphase hinausgekommen, weil die schwarz-gelben Regierungen in
9 Berlin und München bei der Umsetzung der Energiewende versagt haben. Ein differenzierter
10 Projektplan und konkrete Umsetzungsschritte fehlen. Stattdessen werden Verbraucher nicht vor der
11 Willkür der großen Energieversorger geschützt, die den Preis für Strom nach oben treiben, obwohl
12 der Einkaufspreis für Strom in den vergangenen zwei Jahren um 20 Prozent gesunken ist. Ein
13 Preisrutsch für die Energieversorger, der bei den Verbrauchern nie ankam.

14

15 **Dezentrale Energieversorgung vorantreiben**

16

17 Mit dem Bekenntnis zu den Erneuerbaren Energien werden wir das bisherige zentralistische System
18 der großen Stromkonzerne auf eine dezentrale Energieversorgung umstellen. Aber statt wie die
19 schwarz-gelb Regierung den Menschen im Freistaat eine energetische Autarkie vorzugaukeln,
20 werden wir alles daran setzen, dass Bayern eine führende Rolle bei den Abstimmungen zwischen
21 Bund und Ländern einnimmt, damit die Energiewende für ganz Deutschland ein Erfolg wird.

22

23 **Bessere Netze für günstigeren Strom**

24

25 Die weitere Einsparung von Energie ist eine unverzichtbare Grundlage der Energiewende. Allerdings
26 werden zusätzliche erfolgreiche Einsparungsanstrengungen den Ausbau der Energienetze nicht
27 überflüssig machen. Basisenergieversorgung und Netzausbau funktionieren nur gemeinschaftlich.
28 Strom aus erneuerbaren Energien soll so effizient wie möglich in einem nationalen Netzverbund
29 produziert und verteilt werden. Zusätzlich werden wir grenzüberschreitende Netze für die
30 Zusammenarbeit mit benachbarten Alpenländern vorantreiben, um Effizienzvorteile für die
31 Produktion und Verteilung erneuerbare Energien zu nutzen. Netze werden ausgebaut, um in
32 wirtschaftlich sinnvoller Weise Kapazitätsrestriktionen bei der Einspeisung von Strom aus
33 erneuerbarer Energien zu reduzieren. Unrentable Gasgroßkraftwerke lehnen wir ab, denn sie stehen
34 im krassen Gegensatz zur angestrebten dezentralen Energieversorgung und würden wieder ein
35 zentralistisches Energieversorgungssystem festsetzen.

36

37 **Für einen ausgeglichen Energiemix in Bayern**

38

39 Erneuerbare Energien umfassen die Bereiche Wasser- und Windkraft, Biomasse / Biogas,
40 Photovoltaik und Geothermie. Historisch bedingt ist in Bayern anteilig die Wasserkraft die stärkste
41 Erneuerbare Energie, deren Potenziale wir auch in Zukunft nutzen möchten. Dabei geht
42 Modernisierung vor Neubau. Wir setzen auf neue effiziente Technologien, wie z.B. Schachtkraftwerke
43 in der Wasserkraftnutzung, die den Umwelt- mit dem Stromerzeugungsgedanken verbinden.

44

45 **Erneuerbare Energien regional unterscheiden**

46

47 Es ist notwendig, dass die einzelnen Regionen in Bayern in die Lage versetzt werden, die Form der
48 Erneuerbaren Energien vor Ort auszuschöpfen, die dort sinnvoll und effizient einsetzbar sind - also
49 beispielsweise Windräder bei einem guten Windaufkommen und Biomasse bei großer Verfügbarkeit
50 von natürlichen Rohstoffen. Voraussetzung ist aber, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien die

1 Akzeptanz der Menschen findet. Deswegen ist es so wichtig, dass die Wertschöpfung der
2 Investitionen in die Erneuerbaren Energien in der Region verbleibt. Die einseitige Beschränkung auf
3 Gasgroßkraftwerke als Basis einer rein zentralistischen Versorgungsstruktur widerspricht einer
4 dezentralen Energieversorgung.

5
6 Wir werden eine sinnvolle Arbeitsteilung zwischen zentralen und dezentralen Komponenten der
7 Energieversorgung schaffen, um allen Versorgungsansprüchen von Industrie, Gewerbe und
8 Privathaushalten gerecht werden zu können. Darüber hinaus werden wir die Potenziale von
9 grenzüberschreitenden Versorgungsverbänden beispielsweise mit Österreich nutzen.

10 11 **Tiefenbohrungen nicht überall zulassen**

12
13 Die Auswirkungen von Tiefenbohrungen auf die nähere Umwelt sind nach wie vor nicht geklärt. Die
14 BayernSPD lehnt deshalb Tiefenbohrungen in Wasserschutz-, Wassergewinnungs- oder
15 Naturschutzgebieten ab. Unkonventionelle Bohrmethoden („Fracking“) zum Beispiel mit Einsatz von
16 Chemie oder Heißwasser zur Ausbeutung von Gasvorkommen im Schiefergestein lehnen wir mit
17 dem aktuellen Stand der Technik ab. Tiefenbohrungen erfordern bei allen Vorhaben eine
18 Umweltverträglichkeitsprüfung unabhängig von Fördermenge und Fördertiefe.

19 20 **Bürgerbeteiligung bei Energieprojekten**

21
22 Die Bürgerinnen und Bürger Bayerns haben in der Praxis und vor Ort die Energiewende begonnen
23 und bis heute den größten Beitrag geleistet. Das bedeutet für uns, dass die Bevölkerung an der
24 Gestaltung der Energiewende beteiligt werden muss. Betroffene Bürger, Verbände und
25 Interessensvertretungen müssen frühzeitig die Möglichkeit haben, an den Planungen mitzuwirken
26 und Verbesserungsvorschläge einzubringen – wie bei allen Infrastrukturmaßnahmen im Freistaat.

27
28 Die Bürgerinnen und Bürger müssen die Möglichkeit haben, sich in Genossenschaften und
29 kommunalen Gesellschaften wirtschaftlich an der neuen Energiepolitik zu beteiligen. Das begrenzt
30 auch die preistreibende Vormachtstellung von Großkonzernen. Wir werden ein vollständiges
31 Informationsangebot im Internet über alle Förderprogramme auf EU-, Bundes- und Landesebene
32 erstellen. Mit diesem Angebot können die eigenen Investitionen in die Energiewende kalkuliert
33 werden.

34 35 **Energiewende – mehr als eine Stromwende**

36
37 Die Energiewende ist für uns mehr als eine reine „Stromwende“, vielmehr muss sie alle Arten der
38 Energie wie Wärme und Energieträger wie Treibstoff in die Planungen und Maßnahmen gleichwertig
39 mit einbeziehen. Besonders bei der Energieeinsparung und Energieeffizienz können hier die
40 wirklichen energetischen Potenziale gehoben werden. Dabei sind Energiewende und Klimaschutz
41 nicht zu trennen, sondern müssen Hand in Hand angegangen werden. Wir setzen uns deshalb unter
42 anderem ein für

43
44 ... die effiziente energetische Sanierung von öffentlichen und privaten Gebäuden, um Energie
45 einzusparen.

46
47 ... die Förderung von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen in Bayern, um die Wärmeenergie
48 wirtschaftlich und effizient zu nutzen.

49

1 ... die Förderung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten in der Wirtschaft und an Universitäten
2 und Hochschulen, insbesondere in den Bereichen Speicher- und Netztechnologien.
3
4 ... Clusterbildung bei der Industrie bezogen auf Wärmenutzung.

6 **Energie muss bezahlbar bleiben**

7
8 Energie muss bezahlbar bleiben. Deshalb unterstützt die BayernSPD Projekte und Maßnahmen, die
9 den Menschen dabei helfen, selbstständig Energie zu sparen. Wir unterstützen ausreichende
10 Beratungsangebote für sozial schwache Haushalte und Austauschprogramme energieintensiver
11 Geräte wie in der Landeshauptstadt München. Außerdem werden wir die Verbraucher so
12 informieren, dass sie Energie sparende Elektrogeräte in den Geschäften erkennen und erwerben
13 können. Wir unterstützen deshalb ein **Top-Runner-Programm**, bei dem die energieeffizientesten
14 Geräte auf dem Markt den technischen Standard für die anderen Hersteller setzen. Außerdem
15 werden wir eine Abwrackförderung für umweltbelastende Heiztechniken einführen, damit
16 Hausbesitzer Öl- und Gaskessel auf moderne Heiztechniken wie beispielsweise Solarkollektoranlagen
17 und effiziente Wärmepumpen umrüsten. Die Verbraucher werden außerdem über intelligente
18 Stromzähler in ihren Häusern und Firmen je nach Verfügbarkeit und Preis ihren Energieverbrauch
19 eigenständig steuern können.

20
21 Die Erweiterung der Befreiung von Großverbrauchern von den Kosten für die Energiewende durch die
22 schwarz-gelbe Regierung in Berlin hat dazu geführt, dass die Verantwortung für die Kosten der
23 Umstellung unseres Energiesystems auf die Bürgerinnen und Bürger und die kleinen und
24 mittelständischen Unternehmen unseres Landes abgewälzt wurde. Wir werden dafür sorgen, dass
25 diese ungerechte Regelung zurückgenommen wird, ohne die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft
26 zu gefährden.

27 **Kommunen sind das Rückgrat der Energiewende**

28
29
30 Die Kommunen sind das Rückgrat der Energiewende. Sie brauchen solide Rahmenbedingungen. Wir
31 werden deshalb Änderungen im kommunalen Wirtschaftsrecht vornehmen, damit die Kommunen
32 Energieüberschüsse produzieren und einspeisen dürfen. Energie macht nicht an Gemeinde- oder
33 Staatsgrenzen halt. Der Freistaat wird unter unserer Regierung in jedem Landkreis und jeder
34 kreisfreien Stadt einen Energie-Projektmanager finanzieren, der die Kommunen bei der Erstellung
35 von Energie- und Wärmekonzepten, interkommunalen Zusammenarbeit, Organisation und
36 Moderation regionaler Bürgerbeteiligung, beim Monitoring der lokalen und regionalen
37 Energiewende unterstützen.

1 **Landwirtschaft, Ernährung und Wald**

2 **Ohne Bauern stirbt das Land**

3 Landwirtschaft heißt übersetzt „mit dem Land wirtschaften“. Gerade die Landwirtschaft hat in den
4 vergangenen Jahrzehnten einen enormen Wandel von der reinen Produktion von Lebensmitteln hin
5 zu einer multifunktionalen Landwirtschaft erlebt. Dies bedeutet weit mehr als „lediglich“ die
6 Erzeugung von Milch, Fleisch und Getreide in guter Qualität zu angemessenen Preisen. Die
7 Agrarpolitik ist auch ein Stück Gesellschaftspolitik. Unsere Bäuerinnen und Bauern leisten einen
8 enormen Beitrag zum Erhalt der bayerischen Kultur und unserer einzigartigen Landschaft.

9
10 Ein nachhaltiger Tourismus zu allen Jahreszeiten ist im ländlichen Raum ohne die Pflege dieser
11 Landschaft durch die bäuerlichen Betriebe dazu nicht zu verwirklichen. Eine multifunktionale
12 Landwirtschaft trägt auch entscheidend zur Bewahrung und Gesunderhaltung unserer
13 Lebensgrundlagen, der natürlichen Ressourcen wie Boden, Wasser und Luft bei - nicht nur für unsere,
14 sondern auch für die zukünftigen Generationen. Der Berufsstand verdient unser aller Respekt und
15 Anerkennung.

16 17 **Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung**

18
19 **... die Versorgung unserer Kinder in Kindertagesstätten mit Obst und Gemüse ausweiten.**

20
21 **... die Anwendung von gentechnisch manipulierten Organismen verhindern.**

22
23 **... gentechnisch veränderte Lebensmittel – wenn man sie schon nicht ganz verhindern kann – klar**
24 **kennzeichnen und Klonfleisch verhindern.**

25
26 **... die Tierhaltung so transparent machen, damit die Verbraucherinnen und Verbraucher genau**
27 **wissen, welches Fleisch sie kaufen.**

28
29 **... die Landwirtschaft mit einer verlässlichen Förder- und Forschungspolitik dabei unterstützen,**
30 **unsere Lebensgrundlagen auch weiterhin zu wahren und zu schützen.**

31
32 **... durch angemessene Lebensmittelpreise für ein gutes Einkommen für die Bäuerinnen und Bauern**
33 **sorgen.**

34
35 **... das sogenannte Greening und die Schaffung von ökologischen Vorrangflächen unterstützen.**

36
37 **... Ausgleichszahlungen endlich transparent und gerecht verteilen.**

38
39 **... einer gesunden Waldgesellschaft stets Vorrang vor finanziellen Interessen einräumen.**

40
41 **... den Steigerwald zum Nationalpark erheben.**

42 43 44 **Heimische Lebensmittel sind die beste Lösung**

45
46 Die Ernährung ist die Grundlage für ein gesundes und genussvolles Leben. Die Menschen im Freistaat
47 legen zunehmend Wert auf eine qualitativ hochwertige und nachhaltige Versorgung mit
48 Lebensmitteln. Die heimische Erzeugung von Lebensmitteln ist die beste Lösung.

49

1 **Regionale Kennzeichnung von Lebensmitteln**

2

3 Wir werden eine klare Kennzeichnung über die Herkunft und die Produktionsweise der Lebensmittel
4 voran bringen. Der Wunsch der Menschen, eine nachhaltige, soziale und regionale Produktion zu
5 unterstützen, muss das oberste Gebot der Ernährungspolitik sein.

6

7 Die heutige Zeit ist geprägt von einem gigantischen Angebot an verschiedensten Nahrungsmitteln,
8 welches von vielen Menschen zunehmend als verwirrend empfunden wird. Eine klare Kennzeichnung
9 ist daher die Grundlage für einen verantwortungsbewussten Verbraucher.

10

11 **Ernährung von Kindern**

12

13 Elementar erachten wir die Ernährungsbildung im Bereich der Kinder und Jugendlichen. Wir werden
14 die Hauswirtschaft und die Lebenskunde im Unterricht in allen Schul- und Altersklassen etablieren,
15 um den jungen Menschen die notwendigen Kenntnisse einer gesunden und genussvollen Ernährung
16 zu vermitteln.

17

18 Die Versorgung unserer Kinder in Kindertagesstätten mit Obst und Gemüse werden wir ausbauen.
19 Derzeit erhalten nur Kinder in den Grundschulen Zugang zum Schulfruchtprogramm. Wir werden
20 dieses Programm auf sämtliche Kindertagesstätten ausdehnen, um die frühkindliche Ernährung
21 positiv zu beeinflussen.

22

23 **Gentechnik und Patente auf Leben haben in Bayern keinen Platz**

24

25 Die Anwendung von gentechnisch manipulierten Organismen in unserer Heimat, in Deutschland und
26 der gesamten Europäischen Union lehnen wir vehement ab, denn sie führen nur zu verstärkten
27 Abhängigkeiten unserer Bäuerinnen und Bauern in unserer Heimat und weltweit und gefährden in
28 hohem Masse die Biodiversität. Sie bieten keinerlei Mehrwert gegenüber der Züchtungsarbeit, die
29 sich seit Jahrhunderten bewährt hat und an die Besonderheiten der Regionen und deren Vielfalt
30 angepasst sind.

31

32 Patente auf Leben lehnen wir ab. Sie sind unethisch und unnötig. Wir werden alles unternehmen, um
33 unsere natürlichen Lebensgrundlagen nicht in die Hände Multinationaler Konzerne zu geben.

34

35 Wir fordern eine klare Kennzeichnung von Lebensmitteln, die gentechnisch verändert wurden. Diese
36 Kennzeichnung muss verständlich und einfach gestaltet werden, damit auch Menschen ohne Lupe
37 eine Wahlfreiheit haben.

38

39 Fleisch von geklonten Tieren darf in Europa nicht in den Handel kommen. Diese Form der Züchtung
40 ist schlichtweg unnötig und verunsichert die Menschen in Bayern zu Recht. Außerdem sind die
41 langfristigen, gesundheitlichen Folgen bisher nicht ausreichend erforscht.

42

43 **Fokus auf ökologisch verträgliche Produktion legen**

44

45 Wir werden daher verstärkt den Fokus auf eine ökologisch verträgliche Fleisch- und Milchproduktion,
46 auf eine heimische, autarke Eiweißversorgung in Europa legen. Wir müssen uns unserer
47 internationalen Verantwortung bewusst werden und auch danach handeln. Dafür werden wir uns
48 einsetzen. Einmal im Jahr für die Hungernden in der Welt zu spenden mag das Gewissen beruhigen,
49 reicht aber bei weitem nicht aus.

50

1 **Die Zukunft der Tierhaltung in Bayern**

2

3 Die Tierhaltung ist die wirtschaftliche Grundlage vieler landwirtschaftlicher Betriebe in Bayern und
4 Garant für den Erfolg der bayerischen Landwirtschaft. Wir stehen klar zur bäuerlichen Tierhaltung
5 und zur regionalen Erzeugung hochwertiger Produkte. Die Menschen in Bayern legen verstärkt Wert
6 darauf, unter welchen Bedingungen die Tiere gehalten werden. Aus diesem Grund werden wir ein
7 freiwilliges Tierwohllabel installieren, das transparent die Haltung darstellt. So liegt es in der Hand
8 der Verbraucherinnen und Verbraucher, über Haltungsbedingungen zu entscheiden.

9

10 Gesetzliche Verschärfungen, die dazu führen, bäuerliche Strukturen zu zerstören und der
11 Industrialisierung der Tierhaltung Vorschub zu leisten, lehnen wir jedoch ab. Niemand kann wollen,
12 dass der Industrialisierung der Tierhaltung Vorschub geleistet wird. Die Förderung von Stallbauten
13 werden wir jedoch verstärkt an das Tierwohl koppeln, um diesen Bereich voranzubringen.

14

15 **Verbot bienengefährlicher Pestizide**

16

17 Wir wissen: Ohne Bienen gibt es keine Landwirtschaft, kein Obst, keinen Honig und vieles andere in
18 unserer Welt nicht mehr. Daher werden wir uns vehement gegen den Einsatz und für ein Verbot
19 besonders bienengefährlicher Pestizide in der Landwirtschaft und im Gemüse und Gartenbau
20 einsetzen. Darüber hinaus werden wir spezielle Blühprogramme auflegen, um das immer mehr um
21 sich greifende Bienensterben zu stoppen. Zu lange wurden die Bedeutung der Bienen und ihr Schutz
22 verkannt und vernachlässigt. Der Lebensraum der Bienen und vieler anderer Insekten und
23 Kleinlebewesen muss erhalten bleiben.

24

25 **Nachhaltig und artgerecht wirtschaften**

26

27 Wir müssen daher die nachhaltige Bewirtschaftung unserer Böden und die artgerechte Tierhaltung
28 verstärkt fördern. Dies kann nur in Zusammenarbeit mit allen Berufsverbänden und im
29 gesellschaftlichen Konsens gelingen.

30

31 **Verlässliche Förder- und Forschungspolitik**

32

33 Wir werden die Landwirtschaft mit einer verlässlichen Förder- und Forschungspolitik dabei
34 unterstützen, diese Lebensgrundlagen auch weiterhin zu wahren und zu schützen.

35

36 **Guter Lohn für gute Arbeit**

37

38 Die gerechte Entlohnung der Arbeit unserer Bäuerinnen und Bauern, die auch notwendige Rücklagen
39 und Investitionen in die Betriebe ermöglicht, ist ein zentrales Ziel unserer Arbeit. Die Menschen in
40 Bayern sind bereit, für Lebensmittel einen Preis zu bezahlen, der ein angemessenes Einkommen für
41 die Bäuerinnen und Bauern gewährleistet.

42

43 Daher werden wir unsere Erzeuger in ihrer Verhandlungsmacht stärken, damit sie gegenüber den
44 großen Handelsketten, den Lebensmittelkonzernen sowie den Großmolkereien und Großschlachtern
45 bestehen können.

46

47 **Landwirtschaft in allen Facetten unterstützen**

48

49 Der Facettenreichtum der Betriebe in Bayern ist eine Besonderheit, die wir ausdrücklich begrüßen.
50 Viele Bäuerinnen und Bauern leben nicht nur von der Bewirtschaftung der Flächen, sondern haben

1 weitere Standbeine aufgebaut wie den Tourismus oder die Bewirtschaftung im Nebenerwerb. Für die
2 BayernSPD ist es nicht vorrangig, ob die Betriebe im Nebenerwerb oder im Haupterwerb, ökologisch
3 oder konventionell, mit Tierhaltung oder ohne bewirtschaftet werden. Jede Form der nachhaltigen
4 Bewirtschaftung hat unabhängig von Größe und Form des Betriebes unseren Respekt und
5 Unterstützung verdient.

6

7 **Ökologischer Landbau**

8

9 Wir werden den Ökolandbau weiter ausbauen und fördern. So werden wir z.B. Stallbauten fördern,
10 die das Wohlergehen der Tiere besonders berücksichtigen.. Neben der Intensivierung der Ökoprämie
11 werden wir die Fachbildung in diesem Bereich verstärken, die unabhängige Forschung vorantreiben
12 und die Vermarktung bayerischer Bioprodukte aus einem Guss fördern.

13

14 **Unabhängige Forschung und Beratung**

15

16 Wir brauchen nach wie vor eine wirklich unabhängige und kompetente Beratung der Landwirte, um
17 eine nachhaltige und moderne Landwirtschaft zu verwirklichen. Wir müssen verhindern, dass große
18 Konzerne und mächtige Interessengruppen ihre Vorstellungen von Landwirtschaft (z.B. bei der
19 Gentechnik) bei Fragen von Ackerbau und Viehzucht, die meist nur der eigenen Gewinnmaximierung
20 und der Gewinnsteigerung dienen, durchsetzen können.

21

22 **Eine moderne Europäische Agrarpolitik**

23

24 Die Europäische Agrarpolitik ist, bei aller berechtigten Kritik, grundsätzlich ein Erfolgsmodell. Die
25 Europäische Agrarpolitik, die zum einen die entscheidenden Weichen für eine vernünftige
26 Agrarpolitik in Zukunft stellen und zum anderen die gesellschaftliche Akzeptanz der Zahlungen
27 gewährleisten muss, wird derzeit für den Zeitraum 2014-2020 neu verhandelt. Zum ersten Mal
28 entscheidet dank des **Lissabon-Vertrages** das Europäische Parlament mit.

29

30 Das sogenannte Greening, eine Bindung der Zahlungen an ökologische Auflagen, unterstützen wir,
31 solange seine Ausgestaltung einer ökologisch und ökonomisch sinnvollen Umsetzung nicht im Wege
32 steht. Eine reine Stilllegung von Flächen lehnen wir ab, unterstützen jedoch die Einrichtung von
33 ökologischen Vorrangflächen.

34

35 **Ausgleichszahlungen transparent und gerecht verteilen**

36

37 Wir werden alles daran setzen, dass Ausgleichszahlungen transparent und gerecht verteilt werden.
38 Ebenso werden wir uns dafür stark machen, dass nicht nur die Größe der Betriebe, sondern auch die
39 gesellschaftliche Leistung als Bemessungsgrundlage dient. Die Vorschläge der EU-Kommission gehen
40 dabei in vielem in die richtige Richtung. Auch die Zahlungen der ersten Säule müssen ab einem
41 gewissen Volumen von ca. 300.000 Euro gedeckelt werden, um den Wettbewerbsvorteil von
42 Betrieben mit industriellem Charakter zu verringern und die bäuerliche Landwirtschaft in Bayern zu
43 stärken. Es ist ein erheblicher Unterschied, ob ein Betrieb mit ca. 30.000 Euro pro Arbeitskraft
44 bezuschusst wird, oder mit ca. 5.000 Euro im Jahr. Die durchschnittliche Hofgröße beträgt in Bayern
45 übrigens ca. 21,5 ha.

46

47 **Agrarpolitik ist auch Entwicklungspolitik**

48

49 Wie wir mit dem Land wirtschaften, wie wir Fleisch und Milch erzeugen, wie wir mit hohem
50 Energieeinsatz Lebensmittel zur Energieerzeugung anbauen, beeinflusst in hohem Masse die

1 Lebensqualität der Menschen in den Entwicklungsländern. Deren Preise für Grundnahrungsmittel
2 steigen immer weiter an. „Der Teller muss Vorrang vor dem Tank haben“. Für uns ist das keine hohle
3 Floskel. Besonders die Regionen in der Welt, in denen Soja in riesigen Monokulturen erzeugt wird und
4 Ölpalmlantagen verstärkt angelegt werden, verändern sich äußerst negativ, da die Regenwälder zur
5 Gewinnung von Ackerland abgeholzt werden und die Lebensgrundlagen damit zerstört werden. Wir
6 fischen die Weltmeere leer, um das Fischmehl an unsere Tiere zu verfüttern. Kleinbauern und
7 Ureinwohner werden von ihren Parzellen vertrieben, multinationale Agrarkonzerne und
8 Großgrundbesitzer erzielen die großen Gewinne und lassen die Vertriebenen im Elend zurück. Unser
9 Überfluss ist Teil des Hungers der anderen.

10 11 **Exportsubventionen abschaffen**

12
13 Mit unserem Handeln in Europa beeinflussen wir auch andere Regionen in der Welt. Wir setzen uns
14 für die Abschaffung der Exportsubventionen ein, da sie nicht den Hunger bekämpfen, sondern im
15 Gegenteil: sie verursachen ihn mit. Auch den geplanten verstärkten Interventionszahlungen erteilen
16 wir eine klare Absage, da sie letztendlich nichts anderes sind als eine verkappte Exportförderung. Wir
17 sind uns sicher: Unsere hochwertigen, heimischen Produkte werden weltweit nachgefragt, so dass
18 Exportförderungen nicht mehr notwendig sind.

19 20 **Lebensmittelverschwendung und -Vernichtung bekämpfen**

21
22 Ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung des Hungers in der Welt wäre es, die extreme
23 Lebensmittelverschwendung und Vernichtung in Deutschland und der gesamten EU endlich wirksam
24 zu bekämpfen. Erst erzeugen wir die Produkte mit hohen Kosten und Energieeinsatz, um sie dann zu
25 vernichten oder zu Hause verfaulen zu lassen. Seriöse Berechnungen ergaben, dass mit diesen
26 Lebensmitteln 1,3 Milliarden Menschen bequem ernährt werden könnten. Auch da werden wir uns
27 deutlich stärker engagieren als die Regierungen zuvor.

28 29 **Verstärkte Förderung des Grünlandes**

30
31 Die Bewirtschaftung von Grünland ist eine nachhaltige und besonders klimafreundliche
32 Landnutzung, die wir verstärkt unterstützen werden. Neben Förderprogrammen spielt jedoch auch
33 der Milchpreis eine entscheidende Rolle für Wirtschaftlichkeit der Grünlandbewirtschaftung. Wir
34 werden daher für ein Umbruchverbot von Dauergrünland, wie in vielen Teilen Deutschlands bereits
35 durchgesetzt, eintreten.

36 37 **Bayerische Wälder sind unbezahlbar**

38
39 Die bayerischen Wälder produzieren täglich begehrtes Holz für unsere heimische Wirtschaft. Aber
40 nicht nur das. Insbesondere dient der Wald der Allgemeinheit als wichtiger
41 Trinkwasserschutzbereich, Boden- und Erosionsschutz sowie Lawinenschutz. Er dient den Menschen
42 zur Erholung und ist der Lebensraum zahlreicher Tier- und Pflanzenarten.

43 44 **Ausgleich zwischen Nutzen und Schutz des Waldes schaffen**

45
46 Die BayernSPD setzt sich dafür ein, dass für die drei großen Zielrichtungen im Wald, dazu gehört
47 neben den Nutzfunktionen vor allem die Schutz- und Erholungsfunktion, ein fairer Ausgleich
48 gefunden wird. Gerade der Staatswald als Bürgerwald ist durch das Bayerische Waldgesetz dem
49 Gemeinwohl besonders verpflichtet. Durch eine naturnahe Bewirtschaftung und gegen eine auf
50 kurzfristigen Gewinn ausgerichtete Forstwirtschaft muss der Staatsforst als Vorbild für private

1 Waldbesitzer dienen. Das Gemeinwohl hat für uns Vorrang vor den Nutz- und
2 Einkommensfunktionen.

3

4 **Wald schafft wertvollen Lebensraum**

5

6 Unsere Wälder haben für den Natur- und Artenschutz eine besondere Bedeutung. Der Wald ist nicht
7 nur Lebensraum für ganze Lebensgemeinschaften, sondern ist darüber hinaus teilweise auch der
8 letzte Rückzugsraum für bedrohte Tier- und Pflanzenarten. Die BayernSPD ist sich der Verantwortung
9 bewusst, dass eine gesunde Waldgesellschaft Vorrang vor finanziellen Interessen haben muss.

10

11 **Wald schafft Arbeit im ländlichen Raum**

12

13 Rund um den Wald gibt es zahlreiche Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Um unsere Wälder in Zeiten
14 des Klimawandels fit für die Zukunft zu machen brauchen wir gut ausgebildete Förster und
15 Waldarbeiter. Wir werden deshalb Personalabbau in diesem Bereich stoppen und umkehren. Neben
16 den klassischen Aufgaben eines Försters muss die fachkundige Beratung von Waldbesitzern verstärkt
17 werden.

18

19 **Wald im Wandel**

20

21 Wir müssen die Wälder an die Herausforderungen der Zukunft anpassen. Der Klimawandel bedroht
22 sie. Das Ziel, reine Fichtenwälder zu stabilen Mischwäldern umzubauen, geht in Bayern zu langsam
23 voran. Dies ist vor allem im Bergwald von Bedeutung. Als BayernSPD machen wir uns besonders für
24 die Tanne stark – tief, stabil und klimatauglich. Wir werden verstärkt Personal einsetzen, um
25 Waldbesitzer beim Waldumbau zu unterstützen. Außerdem werden wir flexible und unbürokratische
26 Fördermaßnahmen anbieten, die den Waldumbau vorantreiben. Wir dürfen keine Zeit mehr
27 verlieren.

28

29 **Wald vor Wild**

30

31 Wir werden im Konsens mit den Waldbesitzern, allen Jagdverbänden und der bayerischen
32 Forstverwaltung Konzepte und Vorgaben zur Jagd in Bayern überarbeiten. Wir brauchen angepasste
33 Wildbestände, um die dringend benötigte Naturverjüngung für den Waldumbau nicht zu gefährden.
34 Fast die Hälfte der Wälder in Bayern leidet unter zu hohem Verbiss durch Schalenwild. Dies ist für uns
35 ein Handlungsauftrag der Natur. Gute Jagd in Bayern hilft dem Wald beim Wachsen.

36

37 **Nationalparks in Bayern**

38

39 In der Kernzone der Nationalparks Berchtesgaden und Bayerischer Wald wird völlig auf die
40 Holznutzung verzichtet. Diese besonderen Flächen sind als urwaldnahe Referenzflächen
41 ausschließlich der Natur vorbehalten. Als BayernSPD setzen wir uns für einen dritten Nationalpark,
42 den Steigerwald ein. Er hätte im Besonderen die Buchenwildnis als Ziel.

43

44 **Naturschutz auf der ganzen Fläche**

45

46 Als BayernSPD halten wir ein Nutzungsverbot rein nach Flächenprozenten für nicht zielführend. Wir
47 setzen auf das integrative Modell, also Naturschutz und Holznutzung auf der gleichen Fläche. Unser
48 Ziel ist es, integrierte Maßnahmen, wie beispielsweise Totholzprojekte, Biotopbäume oder
49 Spechtbäume, so zu fördern, dass auf der gesamten Fläche Trittsteinbiotope entstehen und der
50 gesamte Wald in Bayern naturnah bewirtschaftet wird.

1 **Nährstoffe als Lebensgrundlage**

2

3 Als zentrale Aufgabe der Gegenwart und Zukunft sehen wir den nachhaltigen Umgang mit
4 Nährstoffen im Wald. Die Vollbaumnutzung, wie sie derzeit für Energieholz immer üblicher wird,
5 entzieht dem Wald wichtige Nährstoffe. Hier zeigen wir durch ein klares Konzept Möglichkeiten auf.
6 Qualifizierte Beratung ist hier besonders von Nöten. Dafür werden wir sorgen.

1 **Verbraucherschutz in Bayern:**

2 **Aufklären und ausweiten**

3 Verbraucherinnen und Verbraucher sollten selbstbestimmt, eigenverantwortlich und stets gut
4 informiert rationale Entscheidungen treffen können. Dieses Ideal aber hat mit der Wirklichkeit in
5 unserem Land nichts zu tun. Das zu ändern ist eine große politische Aufgabe, der wir uns stellen
6 werden.

7

8 **Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung**

9

10 **... die Verbraucherbildung ausbauen und weiterentwickeln.**

11

12 **... die unabhängigen Verbraucherorganisationen stärken und verlässlich finanzieren.**

13

14 **... die Kennzeichnung der Produkte verbessern und für mehr Transparenz sorgen.**

15

16 **... für Lebensmittelsicherheit von Anfang an sorgen.**

17

18 **... Provisionen und Kosten für Finanzprodukte den Verbraucherinnen und Verbrauchern offenlegen.**

19

20

21

22 **Wir setzen auf Information, Beratung, Bildung und Transparenz**

23

24 Die Mannigfaltigkeit und Komplexität der Angebote und auch Informationen, Globalisierung und
25 technischer Fortschritt haben die Konsummöglichkeiten stark verändert und überfordern oftmals die
26 Verbraucherinnen und Verbraucher. Viele finden sich im Kleingedruckten und im Tarifdschungel
27 nicht mehr zurecht. Sie fragen sich, ob sie den angebotenen Lebensmitteln, Spielsachen und anderen
28 Waren vertrauen können oder welche Versicherung für sie die richtige ist. Wir fordern deshalb eine
29 Verbraucherpolitik, die den Menschen im Alltag abholt und setzen dabei auf Information, Beratung,
30 Bildung und Transparenz.

31

32 **Ausbau und Weiterentwicklung der Verbraucherbildung**

33

34 Es ist wichtig, dass bereits Kinder und Jugendliche den Umgang mit Geld erlernen und die
35 Einflussmöglichkeiten der Werbung und anderer Anbieterstrategien einschätzen können.
36 Verbraucherbildung bereits in Kindertagesstätten und Schulen wird bei uns Standard werden, um
37 adäquates Konsumverhalten zu erlernen.

38

39 **Verbraucherberatung**

40

41 Starke Verbraucherorganisationen sind notwendig. Wir brauchen ein flächendeckendes Netz von
42 unabhängigen Verbraucherberatungsstellen, die angemessen und verlässlich finanziert werden.

43

44 **Mehr Transparenz und verbesserte Kennzeichnung**

45

46 Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein Recht darauf, über die Ergebnisse der amtlichen
47 Lebensmittelüberwachung informiert zu werden. Deshalb sprechen wir uns für Gütesiegel für
48 kontrollierte Lebensmittelhygiene in allen Betrieben aus. Sollte es keine bundeseinheitliche Lösung
49 geben, werden wir eine bayerische Lösung anstreben.

1 Die **Nährwertkennzeichnung nach dem GDA-Modell** lehnen wir ab und fordern die schnell erfassbare
2 Kennzeichnung mit Hilfe von Ampelfarben.

3

4 **Lebensmittelsicherheit von Anfang an**

5

6 Die Verbraucher müssen sich auf eine durchlässige Lebensmittelsicherheit vom Acker bis auf dem
7 Tisch verlassen können. Deshalb werden wir für die Durchführung der amtlichen Lebensmittel- und
8 Futtermittelkontrollen ausreichend Personal wie Amtsveterinäre und Lebensmittelkontrolleure
9 sowie eine Sachausstattung auf neuestem technischen Stand zur Verfügung stellen.

10

11 **Finanzdienstleistungen: Marktmacht der Verbraucher stärken**

12

13 Die SPD will die Marktmacht der Verbraucher vor allem bei Finanzdienstleistungen stärken. Wir
14 werden dafür sorgen, dass der Umfang sämtlicher vom Verbraucher zu tragenden Provisionen und
15 Kosten für ein Finanzprodukt verständlich offen gelegt werden muss. Bisherige Schutzkonzepte wie
16 eine einseitige Zunahme der Informationspflichten überfordern den Verbraucher mehr, als dass sie
17 ihn schützen. Insofern setzen wir auf **zertifizierte objektive Qualitätsstandards** in der
18 Finanzberatung.

19

20

21

1 **Digitale Gesellschaftspolitik:** 2 **Gesellschaft im Wandel**

3
4 Unsere Gesellschaft befindet sich im Wandel: Neue Kommunikationsmethoden wie mobile Telefonie
5 oder das Internet haben diese Umbruchsituation ausgelöst und mittlerweile lassen sich in breiten
6 Teilen der Gesellschaft Veränderungen in der direkten Lebensrealität beobachten. Uns als BayernSPD
7 geht es daher nicht um ein Sparten Thema „Netzpolitik“, sondern um eine breiter angelegte Strategie
8 einer digitalen Gesellschaftspolitik. Die digitale Dynamik wirkt auf alle Lebensbereiche und betrifft
9 jede und jeden. Niemand kann sich diesem Wandel entziehen.

10
11 Nur wenn wir die richtigen politischen Entscheidungen treffen, können wir die Chancen dieses
12 Wandels nutzen: Wir wollen die Teilhabe aller an diesen Chancen. Wir wollen mehr Barrierefreiheit.
13 Wir wollen Transparenz in den politischen Strukturen und der Entscheidungsfindung. Und wir
14 wollen, dass die Rechte von Bürgerinnen und Bürgern durch die neuen technischen Möglichkeiten
15 nicht verringert, sondern gestärkt werden. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben
16 seit fast 150 Jahren für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gekämpft. Das werden wir auch in
17 Zukunft tun: in der realen und auch in der virtuellen Welt.

18
19 **Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung**

20
21 **... dem Schutz der Privatsphäre und persönlicher Daten höchste Priorität einräumen.**

22
23 **... den „Digital Divide“ verhindern, indem sie die Teilhabe aller an den Neuen Medien ermöglicht.**
24 **Denn der Zugang zum Internet gehört für uns zur Daseinsvorsorge.**

25
26 **... die diskriminierungsfreie Datenübertragung und somit die Netzneutralität garantieren.**

27
28 **... durch „open government“ den digitalen Wandel auch in die Amtsstuben tragen und dort für mehr**
29 **Transparenz sorgen.**

30
31 **... die Medienkompetenz von jungen Menschen u.a. durch Medienführerschein stärken.**

32
33 **... die digitale Lernmittelfreiheit und den freien Zugang zu wissenschaftlichen Texten im Netz**
34 **ermöglichen.**

35
36 **... das Prinzip „Löschen statt Sperren“ durchsetzen und Netzsperrern genauso ablehnen wie den**
37 **Einsatz von „Staatstrojanern“ und Online-Durchsuchungen.**

38
39 **... die Debatte um ein modernes Urheberrecht fördern, indem sie einen fairen Ausgleich zwischen**
40 **den Beteiligten vorantreibt.**

41
42 **... die Kreativwirtschaft fördern und „Gute Arbeit“ auch im digitalen Zeitalter umsetzen.**

43
44
45
46
47

1 **„Digital Divide“ verhindern, Netzneutralität garantieren**

2

3 „Digital Divide“ nennt man die Kluft zwischen den Menschen, die die neuen
4 Kommunikationsmethoden selbstverständlich nutzen und Menschen, die keinen Zugang dazu
5 haben. Diese Kluft verläuft durch die ganze Gesellschaft und lässt sich nicht nur an Faktoren wie
6 Alter, Geschlecht und soziale Herkunft ausmachen. Wir wollen eine Teilhabe aller an den Neuen
7 Medien und wenden uns gegen die drohende informationelle Spaltung der Gesellschaft.

8

9 Wir stehen zur diskriminierungsfreien Datenübertragung, für einen freien und gleichen Zugang zum
10 Internet mit dem Ziel der Netzneutralität. Das bedeutet, dass alle Datenpakete unverändert und in
11 gleicher Qualität verschickt werden. Denn dies sehen wir als Schlüssel, um einen
12 diskriminierungsfreien Zugang zum Internet und die Verbreitung von Informationen ohne
13 unangemessene staatliche oder wirtschaftliche Eingriffe sicherzustellen.

14

15 **Zugang zum Internet ist ein Bürgerrecht**

16

17 Der Zugang zum Internet ist aus unserer Sicht ein Bürgerrecht und muss somit künftig Teil der
18 staatlichen Daseinsvorsorge sein. Auch die Bereitstellung öffentlicher WLAN-Hotspots an zentralen
19 öffentlichen Plätzen zählt hierzu. Die BayernSPD setzt sich gleichzeitig auf Bundesebene gegen die
20 sogenannte **Störerhaftung** ein und ermöglicht damit innovative Konzepte der mobilen
21 Internetanbindung. Mehr hierzu haben wir im Kapitel „Infrastruktur“ dargelegt.

22

23 Als BayernSPD unterstützen wir die Bemühungen der BundesSPD, eine flächendeckende und
24 technologieneutrale Versorgung als Universaldienst zu einem bezahlbaren Preis gesetzlich zu
25 verankern.

26

27 **Infrastruktur: Bayerns „Digital Divide“**

28

29 Ein großer Faktor zur Bewältigung der digitalen Kluft ist die Infrastruktur. Sie entscheidet, wer mit
30 welcher Geschwindigkeit die Neuen Medien nutzen kann – oder auch nicht. Hier ist insbesondere im
31 Flächenland Bayern viel zu tun, das nach wie vor bundesweit Schlusslicht ist. Wir wollen die **Ziele der**
32 **Digitalen Agenda** der Europäischen Union erfüllen. Für die BayernSPD ist der Festnetzausbau mit
33 Glasfaserkabeln nach wie vor die erste Priorität, wir vergessen aber auch nicht die Alternativen wie
34 mobiles Internet über Handynetze und LTE. Die Versorgung über LTE kann eine gute Zwischenlösung
35 für die bislang über Festnetz noch nicht erschlossenen Gebiete sein, sie ist jedoch nicht endlos
36 ausbaubar. Und auch in der Mobilfunkabdeckung hat Bayern noch weiße Flecken. Die BayernSPD
37 setzt sich daher für eine Versorgungsstudie ein, so dass eine störungstolerante Abdeckung mit einem
38 hohen Durchsatz in ganz Bayern ermöglicht werden kann.

39

40 **Open Government: mehr als e-government**

41

42 Die BayernSPD wird den digitalen Wandel auch in die Verwaltung und die Regierung bringen.
43 Transparenz der Kommunal- und Staatsverwaltung und freier Zugang zu Informationen sind
44 notwendige Voraussetzungen für die Meinungs- und Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger
45 und die Partizipation in einer modernen und lebendigen Demokratie. Wir treten deshalb weiter dafür
46 ein, dass in den bayerischen Kommunen unter Beachtung datenschutz- und
47 persönlichkeitsrechtlicher Vorschriften **Informationsfreiheitsatzungen** beschlossen werden. Auf
48 Landesebene werden wir endlich ein Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz verabschieden.

49

1 Es gibt bereits ausführliche Konzepte, wie Behördenvorgänge elektronisch abgebildet und
2 unterstützt werden können. Die BayernSPD erkennt die Herausforderungen an, die digitale
3 Verwaltungsprozesse darstellen und wird in Zusammenarbeit mit den Kommunen die Richtlinien für
4 Open-Government weiterentwickeln. München ist hier einige große Schritte voran gegangen.
5 Beispielsweise werden wir diskutieren, wie mehr Open Source-Software in den öffentlichen
6 Verwaltung – wie etwa in München mit „LiMux“ – eingesetzt werden kann und ob es möglich ist,
7 die Verwendung von „Creative Commons“-Lizenzen, bei öffentlichen Vergaben zu bevorzugen.

8

9 **Medienkompetenz ausbauen**

10

11 Teilhabe in der digitalen Gesellschaft setzt Medienkompetenz voraus. Sie muss in allen
12 Bildungseinrichtungen zukünftig noch stärker und gezielt vermittelt werden, um allen Generationen
13 eine kompetente, aktive und kritische Nutzung zu ermöglichen. Ein Mehr an Medienkompetenz
14 sowie gesicherter Daten- und Verbraucherschutz sind erforderlich, um sich für die
15 Herausforderungen der Digitalisierung zu wappnen. Dies gilt für alle Altersgruppen.

16

17 Um dies zu verwirklichen, werden wir Lehrkräfte in den Neuen Medien weiterbilden und in allen
18 Schulformen der Medienerziehung mehr Raum geben, etwa durch die Einführung eines
19 Medienführerscheins. Wir werden die Kommunen bei der Ausstattung mit digitalen Medien
20 unterstützen. Auch nach der Schul- und Ausbildungszeit werden wir im Rahmen eines
21 Bildungsurlaubs den Aufbau der Medienkompetenz lebenslang fördern. Zusätzlich werden wir die
22 Einrichtung eines Rundes Tisches zur Medienkompetenzförderung anstreben, um ein
23 „Gesamtkonzept Medienkompetenz“ für alle zu entwickeln, um die Situation in Bayern endlich zu
24 verbessern. Die Ergebnisse der bereits an vielen Stellen erfolgreich durchgeführten
25 medienpädagogischen Projekte müssen hier einfließen. Ziel ist, nicht weiter unübersichtliche
26 Einzelprojekte zu fördern, sondern eine Institutionalisierung erfolgreicher Ansätze, beispielsweise
27 durch feste Stellen.

28

29 **Digitale Bildungspolitik, digitale Lernmittelfreiheit**

30

31 Neben der Förderung der Medienkompetenz gibt es in der Bildungspolitik zahlreiche weitere
32 Ansatzpunkte digitaler Gesellschaftspolitik. Die BayernSPD will hier weiter denken. Gerade die
33 Bildungseinrichtungen sind bereits sehr stark in der digitalen Welt angekommen.

34

35 Eine SPD-geführte Staatsregierung wird eine Machbarkeitsstudie für digitale Lernmittelfreiheit
36 (Open Educational Ressources) in Auftrag geben. Schulbücher werden aktuell staatlich finanziert und
37 in absehbarer Zeit digitalisiert auch den Schulen zur Verfügung gestellt. Die BayernSPD lehnt einen
38 „Schultrojaner“ oder ähnlichen Modellen entschieden ab, sondern wird Schulbuchinhalte für alle
39 digital verfügbar machen.

40

41 In Schulen prallen unterschiedlich medienaffine Generationen aufeinander. Hier müssen gezielt
42 demokratische Diskussion zum digitalen Wandel angestoßen werden, zum Beispiel zum
43 Handyverbot.

44

45 **Wissenschaft in der digitalen Welt**

46

47 Die Wissenschaft ist ein Motor des digitalen Wandels. Wir schaffen daher ein Zweitverwertungsrecht
48 für wissenschaftliche Autoren, die ihre Beiträge neben der Verlagspublikation zum Beispiel auf den
49 Seiten der Hochschule zugänglich machen wollen. OpenAccess, also der freie Zugang zu
50 wissenschaftlichen Texten im Netz, wird systematisch gefördert. Wir treten außerdem für eine

1 Überprüfung der Bildungs- und Wissenschaftsschranken ein. Insbesondere die Intranet-Nutzung in
2 Schulen und Hochschulen werden wir dauerhaft auf eine rechtssichere Grundlage stellen und die
3 Schrankenbestimmung für die öffentliche Zugänglichmachung für Unterricht und Forschung
4 entfristen.

5

6 **Freiheit versus Sicherheit**

7

8 Die BayernSPD sieht eine digitale Innenpolitik im Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit.
9 Uns ist klar: Wir wollen strafrechtlich relevante Taten auch im digitalen Bereich verfolgen. Allerdings
10 kann man einigen Herausforderungen des digitalen Zeitalters nicht durch eine restriktive Strategie
11 begegnen. Wir stehen für starke Bürgerrechte in der digitalen Welt. Der Schutz der Informations- und
12 Kommunikationsfreiheit sowie das Recht auf informationelle Selbstbestimmung haben für uns auch
13 in der digitalen Welt hohe Priorität und dürfen nicht ausgehebelt werden. Wir stehen zum Prinzip
14 „Löschen statt Sperren“ und lehnen Netzsperrern ab. Ebenso halten wir die von der EU-Richtlinie
15 vorgegebene sechsmonatige verdachtslose Vorratsspeicherung aller Verbindungsdaten für
16 unverhältnismäßig und lehnen diese ab. Ebenso wenden wir uns gegen Online-Durchsuchungen im
17 Freistaat und gegen den vom LKA verwendeten unsicheren „Staatstrojaner“.

18

19 **Urheberrecht und Creative Commons**

20

21 Das Internet hat enorme Auswirkungen auf die Ordnung immaterieller Güter und stellt damit die
22 gesamte Gesellschaft vor vielfältige Herausforderungen. Nutzerinnen und Nutzer sind heute
23 Produzentinnen und Produzenten sowie Konsumentinnen und Konsumenten und KonsumentInnen
24 zugleich. Die BayernSPD wird die Debatte um ein modernes Urheberrecht fördern, indem sie einen
25 fairen Ausgleich zwischen Beteiligten vorantreibt.

26

27 Urheberrechte von Künstlerinnen und Künstlern und Kreativen müssen auch in der digitalen Welt
28 geschützt werden. Dafür müssen auch neue Konzepte für Vergütungsmodelle noch genauer geprüft
29 werden. Wir bekennen uns aber ausdrücklich zur Idee von Creative Commons, offener Lizenzen, die
30 die Nutzung der Inhalte explizit und unter bestimmten Bedingungen erlauben.

31 Das von der schwarz-gelben Bundesregierung geplante Leistungsschutzrecht für Presseverlage hätte
32 bedenkliche Auswirkungen auf die Interessen Dritter und das Gemeinwohl und wird daher von der
33 BayernSPD abgelehnt.

34

35 Sperrungen von Teilnehmeranschlüssen und Verbindungen als Strafe, zum Beispiel für
36 Urheberrechtsverletzungen („Three Strikes“), lehnen wir ab. Solche Sperrungen schränken die
37 Kommunikations- und die Informationsfreiheit massiv und unverhältnismäßig ein.

38

39 **Arbeiten 2.0**

40

41 Die in der Informationstechnologie und in den Neuen Medien geschaffenen Arbeitsplätze sind ein
42 wichtiger Wirtschaftsfaktor. Auch in Bayern gibt es viele Web-Start-Ups. Die BayernSPD unterstützt
43 dieses Potenzial für Innovationen, Arbeitsplätze und weitere Unternehmen. Wir werden daher
44 unterstützende Strukturen, beispielsweise einen einheitlichen Ansprechpartner für Medien und
45 Kreativwirtschaft, schaffen.

46

47 Die BayernSPD wird den Aufbau von Co-Working-Arbeitsplätzen, also Räumlichkeiten und
48 Infrastruktur für kleine Selbständige, unterstützen. Zudem werden wir die soziale Sicherheit für
49 Kreative und Künstlerinnen und Künstler ausweiten. Die BayernSPD steht zum Erhalt der

1 Künstlersozialversicherung. In den kommenden Jahren werden wir den Bundesrat nutzen, um
2 Initiativen für eine bessere soziale Sicherung von Kultur- und Medienberufen zu starten.

3

4 **Kreativwirtschaft fördern**

5

6 Die SPD wird die Kreativwirtschaft intensiver in die Förderprogramme einbeziehen und die
7 existierenden Förderbedingungen verbessern. Besonders in der projektorientierten Kreativwirtschaft
8 besteht oft kurzfristiger Finanzierungsbedarf, der von den Selbständigen sowie kleinen und
9 mittelständischen Unternehmen oft nicht abgedeckt werden kann. Hier werden wir helfen.

10

11 **Gute Arbeit auch im digitalen Zeitalter**

12

13 In fast allen Bereichen der Arbeitswelt fand und findet durch die Nutzung von Computern und
14 Internet ein massiver Wandel des Arbeitsalltags statt. Insbesondere das Verhältnis zur (Arbeits)Zeit
15 hat sich massiv verändert. Gleichzeitig findet eine Abkehr von traditionellen
16 Beschäftigungsverhältnissen statt. Diese Veränderungen sind nicht nur negativ zu bewerten, bergen
17 aber auch Risiken, wie die Zunahme von Burn-Out-Erkrankungen und unsicheren
18 Beschäftigungsverhältnissen zeigen.

19

20 Wir nehmen auch im digitalen Zeitalter die Verantwortung für den Schutz von Arbeitnehmerinnen
21 und Arbeitnehmern ernst und werden Modelle für die bayerische Verwaltung und staatseigene
22 Betriebe entwickeln und die bayerische Wirtschaft in diese Entwicklungsprozesse aktiv einbeziehen.

23

24 **Datenschutz auf allen Ebenen garantieren**

25

26 Der Schutz der Privatsphäre und persönlicher Daten gewinnt aufgrund der wachsenden Vernetzung
27 aller Lebensbereiche zunehmend an Bedeutung. Das Datenschutzrecht in seiner jetzigen Form wird
28 seinem ursprünglichen Anspruch nicht mehr gerecht. Die BayernSPD setzt sich dafür ein, dass
29 personenbezogene Daten nur dann für gewerbliche und andere Zwecke verwendet werden dürfen,
30 wenn die Nutzerinnen und Nutzer bewusst und ausdrücklich zugestimmt haben. Wir werden zudem
31 das Modell eines „Datenbriefs“ prüfen.

32

33 Wir setzen uns für ein konsequentes „opt-in“ für die Nutzung privater Daten und die strikte
34 Anwendung solcher Regeln in der Verwaltung ein. Dies gilt insbesondere auch für das Melderecht
35 und Daten in öffentlicher Hand. Die BayernSPD wird daher auch ein Arbeitnehmerdatenschutzgesetz
36 auf den Weg bringen, das insbesondere sogenannte „Whistleblowern“, also Arbeitnehmerinnen und
37 Arbeitnehmer, die auf Missstände an ihrem Arbeitsplatz hinweisen, schützen soll.

1 **Kultur und Medien**

2 **Tradition und Innovation gehen Hand in Hand**

3 Kultur ist prägend für den Freistaat Bayern, prägend für unsere Bildungschancen und für die
4 gesellschaftlichen Diskurse. Kulturförderung ist für uns eine Investition in die Zukunft.

5
6 Eine einmalige Dichte und Qualität von Museen, Theatern, Orchestern, Kleinkunst und freien
7 Kulturinitiativen sind Teil der Identität unseres Landes. Der Freistaat Bayern darf mit der Kulturpolitik
8 jedoch nicht bei der Traditionspflege stehen bleiben. Eine lebendige Kunst- und Kulturszene lebt vom
9 Spannungsverhältnis zwischen Bewährten und Neuem.

10
11 Der Staat hat die Verantwortung, den Weg zur Kultur für alle Menschen zu öffnen und dafür die
12 Rahmenbedingungen zu schaffen.

13 **Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung**

14
15
16 **... dafür Sorge tragen, dass – anders als bisher – kulturelle Bildung nicht vom sozialen Status oder**
17 **vom Bildungsstand der Eltern abhängig ist.**

18
19 **... über die Zusammenarbeit zwischen Kultur, Kindergarten und Schule die kulturelle Teilhabe aller**
20 **Bevölkerungsschichten ermöglichen.**

21
22 **... Künstlerinnen und Künstlern Räume für künstlerische Produktionen zur Verfügung stellen und**
23 **starke Netzwerke schaffen, damit diese ihre finanzielle Situation aus eigener Schaffenskraft**
24 **stabilisieren können.**

25
26 **... für ein modernes Urheberrecht sorgen, um Kreative und Urheber zu stärken und ihnen faire**
27 **Einkommen zu ermöglichen. Auch werden wir das Recht endlich mit neuen digitalen**
28 **Nutzungspraktiken in Einklang bringen.**

29
30 **... Medienpädagogik und Medienerziehung als Voraussetzung für einen aktiven, selbstbestimmten**
31 **und kritischen Umgang mit den Medien fördern.**

32
33 **... die Kreativwirtschaft als eigene Wirtschaftsform und Zukunftsbranche so fördern wie die**
34 **klassischen Industrien.**

35 36 37 38 **„Kultur für Alle“ neu auflegen**

39
40 Das von sozialdemokratischer Kulturpolitik in den 70er Jahren initiierte Programm „**Kultur für Alle**“
41 war ein großer Erfolg. Wir werden es unter den heute veränderten Bedingungen neu auflegen. Die
42 Kulturförderung insgesamt soll einer inklusiven, humanen und gerechten Gesellschaft dienen, wobei
43 der Eigenwert von Kunst und kreativer Praxis zu beachten ist.

44 45 **Kommunen bei der Kulturförderung unterstützen**

46
47 Die Kommunen tragen einen Großteil der Kulturförderung als **freiwillige Aufgabe**. Daher gefährden
48 angespannte Kommunalfinanzen die kulturelle Entwicklung des Landes. Wir sind der Meinung, dass
49 der Freistaat in der Pflicht steht, die Kommunen in der Wahrnehmung dieser Aufgabe zu

1 unterstützen und seine eigenen Förderangebote in Kooperation mit den Kommunen dezentral
2 auszurichten und auszubauen.

3

4 **Tradition und Innovation fördern**

5

6 Eine einmalige Dichte und Qualität von Museen, Theatern, Orchestern, Kleinkunst und freien
7 Kulturinitiativen sind Teil der Identität unseres Landes. Kulturdenkmäler sind von großer Bedeutung
8 für die Attraktivität Bayerns als Kultur-, Tourismus-, und Wirtschaftsstandort.

9 Der Freistaat Bayern darf mit der Kulturpolitik jedoch nicht bei der Traditionspflege stehen bleiben.

10 Eine lebendige Kunst- und Kulturszene lebt vom Spannungsverhältnis zwischen dem Bewährten und
11 Neuen. Genau das werden wir finanziell und strukturell gezielt fördern.

12

13 **Regionale Traditionen stärken und weiterentwickeln**

14

15 Die vielfältigen regionalen Traditionen gestalten unsere reiche Kulturlandschaft. Breitenkultur und
16 Volkskultur sind in Bayern seit jeher eine wichtige Ausdrucksform von Heimat. Sie waren aber auch
17 zu allen Zeiten widerborstig und unbequem. Heute gibt es wieder sehr vielfältige neue
18 Ausdrucksformen, die Tradition und Innovation kombinieren. Der Freistaat Bayern ist dort gefordert,
19 wo erhalten und weiterentwickelt wird, wo auch Denkmäler neues Denken erlauben.

20

21 **Sanierungsstau abbauen, neues Publikum anlocken**

22

23 Auch die staatlich finanzierten großen Institutionen werden wir für neue Formen und neues
24 Publikum öffnen. Wir werden den Sanierungsstau bei Theatern, Museen und vielen
25 Kulturdenkmälern abbauen und die Einrichtungen fit für die Zukunft machen: effizient im Betrieb,
26 offen für neue Themen und Präsentationen, attraktiv für neue Zielgruppen.

27

28 **Vielfalt der Gesellschaft als kulturelle Chance**

29

30 Die europäische Einigung, Mobilität und Zuwanderung haben uns kulturelle Impulse aus aller Welt
31 gegeben. Immer mehr Menschen in Bayern haben einen Migrationshintergrund. Bayern lebt auch
32 von der Internationalität. Deshalb ist gerade im kulturpolitischen Raum die Vielfalt der Gesellschaft
33 eine große Chance und wichtige Ressource. Die Förderung von „Diversity“, die wir anstreben, wird
34 Bayern gut tun.

35

36 **Kultur in der Fläche fördern**

37

38 Es klingt banal, ist aber längst nicht umgesetzt: Alle Landesteile – auch und gerade der sogenannte
39 ländliche Raum – müssen vom kulturpolitischen Engagement des Freistaats gleichermaßen
40 profitieren.

41

42 **Eigenwert der Kultur anerkennen, Förderstruktur modernisieren**

43

44 Die Freiheit der Kunst (Artikel 5 des Grundgesetzes) ist für uns ein hohes Gut. Der Staat hat die
45 Aufgabe, die Rahmenbedingungen für diese Freiheit zu schaffen und Freiräume für die Entwicklung
46 der Künste und der Kultur jenseits des Marktes und der Verwertung zu schaffen.

47

48 Wir werden durch eine Landeskulturpolitik der Offenheit, Transparenz und Beteiligung die Freiheit
49 der Kunst angemessen würdigen. Dafür werden wir die verkrustete Landesbürokratie und die

1 althergebrachte Förderstruktur durchforsten und modernisieren – im Dialog mit den Akteuren aus
2 dem Kulturbereich.

3
4 Wir werden durch die Unterstützung der Selbstorganisation der Künstler, durch die Förderung von
5 Netzwerken und Fortbildungseinrichtungen, durch Wettbewerbe und offene Ausschreibungen die
6 bayerische Kulturpolitik öffnen.

7

8 **Arbeitswelt und Kultur zusammenbringen**

9

10 Wir werden die Beratung und Unterstützung von kulturwissenschaftlichen
11 Unternehmensgründungen ausbauen, Kreativstandorte in ganz Bayern entwickeln und die soziale
12 Absicherung von Künstlerinnen und Künstlern verbessern.

13

14 Wir wissen: Die Kultur- und Kreativwirtschaft hat ein großes Wachstums- und
15 Beschäftigungspotenzial. Sie ist zum Impulsgeber für gesellschaftliche Erneuerung geworden.
16 Kreative und künstlerische Arbeit bildet die Grundlage für ökonomischen Fortschritt und jede
17 gesellschaftliche Innovation. Die **Kreativwirtschaft** ist eine eigene Wirtschaftsform und
18 Zukunftsbranche. Sie muss künftig mit ihrem hohen wirtschaftlichen Potenzial mindestens so
19 gefördert werden wie die klassischen Industrien. Vor allem die Existenzgründungsförderung werden
20 wir auch auf die Bedürfnisse von Kreativen zuschneiden.

21

22 **Filmstandort Bayern stärken**

23

24 Wir werden den Filmstandort Bayern mit seinen Produktionsstätten und seinen Kinos auch in der
25 Fläche und insbesondere in der Ausbildung stärken. Die kulturelle Filmförderung wird unter einer
26 SPD-geführten Staatsregierung einen höheren Stellenwert erhalten.

27

28 **Bildung – Schlüssel für die Kultur**

29

30 Kulturelle Bildung ist für uns der Schlüssel für die Kultur der Zukunft. Kulturelle Bildung ist
31 Voraussetzung und Bedingung einer freien und gerechten Gesellschaft. Kulturelle Bildung darf
32 deshalb nicht vom sozialen Status oder vom Bildungsstand der Eltern abhängig sein. Über die
33 Zusammenarbeit zwischen Kultur, Kindergarten und Schule – nicht nur, aber besonders auch in der
34 Ganztagschule – wollen wir die kulturelle Teilhabe aller Bevölkerungsschichten ermöglichen.

35

36 In der Kooperation mit Künstlern und Kulturpädagogen können Kindern neue Zugänge zum
37 kulturellen Leben eröffnet und gleichzeitig soziale Kompetenzen gefördert werden. Und nicht nur die
38 Schülerinnen und Schülern profitieren von diesen Kontakten: Auch für die Einrichtung Schule
39 ergeben sich neue Perspektiven.

40

41 Kulturelle Bildung ist aber auch ganzheitlich und lebensbegleitend. Wir werden daher – insbesondere
42 vor dem Hintergrund des demografischen Wandels – darauf achten, dass für ältere Bürgerinnen und
43 Bürger Kultur und Möglichkeiten zur Selbsttätigkeit zur Verfügung stehen. Gleichzeitig ist uns der
44 Zugang zu Kultur in ganz Bayern ein Anliegen: Wir wissen um den besonderen Bedarf von
45 Kulturförderung im ländlichen Raum und wir werden hier Impulse setzen.

46

47 **Potenziale der Digitalisierung nutzen**

48

49 Die Digitalisierung der Welt verändert uns alle. Sie birgt einerseits Risiken, sie hat andererseits vor
50 allem auch enorme Potenziale für Innovation, Emanzipation und Demokratisierung. Die reale

1 Nutzung des Netzes muss zur legalen Nutzung werden. Dabei gilt es, eine angemessene Vergütung
2 zu gewährleisten. Wir brauchen daher ein modernes Urheberrecht, das Kreative und Urheber stärkt,
3 ihnen faire Einkommen ermöglicht und das Recht mit neuen digitalen Nutzungspraktiken in Einklang
4 bringt. Die damit verbundenen Chancen für kulturelle Teilhabe und Vermittlung, Demokratie, aber
5 auch für die Vermarktung und Verbreitung kultureller Angebote werden wir fördern.

6 7 **Öffentlich-rechtlicher Bildungsauftrag auch im Internet**

8
9 Das Löschen öffentlich-rechtlich erstellter Inhalte im Internet nach einer gewissen Frist
10 (Depublizieren) muss beendet werden. Hierzu setzt sich die BayernSPD für eine Änderung des
11 Rundfunkstaatsvertrags ein. Wir werden dafür sorgen, dass die öffentlich-rechtlichen Anstalten
12 ihrem Bildungsauftrag künftig auch im Internet gerecht werden können. Hierzu müssen die
13 Anstalten auch explizit multimedial verwendbare Inhalte erstellen dürfen, was ihnen bisher
14 verwehrt wird. Wir sehen die öffentlich-rechtlichen Anstalten als fähig und in der Pflicht, innovative
15 Medienarbeit im Sinne einer emanzipierenden Bevölkerung zu leisten, um einer qualitativ
16 hochwertigen, partizipativ befähigenden und konvergenten Medienpolitik gerecht zu werden.

17 18 **Öffentlich-rechtliche Vorbildfunktion**

19
20 Neben der notwendigen Neuformulierung in kommenden Rundfunkänderungsstaatsverträgen ist
21 hier auch ein neuer konstruktiver Dialog mit den Partnern in Produktion und Distribution öffentlich-
22 rechtlicher Inhalte in und um die Rundfunkanstalten nötig. Eine Stärkung der Urheber beginnt,
23 indem der öffentlich-rechtliche Rundfunk Hand in Hand mit allen beteiligten Gruppierungen sichere
24 Grundlagen des Handelns im digitalen Medienraum erarbeitet. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk
25 hat hier eine gesellschaftliche Vorbildfunktion.

26 27 **Breitbandversorgung = Informationsversorgung**

28
29 Der schnelle Zugang zum Internet muss für alle und überall möglich sein. Nur so können wir
30 gewährleisten, dass Informationen auch tatsächlich für alle zugänglich sind. Wie wir uns den Ausbau
31 der Breitbandversorgung vorstellen, das steht in den Kapiteln „Infrastruktur“ und „Aktive Politik für
32 ländliche Räume in Bayern“.

33 34 **Medienerziehung kennt kein Alter**

35
36 Wir werden Medienpädagogik und Medienerziehung in Schulen und in der Erwachsenenbildung als
37 Voraussetzung für einen aktiven, selbstbestimmten und kritischen Umgang mit den Medien fördern.

38 39 **Eine neue Medienpolitik**

40
41 Wir werden die Medienpolitik im Freistaat wiederbeleben und insbesondere die Förderung nicht-
42 kommerzieller, gemeinnütziger Journalismusprojekte verstärken. Mehrere Kompetenzträger haben
43 zur Förderung von Vielfalt und Innovation die Gründung einer „**Stiftung Journalismus**“ angeregt, die
44 – nach dem bewährten Modell der Filmförderung operierend – unterfinanzierte Bereiche wie den
45 Recherchejournalismus, aber auch medienkritische Initiativen fördern könnte. Indem sie Bürger in die
46 journalistische Produktion einbinden, bilden sie zudem eine Art Scharnier zwischen Zivilgesellschaft
47 und professionellem Journalismus und fördern so „angewandte Medienkompetenz“ und damit die
48 Voraussetzungen für politisch-gesellschaftliche Teilhabe. Diese Stiftung kann durch Mittel aus dem
49 öffentlich-rechtlichen Gebührenaufkommen finanziert werden.

1 **Vielfalt und Werte in den Medien**

2

3 Ob jung, ob alt, ob reich oder arm – wer in unserer Mediengesellschaft lebt, hat ein Anrecht auf
4 aktive Teilnahme an neuen Informations- und Kommunikationstechniken. Chancengleichheit und
5 die Garantie von Meinungsfreiheit, Informationsvielfalt und Selbstbestimmung sind die Grundwerte
6 der sozialdemokratischen Medienpolitik in Bayern. Zentrale Herausforderung der Medienpolitik ist
7 nicht nur die Förderung inhaltlicher Vielfalt in den digitalen Medienwelten, sondern immer mehr
8 auch die Garantie des freien, nicht durch kommerzielle Interessen gefilterten Zugangs zur
9 Informationsvielfalt.

10

11 **Pluralität, Transparenz und Kontrolle im Rundfunk**

12

13 Medienpolitik hat die Aufgabe, Rahmenbedingungen zu sichern, die es den öffentlich-rechtlichen
14 und privaten Rundfunk- und TV-Sendern gleichermaßen ermöglichen, sich zu entfalten. Unser Ziel ist
15 es, im Sinne der publizistischen Vielfalt ein konstruktives Nebeneinander von unabhängigen privaten
16 und öffentlich-rechtlichen Anbietern zu erhalten. Dazu gehört ein angemessener Internetauftritt
17 auch des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

18

19 Dabei kommt den öffentlich-rechtlichen Veranstaltern eine besondere Aufgabe zu, die privaten
20 Unternehmern aufgrund ihrer Gewinnorientierung schwerer fällt: Das Angebot von Information,
21 Bildung, Beratung und Unterhaltung für alle Bevölkerungsschichten und Altersgruppen. Wir stehen
22 für die Bestands- und Entwicklungsgarantie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, der seinem
23 Grundversorgungsauftrag auf allen Verbreitungswegen nachkommen und dem wachsenden
24 Angebotsdruck globaler Medienkonzerne standhalten können muss. Langfristig werden wir den
25 öffentlich-rechtlichen Rundfunk unabhängig von Werbeeinnahmen machen.

26

27 **Rundfunkgebührenzahler einbinden**

28

29 Das Internet verändert auch die Partizipationsansprüche der Mediennutzerinnen und -nutzer. Dieser
30 Entwicklung muss die moderne Medienpolitik Rechnung tragen, insbesondere bei der
31 Weiterentwicklung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Grundvoraussetzung dafür
32 wiederum ist mehr Transparenz. In Großbritannien und den USA tagen beispielsweise **Ofcom** bzw.
33 **FCC** öffentlich und übertragen ihre Sitzungen im Netz. Hierzulande sind wir davon noch weit
34 entfernt. Es besteht allerdings eine Rechenschaftspflicht gegenüber der Rundfunkgebühren
35 zahlenden Öffentlichkeit und diese muss künftig vom Gesetzgeber den technologischen und
36 partizipativen Erfordernissen angepasst werden.

1 **Innen- und Rechtspolitik, Rechtsextremismus**

2 **Auf eine starke Verfassung aufbauen**

3 Die Bayerische Verfassung von 1946 beschreibt eine freiheitliche Wertordnung und ist Maßstab
4 für unsere Innen- und Rechtspolitik. Bei allem was wir tun und fordern geht es darum, Sicherheit
5 zu gewährleisten und gleichzeitig die Freiheitsrechte zu schützen. Wir wollen keinen
6 Überwachungsstaat, der zum Zwecke der Prävention Freiheiten einschränkt.

7
8 Vielmehr vertrauen wir den Menschen und wollen die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte
9 auch in Planungs- und Verwaltungsverfahren ausbauen sowie Politik und ihre Entscheidungen
10 transparenter machen. Und schließlich: Der Kampf gegen Rechtsextremismus wird bei uns zur
11 Chefsache. Das garantieren wir.

12 13 **Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung**

14
15 **... die freiheitliche Bayerische Verfassung endlich umsetzen und behutsam fortentwickeln.**

16
17 **... die Justiz und den Rechtsstaat stärken statt schwächen.**

18
19 **... den Justizvollzug personell so ausstatten, dass Resozialisierung gelingen kann.**

20
21 **... den Menschen Vertrauen und daher Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte ausbauen.**

22
23 **... die Sicherheit erhöhen und trotzdem die Freiheitsrechte schützen.**

24
25 **... den Kampf gegen Rechtsextremismus verstärken**

26
27

28 29 **Bayerische Verfassung: Richtschnur unserer Arbeit**

30
31 Wir sind stolz auf die maßgeblich von **Wilhelm Hoegner** geschaffene Bayerische Verfassung von
32 1946. Für uns sind die Buchstaben dieser Verfassung Leitlinien unserer Politik. Daher wird eine SPD-
33 geführte Staatsregierung endlich auch all das in konkrete Politik umsetzen, was dort geschrieben
34 steht. Unsere Bayerische Verfassung sieht beispielsweise gesetzliche Mindestlöhne vor (Artikel 169),
35 gleichen Lohn für Männer und Frauen (Artikel 168) und die Förderung des Baus günstiger
36 Wohnungen (Artikel 106). All das und noch vieles mehr ist uns Verpflichtung und Richtschnur
37 zugleich.

38
39

40 **Verfassung fortentwickeln**

41 Unsere Bayerische Verfassung ist schon über 60 Jahre alt und sollte daher an einigen Stellen unter
42 Wahrung ihres freiheitlichen Grundtenors fortentwickelt werden. Wir haben im Landtag dafür
43 gesorgt, dass sie 1998 und 2003 modernisiert und weiterentwickelt wurde. Und wir wollen diese
44 Modernisierung der Verfassung weiter vorantreiben, in dem wir das Ziel der Integration, die
45 Lernmittelfreiheit und das Recht auf kostenlose Kindertagesstätten endlich in der Verfassung
46 verankern. Ebenso werden wir die Pflicht des Staates festschreiben, für gleichwertige
47 Lebensverhältnisse in allen Landesteilen zu sorgen.

48
49

1 **Volkssentscheid zur Verfassungsreform unterstützen**

2

3 Wir unterstützen daher auch den zeitgleich mit der Landtagswahl 2013 stattfindenden
4 Volkssentscheid, der eine „Schuldenbremse“, den Anspruch der Kommunen auf eine ausreichende
5 Finanzausstattung, die Verpflichtung des Staates, für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen,
6 das Ehrenamt zu stärken und die Rechte des Landtags bei Entscheidungen zu europapolitischen
7 Fragen im Bundesrat auszuweiten, in die Verfassung aufnehmen will.

8

9 **Parlament stärken, öffentliche Petitionen ermöglichen**

10

11 Auch werden wir die Rechte des Parlaments gegenüber der Staatsregierung stärken. Dies betrifft
12 insbesondere das Abstimmungsverhalten Bayerns bei Entscheidungen im Bundesrat. Und wir wollen
13 endlich – wie längst in vielen anderen Bundesländern üblich – auch in Bayern sogenannte öffentliche
14 Petitionen ermöglichen.

15

16 **Unabhängige, leistungsfähige Justiz stärken**

17

18 Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sind der Maßstab sozialdemokratischer Rechts- und Innenpolitik.
19 Rechtsstaatlichkeit bedeutet für uns die unbedingte Achtung der Menschen- und Bürgerrechte durch
20 alle Staatsgewalten, die Gewährleistung einer unabhängigen und leistungsfähigen Justiz und ihre
21 Erreichbarkeit für alle Menschen.

22

23 **Gerichtsstandorte erhalten, Personal aufstocken**

24

25 Eine unabhängig, schnell, qualifiziert und bürgernah arbeitende Justiz ist Wesensmerkmal eines
26 freiheitlichen Rechtsstaates – darüber hinaus auch ein wichtiger Standortfaktor. Wir werden daher
27 nicht nur alle Gerichtsstandorte in Bayern erhalten, sondern diese Gebäude auch mit Leben füllen,
28 indem wir ausreichende Stellen für Richter, Staatsanwälte, Rechtspfleger und nichtrichterliche
29 Mitarbeiter an den Gerichten und Staatsanwaltschaften schaffen. Nur so können künftig mehr
30 Rechtsstreitigkeiten und Strafsachen zeitnaher als bisher entschieden werden.

31

32 **Privatisierungen verhindern, Absprachen minimieren**

33

34 Die Übertragung von Aufgaben der Justiz aufs Private – vom Nachlassgericht bis zur
35 Zwangsvollstreckung – werden wir nicht zulassen. Absprachen in Strafverfahren müssen die
36 Ausnahme bleiben und dürfen nicht wegen der Überlastung der Justiz in umfangreichen Strafsachen
37 zur Regel werden. Wichtiger als Absprachen ist die Wahrheitsfindung.

38

39 **Mediationen und Hilfen ausbauen statt streichen**

40

41 Wir unterstützen Maßnahmen zur freiwilligen außergerichtlichen Streitschlichtung und **Mediation**,
42 wenden uns aber gegen Bestrebungen, Rechtsmittel abzubauen und den Zugang zu unabhängigen
43 Gerichten durch Einschränkungen bei der Beratungs-, Prozess- und Verfahrenskostenhilfe zu
44 erschweren.

45

46 **Selbstverwaltung stärken**

47

48 Wir halten an der Selbstständigkeit der verschiedenen Fachgerichtsbarkeiten fest und werden die
49 Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte der Richter- und Staatsanwälte stärken. Wir werden
50 Richterwahlausschüsse schaffen und die Wahl der Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs durch

1 Zweidrittelmehrheit des Landtags einführen. Ebenso unterstützen wir die längst überfälligen Schritte
2 in Richtung Selbstverwaltung der Justiz.

3

4 **Mehr Therapieangebote, bessere Resozialisierung**

5

6 Der Strafvollzug ist nicht nur Teil der inneren Sicherheit, er muss sich vor allem auch daran messen
7 lassen, ob die Resozialisierung gelingt. Die nach der Föderalismusreform neu geschaffenen
8 bayerischen Gesetze für den Strafvollzug und den Vollzug der Untersuchungshaft greifen zwar
9 unsere jahrzehntelang erhobenen Forderungen nach mehr Therapieangeboten auf, genügen aber
10 nicht den Anforderungen an einen modernen Strafvollzug. Wir werden daher mehr Angebote zur
11 Haftvermeidung und zur Verbesserung der Therapieangebote schaffen.

12

13 **Sicherungsverwahrung reformieren**

14

15 Die Sicherungsverwahrung wird von einer SPD-geführten Staatsregierung unter strikter Beachtung
16 der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und des
17 Bundesverfassungsgerichts neu organisiert und auf hochgefährliche Straftäter beschränkt.

18

19 **Opferschutz verbessern**

20

21 Wir sind uns sicher: Kriminalprävention und Resozialisierung sind der beste Opferschutz. Wer aber
22 trotzdem zum Opfer eines Verbrechens wurde, benötigt mehr Hilfen als bisher. Wir werden daher
23 mehr Opferberatungsstellen schaffen und die bestehenden Opferhilfeorganisationen stärker bei
24 ihrer Arbeit unterstützen und nicht alleine lassen.

25

26 **Gefängnisse besser ausstatten**

27

28 Der Strafvollzug in Bayern ist eklatant unterbesetzt. Das werden wir so schnell wie möglich beheben
29 und die teilweise noch katastrophale Unterbringungssituation in bayerischen Justizvollzugsanstalten
30 durch bauliche Maßnahmen verbessern.

31

32 **Mehr Demokratie und Transparenz**

33

34 Die BayernSPD steht für eine lebendige Demokratie auf allen Ebenen, von den Gemeinden bis zum
35 Staat, von den Schulen und Hochschulen bis in die Betriebe, Unternehmen und Verwaltungen.
36 Volksbegehren und Volksentscheide sind eine sozialdemokratische Erfindung. Sie sind seit 1946 in
37 der Bayerischen Verfassung verankert und haben sich bewährt. Wir haben dazu beigetragen, dass
38 auf kommunaler Ebene zusätzlich Bürgerbegehren und Bürgerentscheide eingeführt worden sind.

39

40 **Volksbegehren erleichtern**

41

42 In dieser Tradition wird eine SPD-geführte Staatsregierung die Hürden zur Einleitung von
43 Volksbegehren – zum Beispiel durch die Verlängerung der Eintragungsfrist – abbauen und die
44 Voraussetzungen für die Zulässigkeit von Volksentscheiden durch eine Änderung des Artikels 73 der
45 Bayerischen Verfassung ausweiten. Auch werden wir die Bindungsfristen von Bürgerentscheiden
46 verlängert werden. Wir werden uns auch im Bundesrat dafür stark machen, dass endlich auch auf
47 Bundesebene Volksbegehren und Volksentscheide – nicht nur zu Fragen der europäischen
48 Integration – ermöglicht werden.

49

50

1 **Bürgerbeteiligung bei Infrastrukturprojekten verbessern**

2

3 Direkte Demokratie beginnt nicht erst bei Bürgerbegehren und Volksbegehren. Wir wollen die
4 Entscheidung für oder gegen große Infrastrukturprojekte und über deren mögliche Alternativen von
5 Anfang an transparent gestalten und die Bürgerinnen und Bürger, auch durch das Internet, frühzeitig
6 an Planungsprozessen beteiligen. Wir wissen: Mehr Bürgerbeteiligung führt nicht zu längeren
7 Genehmigungsverfahren, sondern beschleunigen diese vielmehr, indem sie die Akzeptanz für die
8 Maßnahmen deutlich erhöhen. Die Rechtsschutzmöglichkeiten der direkt betroffenen Bürgerinnen
9 und Bürger sowie der Naturschutz- und Umweltverbände dürfen hierbei nicht geschmälert, sondern
10 müssen ausgebaut werden.

11

12 **Verwaltungen transparenter machen**

13

14 Die Verwaltungen – ob in den Gemeinden oder auf Länderebene – müssen offener werden, die
15 Bürgerinnen und Bürger brauchen einen freieren Zugang zu Informationen. Nur so schaffen wir die
16 notwendigen Voraussetzungen für die Meinungs- und Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger.
17 Nur wer informiert ist, kann sich in einer modernen und lebendigen Demokratie auch wirklich
18 einbringen. Wir werden daher dafür Sorge tragen, dass in den bayerischen Kommunen – unter
19 Beachtung datenschutz- und persönlichkeitsrechtlicher Vorschriften –
20 Informationsfreiheitsatzungen beschlossen werden, und dass auf Landesebene endlich ein
21 Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz verabschiedet wird, wie wir es längst schon
22 vorgeschlagen haben. Im Bereich der Justiz treten wir für die Schaffung einer frei zugänglichen
23 Rechtsprechungsdatenbank ein.

24

25 **Bürger gegenüber Verwaltungen stärken**

26

27 Durch die fast gänzliche Abschaffung des Widerspruchsverfahrens zur Überprüfung von
28 Verwaltungsakten sind die Rechtsschutzmöglichkeiten verkürzt worden. Wir werden diese
29 Verschlechterung auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger wieder rückgängig machen und setzen uns
30 vielmehr dafür ein, dass in den wichtigsten Rechtsbereichen Verwaltungsentscheidungen wieder
31 mittels Widerspruch und nicht nur durch Klage zum Verwaltungsgericht überprüft werden können.

32

33 **Versammlungsrecht verbessern**

34

35 Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ist ein Pfeiler der Demokratie. Wir haben deshalb mit
36 vielen Anderen gemeinsam gegen Einschränkungen der Versammlungsfreiheit durch ein eigenes
37 bayerisches Versammlungsgesetz gekämpft und vor dem Bundesverfassungsgericht erreicht, dass
38 die schlimmsten Schikanen des Bayerischen Versammlungsgesetzes für verfassungswidrig erklärt
39 worden sind. Wir werden die Ausübung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit erleichtern und
40 dafür Sorge tragen, dass niemand durch ausufernde Beobachtung durch Polizei und
41 Verfassungsschutz davon abgehalten wird, an einer Versammlung teilzunehmen. Für kleine und
42 regelmäßig stattfindende Versammlungen werden wir die Reglementierungen abbauen.

43

44 **Freiheit und Sicherheit stärken**

45

46 Freiheit und Sicherheit sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander. Für uns
47 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzt Freiheit aber auch soziale Gerechtigkeit voraus.
48 Sozialdemokratische Innen- und Sicherheitspolitik zeichnet sich dadurch aus, dass sie die beiden Pole
49 Freiheit und Sicherheit möglichst in eine stetige Balance bringt. Jede Einschränkung der persönlichen

1 Freiheit bedarf der Rechtfertigung und muss streng auf Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit
2 geprüft werden.

3

4 **Keine Einschränkung von Grundrechten**

5

6 Bei Video-Beobachtung, Kennzeichen-Scanning, Telekommunikations- und Wohnraumüberwachung,
7 Online-Durchsuchung und Quellen-Telekommunikationsüberwachung kommt es nicht nur darauf
8 an, dass jede einzelne Befugnis für sich genommen im Einzelfall sinnvoll und notwendig ist, sondern
9 auch darauf, dass es in der Zusammenschau sämtlicher Maßnahmen zu keiner vermeidbaren
10 Einschränkung von Grundrechten kommt.

11

12 **Augenmaß bei Verbrechensbekämpfung**

13

14 Ein wichtiges Ziel ist es, Kriminalität in allen ihren Erscheinungsformen zu bekämpfen und Gefahren
15 für die Sicherheit des Einzelnen abzuwehren sowie allen hier lebenden Menschen ein Höchstmaß an
16 Sicherheit zu bieten. Aber wir treten dabei gleichzeitig für Vernunft und Augenmaß und die strikte
17 Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein.

18

19 **Polizei stärken, Sicherheit erhöhen**

20

21 Wir wollen, dass Bayern trotz der missglückten Organisationsreform der Polizei das sicherste
22 Bundesland und der Polizeiberuf attraktiv bleibt. Wir werden daher dafür sorgen, dass die Polizei
23 nicht nur in Amtsstuben, sondern auch auf der Straße präsent ist. Dafür braucht es eine
24 angemessene Ausstattung mit Personal und Technik. Die stetige Zunahme privater
25 Sicherheitsdienste sehen wir ebenso mit Sorge wie den verstärkten Einsatz so genannter
26 Sicherheitswachen.

27

28 **Beamte mit Gesicht**

29

30 Zu einer bürgernahen Polizei gehört, dass sie den Bürgerinnen und Bürgern nicht anonym
31 gegenübertritt. Werden daher – auch im Interesse des Ansehens der Polizei – dafür sorgen, dass
32 Polizeibeamte auch beim Einsatz in geschlossenen Verbänden identifizierbar sind. Dies kann sowohl
33 ohne Namensnennung als auch ohne diskriminierende „Nummerierung“ geschehen, beispielsweise
34 durch geografische Begriffe.

35

36 **Kampf gegen Rechtsextremismus**

37

38 Rechtsextremismus ist auch in Bayern weiter verbreitet, als dies die Staatsregierung wahrhaben will.
39 Nicht erst die Erkenntnisse im Zusammenhang mit den Mordanschlägen der NSU-Terroristen haben
40 gezeigt, dass das Ausmaß und die Gewaltbereitschaft von Rechtsextremisten in den letzten
41 Jahrzehnten sträflich unterschätzt wurden.

42

43 Rechtsextremismus ist auch in Bayern in viel mehr Köpfen vorhanden, als dies die Staatsregierung
44 wahrhaben will. Nicht erst die Erkenntnisse im Zusammenhang mit den Mordanschlägen der NSU-
45 Terroristen haben gezeigt, dass das Ausmaß und die Gewaltbereitschaft von Rechtsextremisten in
46 den letzten Jahrzehnten sträflich unterschätzt worden sind. Der Kampf gegen Rechtsextremisten
47 muss Teil der Erziehung in den Familien und Schulen werden und in den Vereinen, in den
48 Hochschulen, am Arbeitsplatz und in den Medien fortgesetzt werden. Wir treten für ein personell
49 und finanziell gut ausgestattetes Landesprogramm zur Förderung des gesellschaftlichen
50 Engagements und der politischen Bildung gegen Rechtsextremismus ein und lehnen die vom Bund

1 vorgegebene Extremismusklausel ab. Zur Bekämpfung des Rechtsextremismus werden wir in der
2 Staatskanzlei eine eigene Stabsstelle sowie ein personell und finanziell gut ausgestattetes
3 Landesprogramm zur Förderung des gesellschaftlichen Engagements und der politischen Bildung
4 gegen Rechtsextremismus schaffen.

5
6 Das Landesamt für Verfassungsschutz hat im Bereich der Beobachtung und Bekämpfung des
7 Rechtsextremismus versagt. Wir treten deshalb für eine grundlegende Reform dieser Behörde und
8 des amtlichen Verfassungsschutzes ein und wollen den Einsatz von V-Leuten eindämmen und
9 rechtsstaatlich regeln und kontrollieren. Die Beobachtung von a.i.d.a., der VVN-BdA und sonstiger
10 nachgewiesen demokratischer und auf dem Boden des Grundgesetzes stehender Organisationen
11 durch den Verfassungsschutz werden wir beenden.

12
13 Mit einer Reform des Gesetzes über das Parlamentarische Kontrollgremium wollen wir die Kontrolle
14 über den Verfassungsschutz effektiver und transparenter gestalten.

15
16 Wir unterstützen ein neues NPD-Verbotsverfahren und wollen alle vereinsrechtlichen Möglichkeiten
17 nutzen, um rechtsextremistische Vereinigungen und Netzwerke zu verbieten.

1 **Vertriebenenpolitik**

2 **Erbe bewahren, Brücken bauen**

3 Bayern ist nach dem Zweiten Weltkrieg für Millionen Flüchtlinge und Vertriebener zur neuen Heimat
4 geworden. Schätzungen besagen, dass ein Viertel aller Bürgerinnen und Bürger des Freistaats
5 Heimatvertriebene und deren Nachkommen sind. Heute gehören Sudetendeutsche, Schlesier,
6 Pommern, Ostpreußen, Banater und Siebenbürger wie selbstverständlich zu uns. Das Wort des
7 Bayerischen Ministerpräsidenten Wilhelm Hoegner (SPD) von den Sudetendeutschen als „Vierten
8 Stamm“ neben Altbaiern, Franken und Schwaben gilt längst für alle Heimatvertriebenen, gleich
9 welcher landsmannschaftlich-geographischen Herkunft.

10

11 **Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung**

12

13 **... dieses Erbe bewahren und Brücken bauen für eine gute Zukunft.**

14

15 **... die die Verständigungs- und Versöhnungsarbeit weiterhin staatlich fördern.**

16

17

18 Die gesellschaftliche Eingliederung dieser neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger war eine große
19 Herausforderung, aber das „Wunder der Integration“ ist gelungen. Die Leistung der
20 Heimatvertriebenen und Flüchtlinge für den Wiederaufbau und die heutige Spitzenposition Bayerns
21 ist von unschätzbarem Wert.

22

23 Die BayernSPD sieht es als wichtige Aufgabe an, zum einen, die geschichtliche Erinnerung und das
24 reiche kulturelle Erbe der unterschiedlichen Vertriebenengruppen zu wahren. Dazu bedarf es
25 weiterhin einer angemessenen staatlichen Förderung für die vielfältige Verständigungs- und
26 Versöhnungsarbeit engagierter Initiativen, Verbände und Institutionen. Zu letzterem zählen u. a. ein
27 Sudetendeutsches Museum in München, ein Schlesisches Haus sowie die Stiftung Flucht,
28 Vertreibung, Versöhnung in Berlin.

29

30 Ziel muss aber auch sein, die neuen Möglichkeiten nach dem Beitritt der mittel- und osteuropäischen
31 Länder in die Europäische Union zu nutzen und zukunftsgerichtet weitere Brücken der Erinnerung
32 und Verständigung in die Herkunftsländer der Vertriebenen zu bauen.

33

34

1 **Gleichstellungspolitik** 2 **ist Querschnittsaufgabe**

3 In der vom Sozialdemokraten Wilhelm Hoegner maßgeblich geprägten Bayerischen Verfassung steht
4 in Artikel 118 geschrieben: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung
5 von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Der
6 verfassungsgemäße Anspruch, die bestehenden Nachteile zu beseitigen und den
7 Gleichstellungsgrundsatz zu erfüllen, wird von der konservativen Staatsregierung nicht respektiert
8 und nicht erfüllt. Wir allerdings sehen in der Umsetzung ein Gebot der Gerechtigkeit und eine
9 notwendige Anpassung an veränderte Lebensrealitäten von Männern und Frauen in unserem Land.
10 Eine SPD-geführte Landesregierung wird den Verfassungsauftrag ernst nehmen und endlich für
11 tatsächliche Gleichstellung sorgen.

12
13 **Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung**

14
15 **... die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich Männer und Frauen bei der persönlichen**
16 **Lebensgestaltung und -planung frei entscheiden können.**

17
18 **... eine geschlechtergerechte Gesellschaft verwirklichen.**

19
20 **... die Gleichstellung der Frauen in der Arbeitswelt ermöglichen.**

21
22 **... gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit einführen und Altersarmut von Frauen rechtzeitig**
23 **entgegenwirken.**

24
25 **... in einem Vergabegesetz in Bayern festschreiben, dass bei Auftragsvergaben durch den Freistaat**
26 **und die Kommunen in Bayern gleicher Lohn für gleiche Arbeit Voraussetzung ist.**

27
28 **... das Bayerische Gleichstellungsgesetz überarbeiten, um Änderungen beispielsweise bei**
29 **Personalschlüssel, Budget, Etablierung und Schulung von Gleichstellungsbeauftragten**
30 **durchzuführen.**

31
32 **... mit einer gesetzlichen Frauenquote von 40 Prozent die Führungsetagen von Unternehmen**
33 **weiblicher und somit erfolgreicher machen.**

34
35 **... die geschlechtergerechte Gestaltung von öffentlichen Haushalten einführen.**

36
37 **... die Vereinbarkeit von Kindern und Beruf sowie Pflege und Beruf herstellen sowie für ausreichend**
38 **Kinderbetreuungsplätze sorgen.**

39
40 **... Gewalt gegen Frauen entschieden entgegen treten, Frauenhäuser fördern und Beratungsstellen**
41 **ausbauen.**

42
43
44
45 **Gleichstellungspolitik ist nicht nur Familienpolitik**

46
47 Für uns ist Gleichstellungspolitik ein Querschnittsthema, das wir in allen Politikfeldern und auf allen
48 politischen Ebenen einbringen. Wir setzen Gleichstellungspolitik nicht mit Familienpolitik gleich. Es

1 geht nicht nur um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern zum Beispiel um Aspekte wie
2 Arbeitsmarktbedingungen oder Bildungschancen.

4 **Starke Frauen für ein starkes Bayern**

6 Wir werden daher die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich Männer und Frauen bei der
7 persönlichen Lebensgestaltung und -planung frei entscheiden können. Unsere Gesellschaft macht
8 von Anfang an viel zu starke Unterschiede zwischen Mann und Frau. Alte und traditionelle
9 Abhängigkeiten lehnen wir ab und brechen sie auf, wo sie noch vorhanden sind. Unser Ziel ist es,
10 eine geschlechtergerechte Gesellschaft zu verwirklichen. Bayern muss das vorhandene vielfältige
11 Potential von Frauen nutzen, um zukunftsfähig zu sein. Starke Frauen für ein starkes Bayern: Ohne
12 Gleichstellung kein Fortschritt.

14 **Gleichstellung von Frauen in der Arbeitswelt**

16 Frauen verdienen in Bayern bei gleicher bzw. gleichwertiger Arbeit im Durchschnitt 26 Prozent
17 weniger als Männer, nochmal vier Prozent mehr als im ohnehin zu hohen Bundesdurchschnitt. Selbst
18 bei gleicher Ausbildung, gleichem Alter und gleichem Beruf verdienen Frauen viel weniger als ihre
19 männlichen Kollegen. Das werden wir ändern.

21 Erwerbsunterbrechungen, Teilzeit und Dauer der Berufserfahrung gehen oft zu Lasten von Frauen.
22 Zusätzlich liegt der Einkommensunterschied daran, dass Frauen häufig im sozialen, gesundheitlichen
23 oder pädagogischen Bereich und in Dienstleistungsberufen arbeiten, die schlecht bezahlt sind. Diese
24 Berufe, die in erster Linie von Frauen ausgeübt werden, müssen ihrer gesellschaftlichen Bedeutung
25 entsprechend anerkannt und entlohnt werden.

27 **Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit**

29 Leiharbeit war über lange Zeit hinweg eine Beschäftigungsform für Männer, sie hat für Frauen in den
30 vergangenen Jahren überproportional zugenommen. Und auch in der Leiharbeit verdienen Frauen
31 weniger als ihre männlichen Kollegen. Wir setzen uns für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit und
32 Qualifikation ein. Der erste Schritt muss die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen
33 Mindestlohns sein.

35 **Arbeitgeber Freistaat muss mit gutem Beispiel voran gehen**

37 Ungleiche Einkommensverhältnisse herrschen auch in den bayerischen Ministerien und der
38 Verwaltung. Wir werden in der öffentlichen Verwaltung Bayerns als Arbeitgeber mit gutem Beispiel
39 vorangehen. Wir werden in einem Vergabegesetz in Bayern festschreiben, dass bei Auftragsvergaben
40 durch den Freistaat und die Kommunen in Bayern gleicher Lohn für gleiche Arbeit Voraussetzung ist.
41 Und wir werden das Bayerische Gleichstellungsgesetz überarbeiten, es den tatsächlichen
42 Bedürfnissen anpassen und dabei die dringend gebotenen Änderungen beispielsweise bei
43 Personalschlüssel, Budget, Etablierung und Schulung von Gleichstellungsbeauftragten durchführen.

45 **Gute Arbeit – auch für Frauen**

47 Frauen verdienen in Bayern nicht nur 26 Prozent weniger als ihre gleichqualifizierten männlichen
48 Kollegen, sondern stellen einen Anteil von 77 Prozent aller geringfügig Beschäftigten im Jahr 2010.
49 Normalarbeitsverhältnisse mit einer gerechten und Existenz sichernden Bezahlung sollen die Regel

1 sein. Wir sind überzeugt: Die Nutzung der Potenziale und Kompetenzen von Frauen ist auch
2 Voraussetzung für Prosperität und Fortschritt.

4 **Altersarmut ist weiblich**

5
6 Der Anteil derjenigen, die trotz Vollbeschäftigung unterhalb der Niedriglohnschwelle verdienen, ist
7 bei Frauen besonders hoch. Die Frauenerwerbsquote liegt in Bayern zwar bei gut zwei Dritteln,
8 allerdings arbeiten Frauen meist zu prekären Bedingungen. Die Zahl der in Teilzeit und in Minijobs
9 beschäftigten Frauen steigt an, während die Zahl der in Vollzeit beschäftigten Frauen stagniert. Drei
10 Viertel derer, die ein geringeres Nettoeinkommen von 500 Euro im Monat erhalten, sind Frauen. Das
11 führt über geringere Einzahlung in die sozialen Sicherungssysteme zu verstärkter Altersarmut bei
12 Frauen. Bereits heute ist Altersarmut in Bayern weiblich. Die Durchschnittsrente beträgt bei Frauen
13 521 Euro, bei Männern 1012 Euro.

14
15 Die wöchentlich zulässige Arbeitszeit für die Minijobs muss, bis zur endgültigen Abschaffung, wieder
16 begrenzt und die Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro eingesetzt werden. Wir werden in
17 Bayern Anstellungsbedingungen für Frauen schaffen, die sie für ihre Lebensplanung brauchen.
18 Frauen dürfen nicht gezwungen sein, in Teilzeit zu arbeiten.

20 **Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft nötig**

21
22 Wir werden uns auf Bundesebene dafür stark machen, das Diskriminierungsverbot im Teilzeit- und
23 Befristungsgesetz durchzusetzen. Darüber hinaus werden wir das Recht auf Teilzeitarbeit mit einem
24 gesetzlich verankerten Rückkehrrecht auf den Vollzeit Arbeitsplatz verbinden. Wir werden die
25 Grundlagen schaffen und alles daran setzen, dass Frauen und Männer gemeinsam und
26 partnerschaftlich an Beruf, Gesellschaft und Familie teilhaben können. Wir werden uns im Bundesrat
27 dafür einsetzen, dass ein Gleichstellungs-Gesetz für die Privatwirtschaft eingeführt wird.

29 **Mehr Frauen in Führungsetagen – mehr Erfolg für Unternehmen**

30
31 Es ist längst bewiesen: Unternehmen mit gemischten Führungsteams sind erfolgreicher. Dieser
32 Erfolg zeigt sich an ökonomischen Kennzahlen und in der Unternehmenskultur. Unternehmen, in
33 denen mehr als drei Frauen im Vorstand sitzen, erwirtschaften eine bis zu 53 Prozent höhere
34 Eigenkapitalrendite.

35
36 Trotz dieser Fakten sind Frauen in Führungspositionen stark unterrepräsentiert. Sie kommen häufig
37 nicht bis in die Führungsetagen, sondern stoßen an die sogenannte Gläserne Decke:
38 Hochqualifizierte Frauen schaffen den Aufstieg innerhalb von Unternehmen oder Organisationen oft
39 nur bis zur Ebene des mittleren Managements.

40
41 Der Frauenanteil in der obersten Führungsebene bayerischer Wirtschaftsunternehmen liegt mit rund
42 24 Prozent unter dem bundesdeutschen Schnitt von 27 Prozent. Nur drei Prozent aller
43 Aufsichtsratsmitglieder der börsennotierten Unternehmen in Bayern sind weiblich. Selbst im
44 Dienstleistungsbereich, einer sogenannten typischen Frauendomäne, haben gerademal 28 Prozent
45 Frauen eine Stelle in der ersten Führungsebene. Ähnlich sieht es im Öffentlichen Dienst aus: Lediglich
46 23 Prozent der Führungspositionen sind mit Frauen besetzt. Und auch in der Wissenschaft dringen
47 Frauen häufig nicht bis zur Spitze vor.

49 **Frauenquote von 40 Prozent**

1 Wir unterstützen daher eine längst überfällige Mindestquote von 40 Prozent Frauen in den
2 Vorständen und Aufsichtsräten. In Bayern werden wir für den öffentlichen Dienst eine 40-Prozent-
3 Quote von Frauen in Führungspositionen einführen und eine quotierte Besetzung von Gremien
4 verwirklichen. Bei den Gesellschaften, an denen der Freistaat beteiligt ist, wirken wir auf die
5 Erfüllung der 40-Prozent-Quote hin. Der Freistaat Bayern muss seiner Vorbildfunktion gerecht
6 werden und im öffentlichen Dienst Frauen in Führungsverantwortung bringen.
7 Führungsverantwortung heißt aber auch, dass wir Karrierechancen von Frauen in jedem Beruf und
8 auf jeder Ebene der Erwerbstätigkeit verbessern.

9 **Gender Mainstreaming**

11 Gender Mainstreaming bedeutet: Bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen
12 Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vornherein und regelmäßig zu
13 berücksichtigen, da es keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit gibt. Den Grundsatz des Gender
14 Mainstreaming werden wir konsequent verfolgen.

16 **Geschlechtergerechte Gestaltung von öffentlichen Haushalten**

18 Die geschlechtergerechte Gestaltung von öffentlichen Haushalten (Gender Budgeting) dient der
19 Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen, deshalb werden wir dies in allen
20 Haushaltsplanungen und -steuerungen Schritt für Schritt umsetzen.

22 Als Einstieg für eine systematische Umsetzung werden wir umgehend Pilotprojekte in verschiedenen
23 Ministerien realisieren. Im Anschluss werden wir schrittweise in allen Bereichen der
24 Landesverwaltung eine geschlechtergerechte Haushaltsplanung und -steuerung verwirklichen. Wir
25 werden uns dafür einsetzen, das europäische Ziel – 2015 Gender Budgeting auf allen Ebenen –
26 umzusetzen.

28 **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

30 Familie und Beruf sind in Bayern schwer vereinbar. Die Verbindung von Familie und Karriere ist in
31 Bayern ein Weg mit vielen Stolpersteinen. Viel zu oft müssen sich Frauen entscheiden, ob Beruf oder
32 Kinder, ob sie Familienangehörige pflegen oder berufstätig bleiben. Das werden wir ändern!

34 **Rechtsanspruch wird nicht eingehalten**

36 Wer Chancengleichheit wirklich durchsetzen möchte, muss die Rahmenbedingungen in unserem
37 Land ändern. Denn die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie bildet die
38 Grundvoraussetzung für gleiche Teilhabechancen. Dazu zählt der Ausbau von Bildungs- und
39 Betreuungsangeboten für Kinder. Das Ausbautempo und die Ausbauqualität der Kinderbetreuung
40 lassen nach wie vor zu wünschen übrig. Das Ausbauziel von 35 Prozent für unter Dreijährige wird
41 Bayern nicht erreichen.

43 Damit wird der Freistaat den ab 2013 gültigen Rechtsanspruch für einen Betreuungsplatz von Kindern
44 unter drei Jahren nicht halten können – was für betroffene Eltern, insbesondere Alleinerziehende, ein
45 existenzielles Problem ist. Auch bei der Ganztagschulbetreuung hinkt Bayern hinterher. Für uns sind
46 der Ausbau von qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung und der Ganztagschulen vorrangige Ziele.

48 **Vereinbarkeit von Pflege und Beruf**

1 Was für die Vereinbarkeit von Kindern und Beruf gilt, muss auch für die Vereinbarkeit von Pflege
2 naher Angehöriger und Beruf gelten. Immer noch sind es meist Frauen, die die Pflege übernehmen.
3 Das ambulante Netz muss so dicht sein, dass für pflegende Familienangehörige, insbesondere
4 Frauen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet ist.

5

6 **Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen**

7

8 Darüber hinaus wollen wir einen gezielten Ausbau und die Förderung von haushaltsnahen
9 Dienstleistungen nach den Regeln von fairer Arbeit. Dies ist eine wichtige Unterstützung für ein
10 selbstbestimmtes Leben in allen Lebenslagen wie Krankheit, Erwerbsarbeit, Familie und Alter.

11

12 **Gewalt gegen Frauen**

13

14 Die BayernSPD steht für das Recht, dass alle Menschen gewaltfrei leben dürfen. Doch jede dritte Frau,
15 egal aus welchem Teil der Gesellschaft sie kommt, wird im Laufe ihres Lebens Opfer von Gewalt.
16 Ungleiche Machtverhältnisse in Lebensgemeinschaften, finanzielle Abhängigkeiten und alte
17 hierarchische Rollenverständnisse begünstigen Gewalt. Fakt ist: Konsequente Gleichstellungspolitik
18 hilft, echte Partnerschaften zu ermöglichen. Sie ist somit eine wichtige Grundlage, um Gewalt
19 vorzubeugen.

20

21 **Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe**

22

23 Um die Situation von bereits betroffenen Frauen zu verbessern, tritt die BayernSPD für den
24 Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für von Gewalt betroffenen Frauen und deren Kinder ein. Wir
25 sehen auch, dass insbesondere Gewaltopfer mit Behinderungen, Migrantinnen oder illegal in
26 Deutschland lebende Frauen einen besonderen Beratungsbedarf haben. Dies bedeutet für uns im
27 Einzelnen, dass wir

28

29 ... für eine bundesweit verbindliche Finanzierungsregelung von Frauenhäusern eintreten werden. Sie
30 sind wichtige Zufluchts-, Schutz- und Beratungsstellen bei häuslicher Gewalt.

31

32 ... darüber hinaus in Bayern ein flächendeckendes Netz von ambulanten Beratungsstellen,
33 Frauennotrufen und Fachzentren für Frauen nach sexualisierter Gewalterfahrung aufbauen werden.
34 Diese Frauennotrufe leisten wertvolle Arbeit und benötigen planbare Regelfinanzierung von
35 Fachpersonal in den Städten und besonders im ländlichen Raum.

1 **Queere Lebensweisen**

2 **Bayern ist vielfältig und bunt**

3 Für die bayerische Sozialdemokratie ist es selbstverständlich, dass Menschen nicht wegen ihrer
4 sexuellen Orientierung benachteiligt werden dürfen. Queere Lebensweisen, egal ob es hierbei um
5 Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transidente, Transgender oder Intersexuelle (LSBTTI) Mitmenschen
6 handelt, sind Teil unserer gesellschaftlichen Gemeinschaft. Gleichgeschlechtliche Partnerschaften
7 verdienen Anerkennung, Respekt und rechtliche Absicherung. Die Würde aller Menschen zu
8 respektieren und vor Ausgrenzung, Diskriminierung, Isolation und Gewalt zu schützen, ist
9 Aufgabe und Herausforderung einer sozialdemokratisch geführten bayerischen Staatsregierung.

10

11 **Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung**

12

13 **... einen Landesaktionsplan gegen Diskriminierung, Homophobie und Transphobie erarbeiten.**

14

15 **... eine landesweite Akzeptanzkampagne – insbesondere im ländlichen Raum – starten.**

16

17 **... eine gesamtbayerische Koordinierungs- und Gleichstellungsstelle für LSBTTI- Fragen schaffen.**

18

19 **... die Akzeptanz von LSBTTI-Menschen in öffentlichen Verwaltungen und Ministerien voranbringen.**

20

21 **... entsprechende Gesetzesentwürfe und Gesetzesvorhaben bundesweit unterstützen und aktiv
22 fördern statt ausbremsen.**

23

24

25 **Landesaktionsplan gegen Diskriminierung, Homophobie und Transphobie**

26

27 Die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebensweisen stellt für uns eine wichtige
28 Querschnittsaufgabe dar, welche wir durch eine gezielte Förderung der Akzeptanz in einer
29 landesweiten Kampagne entwickeln möchten. Durch die gemeinsame Erarbeitung eines
30 Landesaktionsplanes werden hierbei in Zusammenarbeit aller Verbände, Initiativen, Vereine,
31 Selbsthilfevereinigungen und Ministerien konkrete Maßnahmen für den Abbau von
32 Diskriminierungen, Homophobie und Transphobie in Bayern erarbeitet und umgesetzt.

33

34 **Landesweite Akzeptanzkampagne starten**

35

36 Weiter werden wir zur Förderung der Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Lebensweisen eine
37 landesweite Akzeptanzkampagne initiieren, die sich an die Allgemeinbevölkerung in Bayern wendet.
38 Als Beispiel dient hier die Kampagne in Nordrhein-Westfalen.

39

40 Um auch gerade in den ländlichen Gegenden eine effektive Akzeptanzarbeit und hilfreiche
41 Selbstorganisation leisten zu können, werden wir die ehrenamtlichen Projekte des ländlichen Raum
42 besonders fördern und stärken.

43

44 **Gesamtbayerische Koordinierungs- und Gleichstellungsstelle für LSBTTI- Fragen**

45

46 Wir werden eine Koordinations- und Gleichstellungsstelle für LSBTTI errichten um eine
47 gesamtbayerische Anlaufstelle für die Probleme und Fragen rund um das Thema Diskriminierung zu
48 errichten. Da diese Form von Koordinations- und Gleichstellungsstelle bereits in der
49 Landeshauptstadt München seit Jahren sehr gute Arbeit leistet, ist nun auch eine gesamtbayerische
50 Anlaufstelle für Kommunen und kleine Städte dringend notwendig.

1 **Wandel in den öffentlichen Verwaltungen und Ministerien voranbringen**

2

3 Gerade im öffentlichen Dienst gibt es in den Verwaltungen und Ministerien immer noch Probleme
4 mit der Akzeptanz von LSBTTI-Menschen. Ein Outing ist hier nur sehr schwer möglich und meistens
5 nicht ohne Folgen. Dies führt zum Verlust von Arbeitszeit und Kraft. Homosexuelle Mitarbeiterinnen
6 und Mitarbeiter sind heutzutage genauso selbstverständlich wie andere Religionen, Lebensweisen
7 oder Nationalitäten. Aus diesem Grund werden wir uns auch der Charta der Vielfalt anschließen.

8

9 Wir werden auch die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt innerhalb der bayerischen
10 Ministerien und öffentlicher Verwaltungen fördern. Dabei werden wir jegliche Form der
11 Diskriminierung, Ausgrenzung und Nichtakzeptanz sexueller Vielfalt in öffentlich erkennbarer Weise
12 ächten. Hierzu bedarf es der Sensibilisierung der Ministerien und öffentlicher Verwaltungen,
13 angefangen bei den Führungsspitzen. Eine Entwicklung von Diversity-Richtlinien für den bayerischen
14 öffentlichen Dienst steht dabei im Fokus und wird von uns in Zusammenarbeit mit allen Betroffenen
15 erarbeitet.

16

17 **Gesetzesentwürfe und Gesetzesvorhaben bundesweit unterstützen und aktiv fördern**

18

19 Die vollständige Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften und von Rechten
20 und Pflichten homosexueller Menschen ist heute immer noch ein langsamer und mühsamer Weg.
21 2001 ging die SPD mit Schaffung des Rechtsinstituts der „eingetragene Lebenspartnerschaft“ und mit
22 dem Allgemeinen Gleichstellungsgesetz (AGG) zwar erste Schritte in die richtige Richtung, aber
23 weitere Schritte konnten bislang politisch nicht durchgesetzt werden. Hier gibt es mit veränderten
24 Mehrheitsverhältnissen noch viel zu tun. Eine SPD-geführte Staatsregierung wird daher

25

26 ... die Unterstützung von Initiativen für die rechtliche Gleichstellung von Männer und Frauen mit
27 unterschiedlicher sexueller Orientierung fördern.

28

29 ... Bundesratsinitiativen zur Vollendung der rechtlichen Gleichbehandlung von Ehe und
30 Lebenspartnerschaft im Steuer- und Adoptionsrecht unterstützen.

31

32 ... Bundesratsinitiativen vorantreiben, die endlich eine Rehabilitierung der nach §175 StGB
33 verurteilten Homosexuellen ermöglichen.

34

35 ... in öffentlichen Debatten zum Abbau von Diskriminierungen gegenüber Transidente sowie
36 Transgender aktiv werden und sich für die Verwirklichung deren Selbstbestimmungsrechts im
37 Rahmen der Reform von Bundesgesetzen über den Bundesrat einsetzen.

1 **Jugendpolitik**

2 **Besser fördern, aktiv gestalten**

3 Unsere Jugendpolitik versteht junge Menschen als vollwertige, gleichberechtigte Mitglieder der
4 Gesellschaft – unabhängig davon, ob sie volljährig oder wahlberechtigt sind. Wir wollen es jungen
5 Menschen ermöglichen, ihr Leben selbstständig nach ihren Vorstellungen zu gestalten.

6
7 Dabei steht die Politik in der Verantwortung, jungen Menschen den „Start“ ins Erwachsenenleben zu
8 ermöglichen. Dazu gehören die Teilhabe am Arbeitsmarkt, die Bekämpfung von Armut und sozialer
9 Ausgrenzung, die Unterstützung der Jugendverbandsarbeit und die Bereitstellung von
10 Freizeitmöglichkeiten sowie die demokratische Teilhabe.

11
12 Junge Menschen wollen sich aktiv in die Gesellschaft einbringen. Sie wollen sie verändern und
13 mitgestalten. Unser Ziel ist es, jungen Menschen dies zu ermöglichen.

14 15 **Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung**

16
17 **... allen jungen Menschen eine Berufsausbildung ermöglichen, die Qualität der beruflichen**
18 **Ausbildung verbessern und sicherstellen sowie den Berufseinstieg junger Menschen ohne prekäre**
19 **Beschäftigungsverhältnisse gewährleisten.**

20
21 **... die Jugendverbandsarbeit finanziell deutlich besser ausstatten und dabei die massiven Kürzungen**
22 **seit 2004 und den Anstieg der Preise und Tariflöhne ausgleichen sowie die Rahmenbedingungen der**
23 **Jugendverbandsarbeit verbessern.**

24
25 **... das Wahlalter für Landtags- und Kommunalwahlen auf 16 Jahre absenken sowie auch nicht**
26 **wahlberechtigten Jugendlichen demokratische Mitwirkung zu ermöglichen.**

27
28 **... Armut junger Menschen entschieden und umfassend bekämpfen, für sie ausreichend bezahlbaren**
29 **Wohnraum anbieten und bezahlbare Mobilität mit öffentlichen Verkehrsmitteln gewährleisten.**

30
31

32 33 **Vielfalt erkennen und anerkennen**

34
35 Jugend findet in unterschiedlichen Lebenssituationen, abhängig vom Wohnort, den
36 Familienverhältnissen, den sozialen Bedingungen und den eigenen Vorstellungen und Prägungen
37 statt. Wir werden daher ein umfassendes Bild der Lebenslagen junger Menschen in Bayern erheben
38 und daraus unser politisches Handeln ableiten. Wir orientieren uns dabei daran, dass die
39 Lebenssituationen und die Wünsche junger Menschen individuell berücksichtigt werden müssen. Es
40 gibt nicht „eine Jugend“, sondern eine Vielfalt unterschiedlicher Vorstellungen und Lebenswege.

41 42 **Jugend und Landesentwicklungsprogramm**

43
44 Politik von und für junge Menschen muss sich den Herausforderungen und Veränderungen des
45 demografischen Wandels stellen, der sich in Bayerns Regionen unterschiedlich gestaltet. Es gibt
46 Regionen, in die junge Menschen ziehen, weil dort Studienplätze zur Verfügung stehen oder die
47 Berufsperspektiven attraktiv sind. Andere Regionen sind von der Abwanderung junger Menschen
48 betroffen. Eine attraktive Gestaltung von Jugendarbeit in allen Regionen, gerade auch bei der
49 Bereitstellung von Infrastruktur, ist ein Weg, die Abwanderung junger Menschen zu stoppen. Daher

1 gilt es Konzepte zu entwickeln, die den ländlichen Raum auch für junge Menschen attraktiver
2 gestalten. In diesem Sinne tritt die BayernSPD für die Aufnahme von jugendpolitischen Fragen in das
3 Landesentwicklungsprogramm ein. Bei den bisherigen Überlegungen hat „Jugend“ und ihre
4 spezifischen Herausforderungen keinen Eingang in die Vorlagen der FDP-/CSU-Vorschläge gefunden.

6 **Jugend muss sich entfalten dürfen**

8 Aus dem Anspruch junger Menschen, sich mit ihren eigenen Vorstellungen zu entfalten, durch das In-
9 Frage-Stellen von gesellschaftlichen Konventionen, durch neue Lebensentwürfe etc., entstehen aber
10 auch Konflikte. Mit diesen Konflikten muss die Politik umgehen. Wir wollen uns nicht einseitig
11 zugunsten einer Seite positionieren – weder durch ein „Laissez-faire“, das entstehende Belastungen
12 einfach ignoriert, noch durch repressive Politik, die jedes „abweichende“ Verhalten zu unterbinden
13 versucht. Unsere Politik moderiert die entstehenden Konflikte und ermöglicht es, dass im Dialog
14 zwischen gleichberechtigten Partnern Lösungen gefunden werden.

16 **Jugendpolitik modernisieren**

18 Der Bayerische Landtag hat mit der Enquete-Kommission „Jungsein in Bayern“ bereits in der
19 Wahlperiode 2003 bis 2008 umfangreiche Vorschläge für die Neuorientierung der Jugendpolitik in
20 Bayern vorgelegt. Von der Staatsregierung sind diese Vorschläge bisher ignoriert worden. Wir werden
21 die Vorschläge dieser Enquête-Kommission im Dialog mit jungen Menschen, den Jugendverbänden
22 und in der Jugendarbeit Aktiven weiterentwickeln und politisch umsetzen.

24 **Leben selbstbestimmt gestalten können**

25 Ob junge Menschen ihr Leben selbstbestimmt und nach ihren Vorstellungen entscheiden, hängt
26 wesentlich davon ab, ob es ihnen gelingt, eine Berufsausbildung, die ihrem Berufswunsch entspricht,
27 zu finden und anschließend oder nach einer Hochschulausbildung den Einstieg in ein gesichertes
28 Beschäftigungsverhältnis zu schaffen.

30 Unser Ziel ist daher, jedem jungen Menschen, der dies möchte, eine berufliche Ausbildung zu
31 ermöglichen. Auch wenn Bayern insgesamt eine ausreichende Zahl an Ausbildungsplätzen aufweist,
32 gibt es erhebliche regionale und branchenspezifische Ungleichgewichte. Hinzu kommt, dass auch in
33 Bayern ein erheblicher Anteil junger Menschen nicht direkt in die berufliche Ausbildung gelangt,
34 sondern über schulische Ausbildungen oder durch Berufsvorbereitungsjahre und andere
35 „Notmaßnahmen“ aufgefangen wird. Dies belastet gerade auch die Kommunen erheblich.

37 **Berufsausbildung für alle jungen Menschen**

39 Unser Ziel ist es, auch im Sinne der von der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament durchgesetzten
40 Beschäftigungsgarantie für junge Menschen, allen jungen Menschen eine Berufsausbildung zu
41 ermöglichen. Dazu werden wir die Anreize und die Unterstützung für ausbildende Betriebe
42 verbessern, unter anderem durch

44 ... eine Garantie auf einen Ausbildungsplatz für jeden jungen Menschen, die wir mit den
45 TarifpartnerInnen aushandeln werden.

46 ... die Berücksichtigung der Ausbildungsleistung eines Betriebs im Rahmen eines landesweiten
47 Vergabegesetzes.

48 ... die Unterstützung und Qualifizierung ausbildender Betriebe und der Ausbilderinnen und Ausbilder,
49 gerade auch für den Umgang mit besonders förderungsbedürftigen Auszubildenden.

1 ... die Unterstützung regionaler Ausbildungsverbände und branchenspezifischer Umlagesysteme.

2

3 **Qualität der beruflichen Ausbildung verbessern**

4

5 Gleichzeitig werden wir auch die Qualität der beruflichen Ausbildung verbessern und sicherstellen.
6 Bei Betrieben, die Auszubildende als günstige Arbeitsverhältnisse einsetzen, statt der
7 Ausbildungsverpflichtung nachzukommen, werden wir durch die Fachaufsicht konsequent
8 einschreiten. Wo notwendig, sind Sanktionen zu verschärfen.

9

10 **Berufseinstieg erleichtern**

11

12 Auch der Berufseinstieg nach Berufsausbildung oder Studium gestaltet sich für junge Menschen
13 schwierig. Statt einer Übernahme nach der Ausbildung in eine unbefristete,
14 sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung ist die junge Generation massiv mit
15 problematischen, unsicheren Beschäftigungsformen wie Befristungen, Niedriglöhnen und sonstigen
16 schlechten Arbeitsbedingungen wie Leiharbeit, Praktika etc. konfrontiert. Beschäftigungs- und
17 Einkommensunsicherheiten wachsen. Dies hat erhebliche negative Auswirkungen auf die
18 Lebenswelt junger Menschen und erschwert eine langfristige Lebens- und Familienplanung.
19 Insbesondere gering qualifizierten Jugendlichen gelingt es kaum, einen Einstieg in den regulären,
20 sozial abgesicherten Arbeitsmarkt zu finden

21

22 **Unsichere Arbeitsverhältnisse eindämmen**

23

24 Die Regulierung des Arbeitsmarktes ist weitgehend Angelegenheit des Bundes. Wir werden aber
25 durch entsprechende Bundesratsinitiativen dafür Sorge tragen, dass die sozial ungesicherten
26 Arbeitsverhältnisse eingedämmt werden. Der Staat und staatliche Betriebe werden hier
27 Vorbildfunktionen übernehmen. Auch stellen wir uns einer Aufweichung des Kündigungsschutzes
28 entgegen. Gemeinsam mit den Tarifparteien wollen wir eine grundsätzliche Übernahmegarantie für
29 Absolventinnen und Absolventen einer beruflichen Ausbildung festschreiben.

30

31 **Hartz IV bedarfsgerecht anpassen**

32

33 Viele junge Menschen wachsen in sozial angespannten Verhältnissen auf. Sie sind angewiesen auf
34 eine Sozialpolitik, die sie begleitet, unterstützt und mit den notwendigen materiellen Ressourcen
35 ausstattet. Wir treten daher unter anderem für eine bedarfsgerechte Anpassung der Regelsätze des
36 SGB II ein, um insbesondere auch jungen Menschen die Freiräume für eine selbstbestimmte
37 Lebensgestaltung zu eröffnen.

38

39 **Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung erleichtern**

40

41 Soziale Probleme, in denen junge Menschen aufwachsen, äußern sich aber nicht nur in materieller
42 Armut. Es geht auch um mangelhaften Zugang zu Bildung und Gesundheit, um prekäre
43 Wohnbedingungen, Ernährung, schwierige Familienverhältnisse etc. Die Verbesserung der sozialen
44 Lage nicht nur junger Menschen erfordert daher einen umfassenden Ansatz, der neben den
45 klassischen Instrumenten auch zum Beispiel die Stadtplanung, das Angebot an Freizeit- und
46 Kulturmöglichkeiten etc. einbezieht. Im Dialog mit den Kommunen, den Sozialverbänden und
47 Gewerkschaften werden wir geeignete Strategien zur Bekämpfung von materieller und immaterieller
48 Armut entwickeln und umsetzen. Zentral bleiben gleiche Bildungschancen und Zugänge zu
49 Ausbildungs- und Arbeitsstellen.

50

1 **Jugendsozialarbeit ausbauen**

2

3 Auch werden wir die niedrighschwelligigen Beratungs- und Hilfsangebote und die Jugendsozialarbeit
4 ausbauen. Daneben werden wir im Dialog mit den Kommunen auch die Familienunterstützung
5 durch die Jugendämter verstärken. Neben der Unterstützung durch staatliche Institutionen ist auch
6 ein breit ausgebautes Netz von nichtstaatlichen Hilfen unter anderem durch die Wohlfahrtsverbände
7 notwendig. Daher werden wir diese verstärkt fördern.

8

9 **Kommunen bei Kinder- und Jugendhilfe unterstützen**

10

11 Das SGB VIII regelt zwar bundeseinheitlich die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe, für die
12 Umsetzung sind jedoch in der Regel der Freistaat Bayern als überörtlicher und die Landkreise und
13 kreisfreien Städte als örtliche Träger verantwortlich. Die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe
14 müssen vor allem die Kommunen in Bayern erbringen, die sich aber aufgrund der ständig
15 wachsenden Anzahl an Bedürftigen und der Ausweitung ihres Aufgabenfeldes bei der Finanzierung
16 vom Freistaat alleine gelassen fühlen. Wir treten dafür ein, dass für die Leistungen der Kinder- und
17 Jugendhilfe und für die Präventionsarbeit entsprechende Mittel bereit gestellt und an die
18 ausführenden Ebenen weitergegeben werden. Ferner unterstützen wir die Fortentwicklung
19 sinnvoller Konzepte und Ideen für das Zusammenwirken von Jugendhilfe, Jugendsozialarbeit und
20 Jugendverbandsarbeit.

21

22 **Günstigen Wohnraum schaffen**

23

24 Junge Menschen haben oft niedrige Einkommen. Sie sind daher besonders darauf angewiesen, dass
25 günstiger Wohnraum zur Verfügung steht. Dies ist vor allem in den Ballungszentren nicht mehr
26 gewährleistet. Wir werden daher vor allem durch eine erhebliche Ausweitung des sozialen
27 Wohnungsbaus und die Bekämpfung der Mietspekulation dafür sorgen. Außerdem werden wir die
28 Studentenwerke mit ausreichend Mitteln ausstatten, um den Wohnheimbau erheblich auszuweiten.

29

30 **ÖPNV ausbauen, Mobilität ermöglichen**

31

32 Gerade auch junge Menschen sind auf einen flächendeckenden, verlässlichen und bezahlbaren
33 öffentlichen Personennahverkehr angewiesen. Der Ausbau des ÖPNV, auch in Randzeiten, ist daher
34 ein Ziel der Jugendpolitik. An allen Hochschulstandorten wollen wir Semestertickets anbieten: Für die
35 Verfassten Studierendenschaften und die Studentenwerke werden die Rechtsgrundlagen geschaffen,
36 Verträge für Solidarmodelle mit den jeweiligen Verkehrsgesellschaften abzuschließen. Auch für
37 Auszubildende schaffen wir flächendeckend vergünstigte Tickets. Wir prüfen, ob und in wieweit wir
38 die Schulwegkostenfreiheit auf alle Schularten ausdehnen und bestehende Altersgrenzen abschaffen
39 können.

40

41 **Jugendverbände stärker unterstützen**

42

43 Den Jugendverbänden – ob aus der „klassischen“ Jugendarbeit, Sport, Freizeit, sozial oder politisch
44 tätig oder kirchlich orientiert – kommt eine zentrale Rolle dabei zu, wenn es darum geht, jungen
45 Menschen die selbstbestimmte Gestaltung ihres Lebens zu ermöglichen. Sie leisten durch ihre
46 vielfältigen Strukturen entscheidende und vor allem umfassende Hilfe.

47

48 **Bayerisches Jugendprogramm auflegen und mit Leben füllen**

49

1 Konzeptionelle Grundlage der bayerischen Kinder- und Jugendpolitik ist das entsprechende
2 Jugendprogramm der Staatsregierung. Seit vielen Jahren drängt die SPD-Fraktion im Bayerischen
3 Landtag auf eine Fortschreibung des Jugendprogramms aus dem Jahre 1998 und einer
4 entsprechenden bedarfsgerechten finanziellen Ausstattung. Wir werden mit anderen Mehrheiten
5 endlich entsprechende Finanzmittel und Personalressourcen für die aktuellen und zukünftigen
6 Aufgaben der Jugendarbeit bereitstellen. Bislang stellt der Freistaat für so wichtige Themen wie die
7 Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund, zeitgemäße politische Bildung oder die
8 Zusammenarbeit von Jugendarbeit und Schule weder das nötige Geld noch das Personal zur
9 Verfügung. Wir hingegen werden

10
11 ... die Jugendverbandsarbeit finanziell deutlich besser ausstatten und dabei die massiven Kürzungen
12 seit 2004 und den Anstieg der Preise und Tariflöhne ausgleichen.

13 ... die Arbeit gegen sexuelle Gewalt dauerhaft im Kinder- und Jugendprogramm verankern.

14 ... in einem ersten Schritt das Programm gegen Rechtsextremismus des Bayerischen Jugendrings
15 stärken und langfristig ein Landesförderprogramm gegen Rechtsextremismus auflegen.

16
17 Bei der Mittelverteilung ist auch zu berücksichtigen, dass die formellen Mitgliedschaften bei
18 Jugendverbänden zurückgehen, die zu leistenden Aufgaben und die Beteiligung von
19 Nichtmitgliedern aber zunehmen. Dies ist bei der Mittelbereitstellung und -verteilung zu
20 berücksichtigen, unter anderem durch einen Sockelbeitrag bei der Mittelverteilung.

21
22 Wir sehen weitere notwendige Maßnahmen zur Stärkung der Jugendverbände in der verstärkten
23 Förderung von Räumen und Einrichtungen, in Mitarbeiterbildungsmaßnahmen sowie in der
24 Förderung von Fachkräften und funktionsfähigen Geschäftsstellen.

25

26 **Ehrenamtliche Arbeit junger Menschen fördern**

27

28 Wir wollen die ehrenamtliche Tätigkeit junger Menschen nicht nur in Jugendverbänden stärker
29 fördern. Wir werden eine Weiterentwicklung des Gesetzes zur Freistellung von Arbeitnehmern und
30 Arbeitnehmerinnen für Zwecke der Jugendarbeit sowie Sonderregelungen im öffentlichen Dienst
31 anstoßen. Wir werden die Möglichkeiten der Freistellung von Beruf, Studium und Schule verbessern,
32 im Bereich des Studiums unter anderem durch eine Berücksichtigung bei den Regelstudienzeiten.
33 Auch durch die Abschaffung der Studiengebühren, die angestrebten Verbesserungen in den Schulen
34 und die Förderung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze werden wir die Möglichkeiten für
35 ehrenamtliches Engagement verbessern.

36

37 **Förderung freiwilligen Engagements**

38

39 Freiwilliges und ehrenamtliches Engagement junger Menschen leistet einen wichtigen Beitrag zur
40 Gesellschaft. Es gibt gleichzeitig jungen Menschen die Möglichkeit, ihre Persönlichkeit
41 weiterzuentwickeln und wichtige Erfahrungen zu sammeln. Wir werden daher die
42 Freiwilligendienste wie das Freiwillige Soziale Jahr, das Freiwillige Ökologische Jahr und den
43 Bundesfreiwilligendienst weiter fördern und die Anerkennung solcher Tätigkeiten zum Beispiel in
44 Berufsausbildung oder Studium verbessern. Wir werden aber auch dafür Sorge tragen, dass durch die
45 Freiwilligendienste keine Verdrängung regulärer Beschäftigung erfolgt oder diese als Mittel der
46 Lohndrückung genutzt werden.

47

48 **Jugendarbeit und Ganztagschule Hand in Hand**

49

1 Wir werden die Jugendverbände als gleichberechtigte Partnern in die Entwicklung der
2 Ganztagschulen einbeziehen. Ziel ist es, Angebote der Jugendarbeit mit den Angeboten in
3 Ganztagschulen abzustimmen, ohne dass dies zur Einsparung von notwendigem pädagogischem
4 Personal führen darf. Die Angebote der Jugendverbände stellen eine notwendige Ergänzung der
5 schulischen Angebote dar.

6

7 **Selbstverwaltete Jugendzentren flächendeckend fördern**

8

9 Neben der Jugendverbandsarbeit muss aber der Raum für „ungebundene“, selbstbestimmte
10 Freizeitgestaltung junger Menschen geschaffen werden. Angesichts der immer engeren und
11 fremdbestimmter Gestaltung jungen Lebens müssen Räume für junge Menschen geschaffen werden,
12 die „zweckfrei“ sind. Wir werden daher im Dialog mit den Kommunen darauf hinwirken, dass
13 flächendeckend selbstverwaltete Jugendzentren oder vergleichbare Einrichtungen geschaffen
14 werden.

15

16 **Freizeitgestaltung im öffentlichen Raum**

17

18 Dabei darf es aber nicht zu einer Verdrängung der Freizeitgestaltung junger Menschen in
19 geschlossene Räume kommen. Junge Menschen haben das Recht, den öffentlichen Raum
20 gleichberechtigt mit allen anderen Nutzerinnen und Nutzer in Anspruch zu nehmen. Ferner werden
21 wir rechtlich für eine bessere rechtliche Absicherung von Kinder- und Jugendeinrichtungen, Spiel-
22 und Freizeitsportplätzen gegen Klagen wegen Lärmbelästigung der Anwohnerinnen und Anwohner
23 sorgen.

24

25 **Demokratische Teilhabe ermöglichen**

26

27 Junge Menschen müssen an politischen Entscheidungsprozessen teilhaben. Wir werden daher das
28 Wahlalter auf mindestens 16 Jahre absenken. Daneben werden wir Gremien installieren, in denen
29 noch nicht wahlberechtigte Jugendliche Einfluss auf Entscheidungen nehmen können: in den
30 Kommunen sind das Jugendparlamente, für die Landesebene bietet sich eine Schülerinnen- und
31 Schülervertretung sowie eine Auszubildendenvertretung mit allgemeinpolitischem Mandat an.

32

33 **Jungen Menschen auf Augenhöhe begegnen**

34

35 Demokratische Teilhabe junger Menschen muss aber über die formale Beteiligung hinausgehen. Wir
36 werden daher junge Menschen – unabhängig vom Wahlrecht – als gleichberechtigte Partnerinnen
37 und Partner verstehen, die das Recht haben, ihr Lebensumfeld aktiv mit zu gestalten. In diesem Sinne
38 sind junge Menschen selbstverständlich zum Beispiel in Planungsprozesse einzubeziehen. Sie
39 müssen Schulen und Hochschulen genauso wie Jugend- und Freizeiteinrichtungen nach ihren
40 Vorstellungen mitgestalten können. Dazu gehört eine demokratische Mitbestimmung in Schule und
41 Hochschule. Und notwendig ist auch, dass die Politik die notwendigen Ressourcen bereitstellt, damit
42 eine solche Mitbestimmung möglich ist. Wir werden das tun.

43

44 **Integration junger Migrantinnen und Migranten erleichtern**

45

46 Wir wollen gerade auch die Stellung junger Menschen mit Migrationshintergrund verbessern. Wir
47 werden eine Bundesratsinitiative starten, um die Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft zu
48 erleichtern. Auch die bisher restriktiven Aufenthaltsbedingungen vor allem von Flüchtlingen werden
49 wir erheblich verbessern und so gerade jungen Migrantinnen und Migranten die Integration in die
50 Gesellschaft ermöglichen.

1 **Integrationspolitik**

2 **Mittendrin statt parallel**

3 Deutschland ist ein Einwanderungsland. Das gleiche gilt auch für Bayern. Bayern ist ein offenes Land
4 mit einer offenen Gesellschaft. Kulturelle Vielfalt ist sein Markenzeichen. Schon heute haben fast 20
5 Prozent der bayerischen Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Jedes dritte Kind unter sechs
6 Jahren hat ausländische Wurzeln.

7
8 Es ist an der Zeit, diese gesellschaftliche Vielfalt anzuerkennen. Migrantinnen und Migranten sind ein
9 Teil unserer gemeinsamen Zukunft. Integration ist eine Chance und Herausforderung – für alle. Wir
10 wissen: Migrantinnen und Migranten sind ein Teil unserer gemeinsamen Zukunft. Sie bereichern
11 unser Land. Integriert zu sein, bedeutet, dazuzugehören.

12
13 Wir treten für eine Gesellschaft ein, die unterschiedliche Lebensentwürfe als Bereicherung empfindet
14 und Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus keinen Raum gibt. Integration ist eine
15 Chance und Herausforderung – für uns alle. Sie erfordert gleichen Respekt für unterschiedliche
16 Lebensformen, Werthaltungen und Religionen – also eine Kultur gleicher Anerkennung.

17
18 Ziel unserer Integrationspolitik ist, dass alle Menschen – unabhängig von ihrer Herkunft und
19 Hautfarbe – gleichberechtigt und aktiv am sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen
20 Leben teilnehmen können. Wir sorgen für eine gerechte Integrationspolitik und setzen uns dafür ein,
21 dass sich Menschen aus anderen Ländern in Bayern willkommen fühlen.

22
23 **Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung**

24
25 **... einen kostenlosen Kindergartenbesuch und die individuelle Förderung aller Kinder in der**
26 **Gemeinschaftsschule ermöglichen.**

27
28 **... die Zugangschancen zum Arbeitsmarkt für Jugendliche, aber auch für Frauen mit**
29 **Migrationshintergrund verbessern.**

30
31 **... ausländische Abschlüsse nach einem einheitlichen und unbürokratischen Verfahren anerkennen**
32 **und Studiengebühren abschaffen.**

33
34 **... das kommunale Wahlrecht auch nicht EU-Ausländerinnen und -Ausländer gewähren sowie die**
35 **doppelte Staatsbürgerschaft ermöglichen.**

36
37 **... ein Bleiberecht für langjährig geduldete Flüchtlinge und deren Familien schaffen.**

38
39
40
41 **Mittendrin statt parallel – für eine Willkommenskultur in Bayern**

42
43 Bayern profitierte schon immer von Zuwanderung und wird diese auch künftig benötigen. Die
44 erfolgreiche Integration der in Bayern lebenden Menschen mit Migrationshintergrund ist aus
45 wirtschaftlichen und demografischen Gründen eine der wichtigsten politischen Herausforderungen
46 von Gegenwart und Zukunft. Die gesellschaftliche Vielfalt und die ethnisch-religiöse Pluralität
47 brauchen Anerkennung und müssen auf Grundlage der **Bayerischen Verfassung** und des
48 Grundgesetzes gemeinsam gelebt werden.

49

1 **Bayerisches Integrationsgesetz**

2

3 Integration ist kein einseitiger Prozess, sondern braucht den Erfolgswillen auf beiden Seiten.
4 Voraussetzung für eine gelungene Integration sind klare Regeln und Zielsetzungen. Um die
5 Integrationspolitik auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen, haben wir in den bayerischen Landtag
6 ein Gesetz zur Unterstützung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund sowie zur
7 Weiterentwicklung der Bayerischen Verfassung eingebracht. Mit neuen Mehrheiten nach der Wahl
8 werden wir dieses Gesetz auch tatsächlich umsetzen.

9

10 **Chancen durch Bildung von Anfang an**

11

12 Integration braucht eine gemeinsame Sprache. Die Beherrschung der deutschen Sprache ist deshalb
13 von zentraler Bedeutung. Wir werden daher für eine Sprachförderung bereits in der Kita und im
14 Kindergarten in Deutsch und in der Muttersprache sorgen. Eine Kultur gleicher Anerkennung sollte
15 sich auch im Fremdsprachenunterricht der bayerischen Schulen niederschlagen. Wir wollen die
16 Kindergartengebühren abschaffen: Alle Kinder sollen somit einen Zugang zu frühkindlicher Bildung
17 bekommen. Wir sind uns sicher: Individuelle Förderung gelingt am besten in der
18 Gemeinschaftsschule, in der die Kinder länger gemeinsam lernen.

19

20 **Schulabschlüsse und Ausbildungsquote verbessern**

21

22 Noch immer verlassen in Bayern Menschen mit ausländischen Wurzeln unsere Schulen mit
23 schlechteren Abschlüssen und somit mit schlechteren Ausgangschancen. Von den ausländischen
24 Schulabgängerinnen und Schulabgänger aller Schularten in Bayern erreichen drei Mal so viele keinen
25 Schulabschluss wie deutsche Schülerinnen und Schüler. Der Anteil von Kindern mit
26 Migrationshintergrund an der Haupt-/Mittelschule liegt mit rund 60 Prozent mehr als doppelt so
27 hoch wie der von deutschen Schülerinnen und Schülern ohne Migrationshintergrund. Ebenso ist ihr
28 Anteil an Förderschulen doppelt so hoch wie der von deutschen Schülerinnen und Schülern ohne
29 Migrationshintergrund. Die Ausbildungsquote von Ausländerinnen und Ausländern ist nur halb so
30 hoch wie die der deutschen Jugendlichen. Dies zeigt: Die Schaffung gleicher Bildungschancen ist der
31 Schlüssel zur erfolgreichen Integration. Denkbar wäre hier zum Beispiel das Angebot eines
32 Sprachintensivierungsjahres.

33

34 **Wissenschaft und Kultur ohne Grenzen**

35

36 Bayerische Hochschulen und Forschungseinrichtungen müssen von der kulturellen Vielfalt ihrer
37 Hochschulfamilie künftig stärker profitieren. Wir werden sie daher moderner und internationaler
38 machen, damit sie im globalen Wettbewerb bestehen. Bayern versteht sich als weltoffen und
39 tolerant. Die bisherige Regierung verhält sich aber oft ganz anders. Es fehlt eine Willkommenskultur.
40 Einreise und Aufenthalt für Künstlerinnen und Künstler und von Wissenschaftlerinnen und
41 Wissenschaftler aus dem Ausland werden wir daher unbürokratischer regeln. Dazu zählt auch ein
42 besseres Anerkennungsverfahren der mitgebrachten akademischen und beruflichen Abschlüssen.
43 Damit Studierende aus dem Ausland nach Bayern kommen, werden wir mehr Stipendien und
44 Förderprogramme auflegen sowie mehr Wohnungen und besondere Studienangebote schaffen.
45 Bayern wird künftig mehr Anstrengungen unternehmen, um die hier gut ausgebildeten
46 ausländischen Absolventinnen und Absolventen im Land zu halten.

47

48

49

50

1 **Studiengebühren für alle abschaffen**

2

3 Wie von der SPD auf Bundesebene vorgeschlagen, fordern wir die Übernahme der Studienkosten für
4 ausländische Studierende durch den Bund. Die Studiengebühr ist für ausländische Studierende eine
5 besonders hohe Hürde, da sie als Ausländerinnen und Ausländer kaum etwas nebenher verdienen
6 dürfen – nicht genug, um 500 Euro pro Semester zu zahlen. Wir werden die Studiengebühren für alle
7 abschaffen und gegenfinanzieren.

8

9 **Gleichberechtigt auf dem Arbeitsmarkt**

10

11 Der künftige Wohlstand Bayerns hängt entscheidend davon ab, ob auch in Zukunft eine
12 ausreichende Anzahl von Fachkräften zur Verfügung stehen wird. Schon heute treten in Bayern
13 branchenspezifische und regionale Engpässe bei Stellenbesetzungen auf. Personen, die ihren
14 Studien- oder Berufsabschluss im Ausland erworben haben, gelingt es allerdings häufig nicht, in
15 Bayern in ihrem erlernten Beruf tätig zu werden. Viele arbeiten berufsfremd. Aus
16 arbeitsmarktpolitischer Perspektive bleibt damit ein erhebliches Qualifikations- und
17 Arbeitsmarktpotenzial ungenutzt. Wir werden daher auf Landesebene ein Gesetz zur Anerkennung
18 der im Ausland erworbenen Qualifikationen auf den Weg bringen. In diesem Landesgesetz wird dann
19 auch eine kontinuierliche Beratung sichergestellt und die Übernahme der Kosten bei (Teil-
20)Nachqualifikationen geregelt.

21

22 **Bayern kann nicht auf Hochqualifizierte verzichten**

23

24 Besonders Frauen mit Migrationshintergrund sind überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit und
25 Armut betroffen. Bayern kann es sich nicht leisten, auch nur auf einen einzigen qualifizierten
26 Menschen, egal aus welchem Kulturkreis, zu verzichten. Das betrifft nicht zuletzt Jugendliche aus
27 Migrantenfamilien. Beim Übergang von der Schule in den Beruf brauchen sie und ihre Eltern
28 besonders viel Unterstützung und eine ausführliche Beratung über Ausbildungsberufe und weitere
29 Bildungswege.

30

31 **Beratung ausbauen, Selbständigkeit fördern**

32

33 Die Beratungsstellen, insbesondere die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Agentur für Arbeit,
34 werden wir für die Beratung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Migrationshintergrund
35 besser schulen, damit sie deren Bedürfnisse und Probleme verstehen. Auch
36 Migrantenselbstorganisationen beraten und unterstützen hier wirkungsvoll. Sie brauchen aber
37 dringend mehr finanzielle und organisatorische Unterstützung, um professioneller zu arbeiten.
38 Migrantinnen und Migranten, die sich selbstständig machen wollen, brauchen eine professionelle
39 Beratung, auch in ihrer Muttersprache. Die zügige Anerkennung von ausländischen Abschlüssen und
40 eine qualifizierte Weiterbildung sind für Einwanderer oft die einzige Chance, um am Arbeitsmarkt
41 Fuß zu fassen. Die BayernSPD wird sich deshalb für einen bayerischen Weiterbildungspakt einsetzen,
42 zu dem einen Weiterbildungsfonds, Sprachförderung, Patenschafts- und Mentoringprogramme und
43 eine Imagekampagne für ausländische Qualifikationen gehören. Nicht zuletzt ist auch ein
44 flächendeckender Mindestlohn eine wirkungsvolle Integrationsmaßnahme.

45

46 **Der Doppelpass: ein Mensch, zwei Kulturen**

47

48 Wir werden eine Bundesinitiative starten, um den Doppelpass zu ermöglichen. Menschen, die schon
49 lange in Deutschland leben, sollen ohne den üblichen Hindernislauf durch die Behörden Deutsche
50 oder Deutscher werden dürfen. Derzeit sind es mindestens acht Jahre. Das ist zu lange. Außerdem

1 sollten es Sonderregeln zur früheren Einbürgerung geben. Einbürgerungswilligen muss es erlaubt
2 sein, ihren alten Pass zu behalten. Wer in Deutschland geboren ist und deshalb die deutsche
3 Staatsbürgerschaft besitzt, steht spätestens im Alter von 23 Jahren vor der Wahl zwischen dem
4 deutschen Pass und dem Pass der Eltern. Viele empfinden diese Optionspflicht als Zumutung, denn
5 sie fühlen sich beiden Kulturen zugehörig. Die doppelte Staatsbürgerschaft ist kein Zeichen von
6 Unentschlossenheit, sondern von der Bereitschaft, den Reichtum zweier Kulturen zu verbinden.
7

8 **Integrationskurse ja, Tests nein**

9
10 Die SPD fordert mehr Integrationskurse zur Vorbereitung auf die Einbürgerung. Derzeit gibt es zu
11 wenige, und die sind schlecht ausgestattet. Die Warteschlangen vor den Kursen sind lang, die
12 Unterrichtszeiten wenig flexibel. Außerdem werden wir die diskriminierenden Integrationstests
13 wieder abschaffen.
14

15 **Asyl ist Menschenrecht**

16
17 Wir machen eine menschenfreundliche Politik, keine Abschreckungspolitik. Menschen fliehen, weil
18 sie in der Heimat aus politischen Gründen um ihr Leben bangen müssen. In den
19 Erstaufnahmeeinrichtungen fehlt qualifiziertes Personal, um den besonderen Bedürfnissen von
20 Asylsuchenden gerecht zu werden. Es gibt zu wenig Ärztinnen und Ärzte und Psychologinnen und
21 Psychologen, zu wenig Juristinnen und Juristen und zu wenige Sozialarbeiterinnen und
22 Sozialarbeiter.
23

24 **Gemeinschaftsunterkünfte oft menschenunwürdig**

25
26 Die Gemeinschaftsunterkünfte sind oft in einem menschenunwürdigen Zustand und von der
27 örtlichen Gemeinschaft abgeschnitten. Die Unterbringung von mehreren Menschen
28 unterschiedlicher Herkunft, Religion, sexueller Identität und Tradition in kleinen Zimmern auf
29 engstem Raum führt häufig zu massiven Konflikten. Kein Flüchtling sollte dort länger als ein Jahr
30 wohnen. Familien und Kinder sowie traumatisierte Flüchtlinge müssen von Anfang an in
31 Wohnungen leben. Die Versorgung mit Lebensmittelpaketen verstößt gegen die Menschenwürde und
32 ist überdies viel zu teuer. Bayern hat dadurch deutschlandweit mit Abstand die höchsten Ausgaben
33 pro Kopf. Statt Essenspakete zu erhalten, sollen die Flüchtlinge sich selbst verpflegen können. Dafür
34 werden wir sorgen.
35

36 **Teilhabe für Asylbewerberinnen und Asylbewerber garantieren**

37
38 Das Bundesverfassungsgericht hat klar und deutlich entschieden, dass Asylbewerberinnen und
39 Asylbewerber Anspruch auf gesellschaftliche, kulturelle und politische Teilhabe haben. Das
40 Arbeitsverbot gehört abgeschafft, denn das Recht zu arbeiten ist ein Menschenrecht! Flüchtlinge
41 brauchen vom ersten Tag an Sprachkurse und Zugang zum Arbeitsmarkt und für ihre Kinder
42 brauchen sie den Zugang zu Kita und Schule. Insbesondere jungen Flüchtlingen muss es vom ersten
43 Tag an möglich sein, ohne bürokratische Hindernisse eine Ausbildung zu beginnen.
44

45 **Residenzpflicht aufheben, Initiativen unterstützen**

46
47 Die Residenzpflicht, die es Flüchtlingen verbietet, die Regierungsbezirksgrenze und die
48 Nachbarlandkreisgrenze zu überschreiten, werden wir aufheben. Die Möglichkeit, sich frei zu
49 bewegen, ist ein Menschenrecht. Außerdem ist die Residenzpflicht einmalig in der EU.
50

1 Sozialverbände und Flüchtlingsinitiativen brauchen mehr Geld, damit sie im Auftrag des Freistaates
2 beraten und unterstützen können.

3

4 **Integration beginnt in der Kommune**

5

6 Erfolgreiche Integration entscheidet sich vor Ort – in den Städten und Gemeinden. Migrantinnen und
7 Migranten leben seit Jahrzehnten in Kommunen und gestalten diese erfolgreich mit.

8 Dafür gibt es zahlreiche positive Beispiele. Ein besonders erfolgreicher Beitrag zur sozialen
9 Integration war das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“. Die jüngsten massiven
10 Kürzungen treffen vor allem die Stadtteile und Wohnbezirke mit den größten
11 Integrationsproblemen, wir werden daher hier gegensteuern.

12

13 **Sozialen Wohnungsbau und Beratungsstellen ausbauen**

14

15 Bayern muss den sozialen Wohnungsbau fördern. In den kommenden Jahrzehnten ziehen immer
16 mehr Menschen in die zentralen Regionen um Nürnberg, Augsburg und München. Migrantinnen und
17 Migranten brauchen Unterstützung im Alltag. Sie brauchen Informationen zur Rente und zur
18 Sozialhilfe, zur Pflegeversicherung und zur Gesundheitsvorsorge. Professionell lässt sich so eine
19 Beratung nur mit mehrsprachigen Beraterinnen und Berater leisten, die selbst einen
20 Migrationshintergrund haben.

21

22 **Wahlrecht und Integrationsbeauftragter**

23

24 Die erfolgreiche Integration von Menschen mit Migrationshintergrund muss ein Schwerpunkt
25 kommunaler Arbeit sein. Wer mitbestimmen darf, fühlt sich der Gemeinschaft verbunden. Auch
26 Migrantinnen und Migranten gehören in die Kommunalpolitik. EU-Ausländerinnen und –Ausländer
27 haben das kommunale Wahlrecht. Menschen, die nicht aus einem EU-Land kommen, sollten
28 ebenfalls auf allen kommunalen Ebenen wählen und für diese Funktionen auch gewählt werden
29 dürfen. In sämtlichen Gremien auf Landesebene, zum Beispiel in den Rundfunk- und den Medienrat
30 und in den Landesschulbeirat, werden wir stimmberechtigte Migrantinnen und Migranten berufen.
31 Ein Landesbeirat für Integrationsfragen soll den Landtag und die Staatsregierung beraten. Wir
32 werden einen unabhängigen Integrationsbeauftragten für Bayern ähnlich dem
33 Datenschutzbeauftragten installieren, der den Bayerischen Landtag unabhängig berät. Behörden als
34 Arbeitgeber werden sich für Menschen mit Migrationshintergrund öffnen.

35

36 **Gesundheitsversorgung als Grundrecht für alle**

37

38 Das medizinische Versorgungsrecht hat sich bisher noch nicht ausreichend auf die stetig wachsende
39 Zahl von Migrantinnen und Migranten eingestellt. Menschen aus anderen Kulturkreisen ist das
40 deutsche System oft nicht vertraut. Sprachprobleme kommen hinzu. In Sozial- und
41 Gesundheitsberufen müssen daher deutlich mehr Migrantinnen und Migranten arbeiten. Das
42 Personal für Krankenhäuser und Pflegeheime braucht interkulturelle Kompetenzen, da immer mehr
43 Migrantinnen und Migranten in Deutschland älter werden. Zwingend notwendig sind mehrsprachige
44 Informationsmaterialien. Krankenkassen sollten Migrantinnen und Migranten auch gezielt
45 ansprechen, um sie auf Vorsorge- und Präventionsprogramme hinzuweisen. Über
46 migrationspezifische Bedürfnisse ist auch zu wenig im Gesundheitssystem bekannt. Die Qualität
47 von speziellen Versorgungsangeboten für Migrantinnen und Migranten muss auf den neuesten
48 wissenschaftlichen Stand gebracht werden.

49

50 **Religion im Dialog schafft Vertrauen**

- 1 Der interkulturelle und religiöse Dialog über Werte und Grundsätze kann Brücken bauen und für
- 2 gegenseitiges Verstehen sorgen. Im Religions- und Islamunterricht lernen Kinder und Jugendliche
- 3 verschiedene Religionen und Weltanschauungen kennen. Muslimische Kinder werden künftig
- 4 islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache durch in Deutschland ausgebildete Lehrerinnen
- 5 und Lehrer erhalten.
- 6
- 7 Der Ethik-Unterricht an den Schulen hat die Aufgabe, das wechselseitige Verständnis für
- 8 unterschiedliche Lebensformen und Werte zu fördern. Er wird daher von uns auch im Hinblick auf
- 9 den interreligiösen Dialog aufgewertet.

1 **Religionsgemeinschaften und Freie Wohlfahrtspflege** 2 **Säulen der Gesellschaft**

3 Kirchen und Religionsgemeinschaften sind in Bayern wichtige Akteure der Zivilgesellschaft. Sie
4 verdienen staatliche Anerkennung und öffentliche Unterstützung. Bayern ist ein christlich geprägtes
5 Land, aber ebenso auch eine multireligiöse Gesellschaft, zu der auch unsere muslimischen
6 Mitbürgerinnen und Mitbürger gehören. Religionsfreiheit, religiöse Toleranz und gegenseitiger
7 Respekt sind uns wichtige Werte.

8 9 **Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung**

10

11 **... die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege besser fördern.**

12

13 **... die soziale Infrastruktur zusammen mit diesen Verbänden verbessern.**

14

15 **... die Selbsthilfe besser fördern und deren Landesarbeitsgemeinschaft besser ausstatten.**

16

17 **... die Bündnisse für Toleranz im ganzen Land fördern und unterstützen.**

18

19

20

21 **Leistung der christlichen Kirchen würdigen**

22

23 Die BayernSPD würdigt die Leistungen der christlichen Kirchen in Bayern, insbesondere ihren Beitrag
24 in der sozialen Arbeit, der Kinderbetreuung, der Familienhilfe, der Flüchtlingsarbeit und vieles mehr.
25 Wir wissen: Ohne kirchliches Engagement und den haupt- und ehrenamtlichen Einsatz zahlreicher
26 kirchlicher Organisationen und Verbände könnte die soziale Infrastruktur nicht aufrechterhalten
27 werden.

28

29 **Soziale Infrastruktur verbessern**

30

31 Wir bekennen uns zum Prinzip der Subsidiarität. Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege wollen
32 wir besser fördern und unterstützen. Gemeinsam mit den kommunalen und staatlichen
33 Institutionen gewährleisten sie ein breites Angebot an sozialen Diensten und Einrichtungen. Der
34 Bayerische Sozialbericht zeigt, dass an vielen Stellen die soziale Infrastruktur verbessert werden
35 muss. Gemeinsam mit der Freien Wohlfahrtspflege werden wir die notwendigen Maßnahmen
36 entwickeln und vorantreiben.

37

38 **Förderung der Selbsthilfe ausbauen**

39

40 Der Beitrag der Selbsthilfe in der Sozial- und Gesundheitspolitik ist lange Zeit unterschätzt worden.
41 Wir verstehen uns als Partner der Landesarbeitsgemeinschaft der Selbsthilfe in Bayern, die wir besser
42 ausstatten werden.

43

44 **Bündnisse für Toleranz unterstützen**

45

46 Wir begrüßen und unterstützen das Engagement des Bayerischen Bündnisses für Toleranz und der
47 örtlichen Bündnisse gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

48

1 **Gesundheitspolitik und Pflege**

2 **Gute Versorgung flächendeckend**

3 Gesund und unversehrt leben – das ist der Wunsch aller Menschen. Das Gesundheitssystem kann
4 trotz aller Prävention und vorsorge nicht alle Krankheiten verhindern, es kann aber dafür sorgen, dass
5 alle Menschen die bestmögliche Versorgung bekommen. Egal wie alt sie sind, egal wo sie leben und
6 egal wie viel Geld sie im Portemonnaie haben.

7
8 Eine sichere Gesundheitsversorgung und eine bedarfsgerechte Versorgung im Pflegebereich sollten
9 selbstverständlich sein. Und doch sind sie es vielerorts nicht. Gerade im ländlichen Raum ist die
10 wohnortnahe Versorgung in Gefahr. Immer mehr Menschen müssen immer weitere Wege zu Ärzten,
11 Krankenhäusern und Rehabilitationsmaßnahmen zurücklegen.

12
13 Am komplexen und von vielen widerstreitenden Interessen geprägten Gesundheitssystem haben
14 sich schon viele Minister die Zähne ausgebissen. Das ist für uns aber noch lange kein Grund, nicht mit
15 aller Macht für ein gerechteres System zu kämpfen.

16 **Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung**

17
18
19 **... für eine Bürgerversicherung eintreten, um die Zwei-Klassen-Medizin zu beenden.**

20
21 **... die wohnortnahe Gesundheitsversorgung mithilfe von Medizinischen Versorgungszentren und**
22 **Anreizen für Ärzte sicherstellen.**

23
24 **... die psychiatrische Versorgung in Bayern verbessern, vor allem in der Krisenintervention und der**
25 **Kinder- und Jugendpsychiatrie.**

26
27 **... für eine verlässliche Finanzierung der Krankenhäuser sorgen.**

28
29 **... eine leistungsgerechte Bezahlung für das pflegerische und ärztliche Personal in Krankenhäusern**
30 **durchsetzen.**

31
32 **... die Pflegesituation in Bayern verbessern und pflegende Angehörige besser unterstützen.**

33
34 **... die Gesundheitspolitik nach den Grundsätzen „Prävention vor Behandlung“ und „Rehabilitation**
35 **vor Pflege“ ausrichten.**

36
37 **... Schwerstkranken und sterbenden Menschen ein würdiges Leben bis zum Tod ermöglichen.**

38
39 **... den Altenpflegeberuf attraktiver gestalten und die Pflegeausbildung modernisieren.**

40 41 42 **Bürgerversicherung statt Zwei-Klassen-Medizin**

43
44 Die Finanzierung einer umfassenden Gesundheitsversorgung sowie einer menschenwürdigen Pflege
45 ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und der Solidarität in der gesamten Gesellschaft. Wir
46 werden daher aus Bayern eine Initiative für die Einführung einer Bürgerversicherung Gesundheit und
47 einer Bürgerversicherung Pflege starten. Dabei wollen wir zur gleich hohen Finanzierung durch
48 Arbeitnehmer und Arbeitgeber zurückkehren. Einkommensunabhängige Zusatzbeiträge
49 („Kopfpauschalen“) und eine Privatisierung des Lebensrisikos Pflege („Pflege-Bahr“) lehnen wir ab.

1 Wir wollen aber das System nicht von heute auf morgen komplett ändern: Alle neu zu versichernden
2 Bürgerinnen und Bürger werden automatisch zum Tarif der Bürgerversicherung versichert. Wer
3 bisher privat versichert ist, kann in einer Übergangszeit in den Bürgerversicherungstarif wechseln. An
4 der beitragsfreien Familienversicherung hält die Bürgerversicherung fest. Mit der Bürgerversicherung
5 beenden wir die zunehmende Zwei-Klassen-Medizin und stellen die Finanzierung von Gesundheit
6 und Pflege endlich auf ein solides Fundament.

7

8 **Wohnortnahe Gesundheitsversorgung**

9

10 Wir werden die wohnortnahe stationäre sowie ambulante haus- und fachärztlichen
11 Gesundheitsversorgung auch im ländlichen Raum und in strukturschwachen Regionen sicherstellen.
12 Unterversorgung droht in Bayern vor allem im hausärztlichen Bereich. Wir werden daher die
13 Hausärzte stärken und ihre Funktion als Lotsen im Gesundheitssystem ausbauen. Über eine
14 Bundesratsinitiative wollen wir dazu die von der Bundesregierung ausgehobelten Hausarztverträge
15 wieder stärken. Medizinische Versorgungszentren (MVZ) sind eine wertvolle Ergänzung zur
16 bestehenden ambulanten Versorgung. Eine Weiterentwicklung zu hausärztlichen
17 Versorgungszentren ist sinnvoll.

18

19 **Regionalen Bedarf ermitteln**

20

21 Die Nutzung arztentlastender Instrumente durch qualifiziertes Pflegepersonal bis hin zur
22 Telemedizin wollen wir vorantreiben. Die Bedarfsplanung wollen wir zur patientenorientierten
23 Versorgungsplanung weiterentwickeln, um so den regionalen Versorgungsbedarf im hausärztlichen,
24 fachärztlichen und psychotherapeutischen Bereich wirklichkeitsgetreu abbilden zu können. Zur
25 Einbeziehung regionaler Interessen sollen die Kommunen in jedem Fall am gemeinsamen
26 Landesgremium beteiligt sein.

27

28 Zum Abbau der Unterversorgung in strukturschwachen Regionen gehört andernorts der Abbau
29 bestehender Überversorgung zwingend dazu. Wir werden aber auch den Fokus verstärkt auf die
30 Nachwuchsgewinnung legen. Die von der Staatsregierung aufgelegten Förderprogramme sind nicht
31 wirkungsvoll genug. Wir werden darauf hinwirken, den Stellenwert der Allgemeinmedizin an den
32 Universitäten zu erhöhen, um Medizinstudierenden frühzeitig die zentrale Rolle und die Bedeutung
33 der hausärztlichen Versorgung vermitteln zu können. Die Einrichtung von weiteren Lehrstühlen für
34 Allgemeinmedizin an bayerischen Hochschulen ist ebenso notwendig wie die gezielte Förderung von
35 Weiterbildungsverbänden oder die Überarbeitung der Auswahlkriterien fürs Studium.

36

37 **Psychiatrische Versorgung verbessern**

38

39 Wir werden die psychiatrische Versorgung in Bayern verbessern, vor allem in der Krisenintervention
40 und der Kinder- und Jugendpsychiatrie.

41

42 **Verlässliche Finanzierung der Krankenhäuser**

43

44 Wir stehen für eine verlässliche und bedarfsgerechte Finanzierung der bayerischen Krankenhäuser
45 auch in Hinblick auf den ländlichen Raum. Hier sind Bund und Land gleichermaßen in
46 Verantwortung. Die drastischen Investitionskürzungen haben in den bayerischen Krankenhäusern
47 einen immensen Investitionsstau zu Folge. Dieser muss Stück für Stück abgebaut werden. Die von
48 Bundesgesundheitsminister Bahr eingeführte Kollektivhaftung der Krankenhäuser führt zu einer
49 Schwächung vor allem auch der Krankenhäuser der Regelversorgung und somit der Krankenhäuser

1 im ländlichen Raum. Über eine Bundesratsinitiative werden wir den Rechtszustand von 2009 wieder
2 herstellen.

3

4 **Gute Arbeitsbedingungen, bessere Bezahlung**

5

6 Wir setzen uns für gute Arbeitsbedingungen und eine leistungsgerechte Bezahlung für das
7 pflegerische und ärztliche Personal in Krankenhäusern ein. Einsparungen dürfen nicht zu Lasten der
8 Patienten und des Pflegepersonals gehen. Zugunsten einer qualitativ hochwertigen Versorgung
9 unterstützen wir Personalmindeststandards.

10

11 **Effizienter öffentlicher Gesundheitsdienst**

12

13 Zur wohnortnahen Gesundheitsversorgung gehört für uns auch ein effizienter öffentlicher
14 Gesundheitsdienst. Dieser muss nicht nur dringend personell gestärkt werden, damit er die
15 vielfältigen Aufgaben verantwortungsvoll wahrnehmen kann, sondern auch im Hinblick auf seine
16 Funktion als dritte Säule im Gesundheitswesen, neben Krankenhaus und ambulanter Versorgung,
17 weiterentwickelt werden.

18

19 **Für mehr Prävention und Rehabilitation**

20

21 Nach den Grundsätzen „Prävention vor Behandlung“ und „Rehabilitation vor Pflege“ werden
22 wir medizinische Früherkennungs- und Vorsorgeuntersuchungen ausbauen, die körperliche
23 und geistige Aktivität älterer Menschen durch wohnortnahe Präventionsangebote fördern und diese
24 Angebote über eine Bundesratsinitiative in einem Präventionsgesetz verbindlich regeln.

25

26 Vorsorge und Versorgung müssen miteinander verzahnt und in integrierte Versorgungskonzepte
27 systematisch eingebunden werden. Durch die Vernetzung von lokalen und regionalen
28 Gesundheitsangeboten in Bayern werden wir die Präventionsmaßnahmen stärken. Außerdem setzen
29 wir uns dafür ein, dass das Rehabilitationsbudget der Rentenversicherung entsprechend der älter
30 werdenden Gesellschaft steigt. Vermeidbare Erkrankungen zu vermeiden und Gesundheit
31 wiederherzustellen oder zu erhalten hilft den Menschen in Bayern, senkt die Kosten im
32 Gesundheitswesen und stärkt die wirtschaftliche Struktur unserer Heil- und Kurbäder.

33

34 **Gute Pflege in Bayern**

35

36 Der Bedarf an Pflegeleistungen wird in den nächsten Jahrzehnten deutlich steigen. Ohne beste
37 Rahmenbedingungen für pflegende Angehörige und anständige Bezahlung der Fachkräfte wird ein
38 Pflegenotstand nicht zu verhindern sein. Wir werden daher eine ganzheitliche, an der individuellen
39 Biographie und am Grad der Selbständigkeit orientierte, aktivierende und kultursensible Pflege
40 einführen. Die Bedürfnisse der Pflegebedürftigen werden dabei im Mittelpunkt stehen, nicht Ort und
41 zeitlicher Aufwand der Leistung. Deshalb werden wir alles dafür tun, dass die Empfehlungen des
42 Beirates zur Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs aus dem Jahre 2009 endlich umgesetzt
43 werden. Damit wird auch die zeitintensivere Betreuung von Demenzkranken endlich angemessen
44 berücksichtigt.

45

46 **Pflegende Angehörige besser unterstützen**

47

48 Wir werden in Bayern dafür sorgen, dass pflegende Angehörige besser unterstützt und entlastet
49 werden als bisher. Dafür werden wir wohnortnahe Beratungsstellen und ambulante Pflegedienste
50 stärker ausbauen und uns dafür einsetzen, dass gesetzliche Ansprüche auf Kurzzeit- und

1 Verhinderungspflege erhöht werden, damit pflegende Angehörige ihren Alltag bewältigen können.
2 Schließlich unterstützen wir die Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Pflege
3 zu Hause. Dazu gehören ein Freistellungsanspruch mit Lohnersatzzahlung und eine gesetzliche
4 Rückkehrgarantie an den alten Arbeitsplatz, aber auch die Berücksichtigung von Pflegezeiten bei der
5 Rentenberechnung und ein Anspruch auf ein flexibles Zeitbudget für die Pflege von Angehörigen.

6

7 **Würdiges Leben bis zuletzt**

8

9 Schwerstkranken und sterbenden Menschen ein würdiges Leben bis zum Tod zu ermöglichen und
10 ihnen beim Sterben zur Seite zu stehen, ist eine wichtige und verantwortungsvolle Aufgabe. Wir
11 werden deshalb in Bayern die Schaffung eines flächendeckenden Netzes von Hospizeinrichtungen
12 vorantreiben.

13

14 **Altenpflegeberuf attraktiver machen**

15

16 Wir werden in Bayern ab 2013 den Altenpflegeberuf attraktiver machen. Die Ausbildung wird
17 kostenfrei gestellt. Entsprechend werden wir in Bayern eine Ausbildungsumlage einführen. Wir
18 unterstützen eine der hohen Arbeitsbelastung und Verantwortung in der Pflege entsprechend
19 höhere Bezahlung der Fachberufe in der Altenpflege.

20

21 **Pflegeausbildung modernisieren**

22

23 Wir setzen uns für eine gemeinsame Pflegeausbildung ein, welche die Ausbildungen in der
24 Altenpflege, Gesundheits- und Krankenpflege sowie Gesundheits- und Kinderkrankenpflege vereint.
25 Ebenso wichtig ist uns die Förderung der akademischen Ausbildung, um die Attraktivität des
26 Pflegeberufs zu erhöhen, die Professionalisierung voranzutreiben und den gestiegenen
27 Anforderungen an die Qualität der Pflege gerecht zu werden.

28

29 **Organspende**

30

31 Die BayernSPD steht zur Organspende und setzt sich für eine umfassende Aufklärung der
32 Datenmanipulationen an bayerischen Transplantationszentren ein. Um den enormen
33 Vertrauensverlust in der Öffentlichkeit wiederherzustellen, wollen wir mehr Transparenz in dem
34 sensiblen Bereich der Organspende, veränderte Rahmenbedingungen und Konsequenzen bei
35 Fehlverhalten.

1 **Inklusion**

2 **„Nichts über uns ohne uns“**

3

4 Wir sagen ganz klar: Niemand darf wegen einer körperlichen, sensorischen, geistigen oder seelischen
5 Beeinträchtigung oder Behinderung, wegen seines Geschlechtes, seiner ethnischen Herkunft oder
6 seiner kulturellen oder religiösen Identität von der gleichberechtigten, selbstständigen und
7 selbstbestimmten Teilhabe am Leben der Gesellschaft ausgegrenzt werden. Das verlangt die
8 Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen, die seit März 2009 in Deutschland
9 verbindliches Recht ist. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fühlen uns den Zielen dieser
10 Konvention verpflichtet – ohne wenn und aber.

11

12 **Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung**

13

14 **... Barrieren im öffentlichen Verkehr, im Wohnraum, am Arbeitsplatz, in Kultur- und**
15 **Freizeiteinrichtungen Schritt für Schritt beseitigen.**

16

17 **... den Ausbau inklusiver Bildungseinrichtungen von der Kindergruppe bis zur beruflichen Aus- und**
18 **Weiterbildung voranbringen.**

19

20 **... für sonderpädagogisch ausreichend qualifiziertes Personal sorgen. Denn nur so kann individuelle**
21 **Förderung gewährleistet werden.**

22

23 **... den Ausbau der inklusiven Hochschule für alle und die berufliche Ausbildung und Eingliederung**
24 **stärker fördern.**

25

26 **... neue Berufsbilder schaffen und anerkennen und die beschützenden Werkstätten erhalten.**

27

28 **... eine barrierefreie Kommunikation, die Teilhabe am sozialen, kulturellen und politischen Leben**
29 **aller Menschen ermöglichen und sich für eine Gesellschaft der Gemeinsamkeit und ohne**
30 **Berührungsgängste einsetzen.**

31

32

33 **Inklusive Gesellschaft gestalten – „Nichts über uns ohne uns“**

34

35 Es ist normal, verschieden zu sein. Eine moderne Gesellschaft ist gekennzeichnet durch die Vielfalt
36 ihrer Mitglieder. Wir wollen alles dafür tun, dass die gesetzlichen und gesellschaftlichen
37 Rahmenbedingungen geschaffen werden, um diese Vielfalt zu ermöglichen. Eine große
38 Herausforderung für jede Landesregierung ist die Umsetzung des Artikels 24 der UN-
39 Behindertenrechtskonvention. Gefordert wird dort, künftig inklusive Bildungseinrichtungen
40 vorzuhalten. Seit über 40 Jahren werden in Bayern Kinder und Jugendliche mit Behinderung in
41 speziellen Einrichtungen gefördert. Viele Eltern schätzen diese Förderorte für ihre Kinder. Wichtig ist,
42 dass die Eltern für ihre Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen ein echtes Wahlrecht
43 bekommen. Die Förderzentren bedeuten oft aber auch, dass Kinder ihr soziales Umfeld verlassen und
44 weite Fahrwege auf sich nehmen müssen. Förderzentren sollten zukünftig als Kompetenzzentren
45 dienen, die Eltern, Pädagogen und Berater für berufliche Themen in ihrer Arbeit unterstützen, sie
46 sollen nicht mehr als Bildungseinrichtung die Regel sein.

47

48

49

50

1 **Inklusive Bildungseinrichtungen**

2

3 Im frühkindlichen Bereich finden sich bereits gute Ansätze, die wir weiter ausbauen werden. Die
4 inklusive Bildung stützt Kinder beim Entwickeln einer eigenen Persönlichkeit innerhalb einer
5 Altersgruppe. Sie gelingt in den Kindertagesstätten allerdings nur, wenn gut ausgebildetes
6 pädagogisches Personal in ausreichender Zahl vorhanden ist. Verlässliche Strukturen sorgen für ein
7 spielerisches und soziales Lernen mit allen Sinnen unter dem Leitbild der individuellen Förderung.
8 Basis hierbei sind fachlich qualifizierte, individuell abgestimmte Förder- und Therapieangebote.
9 Diese Entwicklungsphase, in der die Persönlichkeit eines Menschen maßgeblich geprägt wird, kann
10 Berührungspunkte zwischen Kindern mit und ohne Behinderung abbauen.

11

12 **Schulen fit machen für Inklusion**

13

14 Die allgemeinen Schulen fit für die Inklusion zu machen wird eine große Kraftanstrengung, ein
15 gewaltiges Umdenken und auch den Einsatz erheblicher finanzieller Mittel erfordern. Die
16 Klassengrößen müssen angemessen sein, daher muss der Klassenteiler heruntergesetzt werden. Die
17 Lehrkräfte der allgemeinen Schulen müssen im täglichen Unterricht professionelle Unterstützung
18 durch Kolleginnen und Kollegen aus den Förderschulen, aber auch durch weiteres pädagogisches
19 Personal wie Sozial- und Heilpädagogen oder Förderlehrkräfte bekommen. Wann immer fachlich
20 geboten, müssen Tandemlösungen realisiert werden.

21

22 **Rücksicht auf jedes Kind nehmen**

23

24 Die inklusive Schule ist eine Schule mit einem Unterricht, der Rücksicht auf die Talente und
25 Bedürfnisse jedes einzelnen Kindes nimmt, den Kindern Mut macht und ihnen Selbstvertrauen
26 vermittelt. Der Grundsatz muss heißen: Die Schule passt sich dem Kind an, nicht das Kind der Schule!
27 Basis für die notwendige individuelle Förderung wie auch für individuelle Leistungsbewertung sind
28 gut ausgebildete Lehrkräfte. Sie müssen künftig entsprechend an den Hochschulen ausgebildet
29 werden bzw. müssen qualifizierte Fortbildungsangebote erhalten, so dass sie den jeweiligen
30 Förderbedarf feststellen und entsprechende Förderpläne erstellen können. Damit sich das
31 pädagogische Personal entsprechend koordinieren kann, müssen ausreichende Zeitressourcen zur
32 Verfügung gestellt werden.

33

34 **Inklusion auch in der Berufswelt**

35

36 Inklusion darf am Ende der Schulausbildung aber nicht aufhören. Der Weg in die Berufswelt, aber
37 auch eine Hochschule für alle müssen inklusiv gestaltet werden. Dazu braucht es Mut, auch neue
38 Wege zu suchen und zu beschreiten. Wir haben diesen Mut und den politischen Willen, dies auch
39 umzusetzen.

40

41 Die berufliche Ausbildung hat zum Ziel, den jungen Menschen Perspektiven für ein eigenständiges,
42 selbstbestimmtes Leben zu geben. Deswegen werden wir möglichst vielen Schülerinnen und
43 Schülern mit Behinderungen einen anerkannten Abschluss ermöglichen und dabei den Erwerb von
44 Grundfertigkeiten fördern. Damit die berufliche Ausbildung den Weg der Inklusion mit beschreitet,
45 braucht sie förderpädagogische und sozialpädagogische Unterstützung, speziell geschulte Ausbilder,
46 spezielle Arbeitsplätze, technische Ausstattung und persönliche Assistenz, die der Behinderung
47 entsprechen. Ziel muss es sein, dass jedem Menschen der Zugang in die reguläre Erwerbsarbeit
48 ermöglicht wird. Eine Behinderung darf hier keinen Nachteil darstellen.

49

50

1 **Die inklusive Hochschule**

2

3 Die inklusive Hochschule und Forschung ermöglichen den Studierenden mit Behinderung die
4 normale Teilnahme am Lerngeschehen. Die Gebäude müssen barrierefreie Zugänge haben und bei
5 Bedarf spezielle Unterstützungssysteme bereit halten. Wir werden darüber hinaus Lehrstühle für
6 inklusive Forschung einrichten und Hochschulen so handlungsstark machen, dass sie in Einzelfällen
7 spezifische personelle und oder technische Assistenzkräfte einsetzen, um inklusives Studieren zu
8 ermöglichen.

9

10 **Das Ziel: ein selbständiges und unabhängiges Leben**

11

12 Die inklusive berufliche Aus- und Weiterbildung sowie das lebensbegleitende Lernen legen die
13 Grundlage für ein selbstständiges und unabhängiges Leben und ermöglichen somit eine anerkannte
14 berufliche Qualifikation. Bei vielen Menschen tritt der Grad einer Behinderung erst im Laufe ihres
15 Erwerbslebens ein. Für diese bereits berufstätigen Menschen sind vor allem eine qualifizierte
16 Umschulung sowie das Schaffen und die Anerkennung neuer Berufsbilder wie beispielsweise die
17 Assistenz für Inklusion an Schulen erforderlich.

18

19 Da nur anerkannte Berufsbilder förderfähig sind, sehen wir eine Zertifizierung neuer Berufe als
20 wichtige Eingliederungshilfe in den Arbeitsmarkt an. So kann beispielsweise eine blinde Frau sich zur
21 Medizinischen Tastuntersucherin ausbilden lassen und ihren guten Tastsinn für die Früherkennung
22 von Brustkrebs nutzen. Hier sehen wir es als unerlässlich an, dass die Zusammenarbeit staatlicher
23 Stellen mit der Wirtschaft und den Betroffenen verbessert wird. Eine professionelle Beratung für die
24 Unternehmen wie auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird daher aufgebaut.
25 Zusätzlich werden wir aber nicht auf die Anerkennung und finanzielle Absicherung der
26 beschützenden Werkstätten durch das Arbeitsamt bzw. die ARGE verzichten.

27

28 **Barrierefreiheit – auch in den Köpfen**

29

30 Barrieren verhindern Zugänge und schaffen somit Ausgrenzung. Größer als die tatsächlich
31 wahrnehmbaren Barrieren und Hindernisse sind für Menschen mit Behinderungen oftmals die
32 Barrieren in den Köpfen ihrer Mitmenschen. Mangelnde Achtung und Aufmerksamkeit schränken das
33 gemeinsame Miteinander ein. Eine inklusive Gesellschaft überwindet diese Grenzen und steht für
34 grenzenlose Teilhabe. Daran wollen wir arbeiten.

35

36 **Barrierefreie Mobilität umsetzen**

37

38 Menschen mit Behinderungen sehen sich täglich in allen Lebensbereichen, in der eigenen Wohnung,
39 im öffentlichen Verkehrsraum, beim Einkaufen, im Öffentlichen Personenverkehr, beim Zugang zu
40 öffentlichen Gebäuden, bei der Nutzung der modernen Informations- und
41 Kommunikationstechnologie, bei der gleichberechtigten Teilhabe am sozialen, kulturellen und
42 politischen Leben Barrieren gegenüber. Um barrierefreie Mobilität tatsächlich umzusetzen, brauchen
43 wir

44

45 ... öffentliche Verkehrsräume (Verkehrsmittel, Straßen, Plätze, Grünanlagen, öffentliche Gebäude
46 und Einrichtungen sowie im gewerbliche Gebäude usw.) ohne Hindernisse.

47

48 ... die Berücksichtigung vorhandener Normen (DIN 18040) beim privaten und öffentlichen
49 Wohnraum, bei Neubauten wie bei Sanierungsmaßnahmen.

50

1 ... entsprechende Hilfsmittel, die zeitnah und überall dort, wo sie gebraucht werden, in Anspruch
2 genommen werden können.

3
4 ... Angebote, die auch Menschen mit Behinderungen das Reisen und den Zugang zum Kultur-, Sport-
5 und Freizeitbereich problemlos ermöglichen.

6

7 **Barrierefreie Information und Kommunikation**

8

9 Barrierefreie Information und Kommunikation ist unserem Verständnis nach der Zugang und die
10 Nutzbarkeit der Neuen Medien, Internet, Handy, soziale Netzwerke usw. für alle (universales Design).
11 Damit dies nicht Menschen mit geistigen, Sinnes- oder körperlichen Beeinträchtigungen verwehrt
12 bleibt, müssen wir Informationen auch in leichter Sprache und Gebärdensprache für Menschen mit
13 unterschiedlichen Behinderungen anbieten. Auch müssen wir endlich Strukturen und Angebote für
14 eine aktive Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben der Gesellschaft –
15 beispielsweise durch ein Beratungsnetzwerk – schaffen. Grundlage hierfür ist es, in allen Bereichen
16 einen einfachen und unbürokratischen Zugang zu modernen technischen Hilfsmitteln
17 sicherzustellen.

18

19 **Teilhabe statt Ausgrenzung – eine Chance für unsere Gesellschaft**

20

21 Trotz bestehender rechtlicher Regelungen erleben Menschen mit Behinderung Ausgrenzungen und
22 Diskriminierungen im öffentlichen Verkehrsraum, im Wohnbereich, bei der Kommunikation, bei
23 Banken und Versicherungen und im kulturellen und politischen Leben. Diese Hürden trennen diese
24 Menschen – oftmals von den nicht Betroffenen unbemerkt – von einem inklusiven
25 Gesellschaftsverständnis und schaffen Teilung statt Teilhabe.

26

27 **Ein Bayern aller Talente schaffen**

28

29 Eine zukunftsorientierte Gesellschaft kann es sich aber nicht leisten, die Talente und Potenziale
30 seiner Mitglieder zu vernachlässigen. Jeder Mensch gestaltet in seiner Einzigartigkeit, mit seinen
31 Handicaps und Beeinträchtigungen, aber eben auch mit seinen Begabungen aktiv die Gesellschaft
32 mit. Chancen zu aktiver Teilhabe für jeden einzelnen zu schaffen heißt für uns, eine neue Chance für
33 unsere Gesellschaft im Ganzen zu schaffen. Wir müssen in allen Bereichen der Gesellschaft
34 Berührungspunkte durch gemeinsame Arbeit, Erlebnisse und Aktivitäten abbauen. Nur so gestalten
35 wir ein gemeinsames Bayern aller Talente.

36

37 Ein zentraler Partner auf dem Weg zur inklusiven Gesellschaft sind dabei die Kommunen mit ihren
38 vielfältigen Aufgaben in der Daseinsvorsorge. Dabei werden wir die Kommunen aktiv unterstützen
39 und auch finanziell nicht im Regen stehen lassen. Den Grundsatz der Konnexität bei der Übertragung
40 neuer Aufgaben durch den Freistaat nehmen wir auch hier ernst.

41

42 **Aufklärung verbessern**

43

44 Der erste Schritt zu einer inklusiven Gesellschaft ist die Aufklärung und Mobilisierung aller
45 Bürgerinnen und Bürger. Wir müssen für Verständnis und Beteiligung werben, um anschließend in
46 einem klaren, bayrischen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention die
47 Weichen für die Zukunft zu stellen. In einer inklusiven Zukunft wird es Möglichkeiten für alle
48 Menschen geben, mit eigener Stimme zu sprechen und eigene Entscheidungen zu treffen. Jeder wird
49 alle Chancen und Möglichkeiten haben, entsprechend den eigenen Fähigkeiten, Fertigkeiten und

1 Kompetenzen, um für sich selbst zu sorgen und selbstständig und selbstbestimmt über die eigene
2 Lebensgestaltung zu entscheiden.

3

4 **Frauen mit Behinderungen besonders unterstützen**

5

6 Frauen mit Behinderungen sehen sich nicht selten auch hierzulande mehrfacher Diskriminierung
7 ausgesetzt: sei es bei der beruflichen Eingliederung, sei es im privaten oder öffentlichen Bereich. Sie
8 bei der Wahrnehmung ihrer Menschenrechte zu unterstützen sieht die SPD als eine besondere
9 gesellschaftliche Aufgabe und Herausforderung an.

10

1 **Sportpolitik**

2 **Politik für das Sportland Bayern**

3 Der Sport ist die größte Bürgerbewegung in Bayern. Sport hat eine herausragende
4 gesellschaftspolitische Bedeutung. Wir wissen: Sport ist eine wichtige Möglichkeit der Begegnung, ist
5 Mittel zur Verständigung und Chance für gemeinsame Erlebnisse. Im Sport begegnen sich täglich
6 Menschen unterschiedlichen Geschlechts, ethnischer Herkunft, kultureller oder religiöser Identität,
7 sowie Menschen mit und ohne Behinderung. Die BayernSPD sieht den Sport als wichtiges
8 Bildungselement, als Möglichkeit zur Vermittlung gesellschaftlich relevanter Werte und als
9 Gesundheitsprävention.

10

11 In Bayern engagieren sich unzählige Bürgerinnen und Bürger aktiv im und für den Sport und leisten
12 dort wichtige Stunden ehrenamtlicher Arbeit. Diese Menschen werden wir stärker als bisher
13 unterstützen.

14

15 Sport und Sportvereine sind bedeutende Lernorte für Kinder und Jugendliche. Sie vermitteln
16 gesamtgesellschaftlich gültige Werte und eröffnen die Möglichkeit, Grenzen auszuloten und
17 Selbstbewusstsein zu stärken. Da Sportvereine von der aktiven Beteiligung ihrer Mitglieder leben,
18 sind sie als Schulen der Demokratie zu sehen. Kein Bürger darf in Bayern von Sportangeboten
19 ausgeschlossen werden.

20

21 **Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung**

22

23 **... die Vereine unterstützen, die in die Gewinnung neuer Mitglieder und in die Ausbildung der**
24 **Übungsleiter investieren. Dazu braucht es eine Vereinspauschale von 30 Cent pro Fördereinheit.**

25

26 **... im Bereich der Gesundheitsprävention die Zusammenarbeit von Sportvereinen mit Schulen,**
27 **Firmen und mit Einrichtungen für ältere Menschen fördern.**

28

29 **... für alle Schulformen drei Sportstunden pro Woche einführen.**

30

31 **... Schulschwimmen für jede Schule durch die Investition in Schwimmbäder ermöglichen.**

32

33 **... ein Sonderinvestitionsprogramm von 10 Millionen Euro auflegen, um den vereinseigenen**
34 **Sportstättenbau zu fördern.**

35

36 **... die Wartezeit und Zwischenfinanzierung für Vereine verlässlich auf durchschnittlich drei Jahre**
37 **verkürzen.**

38

39 **... sich als Partner der Kommunen für die flächendeckende Realisierung von Sportstätten einsetzen,**
40 **um auch Sport außerhalb des Vereins zu fördern.**

41

42 **... das ehrenamtliche Engagement endlich angemessen fördern.**

43

44

45 **Vereine unterstützen**

46

47 Wir sehen den Breitensport in Bayern als gesamtgesellschaftliche Aufgabe an. Rehabilitationssport,
48 Schul- und Betriebssport, Vereinssport und die kommunalen Sportstätten müssen entsprechend
49 gefördert werden.

1 Wir werden daher Vereine besonders unterstützen, die in die Gewinnung neuer Mitglieder sowie in
2 die Ausbildung ihrer Übungsleiter investieren. Außerdem werden wir Vereine fördern, die junge
3 Talente sichten und trainieren, die dann in den Leistungssport wechseln. Im Sportverein wird
4 ehrenamtliches Engagement gefördert, Verantwortungsbewusstsein und Leistungsbereitschaft
5 werden gerade jungen Mitgliedern vermittelt. Diese Fähigkeiten sehen wir als wichtigen Bestandteil
6 der Bildungsarbeit an, die auch angemessen honoriert werden muss.

7

8 **Sport und Integration**

9

10 Sport hat außerdem eine hohe Bedeutung für die Integration. Seit dem Jahr 1989 führt der deutsche
11 Sport das Programm „Integration durch Sport“ durch und leistet damit einen wesentlichen Beitrag
12 auch zur Einbindung von Migrantinnen und Migranten.

13

14 Sport fördert die Teilhabe von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben.
15 Gemeinsames Training baut Barrieren ab und schafft Erfolgserlebnisse. Im Sport erfahren Menschen
16 jeglichen Alters, dass sie sich gegenseitig unterstützen können und dass sie durch kontinuierliches
17 Training selbstständiger und selbstbewusster werden. Wichtig dabei ist, dass Sportstätten,
18 Vereinsangebote und Weiterbildungsmaßnahmen für Übungsleiter und Trainer barrierefrei werden.
19 Zudem müssen nicht nur die Sportstätte, sondern auch die sanitären Einrichtungen für alle Sportler
20 benutzbar sein. Kein Mensch darf aufgrund seiner besonderen Bedürfnisse von
21 Bewegungsangeboten ausgeschlossen werden. Die hierfür erforderlichen Umbaumaßnahmen
22 werden wir fördern.

23

24 **Gesundheitsvorsorge stärken**

25

26 Sport hat eine wichtige Bedeutung für den Bereich der Gesundheitsvorsorge. In Deutschland haben
27 immer mehr Kinder und Erwachsene Probleme mit Übergewicht, mit Rückenbeschwerden oder mit
28 chronischen Schmerzen. Die Zusammenarbeit von Sportvereinen mit Firmen, Schulen und mit
29 Einrichtungen für ältere Menschen ist für die Prävention ein hilfreiches Element. Daher werden wir
30 diese Zusammenarbeit fördern und mit wissenschaftlicher Begleitung unterstützen. Außerdem
31 kommt dem Sport eine erhebliche Bedeutung in der Gewalt- Alkohol- und Drogenprävention zu.

32

33 **Die Bedeutung des Schulsports**

34

35 Ein wichtiger Baustein in der Bildungsarbeit ist außerdem der Schulsport. Sport fällt in der Schule
36 immer noch viel zu oft aus. Die tatsächlich erteilten Sportstunden liegen in Gymnasien und
37 Realschulen mit insgesamt 600.000 Schülerinnen und Schülern durchschnittlich bei 2,6 und 2,2
38 Schulstunden und nicht bei den von allen Fachleuten empfohlenen drei Stunden. Unser Ziel ist es,
39 dass allen Schülerinnen und Schülern drei Schulstunden qualifizierter Sportunterricht in der Woche
40 erteilt wird. Wir werden dem Unterrichtsausfall im Fach Sport genauso ernsthaft entgegenwirken
41 wie in allen anderen Fächern.

42

43 **Fundierte Ausbildung für Lehrkräfte**

44

45 Außerdem sind wir überzeugt davon, dass jede Lehrkraft, die Sport unterrichtet, auch eine fundierte
46 Ausbildung, bzw. eine Nachqualifikation haben muss. Den Sport sehen wir als wichtiges Element
47 einer ganzheitlichen Bildung an. Bewegung fördert die Aufnahmefähigkeit von Lerninhalten.
48 Außerdem werden Fairness, Teamgeist und Durchsetzungsfähigkeit als wichtige Kompetenzen
49 trainiert.

50

1 **Sport und Ganztagschule passen zusammen**

2

3 In Bayern gibt es immer mehr Ganztagschulen. Gerade für diese Schulen ist das Kooperationsmodell
4 „Sport nach 1 in Schule und Verein“ mit über 3.700 Kooperationen zwischen Schulen und
5 Sportvereinen im laufenden Schuljahr ein wichtiges Bildungselement. Der Ausbau dieses Sport- und
6 Bewegungsangebots durch Vereine kann jedoch aufgrund fehlender Übungsleiterinnen und
7 Übungsleiter kaum noch ehrenamtlich gewährleistet werden. Daher ist es eine wichtige Aufgabe der
8 Politik, gemeinsam mit den Vereinen Lösungen zu erarbeiten. Wir werden aber auch die Vereine, die
9 in Schulen Sportangebote zur Verfügung stellen, finanziell besser unterstützen.

10

11 Weiterhin werden wir das Zusammenspiel von Schule und Verein dadurch verbessern, indem wir es
12 Jugendlichen ermöglichen, sich in den Schulen als Übungsleiter ausbilden lassen zu können.

13

14 **Sport und Inklusion**

15

16 Da die Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit einer Behinderung eine hohe Bedeutung in der
17 Bildungspolitik hat, werden wir die Aus- und Weiterbildung der Sportlehrerinnen und Sportlehrer um
18 förderpädagogische Elemente ergänzen.

19

20 **Jedes Kind soll Schwimmen lernen**

21

22 Laut einer Studie der DLRG ist jeder dritte Schulabgänger „nicht schwimmfähig“. Problematisch ist,
23 dass den Schulen nicht genügend Schwimmbäder zur Verfügung stehen. Wir werden daher dafür
24 sorgen, dass jedes Kind mit Verlassen der Grundschule schwimmen kann und werden daher das
25 Schulschwimmen in Kooperation mit Kommunen und Vereinen fördern.

26

27 Seit 1995 wurden in Bayern 142 kommunale Bäder geschlossen, darunter 69 Hallenbäder, 45
28 Schulschwimmbäder und 28 Freibäder. Weitere 34 Bäder wurden in sogenannte Spaßbäder
29 umgewandelt. Das darf nicht so weiter gehen. Wir unterstützen daher den Beschluss des
30 Finanzausschusses des Bayerischen Städtetages, wonach die Möglichkeiten der Förderung nach
31 Artikel 10 FAG (Schulschwimmen) verbessert werden müssen. Ein Sonderförderprogramm nur für
32 Investitions- und Sanierungsmaßnahmen greift zu kurz.

33

34 **Vereinssport**

35

36 12.100 Vereine mit fast 4,4 Millionen Mitgliedern sind im Bayerischen Landes-Sportverband
37 organisiert, außerdem sind 500.000 Schützen Mitglied des Bayerischen Sportschützenbund e.V. Der
38 Freistaat Bayern gab im Jahr 2001 noch 52 Millionen Euro für außerschulischen Sport aus, im Jahr
39 2010 waren es nur noch 42 Millionen und im Doppelhaushalt 2013/2014 sind es jetzt nur jeweils ca. 45
40 Millionen. Wir werden die Vereine beim Ausbau von Sportstätten stärker durch den Freistaat
41 unterstützen.

42

43 **Fördergelder erhöhen und zeitnah auszahlen**

44

45 Bei den Investitionen in den vereinseigenen Sportstättenbau sind die Mittel stetig abgesenkt
46 worden: 2001 20 Millionen, 2010 9,5 Millionen. Das hat unter anderem dazu geführt, dass die
47 Wartezeiten auf die Fördergelder im Jahr 2010 zwischen dreieinhalb und acht Jahren lagen, die die
48 Vereine zwischenfinanzieren mussten. Wir werden daher ein weiteres Sonderinvestitionsprogramm
49 in Höhe von zehn Millionen Euro auflegen, um das Problem der Wartezeiten und
50 Zwischenfinanzierung nachhaltig zu lösen.

1 **Vereinspauschale erhöhen**

2

3 Deshalb haben wir diese Forderung bereits in einem entsprechenden Haushaltsantrag für das Jahr
4 2013 formuliert: Ab dem Jahr 2014 muss eine jährliche Summe von 12 Millionen Euro dauerhaft
5 gewährleisten, dass die Anträge der Vereine zeitnah mit einer Wartezeit von maximal drei Jahren zu
6 finanzieren sind. Dies entspräche dann auch der einstimmigen Beschlusslage des Landessportbeirats.

7

8 Bei der Vereinspauschale treten wir dafür ein, dass die Mittel so erhöht werden, dass der Wert der
9 Fördereinheit 30 Cent beträgt.

10

11 **Förderung kommunaler Sportstätten**

12

13 Kommunale Sportstätten ermöglichen sportliche Betätigung außerhalb von Verein und Schule. Die
14 Streichung der Förderung kommunaler Sportstätten gem. Artikel 10 FAG hat zum einen den Druck
15 auf die Vereine erhöht, selbst Sportstätten zu errichten, zum anderen hat es bei den Kommunen
16 finanzielle Probleme bei der Sanierung und Errichtung ihrer eigenen Sportstätten erzeugt. Daher
17 wird die BayernSPD hier gegensteuern und gezielt als Partner der Kommunen dafür sorgen, dass die
18 notwendigen kommunalen Sportstätten in den nächsten Jahren flächendeckend realisiert werden.

19

20 **Bedeutung des Leistungssports**

21

22 Eine wichtige Bedeutung hat in Bayern außerdem der Leistungssport. Fairer Sport hat eine
23 Vorbildfunktion in der Gesellschaft. Die Sportlerinnen und Sportler stehen mit ihren Leistungen auf
24 nationaler und internationaler Ebene für gesellschaftliche Werte. Eine flächendeckende
25 Talentförderung ist eine zentrale Forderung der BayernSPD. Nur mit der Investition in den
26 Nachwuchs können Medaillen gewonnen werden. Das Training der Athletinnen und Athleten kann in
27 zentralen Leistungszentren optimal begleitet werden. Daher werden wir die Investition in
28 Leistungszentren und die Ausbildung qualifizierter Trainerinnen und Trainer verstärken. Ein
29 wichtiger Teil dieser Förderung ist vor allem die Investition in die duale Karriere von Athletinnen und
30 Athleten, das heißt der Ausbau von Aus- und Weiterbildungsangeboten während oder nach der
31 Sportkarriere.

1 **Europapolitik**

2 **Denn Bayern ist mittendrin**

3 Bayern ist die größte Region im Herzen Europas. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten
4 wissen: Bayern kann nur mit Europa und nicht gegen Europa erfolgreich sein, denn Bayern ist ein
5 großer Profiteur des europäischen Binnenmarkts und des Euro. Der Export – gerade in unsere
6 Nachbarländer – nimmt in Bayern eine zentrale Stellung ein. Mit einer Exportquote des
7 Verarbeitenden Gewerbes von 51 Prozent wird mehr als jeder zweite Euro im Export erwirtschaftet.
8 Ganz klar: Ein starkes Europa ist wichtig für ein starkes Bayern. Wir setzen uns daher für Solidarität in
9 Europa ein, weil diese auch den Menschen in Bayern hilft.

10

11 Doch zum ersten Mal droht die europäische Einigung zerstört zu werden. Die Gründungsidee der EU
12 war, dass die Menschen in Frieden zusammen leben und gemeinsam über die Nationalgrenzen
13 hinweg wirtschaften können. Die Situation in vielen Mitgliedstaaten mit hoher
14 (Jugend)Arbeitslosigkeit, sinkenden sozialen Sicherungen und dem Schrumpfen der Wirtschaft lässt
15 viele Menschen an der EU zweifeln.

16

17 Wir nehmen diese Ängste und Befürchtungen der Menschen ernst und werden daher vehement
18 dafür kämpfen, die Soziale Marktwirtschaft zu erhalten und die von vielen konservativen und
19 marktliberalen Kräften angestrebte radikale Marktwirtschaft zu verhindern. Was wir wollen ist ein
20 stärkeres Europa – und das geht nur mit einem sozialeren Europa.

21

22 **Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung**

23 **... europäische Richtlinien für Arbeitszeit, Schutz der LeiharbeiterInnen und Regulierung bei**
24 **Werksverträgen auf den Weg bringen.**

25

26 **... eine einheitliche europäische Bankenaufsicht einrichten, die sich jedoch allein auf die**
27 **systemrelevanten Institute bezieht und keine neuen Hürden und Belastungen für Sparkassen,**
28 **Genossenschaftsbanken und kleine Privatbanken mit sich bringt.**

29

30 **... kleine und mittlere Unternehmen durch Nutzung der Struktur- und Sozialfonds stärken und ihnen**
31 **schnelle und unbürokratische Zugänge zu Fördermitteln ermöglichen.**

32

33 **... dafür sorgen, dass auch weiterhin Gelder aus den Sozial- und Strukturfonds der Europäischen**
34 **Union nach Bayern fließen und hier sinnvoll verwendet werden.**

35

36 **... die Förderung transparenter und einfacher gestalten.**

37

38

39 **Für ein demokratisches Europa**

40

41 Mit dem **Lissaboner Vertrag**, der seit Dezember 2009 in Kraft ist, wurde die demokratische Teilhabe
42 und Mitbestimmung gestärkt. Zum einen hat das Europäische Parlament wesentlich mehr
43 Mitbestimmungsrechte bekommen und zum anderen wurden die Beteiligungsrechte der Länder an
44 den Entscheidungen der Europäischen Union verbessert. Wir werden auf Grundlage dieser
45 Subsidiarität die Interessen Bayerns in Europa vertreten und unser gemeinsames Europa sozialer
46 gestalten. Wir tun dies in dem Bewusstsein, dass die europäische Einigung in unser aller Interesse
47 liegt.

48

49 **Gemeinsames Wirtschaften**

1 Die Politik der EU-Kommission unter der Führung konservativer und neoliberaler Kräfte führte dazu,
2 dass soziale Rechte und Standards immer mehr beschnitten wurden. Für die Mehrheit der Menschen
3 wurde daraus eine soziale Abwärtsspirale. Gemeinsam über alle politischen Ebenen hinweg wollen
4 wir diesen falschen politischen Kurs beenden.

5

6 **Bankenregulierung und Schutz von guter Arbeit**

7

8 Wir brauchen europäische Richtlinien für Arbeitszeit, Schutz der Leiharbeiterinnen und
9 Leiharbeiter und Regulierung bei Werksverträgen. Wir fordern einen einheitlichen europäischen
10 Aufsichtsmechanismus von Banken, der sich jedoch allein auf die systemrelevanten Institute bezieht
11 und keine neuen Hürden und Belastungen für Sparkassen, Genossenschaftsbanken und kleine
12 Privatbanken mit sich bringt. Der angestrebte Bankenfond soll für die großen, sogenannten
13 systemrelevanten Institute mit europäischer Bedeutung die Einlagensicherung für private Anleger
14 übernehmen. Für Sparkassen und Genossenschaftsbanken haben sich deren Haftungsverbände
15 bewährt.

16

17 **Betriebsverlagerungen strenger kontrollieren**

18

19 Ebenso fordern wir stärkere Kontrollen bei Betriebsverlagerungen, damit diese nicht auch noch
20 subventioniert werden. Wir brauchen Richtlinien und Verordnungen für die Gleichstellung der
21 Geschlechter, damit endlich gleicher Lohn gezahlt wird und die gleichen Aufstiegschancen für alle
22 gelten.

23

24 **Energiewende vor Ort stärken**

25

26 Eine besondere Bedeutung hat die Energiewende. Dabei kommt den kommunalen Stadtwerken eine
27 entscheidende Rolle zu. Wir werden die Kommunen bei der **Re-Kommunalisierung** unterstützen und
28 europäische Programme zur Steigerung der Energieeffizienz mit den Kommunen gemeinsam nutzen.

29

30 **Mittelstand stärken, Fördergelder nutzen**

31

32 Die Stärke der bayerischen Wirtschaft beruht vor allem auf einem starken Mittelstand. Viele kleine
33 und mittlere Unternehmen sind in ihrer Branche Weltmarktführer. Wir werden diese Unternehmen
34 weiterhin unterstützen. Dazu werden wir die europäischen Mittel aus den Struktur- und Sozialfonds
35 nutzen und die **LfA Bayern** stärken. Wir werden für diese Unternehmen schnelle und unbürokratische
36 Zugänge zu Fördermitteln ermöglichen.

37

38 **Regional- und Strukturpolitik in Europa**

39

40 2013 endet die laufende Förderperiode der Europäischen Union. Wir werden in Europa dafür sorgen,
41 dass auch künftig Fördermittel in angemessener Höhe aus dem **Fonds für Regionale Entwicklung** in
42 bedürftige Regionen und aus dem **Sozialfonds** an sozial nachhaltige Projekte in Bayern fließen. Die
43 Strukturpolitik ist für die EU von zentraler Bedeutung. Sie steht für eine ausgewogene, nachhaltige
44 und gerechte Entwicklung in ganz Europa. Die geförderten Projekte sorgen für mehr Bürgernähe und
45 gewährleisten auf lange Sicht Entwicklung und Stabilität. Gleichzeitig ist die Strukturpolitik in der
46 Lage, angemessen und langfristig auf lokale, regionale oder globale Herausforderungen zu reagieren.
47 Sogenannte „Ziel-2-Gebiete“ müssen auch künftig förderfähig bleiben, also Regionen, die sich durch
48 Strukturwandel oder die Globalisierung grundlegend ändern und bei diesem Wandel Hilfe benötigen.

49

50

1 **Fördergelder sparsam und verantwortungsbewusst einsetzen**

2
3 Es gilt allerdings nicht nur darauf zu achten, dass Finanzmittel in angemessener Höhe bereitstehen,
4 sondern dass diese auch sparsam und verantwortungsbewusst verwendet werden. Verteilung nach
5 dem Gießkannenprinzip darf es nicht geben. Vielmehr muss man sich auf die Hauptziele Bildung,
6 Forschung, Innovation, Technologie und Energieeffizienz konzentrieren. Wir setzen uns dafür ein, die
7 Verwendung der Strukturmittel möglichst effektiv und einfach zu gestalten. Gleichzeitig muss die
8 Förderung transparenter und einfacher werden. Der europäische Rechnungshof kritisiert zu Recht die
9 hohe Fehlerquote. Dabei müssen wir jedoch zwingend zwischen Fehlern, die aufgrund der hohen
10 Komplexität entstehen, Betrug und mangelnder Kontrolle in den Regionen unterscheiden.

11
12 Eine sozialdemokratische geführte Staatsregierung wird sich für eine einfachere, transparentere und
13 koordinierte Förderung im Rahmen der europäischen Regionalpolitik einsetzen. In der aktuellen
14 Förderperiode (2007-2013) fließen aus der europäischen Regionalpolitik knapp 900 Millionen Euro
15 nach Bayern. Wir werden dafür sorgen, dass auch weiterhin alle Regionen förderfähig bleiben, nicht
16 nur die ärmsten. Die Ergebnisse und Erfahrungen aus den vielzähligen und vielfältigen aktuellen
17 Projekten und Programmen sind deutliche Belege für die Erfolge europäischer Regionalpolitik. Aber
18 diese Erfolgsbilanz kann und muss noch deutlich ausgebaut werden.

19
20 **Kooperationen mit den Fachleuten vor Ort**

21
22 Wir setzen uns deshalb für die **Partnerschaftsverträge** ein. Die Akteure der kommunalen und
23 regionalen Ebene kennen die Bedürfnisse vor Ort. Daher muss die Staatsregierung diese regionalen
24 Stellen frühzeitig in die Ausgestaltung der Programme einbinden.

25
26 **Bayern in den europäischen Netzen**

27
28 Bayern ist eine starke Region im Herzen Europas. Vor allem der Industriestandort Bayern ist von
29 Exporten nach ganz Europa und in den Rest der Welt abhängig. Hierfür ist eine gut ausgebaute
30 Verkehrsinfrastruktur mit nahtlosen Grenzübergängen in die Nachbarländer immens wichtig. Ohne
31 gut ausgebaute Schienen-, Binnenschiffahrts- und Straßennetze ist der effiziente Transport zu den
32 Hochseehäfen Europas und somit in den Rest der Welt nicht möglich. Wir setzen uns daher für die
33 termingerechte Umsetzung der transeuropäischen Verkehrsnetze ein. Die zehn Verkehrskorridore
34 des Kernnetzes müssen endlich 2030 in Betrieb genommen werden. Zwei dieser Korridore führen
35 durch Bayern und werden den Freistaat direkt mit Frankreich, der Ostsee, dem Mittelmeer und dem
36 Schwarzen Meer verbinden. Mehr hierzu auch im Kapitel „Infrastruktur“.

37
38 **Gemeinsame Agrarpolitik in Europa**

39
40 Die EU-Agrarpolitik steht auf dem Prüfstand. Das jährliche Budget für Agrarausgaben und
41 Direktbeihilfen beträgt derzeit rund 60 Milliarden Euro und ist mit einem Anteil von 43 Prozent am
42 Gesamthaushalt der größte Einzelposten. Bayerns Bauern erhalten aus diesem Topf rund 1,5
43 Milliarden Euro. Es geht aber nicht nur ums Geld in der kommenden Förderperiode 2014 bis 2020,
44 sondern auch um die Richtung. Wir wollen, dass nicht nur die großen industriellen
45 Hochleistungsbetriebe den Wettbewerb bestehen, sondern auch unsere bäuerliche Landwirtschaft.

46
47 **Zukunftssicherung der Landwirtschaft geht alle an**

48 Unser Ziel ist es, eine flächendeckende, multifunktionale Landwirtschaft zu erhalten, den Bäuerinnen
49 und Bauern mit fairen Preisen ein leistungsgerechtes Einkommen zu sichern und sie in die Lage zu
50 versetzen, die natürlichen Ressourcen zu schonen, den ländlichen Raum zu erhalten und zu

1 entwickeln und nicht nur quantitativ die Verbraucher zu versorgen, sondern auch qualitativ mit
2 gesunden Lebensmitteln. Deshalb geht die Zukunftssicherung unserer landwirtschaftlichen Betriebe
3 alle an. Sie betrifft die gesamte Gesellschaft.
4

5 **Krise der Währungsunion überwinden**

6 Enger noch als in der EU sind die wirtschaftlichen Verbindungen und gegenseitigen Abhängigkeiten
7 in der Europäischen Währungsunion. Wird nicht bald umgesteuert und die Krise gelöst, wird es auch
8 in Deutschland und Bayern wirtschaftlich zu Problemen kommen. Die Käufe unserer Partner sind
9 unsere Exporte. In drei Jahren viel zu zaghafter, verschleppter „Antikrisenpolitik“ – maßgeblich
10 gesteuert von der Bundeskanzlerin – ist nichts besser, sondern vieles schlechter geworden. Die
11 südeuropäischen Länder steuern immer tiefer in die Rezession – nicht weil sie zu wenig sparen,
12 sondern weil die ihnen aufgezwungenen drastischen Einschnitte bei Löhnen und Staatsausgaben
13 ihre Ökonomien abwürgen. „Es wird immer klarer, dass die alleinige Konzentration auf
14 Haushaltskennzahlen die Krise nicht beenden wird“, sagte hierzu bereits Peer Steinbrück. Die
15 Südeuropäer können sich immer weniger leisten. Kein Wunder, dass jetzt auch in Deutschland die
16 Wachstumszahlen drastisch zurückgehen. Erfolgreiche Haushaltskonsolidierung geht nur, wenn die
17 Wirtschaft wächst. Deswegen brauchen wir ein Umdenken: weg von drakonischen Spardiktaten hin
18 zu einem Wachstums- und Aufbauprogramm.
19

20 **Falsches Krisenmanagement bedroht sozialen Frieden**

21
22 Nicht die Politik, sondern einzig die Europäische Zentralbank hat einen richtigen Schritt getan: Die
23 Ankündigung, wenn nötig Staatsanleihen unbegrenzt aufzukaufen, hat die Anleihemärkte etwas
24 beruhigt. Diese Garantieaufgabe muss die Zentralbank, wie in anderen Ländern auch, übernehmen
25 und nicht der Steuerzahler mit immer neuen Rettungsschirmen. Nur so werden die Krisenländer aus
26 dem Würgegriff spekulativer Attacken der Finanzmärkte befreit.
27

28 Das bisher falsche Krisenmanagement bedroht die europäische Demokratie und den sozialen
29 Frieden. An demokratischen Wahlen und an Parlamenten vorbei werden den Völkern Europas
30 „Reformprogramme“ verordnet, die jeden Rest an sozialer Sicherheit und Perspektive zerstören. Wer
31 soll sich da wundern, wenn sich die Menschen von Europa abwenden.
32

33 **Das Vertrauen der Menschen zurückgewinnen**

34
35 Es kann nicht darum gehen, das „Vertrauen der Märkte“ zu gewinnen, sondern es muss um das
36 Vertrauen der Menschen gehen. Bisher zahlen nur die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für eine
37 Krise, die sie nicht verursacht haben. Deswegen wird es höchste Zeit, die Lasten anders zu verteilen.
38 Deswegen hat die SPD die ersten Schritte zur **Finanztransaktionssteuer** durchgesetzt. Deswegen
39 brauchen wir den Beitrag der Vermögenden zur Finanzierung der Krisenfolgen.
40 Wenn wir wollen, dass die Währungsunion aus der Krise kommt, dann muss auch Deutschland selbst
41 etwas tun, um die entstandenen Handelsungleichgewichte abzubauen. „Wir sollten nicht vergessen,
42 dass die Defizite der Südeuropäer spiegelbildlich zu unseren Überschüssen sind“, sagte hierzu
43 Helmut Schmidt. Recht hat er. Jahrelang ist die Lohnentwicklung in Deutschland hinter den
44 Gewinnen und der Produktivität zurückgeblieben. Deswegen müssen wir mehr für die
45 Binnennachfrage tun, damit wir nicht nur auf dem „Exportbein“ stehen, während das andere lahmt.
46 Deutschland muss – und Bayern auch – die öffentlichen Investitionen ausweiten, wir brauchen
47 wieder gute Löhne, den gesetzlichen Mindestlohn und prekäre Arbeit muss zurückgedrängt werden.
48 Dafür steht die BayernSPD.